

Inklusions- und Exklusionsverfahren.
Erläutert am Beispiel des Arbeitsmarktes
eines Kölner Stadtteils.

Inauguraldissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln
vorgelegt von

Claudia Nikodem

aus

Girbelsrath

September 2002

**Inklusions- und Exklusionsverfahren.
Erläutert am Beispiel des Arbeitsmarktes
eines Kölner Stadtteils.**

GLIEDERUNG

Einleitung	5
1. Einleitung	6
1.1. Problemskizze	6
1.2. Zum theoretischen Vorverständnis und zur Fragestellung	10
1.3. Zum Untersuchungsrahmen	13
1.4. Zum Aufbau der Arbeit	15
Kapitel I	
Gesellschafts- und wissenschaftstheoretische Positionierung:	
Die Postmoderne Gesellschaft und ihre Inklusionsfähigkeit	18
1. Zur gesellschaftlichen Situation	19
1.1. Gesellschaftliche Integration und Desintegration aus historischer Perspektive ...	20
1.2. Die Kennzeichen der postmodernen Gesellschaft	26
1.2.1. Individualisierung	30
1.2.2. Globalität und Vielfalt	36
1.2.3. Mobilität und Migration	42
2. Die urbane Gesellschaft	48
2.1. Die urbane Gesellschaft und ihre Konstitutionsbedingungen	48

2.2.	Zusammenleben innerhalb postmoderner Städte: Drei <i>mögliche</i> Perspektiven . . .	54
2.3.	Zur Dominanz der funktionalen Ausdifferenzierung der Gesellschaft und zur Frage der Inklusion durch Systeme	59
2.3.1.	Die ‘klassische’ Systemtheorie	62
2.3.2.	Die Systemtheorie und die postmoderne Gesellschaft	68
2.4.	Zur Ergänzung durch die lebensweltliche Ausdifferenzierung	73
2.5.	Zur Ergänzung durch diskursive Aspekte des Handelns	79
3.	Resümee: Inklusionsverfahren in der urbanen Gesellschaft. Das Beispiel Arbeitsmarkt	88

Kapitel II

Methodischer Rahmen der Arbeit	90	
1.	Einleitende Bemerkungen	91
2.	Qualitative Methoden der empirischen Sozialforschung	93
3.	Die Feldforschung als Methode	97
4.	Der Zugang zum Untersuchungsfeld	101
5.	Zur Methodenauswahl	103
5.1.	Untersuchungen im systemischen Zusammenhang	104
5.2.	Ergänzende Perspektive: Untersuchung lebensweltlicher Zusammenhänge	106
5.3.	Ergänzende Perspektive: Untersuchung diskursiver Zusammenhänge	108

Kapitel III

Arbeit in der Diskussion	110	
1.	Einige einführende Bemerkungen	112
2.	Die Entwicklung der Arbeit als Erwerbsarbeit	113
2.1.	Arbeitslos. Was ist das?	123
2.2.	Arbeit und Geschlecht	125
3.	Arbeit im Quartier: Die urbane Arbeitsgesellschaft	128
3.1.	Der Kölner Stadtteil Ehrenfeld –	

vom Arbeiterquartier zum postmodernen Stadtteil	128
3.2. Die Geschichte des Quartiers	130
3.3. Ehrenfeld und die Migration	134
3.4. Ehrenfeld, ein Quartier im Wandel	136
3.4.1. Die Wohnbausanierung in Ehrenfeld	138
3.4.2. Die Straßensanierung und die Konsequenzen für das Quartier	143
3.5. Ehrenfeld – ein heterogener Stadtteil	145
4. Arbeitstruktur im Quartier.	
Arbeitssituation Teil 1	148
4.1. Zum Zusammenhang von lokalen und globalen Prozessen	148
4.2. Der Arbeitsmarkt in Ehrenfeld – exemplarische Analysen	151
4.3. Skizze des Arbeitsmarktes	151
4.4. Beschäftigung im sekundären Bereich	156
4.5. Selbständigkeit im Dienstleistungssektor	163
4.5.1. Das Beispiel ‘Ehrenfelder Lädchen’	168
4.5.2. Das Beispiel ‘Tarkan Market’	172
4.5.3. Vergleichende Betrachtung	179
5. Inklusion und Exklusion auf dem Arbeitsmarkt.	
Arbeitssituation Teil 2	182
5.1. Abbau von Arbeitsplätzen – Veränderungen des Arbeitsmarktes	182
5.1.1. Verschuldung – eine Konsequenz der Erwerbslosigkeit	184
5.2. Die Frage der Kompetenzen	186
5.2.1. Institutionen zur Beschaffung von Arbeit	195
5.3. Ethnizität auf dem Arbeitsmarkt	199
6. Lebensweltliche Orientierung im Spannungsfeld zwischen Inklusion und Exklusion	208
6.1. Arbeit im lebensweltlichen Kontext	209
6.2. Arbeit innerhalb einer individualisierten Gesellschaft	212
6.3. Biografische Blicke	220
6.3.1. Frau Breuer – eine ganz normale Arbeitsbiografie	221

6.3.2.	Camal Khaled – eine Arbeitsbiografie im Kontext von Exklusionen	226
6.3.3.	Charlotte Lanfranchi – arbeiten, um leben zu können	230
6.3.4.	Sabine Fichte – arbeiten in einer individualisierenden Gesellschaft	234
6.4.	Vergleichende Betrachtungen	237
7.	Arbeit in politischen Diskussionen – Interventionsstrategien	242
7.1.	Zur Ausgangslage	242
7.2.	Fraglichwerden des Alltags	244
7.3.	Bearbeitungsstrategien	246
 Kapitel IV		
	Resümee	252
1.	Was hält die postmoderne Gesellschaft zusammen? – Eine systemische Antwort	253
2.	Ausblick	261
	Literatur	263

EINLEITUNG

1.	Einleitung	6
1.1.	Problemskizze	6
1.2.	Zum theoretischen Hintergrund und zur Fragestellung	10
1.3.	Zum Untersuchungsrahmen	13
1.4.	Zum Aufbau der Arbeit	15

0. Vorwort

Die vorliegende Dissertation wurde an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln, am Seminar für Sozialwissenschaften, Abteilung Soziologie erstellt. Sie wurde durch Herrn Prof. Dr. Wolf-Dietrich Bukow als Erstgutachter und Herrn Prof. Dr. Roberto Llayryora als Zweitgutachter betreut. Bei beiden möchte ich mich herzlich für die unterstützenden Diskussionen bedanken. Am 24.6.2003 wurde die Disputatio an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät abgehalten.

1. Einleitung

„Inklusions- und Exklusionsverfahren. Erläutert am Beispiel des Arbeitsmarktes eines Kölner Stadtteils“ so lautet der Titel der vorliegenden Dissertationsschrift. Es geht hier demnach um mehreres: Erstens wird das Thema der Inklusion und der Exklusion thematisiert. Die Inklusion der Individuen in gesellschaftliche Zusammenhänge ist ein Gegenstand, mit dem sich die unterschiedlichsten Professionen beschäftigen, seien es die Soziologie, die Politologie, Pädagogik oder Psychologie. Bekannt sind in diesem Kontext die Fragen danach, was die Gesellschaft zusammenhält, was integrierende Momente für die Gesellschaft sind. Die unterschiedlichen Fächer haben divergierende Zugangsweisen zu dem Thema der Inklusion. In dem hier vorliegenden Zusammenhang wird primär eine soziologische Perspektive eingenommen.

Inhaltlich wird sich dabei zweitens auf das Beispiel Arbeit konzentriert und drittens wird eine weitere Fokussierung vorgenommen, nämlich auf die urbane Gesellschaft und dort exemplarisch auf ein spezifisches Kölner Stadtquartier. Diese Betrachtungsweise ergibt sich aus dem noch zu diskutierenden theoretischen und gesellschaftswissenschaftlichen Ansatz.

Bevor dieses Thema nun ausführlich diskutiert wird, gibt die vorliegende Einleitung einen Überblick über den Untersuchungsgegenstand der Dissertation, wobei zunächst eine Problemskizze im Mittelpunkt der Betrachtung steht. Diese eher gesellschaftspolitisch einzuordnende Problemskizze wird in einen theoretisch-soziologischen Zusammenhang gestellt und es werden für die Bearbeitung des Themas notwendige Leitfragen entwickelt. Abschließend wird eine kurze Einführung in den Untersuchungsrahmen und den Aufbau der Arbeit geliefert.

1.1. Problemskizze

Fragestellungen *rund um Arbeit* erweisen sich als zentrale Themen vieler Gesellschaften, und dies spätestens seit der Industriellen Revolution im 19. Jahrhundert. In Politik, den Medien und neuerdings auch in sozialwissenschaftlichen Diskussionen kann dies neuerdings immer wieder gesehen werden. Das nicht ohne Grund, denn Arbeit stellt einen wesentlichen Faktor zur gesellschaftlichen Partizipation der Individuen dar. Ohne Arbeit – hierbei konzentriere ich mich auf die Erwerbsarbeit beziehungsweise Lohnarbeit – und die daraus resultierenden finanziellen Ressourcen ist die Absicherung der Gesellschaftsmitglieder kaum möglich. Zwar existieren neben Arbeit noch andere Möglichkeiten der Existenzsicherung, doch stellen diese eher Randerscheinungen dar. Zu denken ist in diesem Kontext beispielsweise an die diversen sozialstaatlichen Surrogate des Arbeitslohnes wie Arbeitslosengeld, Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die teilweise an eine zuvor bestehende Erwerbstätigkeit gekoppelt sind. Die Aktualität der hier zu diskutierenden Thematik ergibt sich weiterhin aus den immer weiter sinkenden Beschäftigtenzahlen. Das heißt, einerseits wird von einer Arbeitsgesellschaft gesprochen, die strukturell auf Arbeit aufgebaut ist und in der die Individuen durch Erwerbsarbeit ihr (Über-)leben finanzieren (Claus Offe 1984). Andererseits – und dies hat bereits Hannah Arendt vor über vierzig Jahren festgestellt¹ – geht eben dieser Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus. Bedingt durch diese Diskrepanz ist die Anschlussfähigkeit an den Arbeitsmarkt und somit die gesellschaftliche Teilhabe nicht mehr für alle Gesellschaftsmitglieder (gleich) gewährleistet. Wird also einerseits an der Idee der Vollbeschäftigung und der Arbeitsgesellschaft festgehalten, können diese jedoch andererseits nicht mehr gesichert werden. An dieser Diskrepanz setzt auch die vorliegende Dissertation an, wenn in ihr die Fragen der Inklusions- und Exklusionsverfahren gestellt werden. Denn diese müssen thematisiert werden, wenn die Ressource Arbeit knapp wird. Dazu an gegebener Stelle mehr.

Die Diskussionen um Arbeit, so wie sie derzeit geführt werden, beschäftigen sich insbesondere mit Fragen der Zukunft der Arbeit. Zumindest in politischen Debatten wird dabei immer noch der Anschein erweckt, als sei Vollbeschäftigung für alle ein erreichbares Ziel. Dies nicht ohne Grund. Solange nämlich über Erwerbsarbeit die Existenzsicherung gewährleistet

1 Hannah Arendt hat aus philosophischer und zugleich politischer Perspektive eine Analyse der Bedeutung von Arbeit im gesellschaftlichen Raum vorgenommen. Hannah Arendt (1997): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München.

werden kann (und sogar muss), kann das Thema Arbeit als ein partei- und wahlpolitisches Thema behandelt werden.

Der Fokus innerhalb von wissenschaftlichen Abhandlungen wird auf eine andere Dimension des Themas gerichtet. Hier wird viel eher darüber nachgedacht, was *nach* der Vollbeschäftigung kommt. Denn darin sind sich die Wissenschaftler(innen) einig: Arbeit stellt zwar einen wichtigen Faktor innerhalb der Gesellschaft dar, jedoch liegt die Vollbeschäftigung, so wie sie bisher verstanden wird – nämlich als eine Beschäftigung von 90 % der Erwerbsfähigen in Form von einer geregelten Normarbeit –, jenseits der realen ökonomischen Möglichkeiten. Das gilt zumindest, solange Arbeit in enger Verbindung zur geleisteten Produktivität gesetzt wird. Aus dieser Tatsache heraus wird in vielen wissenschaftlichen Diskussionen eher konstruktiv verfahren und überlegt, wie sich Gesellschaften anders als über Vollbeschäftigung organisieren können. So lauten einige Fragestellungen zu dem genannten Thema: Welche Alternativen gibt es zur Vollbeschäftigung (Georg Vobruda 2000)? Was kommt nach der Arbeitnehmergesellschaft (Heinz Bude 2000)? oder: Was wird aus der Erwerbstätigkeit (Wolfgang Bonß 2000)?

Ein Aspekt wird in den meisten Diskussionen zum Thema Arbeit jedoch vergessen, und zwar die Frage der Inklusionsmodi in den Arbeitsmarkt. Das heißt, nach welchen Regeln funktioniert der Arbeitsmarkt, wie wird die Partizipation am Arbeitsmarkt organisiert? Geschieht die Teilhabe am Arbeitsmarkt ausschließlich nach formal-rationalen und zugleich egalitären Prinzipien oder kommen in bestimmten Situationen andere – nicht formal-rationale – Prinzipien zum Tragen? Da über Arbeit die Inklusion der Individuen in die Gesellschaft primär geregelt wird, ist es unabdingbar, einen Blick auf diese Fragen der Partizipation zu richten, gerade auch dann, wenn einem Gros an Arbeitssuchenden wesentlich weniger Arbeitsplätze gegenüberstehen. Denn der (unfreiwillige) Verlust von Erwerbsarbeit bedeutet nicht nur die Exklusion aus dem Teilsystem Arbeit, sondern korreliert mit allen weiteren ökonomischen Teilsystemen und kann somit die gesellschaftliche Teilhabe der Betroffenen in Frage stellen. Ganz besonders betrifft dies Allochthone, wenn ihr Aufenthaltsstatus an eine Erwerbstätigkeit gebunden ist, diese ihnen jedoch aus den unterschiedlichsten Gründen verwehrt bleibt. Das heißt auch, dass die hier angesprochene Thematik die Demokratie in ihren Ursprüngen berührt, denn die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe für alle Individuen ist ein Grundprinzip demokratischen Denkens. Letztendlich thematisiert diese Abhandlung somit die Frage – die auch eine entscheidende Frage der Soziologie darstellt – nach der Inklusionsfähigkeit

einer Gesellschaft.

Die vorliegende Arbeit widmet sich nun genau dieser angesprochenen Fragestellung des Zusammenhanges zwischen der Anschlussfähigkeit an den Arbeitsmarkt und der Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe. Noch präziser formuliert lautet die Frage, welche Inklusionsverfahren genutzt werden und inwieweit in spezifischen Fällen diese Verfahren variiert werden und keine Geltung mehr besitzen. Den wichtigsten Aspekt dieser Arbeit bildet die *Inklusionsfähigkeit der Systeme*. Demnach stehen die Systeme und deren Funktionsweise im Mittelpunkt. Hier liegt der Unterschied zu psychologischen Verfahren, in denen die Inklusionsfähigkeit immer wieder mit der Identitätsbildung verknüpft wird und somit als ein individuelles Phänomen oder gar Problem interpretiert wird. Diese andere Sichtweise erst eröffnet – so wie ich zeigen werde – neue politische wie auch pädagogische Möglichkeiten.

Innerhalb (post-)moderner Gesellschaften – und auf dieses Gesellschaftsmodell rekurrieren meine Ausführungen – findet eine zunehmende Ausdifferenzierung von Systemen und Teilsystemen statt, die nach funktionalen Gesichtspunkten ausgerichtet sind. Dies betrifft auch den Arbeitsmarkt mit seinen unterschiedlichen Teilsystemen. Meine These diesbezüglich lautet, dass die Inklusion in den Arbeitsmarkt *zunächst* nach formal-rationalen und zugleich funktionalen Kriterien organisiert ist und diese Kategorien *im Prinzip* auch gelten. *Im Prinzip* bedeutet jedoch auch, dass formale Kriterien eben *nicht immer* Geltung besitzen. Die Formalrationalität wird nämlich – und hierin liegt die Brisanz des Themas – in bestimmten Situationen, für bestimmte Personengruppen aufgehoben. Das Prinzip der formalen Kriterien, so die Behauptung, wird ummantelt. Eine Aufgabe dieser Arbeit wird in der Überprüfung der Ein- und Ausschlusskriterien liegen, um darauf aufbauend zu analysieren, in welchen Fällen diese Inklusionsverfahren verworfen werden. In der Analyse wird sich dabei primär auf zwei soziale Kategorien konzentriert; einerseits auf ethnische, andererseits auf geschlechtsspezifische Aspekte. Diese Vorgehensweise rechtfertigt sich durch eine noch zu überprüfende alltagstheoretische Erkenntnis, dass sowohl Frauen als auch Personen mit Migrationshintergrund, also Allochthone, auf dem Arbeitsmarkt in nicht adäquater Form anzutreffen sind: Sei es, dass die Arbeitslosenquote von Allochthonen höher liegt als die der Autochthonen mit vergleichbaren Kompetenzen, sei es, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen bereits quantitativ unter der der Männer liegt und Frauen immer noch als ‘Reservearmee’ dienen. Es wäre im Weiteren auch zu überlegen, inwieweit die Funktion der ‘Reservearmee’ zeitweise von Allochthonen

übernommen werden kann oder, eher normativ formuliert, inwieweit Allochthone diese Funktion übernehmen sollen. Zu denken ist beispielsweise an die Einführung der Greencard. Hinter dieser Überlegung steckt die Vermutung einer Verquickung von sexistischen und rassistischen Ausschließungsverfahren, die sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen. Wie diese Verfahren von den Betroffenen selbst interpretiert werden, wie sie sie einschätzen, wird in diesem Rahmen auch thematisiert werden.

Entsprechend dem angedeuteten Zusammenhang zwischen der Partizipation am Arbeitsmarkt und der gesellschaftlichen Teilhabe ist letztendlich zu fragen, inwieweit das demokratische Gefüge für Personen mit Migrationshintergrund und Frauen aufgehoben wird und diese somit an den Rand der Gesellschaft gerückt werden.

Um die Fragestellung hinreichend beantworten zu können, wird es zunächst notwendig sein, die Bedeutung von Arbeit in einer postmodernen und somit pluralisierten Gesellschaft zu untersuchen. Einerseits wird es um die strukturellen Rahmenbedingungen der (Arbeits-)Gesellschaft gehen, andererseits wird der individuelle Umgang mit Arbeit thematisiert werden müssen. Denn es ist davon auszugehen, dass die Ausdifferenzierung der Gesellschaft und die gleichzeitigen Tendenzen zur (strukturellen) Pluralisierung und Individualisierung zu veränderten Bedingungen für eine Partizipation auf dem Arbeitsmarkt geführt haben. Gleichzeitig hat sich, was gezeigt werden wird, die Einstellung der Individuen zum Thema Arbeit gewandelt. Das bedeutet, dass viele Gesellschaftsmitglieder nicht mehr bereit sind, ihr ganzes Leben unter das Primat der Arbeit zu stellen, andererseits jedoch auf die finanziellen Ressourcen der Erwerbsarbeit angewiesen sind. Hier gilt es dann abschließend zu überlegen, welche Bedeutung die intersubjektiven Veränderungen im Umgang mit Arbeit für den Arbeitsmarkt selbst haben. Das heißt, es kann als ein Nebenaspekt gefragt werden, wie der Arbeitsmarkt aussehen muss, um den gesellschaftlichen Transformationen gerecht werden zu können.

1.2. Zum theoretischen Vorverständnis und zur Fragestellung

Theoretisch basiert die Arbeit auf mehreren Grundannahmen: Ausgangspunkt ist zunächst das Gesellschaftsmodell der Postmoderne, die Postmoderne, die, wie ich zeigen werde, eine urbane Gesellschaft ist. Ein wesentliches Merkmal der Postmoderne ist das Verschwinden dessen, was der französische Philosoph Lyotard als 'große Erzählungen' beziehungsweise

‘Meta-Erzählungen’ beschrieben hat, das Verschwinden von alles überwölbenden Ideologien und politischen Machtzentren (Wolfgang Welsch 1990). Gleichzeitig zeichnet sich die postmoderne Gesellschaft durch Pluralität und Vielfalt aus. Vielfalt lässt sich an unterschiedlichen gesellschaftlichen Prozessen lokalisieren. Zunächst einmal bezieht sie sich – was in unserem Kontext von speziellem Interesse ist – auf die zunehmende Ausdifferenzierung der Gesellschaft in Systeme und Teilsysteme. *Sie ist auf der systemischen Ebene anzusiedeln*. Diese Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Systeme, zu denen auch das ökonomische System und das Teilsystem Arbeit gehören, verbunden mit der Anschlussfähigkeit an diese Systeme ermöglicht erst eine Pluralisierung der Lebenswelt. *Neben die systemische Pluralisierung tritt die lebensweltliche*, die sich in einer Vielfalt von Werten, Milieus und Lebensstilen zeigt. Systemische Inklusion in wichtige gesellschaftliche Teilsysteme (wie Arbeit, Erhalt der Bürgerrechte durch das aktive und passive Wahlrecht) erscheint meines Erachtens in Korrelation zur lebensweltlichen Pluralisierung und damit zur Art und Weise der Lebensgestaltung zu stehen. Die systemische Inklusion bildet die Basisinklusion. Wolf-Dietrich Bukow spricht in diesem Zusammenhang von einem *Karawaneneffekt* (2002b:9). Auch Anthony Giddens (1997:187) argumentiert in ähnlicher Weise, wenn er einen Zusammenhang zwischen systemischer Inklusion beziehungsweise Exklusion, der individuellen Lebensführung und zivilgesellschaftlichem Engagement konstatiert.

Aus dem bisher Skizzierten ist bereits erkennbar, dass innerhalb dieser Untersuchung auf systemtheoretische Erkenntnisse zurückgegriffen wird. Deshalb besteht die Notwendigkeit, innerhalb des theoretischen Rahmens einen Überblick über die verschiedenen systemtheoretischen Ansätze innerhalb der Soziologie zu geben. Einen Schwerpunkt bilden dabei die von Niklas Luhmann entwickelten und von Armin Nassehi fortgeführten Überlegungen zu dieser Theorie. Jedoch soll sich hier nicht ausschließlich auf eine eindimensionale theoretische Perspektive beschränkt werden – steht diese auch im Mittelpunkt. Eine Beschränkung auf die Systemtheorie birgt die Gefahr, dass einerseits die AkteurInnen des sozialen Handelns vernachlässigt werden und andererseits andere Dimensionen des sozialen Handelns keine Berücksichtigung finden. Denn wenn man sich mit Inklusions- und Exklusionsverfahren beispielhaft erläutert am Arbeitsmarkt beschäftigt, ist in diesem Rahmen ebenso von Interesse, welche lebensweltlichen Auswirkungen diese Prozesse für das einzelne Individuum haben. Welcher Zusammenhang existiert zwischen der systemischen Inklusion beziehungsweise Exklusion und der Ausgestaltung der Lebenswelt, so lautet die Frage in diesem Kontext. Hiermit sind bereits

zwei Ebenen gesellschaftlichen Handelns angedeutet, die systemische und die lebensweltliche. Die lebensweltliche Perspektive kann für unseren Zusammenhang als eine *zusätzliche* Analysekategorie betrachtet werden. Während sich die systemische Perspektive auf die Funktion der Systeme bezieht und die Individuen dort ausschließlich als Funktionsträger von Interesse sind, nimmt die lebensweltliche Perspektive die Einzelnen als Subjekte wahr. Für die Beschäftigung mit dem Thema Arbeit geht es aus dieser lebensweltlichen Perspektive darum, die Bedeutung, die Arbeit im Leben des Einzelnen hat, zu analysieren. Wie richtet sich das Individuum vor dem Hintergrund einer sich zunehmend ausdifferenzierenden Arbeitsgesellschaft ein? Wie verarbeitet der Einzelne Inklusions- und Exklusionserfahrungen in seiner Biografie? Dies sind nur zwei Fragen, die in diesem Zusammenhang Relevanz besitzen.

Soziales Handeln kann, so meine Überlegungen, neben der systemischen und lebensweltlichen Dimension noch aus einer weiteren Perspektive gedeutet werden. *Dies ist die metakommunikative Perspektive des Handelns.* Übersetzt auf das Thema von Inklusions- und Exklusionsverfahren auf dem Arbeitsmarkt kann Folgendes festgehalten werden: Arbeitslosigkeit als eine – systemisch gesprochen – Form der Exklusion aus dem Arbeitsmarkt (oder auch nicht-formale Verfahren bei der Vergabe von Arbeitsplätzen) können zu den unterschiedlichsten Formen metakommunikativen Handelns führen. Verständigungsorientierte Prozesse des zivilgesellschaftlichen Engagements bieten eine Möglichkeit, um auf systemische Verwerfungen und systemische Unstimmigkeiten zu reagieren. Ebenso wie die lebensweltliche Perspektive nimmt auch die diskursive beziehungsweise die metakommunikative Perspektive eine ergänzende und nicht dominierende Position innerhalb der Analyse ein.

Es wurde deutlich, dass die Gesellschaft und dort speziell das Thema der Inklusions- und Exklusionsverfahren in beziehungsweise aus dem Arbeitsmarkt aus drei unterschiedlichen Perspektiven analysiert wird,

- *erstens* aus der systemischen Perspektive
- *zweitens* aus der lebensweltlichen Perspektive
- *drittens* aus der metakulturellen Perspektive.

Soziales Handeln vollzieht sich in der Realität – wie zu zeigen sein wird – zumeist in den drei genannten Kontexten, ist ein Kontext auch der vorherrschende. Innerhalb der vorliegenden

Arbeit wird sich primär auf die Analyse aus systemischer Perspektive konzentriert, was aus der Fragestellung erklärbar wird.

Wurden bisher die grundlegenden theoretischen Rahmenbedingungen der Arbeit so wie die Fragestellungen in den Mittelpunkt gerückt, werden an dieser Stelle zusammenfassend die *Leitfragen* der Arbeit nochmals präzisiert und verdeutlicht. Dabei werde ich entsprechend der analytischen Trennung der systemischen, der lebensweltlichen sowie der metakommunikativen Perspektive verfahren.

Aus systemischer Perspektive lautet die Fragestellung:

- Nach welchen Kriterien wird die Inklusion und die Exklusion in beziehungsweise aus dem Arbeitsmarkt geregelt?
- Inwiefern werden die formalen Kriterien zur Partizipation am Arbeitsmarkt partiell durch andere Kriterien überlagert?
- Inwiefern spielen die sozialen Konstrukte Geschlecht und Ethnizität eine Rolle bei Inklusionsverfahren in den Arbeitsmarkt?²

Die lebensweltliche Perspektive wirft den Blick auf nachfolgende Fragen:

- Wie richtet sich das Individuum vor dem Hintergrund einer sich zunehmend ausdifferenzierenden (Arbeits-)Gesellschaft ein?
- Wie ist der Umgang des Gesellschaftsmitglieds mit Exklusionserfahrungen auf dem Arbeitsmarkt?

Aus metakultureller Perspektive stehen folgende Fragen im Fokus der Betrachtung:

- In welcher Form wird das Thema Arbeit diskursiv bearbeitet?
- Welche diskursiven Strategien haben die Gesellschaftsmitglieder entwickelt, um auf Exklusionsprozesse zu reagieren?

Diese genannten Fragestellungen lassen sich unter zwei übergreifenden Hauptfragen subsumie-

2 Inklusion bezeichnet die andere Seite von Exklusion und umgekehrt. Inklusion und Exklusion müssen deshalb gemeinsam gedacht werden. Weitere Ausführungen zu dieser Thematik finden sich in dem Kapitel „Zur Dominanz der funktionalen Ausdifferenzierung der Gesellschaft und zur Frage der Inklusion“.

ren:

- Nach welche Kriterien geschieht die gesellschaftliche Inklusion?
- Inwiefern ist die postmoderne Gesellschaft eine halbierte Gesellschaft?

1.3. Zum Untersuchungsrahmen

Der gesellschaftliche Rahmen dieser Arbeit beziehungsweise das gesellschaftliche Konzept bildet, wie bereits erwähnt, die Postmoderne. Politisch wird sich dabei auf die Bundesrepublik Deutschland konzentriert. Eine solche Fokussierung erscheint angebracht, da die Inklusions- und Exklusionsprozesse, die den Arbeitssektor betreffen, teilweise mit rechtlichen Aspekten korrelieren, die wiederum zunächst einmal nationalstaatlich organisiert sind. Empirisch basiert die vorliegende Dissertation auf Untersuchungen, die im Rahmen einer Stadtteilmforschung gemacht worden sind. Dies wiederum ist der theoretischen Annahme geschuldet, dass die postmoderne Gesellschaft zugleich auch eine urbane Gesellschaft ist. Urbane Zentren sind immer auch postmoderne Zentren. Hierzu an gegebener Stelle mehr.

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt, der die Aktualität der Thematik verdeutlichen kann. Seit sich die Städte zumal unter Druck weltweiter Mobilität zu multikulturellen Zentren entwickelt haben, gerät mehr und mehr die Frage nach dem urbanen Zusammenleben in den Mittelpunkt der Diskussion. Leicht wird der Eindruck erweckt, dass das Zusammenleben zunehmend problematischer wird, zumal die vielen Einwanderer und Einwanderinnen und deren Nachkommen nicht so recht eingegliedert erscheinen. Es ist die Sprache von Getto- bildung und Parallelgesellschaften. Meine These, die an dieser Stelle bereits formuliert werden soll, lautet den genannten Begrifflichkeiten zum Trotz, dass die Eingliederung in eine Gesellschaft, eine Stadt nicht über kulturelle, lebensweltliche Aspekte geschieht, sondern dass die systemische Inklusion die primäre Instanz darstellt. Das heißt, das funktionierende städtische Leben steht in einer direkten Abhängigkeit zu einer intakten kommunalen Infrastruktur, zu der auch der Arbeitsmarkt gehört. Der Arbeitsmarkt bildet meiner Einschätzung nach einen der wesentlichen Bausteine der urbanen Infrastruktur. Unter kommunaler beziehungsweise urbaner Infrastruktur verstehe ich dabei die gesamten systemisch organisierten Einrichtungen einer Stadt beziehungsweise eines Stadtquartiers, angefangen von Schulen über Einkaufszentren, Ärzten bis hin zum Arbeitsmarkt. Entsprechend der oben bereits formulierten Fra-

gestellung des Zusammenhanges zwischen Arbeitsmarkt und der Inklusion in die Gesellschaft wird diese Thematik zunächst im städtischen Kontext behandelt, um von dieser Perspektive her Gesamtaussagen über die Gesellschaft treffen zu können. Es wird dementsprechend von der Mikroebene auf die Makroebene geschlossen. Wenn Prozesse des Arbeitsmarktes diskutiert werden, kann sich zwar, wie dies innerhalb der Dissertation geschieht, auf eine Stadt, auf einen Stadtteil konzentriert werden, doch ergänzend hierzu ist zu fragen, wie Arbeit in gesellschaftlicher Hinsicht insgesamt diskutiert wird. Das bedeutet, es gilt neben der konkreten empirischen Untersuchung ebenso eine Gesellschaftsanalyse vorzunehmen, die die gesamtgesellschaftlichen Diskussionen um das Thema Arbeit aufgreift. Dies geschieht in Form einer Sekundäranalyse entsprechender wissenschaftlicher Materialien.

1.4. Zum Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Dissertationsschrift ist in vier Kapitel gegliedert.

In *Kapitel I* wird eine sowohl gesellschaftstheoretische als auch wissenschaftstheoretische Positionierung geliefert. Ausgehend von dem Gesellschaftsmodell der Postmoderne wird zunächst eine Begriffbestimmung der Postmoderne vorgenommen. Schlagwörter bilden in diesem Zusammenhang die Begriffe Individualisierung, Globalität und Vielfalt sowie Mobilität. Ausgehend davon, dass die heutigen urbanen Zentren die Postmoderne symbolisieren, wird sich im Anschluss der postmodernen Stadt zugewendet. Hier stellt sich dann auch die Leitfrage der vorliegenden Arbeit, die Frage nach der Inklusion innerhalb postmoderner Gesellschaften. Ausgehend von drei zunächst analytisch getrennten – in der städtischen Realität jedoch verwobenen – Perspektiven des sozialen Handelns, wird die Relevanz dieser Perspektiven für den urbanen Kontext untersucht. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, was die postmoderne Stadt zusammenhält. Vorausgreifend kann bereits gesagt werden, dass die urbanen Zentren nicht durch kulturelle Gleichheit zusammengehalten werden, sondern durch eine funktionierende kommunale Infrastruktur. Zu dieser Infrastruktur gehört selbstverständlich auch der Arbeitsmarkt mit seinen Systemen und Teilsystemen. Der Blick wird diesbezüglich dann erstens auf die funktionale Ausdifferenzierung der Gesellschaft geworfen, um sich im weiteren Verlauf der lebensweltlichen Ausdifferenzierung zuzuwenden und schließlich die metakulturellen Aspekte des sozialen Handelns innerhalb der Stadt zu analysie-

ren. Wird diese dreidimensionale Sicht auch vorgenommen, so besitzt die systemische Ausdifferenzierung der Gesellschaft jedoch Priorität.

Theoretisch konzentriere ich mich innerhalb dieser Arbeit auf die Systemtheorie. Deshalb wird es notwendig sein, die Systemtheorie zunächst einmal vorzustellen und ihre Relevanz für das vorliegende Thema herauszuarbeiten. Niklas Luhmann gilt als Klassiker und Hauptvertreter dieser Theorie und somit stütze ich mich zunächst auf seine Thesen.

Diesen theoretischen Ausführungen folgt eine methodische Einführung in die angewandten Methoden der Dissertation. Dieser Aufgabe ist *Kapitel II* gewidmet. Innerhalb der Arbeit wird primär mit qualitativen Methoden der Sozialforschung gearbeitet. Dabei wird das Augenmerk auf die 'kleinen Zusammenhänge', seien sie systemischer, lebensweltlicher oder diskursiver Art, geworfen. Und so wird sich auf lokal, zeitlich und situativ begrenzte Erzählungen konzentriert, statt primär makrosoziologisch zu verfahren. Innerhalb dieses methodischen Teils werden die einzelnen Schritte der Untersuchungsphase, begonnen mit der Wahl des Untersuchungsrahmens bis hin zur Analyse des erhobenen Materials, vorgestellt und einer kritischen Analyse unterzogen. Auch im methodischen Kontext wird wieder dreidimensional verfahren und es werden die Methoden der systemischen, lebensweltlichen sowie der metakommunikativen Perspektive thematisiert. Darüber hinaus werden die Leitfragen der drei Untersuchungskontexte herausgearbeitet und in Verbindung mit der die Dissertation leitenden Fragestellung gebracht.

Kapitel III der vorliegenden Promotionsschrift ist überschrieben mit „Arbeit in der Diskussion“. Innerhalb dieses Kapitels wird zunächst der genutzte Arbeitsbegriff geklärt. Primär werde ich Arbeit als Erwerbsarbeit thematisieren, ohne jedoch außer Acht zu lassen, dass daneben viele weitere Formen der Arbeit existieren. Weiterhin wird die aktuelle Diskussion um das Thema Arbeit, Erwerbstätigkeit, Vollbeschäftigung, Arbeitslosigkeit, so wie sie in den Wissenschaften, der Politik und der Wirtschaft geführt wird, aufgegriffen. Ziel dieser Analyse ist es, die gesellschaftliche Bedeutung von Arbeit herauszuarbeiten und zu hinterfragen.

Nach diesem eher makrosoziologischen Verfahren wird ein Blick auf die urbane Arbeitsgesellschaft geworfen. Dabei wird exemplarisch verfahren und anhand des Kölner Stadtteils Ehrenfeld die Veränderungen eines Quartiers vom Arbeiterviertel zum postmodernen Stadtteil diskutiert. Hinter dieser Analyse steckt die Annahme, dass heutige Städte und auch der

Arbeitsmarkt ganz anders strukturiert sind als vormoderne und moderne Städte. Heutige Gesellschaften und somit auch die dortigen Städte differenzieren sich nach formal-rationalen und zugleich funktionalen Kriterien aus und bilden eine kommunale Infrastruktur. Die kommunale Infrastruktur des Arbeitsmarktes steht im Mittelpunkt der nachfolgenden Betrachtungen. In Form von exemplarischen Analysen wird den Basisfragen der Untersuchung nachgegangen, nach welchen Kriterien der Arbeitsmarkt funktioniert und wann diese formalen Kriterien durch andere, lebensweltlich einzuschätzende Prinzipien überlagert werden. Dies zielt auf die Frage der Inklusions- und Exklusionsverfahren, die auf dem Ehrenfelder Arbeitsmarkt zu Tragen kommen. Der empirische Teil der vorliegenden Dissertation bezieht sich zunächst auf systemische Fragestellungen, um anschließend zwei ergänzende Perspektiven hinzuzufügen, nämlich die lebensweltliche und diskursive Perspektive. Aus lebensweltlicher Perspektive geht es darum anhand von biografischen Blicken zu klären, wie sich Biografien im Spannungsfeld von Inklusions- und Exklusionsverfahren auf dem Arbeitsmarkt entwickeln. Aus dem Blickwinkel der diskursiven Perspektive wird analysiert, welche partizipativen Möglichkeiten innerhalb eines Stadtquartiers bestehen, ungerechten Verteilungsverfahren auf dem Arbeitsmarkt zu begegnen.

Die Aufgabe von Kapitel IV besteht erstens darin, die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung zu resümieren. Die Pointe der Arbeit wird nochmals hervorgehoben und erläutert. Darüber hinaus muss aber auch ein Ausblick für die politische Praxis und die Sozialwissenschaft gegeben werden, indem die Frage der Inklusion in die Gesellschaft nochmals geklärt wird.

KAPITEL I**GESELLSCHAFTS- UND WISSENSCHAFTSTHEORETISCHE POSITIONIERUNG:****DIE POSTMODERNE GESELLSCHAFT UND IHRE INKLUSIONSFÄHIGKEIT**

1.	Zur gesellschaftlichen Situation	19
1.1.	Gesellschaftliche Integration und Desintegration aus historischer Perspektive	20
1.2.	Die Kennzeichen der postmodernen Gesellschaft	26
1.2.1.	Individualisierung	30
1.2.2.	Globalität und Vielfalt	36
1.2.3.	Mobilität und Migration	42
2.	Die urbane Gesellschaft	48
2.1.	Die urbane Gesellschaft und ihre Konstitutionsbedingungen	48
2.2.	Zusammenleben innerhalb postmoderner Städte: Drei <i>mögliche</i> Perspektiven	54
2.3.	Zur Dominanz der funktionalen Ausdifferenzierung der Gesellschaft und zur Frage der Inklusion durch Systeme	59
2.3.1.	Die 'klassische' Systemtheorie	62
2.3.2.	Die Systemtheorie und die postmoderne Gesellschaft	68
2.4.	Zur Ergänzung durch die lebensweltliche Ausdifferenzierung	73
2.5.	Zur Ergänzung durch diskursive Aspekte des Handelns	79
3.	Resümee: Inklusionsverfahren in der urbanen Gesellschaft. Das Beispiel Arbeitsmarkt	88

1. Zur gesellschaftlichen Situation

Innerhalb der Soziologie werden in den letzten Jahren immer wieder Debatten über das Modell heutiger Gesellschaften geführt. Dabei geht es um die Frage, was den Kernpunkt der Gesellschaft darstellt, was das entscheidende Merkmal heutiger Gesellschaftsformationen ist. Dabei gilt das Interesse der Frage, wie Gesellschaft 'funktioniert', welcher Leitkontext der vorherrschende ist und welche Formen der Integration beziehungsweise der Inklusion bestimmend sind.

Während die einen wie Neil Postman (1995) von der Mediengesellschaft sprechen, beschwören andere die Single-Gesellschaft wie Stefan Hradil (1995) oder die Risikogesellschaft wie Ulrich Beck (1986). Es ist von der reflexiven Moderne (Ulrich Beck), von der Moderne (Anthony Giddens) oder der Postmoderne wie bei Jean-Francois Lyotard (1986) die Rede. All diesen Gesellschaftskonzeptionen – seien sie noch so unterschiedlich – gemeinsam ist, dass sie von einer sich grundlegend verändernden Gesellschaft ausgehen, die von einer zunehmenden Ausdifferenzierung und Unübersichtlichkeit geprägt ist. Was sich jedoch grundlegend unterscheidet, ist die Bewertung der Gesellschaft und ihrer Veränderungen.

In den seltensten Fällen wird bei der Gesellschaftsanalyse neutral verfahren, vielmehr wird die Ausdifferenzierung der Gesellschaft und die konstatierte Unübersichtlichkeit oftmals mit Desintegration gleichgesetzt. Die Gesellschaft zerbricht an der Heterogenität, so das Lamento derjenigen, die meines Erachtens blind gegenüber der gesellschaftlichen Wirklichkeit und deren Integrationspotential sind. Innerhalb dieser Gesellschaftsanalysen wird von einem Werteverlust innerhalb der Gesellschaft bis hin zu einer Sinnkrise gesprochen. Ausgangspunkt dieser Einschätzung ist die Vorstellung eines ehemals existenten gemeinsamen Wertedachs innerhalb früherer Gesellschaftsformationen, wobei diesbezüglich keine zeitlichen Angaben über diese 'frühere Zeit' gemacht werden. Nicht nur deshalb muss kritisch hinterfragt werden, ob der gemeinsame Wertekanon in der Form des alles überwölbenden Sinndachs überhaupt je existiert hat. Hat es eine über Werte vermittelte Kultur gegeben oder ist dies nicht eher eine Interpretation von Gesellschaftspessimisten, die nach dem Motto verfahren 'früher war alles besser' und diese Konzeption dazu nutzen, um ihre Vorstellung der Gesellschaft durchzusetzen? Zu dieser Annahme kann man gelangen, wenn man der Argumentation von Wolf-Dietrich Bukow folgt, der das gemeinsame Wertdach als eine Konstruktion versteht, die im Nachhinein, also aus der Gegenwart heraus mit Blick auf die Vergangenheit, entstanden ist

und dazu dienen soll Hegemonialverhältnisse festzuschreiben:

„Und man hat diese Auslegung der Gesellschaft kulturell gerahmt. Die parallel zum Nationalstaat konzipierte Gesellschaft wurde unter das Dach einer alles bestimmenden Basiskultur bzw. Grundreligiösität oder – moderner formuliert – ‘Ethnizität’ gerückt. Wie die interne Ausstattung von Gesellschaft hat sich auch diese externe Einbindung als problematisch und in diesem Fall als kulturalistische Überzeichnung erwiesen. Man mag daran zweifeln, ob tatsächlich jemals eine Gesellschaft über eine mehr oder weniger homogene Kultur, Religion oder Ethnizität bzw. ein alles umfassendes Wertedach zusammengehalten wurde, weil bereits in traditionellen Gesellschaften solche Dächer in der Regel auch bloß im nachhinein gezimmert wurden, wie bereits die feinsinnige Unterscheidung von Ethnogenese und Ethnogenie deutlich machen könnte.“ (2001:26)

Wenden wir uns nun der Gegenwart zu. Festzuhalten bleibt zunächst einmal, dass die Ausdifferenzierung der Gesellschaft zu Vielfalt und Heterogenität in den unterschiedlichsten Formen geführt hat. Die Frage der Inklusion in eine solch plurale Gesellschaft und der Konsensbildung innerhalb der Gesellschaft ist eine der wichtigsten, wenngleich auch schwierigsten Fragestellungen der Sozialwissenschaften. Bei einer solchen Analyse darf nicht per se pessimistisch und zugleich wertend verfahren werden. So dient es weder der wissenschaftlichen noch der gesellschaftlichen Erkenntnis, wenn die Heterogenität innerhalb der Gesellschaft mit einer absoluten Unübersichtlichkeit beziehungsweise Orientierungslosigkeit gleichgesetzt wird. Und so beschreiben Christoph Clermont und Johannes Goebel (1999) eine Generation von Menschen (um die 30), für die die Stichworte Flexibilität und Mobilität zu einer unwiederruflichen Realität geworden sind und die sich die ‘Orientierungslosigkeit’ zur Tugend gemacht haben und als Chance für die Lebensgestaltung nutzen. Ebenso wenig kann bei dem Modell der Postmoderne von einer vollkommenen Beliebigkeit die Rede sein. Viel eher besteht die Notwendigkeit, die Potentiale, die durch das bestehende Gesellschaftsmodell gegeben werden, anzuerkennen (vgl. Wolf-Dietrich Bukow 2002a:121ff.). Bevor jedoch das dieser Dissertation zugrunde liegende Konzept der Postmoderne vorgestellt und analysiert wird, hier zunächst ein historischer Rückblick auf die Frage der gesellschaftlichen Integration und Desintegration aus soziologischer Perspektive und deren Relevanz für das Thema.

1.1. Gesellschaftliche Integration und Desintegration aus historischer Perspektive

Wird sich mit der Thematik ‘Arbeit’ beschäftigt – wie im Fall der vorliegenden Dissertation –, so sind diese Diskussionen geprägt von der Frage nach der Inklusion in den Arbeitsmarkt. Nach welchen Aspekten geschieht diese Inklusion, welche Anforderungen werden an das

Gesellschaftsmitglied gestellt, um Anschluss an den Arbeitsmarkt erhalten zu können? Da unter anderem über Arbeit die Teilhabe an der Gesellschaft geregelt wird, handelt es sich bei allen Fragen bezüglich der Inklusion in den Arbeitsmarkt auch immer um die Frage der (formalen) Inklusion in die Gesellschaft. Besitzt diese postulierte formale Inklusion für alle Gesellschaftsmitglieder den gleichen Status oder werden diesbezüglich Unterschiede gemacht? Diesen Fragestellungen wird sich im Folgendem zunächst aus historischer Perspektive genähert.

Diskussionen um gesellschaftliche Integration und Desintegration begleiten den Modernisierungsprozess spätestens seit der Industrialisierung. Letztere war geprägt durch eine radikale Veränderung der bis dato existierenden Arbeitsprozesse, die zugleich eine radikale Veränderung der Lebensführung auslöste. Die Umstrukturierungen des Arbeitsmarktes im 19. Jahrhundert bewirkten Transformationen innerhalb der gesamten gesellschaftlichen Struktur, angefangen von der ubiquitären Ausbreitung des Geldes als Handelsmittel über die Wohnstruktur bis hin zur Familienstruktur. Im Fokus der Betrachtung der wissenschaftlichen Diskussionen stand insbesondere die Frage, welche Auswirkungen diese Umstrukturierungsprozesse auf die Integrationskraft der modernen Gesellschaften habe. Man war sich darüber einig, dass die traditionale Gesellschaft zu zerbrechen begann, dass der gemeinsame Wertekanon der Gemeinschaften – im Sinne Max Webers – sich auflöste. Max Weber unterscheidet den Begriff der Gemeinschaft beziehungsweise der Vergemeinschaftung von der Gesellschaft:

„*Vergemeinschaftung* soll eine soziale Beziehung heißen, wenn und soweit die Einstellung des sozialen Handelns – im Einzelfall oder im Durchschnitt oder im reinen Typus – auf subjektiv gefühlter (affektuellem oder traditionalem) Zusammengehörigkeit der Beteiligten beruht.“ (1984:69)

Die Prägestärke eines gemeinsamen Normgefüges, wie es beispielsweise durch die Religion verkörpert wurde, löste seine Wirkung ein und somit war die Einbindung des Einzelnen in die Gesellschaft durch traditionelle Ressourcen nicht mehr gewährleistet. Statt dessen war die Industrialisierung dominiert von einer zunehmenden Arbeitsteilung, die eine neue Verteilung der Rollen innerhalb der Gesellschaft evozierte (Emile Durkheim 1977). Die Frage, die sich aus den strukturellen Veränderungen ergab, ist die Frage danach, ‘was die Gesellschaft zusammenhält’. Wie also ist die Einbindung des Einzelnen in die Gesellschaft möglich, unabhängig von einem überwölbenden – nicht mehr existenten – Werte- beziehungsweise Sinnedach?

Unabhängig von den Überlegungen, inwiefern die Integration innerhalb traditioneller Gesellschaften primär durch einen gemeinsamen Wertekanon gesichert wurde, lässt sich für

heutige (westliche) Gesellschaften festhalten, dass in ihnen die Inklusion in die Gesellschaft formal geregelt wird. Es kann diesbezüglich von einer strukturellen Koppelung gesprochen werden.

Zurück zum historischen Kontext. An dieser Stelle ist es auch wichtig, den Begriff der Inklusion von dem der Integration zu unterscheiden. Bei der Frage der strukturellen Koppelung, der systemischen Einbindung handelt es sich entsprechend der noch einzuführenden Theorie von Niklas Luhmann um die Frage der *Inklusion* in gesellschaftliche Teilsysteme, während sich die Frage der *Integration* auf Werte, Normen, also auf kulturelle Konstellationen bezieht. Anders formuliert: Die Integration zielt auf die *Gemeinschaft*, während sich die Inklusion auf die *Gesellschaft* und somit auf die Form der Vergesellschaftung bezieht. Während einerseits die Frage der Vergemeinschaftung gestellt werden muss, wird andererseits die Frage der Vergesellschaftung gestellt.

Einer der soziologischen Klassiker, der sich mit dem Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft – und um dieses geht es ja bei der Frage der Integration beziehungsweise Inklusion – auseinander gesetzt hat, ist Emile Durkheim. Um den Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft kenntlich zu machen, unterschied er zwischen mechanischer und organischer Solidarität. In Gesellschaften wie der traditionellen, deren Kennzeichen unter anderem die geringe Arbeitsteilung war, waren die Menschen auf eine, wie Durkheim es nennt, mechanische Art miteinander verbunden. Das bedeutet auch, dass für Individualität kein Raum war. Nicht umsonst ist der Begriff des Individuums eng verknüpft mit dem Entstehen der Moderne. Die von Emile Durkheim konstatierte mechanische Solidarität löste sich im Zuge der fortschreitenden Arbeitsteilung innerhalb der Gesellschaft auf; sie wurde durch ein anderes Solidaritätsprinzip ersetzt, das organische. Letzteres, so Durkheim, entstehe durch die zunehmende Arbeitsteilung, die die Menschen untereinander in eine größere Abhängigkeit bringt. Jede(r) ist auf die Arbeitsergebnisse der anderen Menschen angewiesen. Niklas Luhmann analysiert Emile Durkheims Theorie wie folgt:

„Die Gesellschaft habe sich von einer nur segmentären Strukturierung auf der Basis aller Segmente zu einem hochgradig arbeitsteiligen Sozialsystem entwickelt. Dabei habe sie ihre Solidaritätsgrundlagen von Gleichheit auf Ungleichheit umstellen müssen, habe ihre Moral, und davon abhängig, auch ihr Recht geändert.“(1997:30f.)

Die hier formulierte Ungleichheit kann als der Beginn einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft und somit als Entstehen der Möglichkeit der Heterogenität und Individualität gewertet werden. Die sich verändernde Solidaritätsform – weg von der mechanischen, hin zur organi-

schen Solidarität – habe laut Durkheim zur Konsequenz, dass Bindungen, die unter modernen Bedingungen relativ einfach eingegangen werden können, schnell zerbrechen, weil sie weniger in der Tradition verankert seien und somit nicht über eine gemeinsame moralische Instanz verfügt werde. Die fehlende moralische Infrastruktur innerhalb der Gesellschaft und die verringerte Macht des Kollektivbewusstseins auf das moderne Individuum drohen nach Auffassung von Emile Durkheim zu gesellschaftlicher Desintegration und zum Teil zum Chaos – kurzum zur Anomie, zum Zerfall der Gesellschaft – zu führen (Emile Durkheim 1996). Infolge der Individualisierung würde die Gesellschaft auf Dauer aus den Fugen geraten und an dieser Individualisierung sowie der dadurch entstehenden Unterschiedlichkeit scheitern. In dieser Weise versuchte Emile Durkheim dann beispielsweise die scheinbar erhöhte Kriminalitätsrate und die Häufung von sozialen Konflikten, ja selbst von Suiziden zu erklären.

Aus der Perspektive der als Anomie-Theorie bekannten Gesellschaftstheorie heraus gelangte Emile Durkheim dann zu einer skeptischen Einschätzung der Modernisierung und der Integrationsfähigkeit der Gesellschaften. Die Konzentration auf die Bedeutung des Kollektivbewusstseins und auf die Anomiedimension vernachlässigte andere gesellschaftliche Potentiale. Die ausschließliche Sozialintegration – und als solche muss die Theorie Durkheims verstanden werden – führte dazu, dass die Systemintegration, beziehungsweise genauer Systeminklusion, außer Acht gelassen wurde. Auf den hier zu diskutierenden Kontext übersetzt bedeutet das, dass damit die Bedeutung von Erwerbsarbeit als eine systemische – und nicht als eine soziale – Inklusion ignoriert beziehungsweise nicht gesehen wurde. Daneben hat Emile Durkheim die emanzipativen Potentiale der Modernisierung und neuer Solidaritätsformen und zugleich neuer Integrationsformen (diskursive Vernetzung, Zivilgesellschaft) nicht realisiert. Letzteres kann ihm aufgrund seiner Lebzeit nicht negativ angetragen werden. Dennoch: Die Idealisierung vormoderner Integration und der Blick auf anomische Zustände führte dazu, dass die anderen Dimensionen gesellschaftlichen Handelns entweder außen vor blieben oder nur aus einer reduzierten Zufallsperspektive heraus interpretiert wurden. Dass die Modernisierung der Gesellschaft auch neue Chancen und Integrationsformen hervorgebracht hat, erfährt in einer auf 'Verfallssemantik' (Sighard Neckel 1993) fixierten und historisch rückwärts gewandten Diskussion keine Erwähnung. Deshalb vertrete ich die Meinung, dass Durkheims Theorien lediglich für eine historische Gesellschaftsanalyse herangezogen werden können, nicht jedoch für eine aktuelle Gesellschaftsbeschreibung der postmodernen Gesellschaft hilfreich sind. Der Soziologe Anthony Giddens weist in diesem Zusammenhang auf neue Formen des gesell-

schaftlichen Zusammenhalts hin, die von Emile Durkheim nicht in Betracht gezogen wurden:

„Die neuen Formen des gesellschaftlichen Zusammenhalts beruhen vielleicht nicht mehr so sehr auf fixen örtlichen Gegebenheiten, doch können sie sich durchaus als sehr intensiv und möglicherweise beständig erweisen. Deshalb ist es notwendig, die klassische Unterscheidung zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft, zwischen organischem und mechanischem gesellschaftlichem Zusammenhalt in Frage zu stellen. Die Untersuchung der Mechanismen, mittels deren sich soziale Zusammenhänge herausbilden, bleibt auch weiterhin eine der Hauptaufgaben der Soziologie, doch die gegenwärtig sich entwickelnden neuen Mechanismen liegen quer zu diesen überkommenen Unterscheidungen.“ (1996b:320)

Anthony Giddens plädiert dafür, sich von den soziologischen Kategorien von Gesellschaft und Gemeinschaft mit den bestehenden Definitionen zu verabschieden. Dies gilt für Durkheims Theorie, die neu überdacht werden muss, ebenso, aber auch für den ‘Harmoniekurs’ der Kommunitaristen, wie ihn Erol Yildiz treffend bezeichnet (1999a). Denn sowohl im wissenschaftlichen als auch im politischen Diskurs kann man in den letzten Jahren eine Renaissance der Wertediskussion erleben, die gleichzeitig ein Gemeinschaftsdiskurs ist und in der es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Werte geht. Der Systemtheoretiker Armin Nassehi kritisiert diesen Diskurs und macht insbesondere Wilhelm Heitmeyer für diese populistische Form der Wissenschaft verantwortlich:

„So wird die gesamte gesellschaftsdiagnostische Debatte um das problematische Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, um individuelle Lebenslagen innerhalb gesellschaftlicher settings immer noch weitgehend ohne Kontakt zum Inklusionstheorem geführt, während aus systemtheoretischer Perspektive theoretische Potentiale für diese Debatte kaum zur Diskussion gestellt werden. Es ist immer noch der *Integrationsbegriff*, der etwa die Debatte um neue Verunsicherungen, um die Erklärung der Entstehung neuer Gewaltpotentiale und generativer Lebenslagen bindet. Wir denken nur an die von Wilhelm Heitmeyer initiierte und in Gang gehaltene Diskussion um desintegrative Tendenzen der modernen Gesellschaft, der es gelungen ist, das Desintegrationstheorem als *interdisziplinäres Kerntheorem* zur Erklärung gesellschaftlicher Pathologien zu reetablieren und entsprechende Folgeforschungen auszulösen (vgl. Heitmeyer 1994, erneut 1997).“ (1999c:134)

Armin Nassehi übt sich in diesem Aufsatz auch in Selbstkritik, indem er die Vernachlässigung der Nutzung systemtheoretischer Erkenntnisse für die Inklusionsdebatte moniert. Das heißt, einerseits blieben viele Systemtheoretiker in ihrer Theorie verhaftet, andererseits wurde auch von anderen ForscherInnen die Systemtheorie nicht herangezogen, um hiermit Fragen der gesellschaftlichen Inklusions- und Exklusionsdebatte zu führen. Armin Nassehi deutet bereits an, dass die gesellschaftliche Wirklichkeit, die Realität des sozialen Handelns sowohl die systemische als auch die lebensweltliche (soziale Integration) einschließt.³ Dass jedoch auch diese Analyse – die Einbeziehung der systemischen und lebensweltlichen Perspektive – noch

3 Ähnlich argumentiert auch Jürgen Habermas, der darüber hinaus jedoch die diskursive Ebene als die bedeutungsvollste Form des sozialen Handelns interpretiert. Vgl. hierzu Jürgen Habermas (1994): Individuierung durch Vergesellschaftung. In: Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim (Hrsg.): Riskante Freiheiten. Frankfurt am Main. S. 437-446.

nicht ausreichenden Charakter besitzt, um die gesellschaftliche Realität treffend zu analysieren, wird im weiteren Verlauf der vorliegenden Arbeit deutlich werden.

Die Gefahr, die in einem Werte- bzw. Desintegrationsdiskurs liegt, besteht in der *Ausgrenzung durch Abgrenzung*. Hierdurch wird der Versuch unternommen eine Legitimation für nationalistische und rassistische Momente zu bilden. Dies entspricht auch der Einschätzung von Erol Yildiz, wenn er sagt:

„In dem Wertediskurs, der sich bis heute formiert hat und in dem immer mehr Gemeinsinn, bürgerhaftliches Engagement und eine Rückbesinnung auf gemeinsam geteilte Werthorizonte des politischen Gemeinwesens gefördert werden, ist eine Grundlinie erkennbar, die implizit, zum Teil auch explizit, auf eine Homogenisierung der Gesellschaft hinaus läuft. Dass nach der Wiedervereinigung ständig versucht wird, eine ‘neue’ gemeinsame deutsche Identität zu gewinnen, ist ein gutes Beispiel in diesem Zusammenhang. Die Forderung homogener Werte ist besonders verbunden mit einer imaginären Gemeinschaft, in der solche Werte getragen, gepflegt und auch zur Abgrenzung von den als anders definierten imaginären Wertegemeinschaften benutzt werden sollen.“ (1999a:44)

Während sich Durkheim ebenso wie die Vertreter(innen) des Kommunitarismuskurses in ihrer Interpretation der Gesellschaft ausschließlich auf die soziale Komponente sozialen Handelns beziehen und somit auch die Integrationsfrage lediglich auf die soziale Integrationsfähigkeit konzentriert bleibt, schlage ich eine dreidimensionale Sichtweise vor. Diese Perspektive nimmt die Gesellschaft als Gesellschaft und nicht als eine auf geteilten Werten basierende Gemeinschaft wahr. Die Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft ergibt sich dann aus dem Zusammenspiel der systemischen Inklusion, der sozialen beziehungsweise lebensweltlichen sowie der metakommunikativen Integration. Da die systemische Inklusion die primäre Einbindungsform in die Gesellschaft darstellt, wäre zu überlegen, ob statt von der *Integrationsfähigkeit* der Gesellschaft nicht viel eher von der *Inklusionsfähigkeit* der Gesellschaft geredet werden sollte. Diese Sichtweise eröffnet, wie ich zeigen werde, einen realistischeren Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit sozialen Handelns, werden innerhalb eines solchen Gesellschaftsmodell die Individuen und auch die Gesellschaft selbst mehrdimensional betrachtet. Der Vorteil dieser theoretischen Herangehensweise liegt darin, dass die Kritik von Armin Nassehi sowohl an der Integrations- und Wertediskussion als auch an der Systemtheorie aufgenommen werden kann und die Gesellschaft in ihrer Vieldimensionalität, ja in ihrer Multikulturalität analysiert werden kann. So werden weder die Ergebnisse der Systemtheorie noch die Bedeutung der Integration – jedoch im Sinne der lebensweltlichen Integration – vernachlässigt. Darüber hinaus – und hierin liegt eine Ergänzung zu Nassehis Gesellschaftsanalyse – wird die diskursive, auf Vernunft basierende Perspektive eingeführt.

Exemplarisch wurde die Diskussion um die Integrationskraft der Gesellschaft anhand Durkheims Gesellschaftstheorie vorgestellt. Zusammenfassend kann dabei festgehalten werden, dass es sich bei der aktuellen Diskussion über die Integrationsfähigkeit der (Post-)moderne um eine alte Debatte handelt, die je nach aktueller Situation und politischer Fragestellung immer wieder aufgegriffen und in verschiedenen Variationen und Zusammenhängen weitergeführt wird. Das soll nicht heißen, dass die Fragestellung der Integration in die Gesellschaft eine nebensächliche ist, ganz im Gegenteil: Jedoch liegt die Gefahr nahe, dass sie in gesellschaftspolitischen und wissenschaftlichen Diskursen zur Bestimmung der eigenen Position benutzt wird, wenn nicht eine klare Trennung der unterschiedlichen Inklusions- und Integrationspotentiale, wie sie durch die systemische, lebensweltliche und diskursive Perspektive analytisch vorgenommen wird, Berücksichtigung findet.

1.2. Die Kennzeichen der postmodernen Gesellschaft

Nachdem ein kurzer Überblick über die historische Relevanz der Inklusionsfähigkeit von Gesellschaften im historischen Zusammenhang gegeben wurde, wird nun die Postmoderne als gesellschaftliches Konzept vorgestellt, auf das sich innerhalb der vorliegenden Arbeit gestützt wird. Zunächst einmal wird geklärt, was sich hinter dem Begriff der Postmoderne verbirgt. Stichworte, die im Kontext von Diskussionen um die Postmoderne immer wieder genutzt werden, sind die der pluralisierten Gesellschaft, der Individualisierung, der Vielfalt. Die Gesellschaft ist durch Heterogenität bestimmt, die alle Gesellschaftsfelder durchzieht. Gleichzeitig ist die Postmoderne auch an die Globalisierung geknüpft. Und so verwundert es nicht, dass Zygmunt Bauman (1996) den Charakter der Globalisierung derart beschreibt, wie es in anderen Diskussionen (Lyotard, Welsch s.u.) für die Postmoderne üblich ist. Nach Zygmunt Baumann (1996:654) ist die

„wichtigste Vorstellung, die durch den Gedanken der Globalisierung vermittelt wird, die des unbestimmten, widerspenstigen, selbstgesteuerten Charakters der Weltangelegenheiten, der Abwesenheit eines Zentrums, einer Leitungsgruppe, eines Führungsbüros“.

Schaut man sich nun die Position von Vertretern der Postmoderne an (zu denen auch Bauman zählt), so erkennt man die Korrespondenz zwischen den beiden Diskussionssträngen der Globalisierung einerseits und der Postmoderne-Debatte. Grundlegend für die postmoderne Gesellschaft ist die Verabschiedung von den „großen Meta-Erzählungen“, von zentralistischen

Modellen der Gesellschaft. Hierzu bemerkt Wolfgang Iser:

„Während die Moderne noch durch die Herrschaft von Metaerzählungen charakterisiert war, die jeweils eine Leitidee propagierten, die alle Wissensanstrengungen und Lebenspraktiken einer Zeit bündelte und auf ein gemeinsames Ziel hin versammelte – Emanzipation der Menschheit in der Aufklärung, Teleologie des Geistes im Idealismus, Hermeneutik des Sinns im Historismus, Beglückung aller Menschen durch Reichtum im Kapitalismus, Befreiung der Menschheit zur Autonomie im Marxismus etc. –, sind all solche Meta-Erzählungen mittlerweile angesichts der Erfahrungen, die man mit ihnen machen mußte, unglaublich geworden. Entscheidend ist, daß man auf diesen Verlust nicht mehr – traditionell, romantisch, fin-de-siècle-sentimental – mit Trauer und Melancholie reagiert, sondern ihm nüchtern und bejahend begegnet.“ (1989:244)

Das bedeutet also, dass die Differenz und Heterogenität der Gesellschaft zum großen Teil anerkannt wird. Die Anerkennung des ‘Anderen’, die Anerkennung der Differenz und gleichzeitig die Gleichheit in der Unterschiedlichkeit sind wichtige Schritte auf dem Weg zur Postmoderne. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die negativen Folgen der Annahme einer geschlossenen Gemeinschaft unübersehbar waren. Zwang und Terror sind nur zwei potentielle Auswirkungen der starken Konzentration auf *eine* Idee. In Europa gab es innerhalb des 20. Jahrhunderts zwei Gesellschaftsformationen, in denen der Gedanke der Geschlossenheit prägend war. Nenne ich nun diese beiden politischen Systeme auch in einem Atemzug, so bezieht sich der Vergleich jedoch lediglich auf die in beiden Systemen offensichtliche Geschlossenheit. Gemeint sind in diesem Kontext einerseits der Faschismus in Europa sowie der Nationalsozialismus in Deutschland und andererseits das System des Sozialismus. Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus, die ja im Speziellen durch die 68er begonnen wurde, hat sicher mit dazu geführt, dass die Pluralität innerhalb der Gesellschaft positiver betrachtet wurde. Ebenso hat auch der Zerfall der sozialistischen Länder, das letzte ‘große Ideal’ der Linken, einen Beitrag dazu geleistet, in der Erkenntnis, dass hierin keine wirkliche Alternative zu dem bestehenden westlichen Kapitalismus zu finden ist. Gleichzeitig ist dies eine Verabschiedung von zentralistischen Modellen. Ähnlich argumentiert auch Nancy Fraser, wenn sie die Veränderungen des politischen Potentials ‘der Linken’ nach dem Zusammenbruch des Sozialismus benennt. Spricht sie diesbezüglich auch nicht von der Postmoderne, sondern von der ‘postsozialistischen Situation’, so formuliert sie dennoch, dass das Scheitern des Sozialismus gleichzeitig auch das Ende von großen politischen Visionen sei. Dies bildet dann für sie die Motivation aus feministischer Perspektive nach anderen politischen Möglichkeiten zu suchen (Nancy Fraser 2001).

Zwar kann auch der westliche Kapitalismus nicht als ein positives Kennzeichen der Postmoderne gewertet werden. Jedoch, so würde ich den Vertreter der Postmoderne Ronald

Inglehart deuten, hat die physische Sicherheit in den westlichen Ländern dazu geführt, dass sich die Werte verändern konnten. Inglehart spricht von postmaterialischen Werten wie Selbstverwirklichung oder Lebensqualität. Die materielle Absicherung erst führt zu einer Freisetzung lebensweltlicher Potentiale. Hierzu an späterer Stelle mehr. Die beiden hier genannten Auseinandersetzungen zeigen zunächst einmal, warum es bereits aus politischer Sicht notwendig war, eine Alternative zu den zentralisierten 'Metaerzählungen' zu finden. In diesem Sinne handelt es sich aus dieser Perspektive um einen ideologischen Begriff der Postmoderne.

Neben dieser 'bewussten' Verabschiedung von den zentralistischen Werten der Gesellschaften, die sicherlich auch Einfluss auf die Heterogenität der Gesellschaft insbesondere in politischer Hinsicht hatte, können diesbezüglich jedoch auch weitere Argumentationen beobachtet werden. Bei der Analyse der postmodernen Gesellschaft wird sich auch auf die Vielfalt der Lebenswelt konzentriert. Es werden die sich erweiternden Handlungsmöglichkeiten der einzelnen Individuen und damit korrespondierend der Pluralität der Lebenswirklichkeiten und der Lebensentwürfe skizziert. Bei dieser Interpretation wird jedoch zum Teil vergessen, dass diese Vielfalt lebensweltlicher Möglichkeiten erst durch eine strukturelle Vielfalt ermöglicht worden ist. Es besteht also ein Zusammenhang zwischen der strukturellen Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Systeme und der lebensweltlich verorteten Pluralisierung. Meiner Einschätzung nach muss davon ausgegangen werden, dass die Ausdifferenzierung der Gesellschaft in Systeme und Teilsysteme erst die Möglichkeit geschaffen hat, dass Individualität und Vielfalt auf lebensweltlicher Ebene entstehen konnten. Erst dadurch, dass die Individuen formal in Systeme eingegliedert sind, erhalten sie den Freiraum zur Individualität.

Die postmoderne Gesellschaft darf nicht als ein Gegensatz zur Moderne verstanden werden. Vielmehr hat bereits Walter Reese-Schäfer (1999:433ff.) darauf verwiesen, dass die Postmodernisierung auf der Modernisierung aufbaut. Postmodernisierung bedeutet demnach, dass sich bestimmte Elemente wie formal-rationale Strukturen, die Pluralisierung der Lebenswelten sowie ein erhöhtes Reflexionspotential seit der Aufklärung tendenziell durchgesetzt haben und Bestandteil des urbanen Alltags sind. Der Begriff der Postmodernisierung, wie ihn Walter Reese-Schäfer benutzt, hat den Vorteil, dass hierdurch die Prozesshaftigkeit der gesellschaftlichen Veränderungen betont werden kann. Zwar gibt es historische Momente, wie die zuvor geschilderten, die die Postmodernisierung vorangetrieben haben, doch vollzieht sich

sowohl die strukturelle Veränderung der Gesellschaft als auch der Wertewandel, die Ablösung von traditionellen, religiösen Bindungen eher schleichend. Die postmoderne Gesellschaft, so kann an dieser Stelle bereits vorausgreifend gesagt werden, zeigt sich immer in dem Bild der metropolitanen Gesellschaft. Manche Gesellschaftstheoretiker sprechen bei der gesellschaftlichen Analyse sogar von einer 'Zweiten Aufklärung' oder wie Ulrich Beck von der 'Zweiten Moderne'. Anthony Giddens spricht von der posttraditionalen Gesellschaft und lehnt den Begriff der Postmoderne als Gegenwartsbeschreibung ab (1996a). Entsprechend seiner Analyse sind wir erst in der Hochmoderne angelangt. Um als postmoderne Gesellschaft bezeichnet werden zu können, sei es notwendig, dass vier Komponenten innerhalb des gesellschaftlichen Kontextes erfüllt sein müssten, so argumentiert Rainer Zoll in Anlehnung an Anthony Giddens:

„Sie (die Postmoderne, die Verfass.) wäre ein System, das die Knappheit von Lebensmitteln und Ressourcen – auch durch selbstgewählte, akzeptierte Beschränkungen – überwunden hätte; sie wäre demilitarisiert; ihre Technologie wäre humanisiert, und sie wäre durch eine vielschichtige demokratische Partizipation gekennzeichnet.“ (Rainer Zoll 1998:8)

Entsprechend Anthony Giddens ist die postmoderne Gesellschaft kaum realisierbar; sie besitzt eher einen utopischen Charakter. Sicherlich ist es richtig, dass auch die von mir oben skizzierten Merkmale der Postmoderne sich bisher nicht überall durchsetzen konnten, und immer wieder lassen sich Gegenteilstendenzen zur Postmoderne erkennen. Ein Vorschlag wäre es deshalb von der Postmoderne als einem 'Projekt' zu sprechen. Somit wäre die Postmoderne kein Begriff für eine feststehende Gegenwartsskizze, sondern viel eher ein Prozess auf dem Weg zu einer – wenn man Anthony Giddens' Definition der Postmoderne zu Grunde legt – gerechten Gesellschaft,⁴ in der alle Menschen ein menschenwürdiges Leben führen können. Für die Prozesshaftigkeit der Postmoderne spricht auch die Tatsache, dass sich die Postmoderne trotz Globalisierung bisher nicht in allen Ländern etablieren konnte. So macht auch Ronald Inglehart, ein Vertreter der Postmoderne, ebenso wie Anthony Giddens die Bezeichnung Postmoderne von dem Wohlstand einer Nation abhängig, Wohlstand, der lediglich in den westlichen Ländern vorfindbar ist und eben einen Großteil der Weltbevölkerung ausschließt. Auf die Frage, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben, schreibt Inglehart:

„Es ist sehr wichtig zu definieren, wer gemeint ist, wenn wir von ‚wir‘ sprechen. Die Menschen in Deutschland, in den vereinigten Staaten oder in Japan, leben in postmodernen Gesellschaften, die durch einen nie zuvor erreichten Wohlstand, durch eine durchschnittlich hohe Lebens-

4 Vgl. zum Begriff der Gerechtigkeit: John Rawls (1988): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Kapitel 2: Die Grundsätze der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main. S. 74-135.

erwartung und durch einen Wandel der bisher geltenden Werte gekennzeichnet sind.“ (2000:131) Meines Erachtens ist es jedoch zu kurz gegriffen, den Charakter der Postmoderne primär am Wohlstand einer Gesellschaft zu messen. Ich stimme jedoch mit Ingelhart dahingehend überein, dass in postmodernen Gesellschaften die Individuen ohne Existenzängste leben können (müssen) und sie sich nicht täglich neu Gedanken um das Überleben – im wörtlichen Sinne – machen müssen (Ronald Inglehart 2000:132). Anders formuliert: Die systemische Inklusion in primäre gesellschaftliche Teilsysteme – wie in den Arbeitsmarkt, in das politische mit der Möglichkeit der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts – ist eine Voraussetzung, um lebensweltliche Heterogenität, ein wesentliches Kennzeichen der Postmoderne, erreichen zu können. Die systemische Inklusion in die wichtigsten gesellschaftlichen Teilsysteme der meisten Gesellschaftsmitglieder sind dementsprechend Voraussetzung, um als eine postmoderne Gesellschaft gelten zu können. Das bedeutet auf den hier vorliegenden Kontext übersetzt, dass, sobald die finanzielle Absicherung des Einzelnen durch Arbeit gewährleistet ist, dieser die Möglichkeit hat sich auf andere Lebensaspekte zu konzentrieren. Unter dieser Voraussetzung ist es auch einfacher, die Fragen der scharfen Abgrenzung der Moderne zur Postmoderne zu beantworten. Wir haben uns von der Moderne verabschiedet, indem die konstitutiven Elemente der Moderne als nicht mehr konstitutiv angesehen werden, sondern gesellschaftlich anders – nämlich lebensweltlich – verankert werden.

Was sind nun dezidiert die Merkmale der Postmoderne? Als inhärenter Bestandteil der Postmoderne gelten

- Individualisierung,
- Pluralisierung/Heterogenität,
- Mobilität.

Anhand der hier gewählten Begrifflichkeiten wird deutlich, dass ich keine starre Vertreterin der Postmoderne bin, sondern teilweise auf Aspekte der von Ulrich Beck formulierten ‘Risikogesellschaft’ beziehungsweise ‘reflexiven Moderne’ rekurriere. So verhält es sich auch mit den drei von mir genannten Merkmalen der Postmoderne Individualisierung, Pluralisierung und Mobilität. Die reflexive Moderne verstehe ich als eine Grundvoraussetzung, um postmodernes Denken hervorbringen zu können. Auch Ulrich Beck bezieht sich in seinem Vorwort zur ‘Risikogesellschaft’ explizit auf die Postmoderne und sucht Antworten auf die Frage, was das

‘Post’ der Postmoderne meint.⁵ Im Folgenden werden die genannten Begriffe im Kontext der Postmoderne-Debatte analysiert.

1.2.1. Individualisierung

Wurde Individualisierung lange Zeit – und in Alltagszusammenhängen immer noch – mit Selbstverwirklichung gleichgesetzt, meint Individualisierung in dem hier skizzierten Sinne nicht nur etwas anderes, sondern teilweise sogar diametral Entgegengesetztes. Individualisierung als soziologischer Begriff entsteht durch strukturelle Veränderungen der Gesellschaft. Hiermit ist zunächst gemeint, dass sich auf systemischer Ebene die Gesellschaft zunehmend ausdifferenziert und somit an dieser – strukturellen Ebene – der Ort ist, an dem die Möglichkeit für eine Individualisierung und Pluralisierung der Gesellschaft geschaffen wird. Es kann also von einer strukturell ausgelösten Individualisierung gesprochen werden. Ausgelöst wurde diese gesellschaftliche Wende durch die Industrialisierung und die damit einhergehenden neuen Arbeitsorganisationen. Die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts bildete jedoch lediglich einen ‘Stein des Anstoßes’ für die zunehmenden Individualisierungstendenzen innerhalb der Bevölkerung. Wird an dieser Stelle von Individualisierung gesprochen, wird der Individualisierungsschub innerhalb der Bundesrepublik Deutschland – die den Bezugsrahmen zur vorliegenden Studie bildet – mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland terminiert. Es können sogar verschiedene ‘Ereignisse’ in der Geschichte der Bundesrepublik genannt werden, die den Individualisierungs- und gleichzeitig auch Pluralisierungstendenzen der Gesellschaft Vorschub geleistet haben. Drei ‘Ereignisse’ seien hier kurz angerissen:

- *Das ‘Wirtschaftswunder’ in den 50er Jahren:*

Der als Wirtschaftswunder bezeichnete Aufschwung in den 50er und 60er Jahre hatte zur Konsequenz, dass erstmals in der deutschen Geschichte die finanzielle Absicherung eines Großteils der Bevölkerung gewährleistet war. Hierdurch setzte – wie Ulrich Beck bereits in der Risikogesellschaft 1986 skizziert hat – der sogenannte Fahrstuhleffekt ein, der sich

5 Ulrich Beck schreibt hierzu: „Thema dieses Buches ist die unscheinbare Vorsilbe »post«. Sie ist das Schlüsselwort unserer Zeit. (...) Bei der »Postmoderne« beginnt bereits alles zu verschwimmen. (...) Dieses Buch ist ein Versuch, dem Wörtchen »post« auf die Spur zu kommen.“ Ulrich Beck (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main. S. 12

durch mehr Lebenszeit, weniger Erwerbsarbeitszeit und eine Vervielfachung des Reallohns kennzeichnen lässt (Ulrich Beck 1986:124f). Darüber hinaus zeichnet sich der Fahrstuhleffekt dadurch aus, dass jede Sozialschicht sich 'eine Etage höher' ansiedeln konnte. Hierdurch erhielten die Individuen einen größeren Freiraum jenseits der Erwerbsarbeit, wodurch neue Handlungspotentiale eröffnet wurden. Auswirkungen hatte dieser Aspekt mittelfristig auch für die Bildungsexpansion, die sich vor allem seit den 60er und 70er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland beobachten lässt.

- *Die 68er Studentenbewegung/die Frauenbewegung:*

Die sich von der Studentenbewegung losgelöst habende Frauenbewegung hat eine nicht zu vernachlässigende Rolle im Prozess der Individualisierung der Frauen gespielt. Die Handlungsspielräume für Frauen sowohl im privaten als auch im öffentlichen Raum haben sich seit den 70er Jahren erweitert, was sich auch am Beispiel des Arbeitsmarktes zeigt. Frauen haben – seit 1975 – rechtlich die Möglichkeit, ohne die Einwilligung des Ehemannes einer bezahlten Arbeit nachzugehen; sie können auf gute Ausbildungen zurückgreifen, studieren und streben eine berufliche Karriere an, die ihnen ein von einem Ehemann unabhängiges Leben ermöglichen konnte.

- *Die 'Deutsche Einheit' im Jahr 1990:*

Das Zusammenbrechen des real existierenden Sozialismus hatte zur Konsequenz, dass die Globalisierung aus politischer Perspektive vorangetrieben werden konnte. Hierdurch sind neue Mobilitätsbewegungen entstanden, die neben der 'realen' Mobilität auch eine 'virtuelle' hervorbrachten.

Diese drei Aspekte, die nicht mit dem Anspruch der Vollständigkeit genannt wurden, weisen darauf hin, dass die Gesellschaft immer wieder genötigt ist, ihre Grundstruktur zu modifizieren, ja so gar erheblich umzubauen, um den gesellschaftlichen Veränderungen gerecht werden zu können. Sehr deutlich zeigte sich dies durch die sogenannte 'Wende' der Jahre 1989/1990. An den Folgen dieser gesellschaftlichen Transformation wird sichtbar, dass Individualisierung kein individuelles Phänomen darstellt, sondern ein strukturelles, das jedoch Auswirkungen auf jedes Individuum haben kann. Dass die fundamentalen Umbauprozesse, die zur Pluralisierung der Gesellschaft beigetragen haben, zu Krisen und Risiken führen können (jedoch nicht müssen), ergibt sich von selbst. Denn während – wie oben bereits erläutert – die Moderne durch ein alles überwölbendes SINDDACH gekennzeichnet war, das für alle Gesellschaftsmitglieder orientierenden Charakter besaß, hat sich im Übergang zur Postmoderne diesbezüglich

eine Wende vollzogen. Mit dem Verschwinden des gemeinsamen Wertekanon und gleichzeitiger Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Systeme ist für das einzelne Gesellschaftsmitglied eine Umorientierung gefordert. Bezogen auf das Thema Arbeit heißt dies, dass die Berufsplanung selbst in die Hand genommen werden kann und muss und dass beispielsweise Brüche und Veränderungen in der Erwerbsbiografie legitim werden. Individualisierung bedeutet nämlich zunächst individuelle Entscheidungsfreiheit – wie die freie Wahl der Arbeit –, die durch die Herauslösung der Subjekte aus ihren vorgefundenen Herkunftsbedingungen ermöglicht wird.⁶ War es in der Moderne beispielsweise eher üblich, dass der Sohn den Beruf des Vaters erlernte, dass keine Statusveränderungen stattfanden, hat der Sohn – und nun auch die Tochter – inzwischen Wahlmöglichkeiten. Diese Wahl kann schnell zur Qual avancieren, denn – so haben Elisabeth Beck-Gernsheim und Ulrich Beck festgestellt – es besteht der Zwang zur Individualisierung, der Zwang zur freien Entscheidung.

„Individualisierung, so gesehen, ist eine gesellschaftliche Dynamik, die nicht auf einer freien Entscheidung der Individuen beruht. Um es mit Jean-Paul Sartre zu sagen: Die Menschen sind zur Individualisierung verdammt. Individualisierung ist ein Zwang, ein paradoxer Zwang allerdings, zur Herstellung, Selbstgestaltung, Selbstinszenierung nicht nur der eigenen Biographie, sondern auch ihrer Einbindungen und Netzwerke, und dies im Wechsel der Präferenzen und Lebensphasen und unter dauernder Abstimmung mit anderen und den Vorgaben von Arbeitsmarkt, Bildungssystem, Wohlfahrtsstaat usw.“ (1994:14)

In diesem Zwang zur Individualisierung wird die strukturelle Abhängigkeit der Individualisierung, die institutionalisierte Individualisierung deutlich. Entsprechend dieser Lesart bedeutet Individualisierung nicht automatisch Desintegration oder Desorientierung. Viel eher bildet sie die Grundlage für neue Orientierungen, für neue Formen der Solidarität und für eine *andere* gesellschaftliche Verantwortung. Johannes Goebel und Christoph Clermont sehen die Individualisierung und die vermeintliche Orientierungslosigkeit eher als Chance denn als Kennzeichen des gesellschaftlichen Verfalls, wenn sie sagen, dass „ (...) gerade die gern beklagten vermeintlichen Verfallserscheinungen wie Orientierungslosigkeit, Bindungslosigkeit und Ego-Gesellschaft einen gangbaren Weg ins dritte Jahrtausend“ eröffnen (1999:27). Bezogen auf den Kontext Arbeit im urbanen Alltag kann dies bedeuten, dass innerhalb eines Stadtquartiers durchaus ein diskursiver Zusammenhang besteht, um auf Exklusionsverfahren auf dem Arbeitsmarkt zu reagieren. In dem hier vorliegenden Kontext ist es von Bedeutung, dass die neuen Formen der gesellschaftlichen Verantwortung ein Produkt der Modernisierung sind.

6 Vgl. zum Zusammenhang zwischen Individualisierung und Arbeitsmarkt: Peter A. Berger (1995): Individualisierung und Statusunsicherheit. Opladen.

Somit weist Individualisierung auf ein verändertes, „neues“ Phänomen hin, das in traditionellen Gesellschaften in dieser Form nicht existiert hat, in (post-)modernen Gesellschaften für die Menschen jedoch substantiell geworden ist. Daher ist Modernisierung ohne Individualisierung und Individualisierung ohne Modernisierung nicht denkbar; sie stehen in enger Korrelation zu einander und bedingen sich gegenseitig. Das bedeutet auch, dass es sich zu einer Alltagsnormalität entwickelt hat, unter bestimmten gesellschaftlichen Vorgaben permanent individuelle Entscheidungen zu treffen, das Leben in eigener Regie zu führen, dies ohne Rückbindung auf andere, und sich daneben in bestimmten Situationen gemeinsam zu engagieren. Dies kann als ein Zeichen dafür gewertet werden, dass in hochindividualisierten Gesellschaften die Karten „neu“ gemischt werden und dabei die Individualisierung eine notwendige Bedingung für den Zusammenhalt der postmodernen und komplexen Gesellschaften darstellt. Das heißt, dass die neuen Entwicklungen auch neue Verarbeitungsformen und Integrationsmodi beziehungsweise viel eher *Inklusionsmodi* hervorgebracht haben, die markiert werden müssen.

Wird von Individualisierung gesprochen, so wird damit ein verändertes Verhältnis des Individuums zur Gesellschaft beschrieben. Diese Veränderungen zielen in Richtung der Emanzipation von traditionellen Bindungen und beziehen sich auf die unterschiedlichsten Komponenten gesellschaftlichen Handelns. Neben den Veränderungen innerhalb Familien- und Geschlechterkonstellationen skizziert die Individualisierungsthese auch Veränderungen im Verhältnis von Gesellschaft und Individuen, wie dem Arbeitsmarkt und dem Sozialstaat, die heutzutage jenseits der alten Vergemeinschaftungsformen miteinander verwoben sind. Im Folgenden werden die Emanzipationspotentiale kurz angerissen (vgl. Flavia Kipple 1998:204ff.):

- *Die ökonomische Emanzipation:* Für die vorliegende Arbeit bildet die ökonomische Emanzipation einen wesentlichen Faktor. Bezogen auf den Arbeitsmarkt bedeutet die ökonomische Emanzipation, dass der Einzelne nicht per Geburt an einen bestimmten ausgewählten Beruf gebunden ist. Vielmehr hat er Entscheidungsmöglichkeiten, die seine Berufswahl und die Erwerbsbiografie betreffen. Dies betrifft in besonderer Weise Frauen, denen – bedingt durch so wohl kulturelle als auch familiäre Emanzipation – der Arbeitsmarkt in einem weit größeren Maße offen steht als dies zuvor der Fall war. Ökonomische Emanzipation bedeutet aber gleichzeitig auch, dass für einen Großteil der Bevölkerung die Existenzfrage nicht jeden Tag neu gestellt werden muss.
- *Die kulturelle Emanzipation:* Die kulturelle Emanzipation zielt in Richtung einer pluralen

Gesellschaft. Innerhalb dieser Gesellschaft wird die Inklusion nicht über einen gemeinsamen Wertekanon geregelt, sondern über formale, systemische Aspekte. Da die Werte für den gesellschaftlichen Aufbau konstitutiv belanglos sind, kann – die systemische Inklusion vorausgesetzt – eine in lebensweltlicher Hinsicht multikulturelle Gesellschaft entstehen.

- *Die soziale Emanzipation:* Die soziale Emanzipation bezieht sich auf die soziale Position innerhalb der Gesellschaft. Kennzeichen dieser Emanzipation ist einerseits die Herauslösung aus einer per Geburt determinierten Klassen- beziehungsweise Schichtzugehörigkeit und andererseits aus der geschlechtsspezifischen Rollenzuschreibung. Der soziale Status muss von jedem Gesellschaftsmitglied selbst erarbeitet werden.
- *Die geografische Emanzipation:* Die geografische Emanzipation vollzieht sich in einer zunehmenden räumlichen Mobilität der einzelnen Gesellschaftsmitglieder. Wie bereits angedeutet, hat diese Mobilität aufgrund der unterschiedlichsten Globalisierungstendenzen nicht nur realen, sondern auch virtuellen Charakter (vgl. Martin Albrow 1998:256). Beziehungen werden nicht mehr nur ortsgebunden eingegangen, sondern werden abstrakter.
- *Die familiäre Emanzipation:* Die Individuen sind nicht mehr ihr Leben lang abhängig von der familialen Herkunft. Sie gehen andere Kontakte ein, suchen sich ihre FreundInnen, ihre Bezugspersonen auch jenseits des Familienverbundes. Die heterosexuelle Kleinfamilie bildet eine von vielen möglichen Lebensformen, die – wenn auch mit unterschiedlicher gesellschaftlicher Akzeptanz – gelebt werden können.

Es zeigt sich, dass in den letzten Jahren eine Beschleunigung der strukturellen, kulturellen, politischen und globalen Emanzipationsprozesse erkennbar ist. Daraus resultiert unter anderem eine wachsende globale Mobilität, die, wie oben bereits angekündigt, in engem Zusammenhang mit Prozessen auf dem Arbeitsmarkt steht. In Zeiten eines tiefgreifenden und schnellen sozialen Wandels geraten immer mehr Menschen automatisch in individualisierende Lebensphasen, die sich auf die oben genannten Emanzipationsaspekte konzentrieren. Die radikalen Transformationsprozesse haben in den letzten 200 Jahren unsere Welt zunehmend geprägt. Mobilität im weitesten Sinne ist nicht nur für das Gesamtbild der Gesellschaft konstitutiv, sondern bestimmt auch die Biografien der Individuen. Für einen wesentlichen Teil der Bevölkerung ist es seit der Industrialisierung eine Selbstverständlichkeit, dass der Ausbildungs- und Berufsweg sie aus dem Ort herausführt, in dem sie geboren sind. Nationale und internationale

Mobilität ist zur Selbstverständlichkeit geworden.

Die Vergesellschaftung, und somit die Frage, welcher Integrationsmodus in der Gesellschaft vorherrschend ist, hat sich auf dem Weg von der traditionellen zur postmodernen Gesellschaft grundlegend verändert. Davon blieb die Rolle des Gesellschaftsmitglieds nicht verschont. Denn die Qualität der Inklusion in die Gesellschaft hat sich nachhaltig gewandelt. Die entscheidende Inklusionsform ist die formale. Die Menschen werden primär formal eingebunden und müssen die anderen Modalitäten selbst in die Hand nehmen, was dann als Individualisierung bezeichnet werden kann. Elisabeth Beck-Gernsheim (1994) spricht diesbezüglich von einem zunehmenden Abschmelzen traditionaler Vergesellschaftungsformen:

„Individualisierung wird verstanden als ein historischer Prozeß, der den traditionellen Lebensrhythmus von Menschen – das, was Soziologen Normalbiographie nennen – zunehmend in Frage stellt, ja tendenziell auflöst. In der Folge müssen immer mehr Menschen ihre Biographie selbst herstellen, inszenieren, zusammenbasteln – ohne den Kompaß fraglos vorgegebener Glaubenssätze, Werte und Regeln, dafür freilich im Netzwerk der institutionellen Kontrollen und Zwänge, die die Moderne kennzeichnen (Sozialstaat, Arbeitsmarkt, Bildungssystem usw.). Pointiert zusammengefaßt: Aus Normalbiographie wird Bastel-Biographie.“ (1994:120)

Nicht nur, dass die individuelle Ausgestaltung sich in dem von Elisabeth Beck-Gernsheim skizzierten „Netzwerk der institutionellen Kontrollen“ vollzieht, es muss auch hervorgehoben werden, dass strukturelle Veränderungen zudem Auswirkungen auf die Gestaltung der Lebenswelt der Einzelnen haben. So führen ökonomische Transformationsprozesse und eine sich durch Deindustrialisierung verändernde Beschäftigung immer auch dazu, dass sich die Individuen in der Lebenswelt neu orientieren müssen. Ulrich Beck geht sogar so weit zu sagen, dass Individualisierung nur dann möglich ist, wenn die strukturellen Gegebenheiten, die „durch Systembedingung geschützten Grundrechte“ gewährleistet sind (1997c:223f). Übertragen auf den hier gegebenen Kontext bedeutet dies, dass die Erwerbsarbeit als eine Voraussetzung für die Individualisierung zu verstehen ist.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Individualisierung und die Individualisierungsthese als eine fundamentale Kritik der bestehenden soziologischen Grundkategorien des damit verbundenen Gesellschaftsmodells verstanden werden muss.

„Diese richtet sich insbesondere gegen die unreflektierte Verwendung von ‘Großgruppenbegriffen’ wie Schicht und Klasse, die ihre alltägliche Plausibilität und soziale Definitionskraft weitgehend verloren haben und nur noch als nominale Begriffshülsen weiter ‘existieren’.“ (Peter A. Berger 1996: 58f.)

An die Stelle dieser Begrifflichkeiten treten die neuen Konzepte der Lebenslagen, der Lebensläufe und der Lebensstile. Dieses von Peter Berger und Stefan Hradil konzipierte Modell

analysiert die gesellschaftlichen Umstrukturierungen ohne jedoch das Problem der sozialen Ungleichheit zu vernachlässigen (Peter Berger/Stefan Hradil 1990).

1.2.2. Globalität und Vielfalt

Innerhalb der Soziologie werden die Begriffe Individualisierung und Pluralisierung oftmals in einem Atemzug genannt. Wird von Vielfalt, Pluralisierung oder Heterogenität gesprochen, so muss zunächst geklärt werden, auf welche Aspekte der Gesellschaft sich diese Vielfalt bezieht. Daneben ist es unabdingbar einen globalen Bezug herzustellen. Denn ein Kennzeichen der postmodernen Gesellschaft ist das Handeln aus räumlicher Distanz. Deshalb ist es notwendig, zunächst einen Blick auf das Phänomen der Globalisierung zu werfen, um von dort aus die Pluralisierung der „lokalen“ Gesellschaft zu analysieren.

Historisch betrachtet ist das Phänomen Globalisierung ebenso wie das der Individualisierung und des Verhältnisses zwischen Individuum und Gesellschaft keine neue Erscheinung, auch wenn diese Phänomene erst seit einigen Jahren in unterschiedlichen Zusammenhängen kontrovers diskutiert werden. Zu jeder Zeit gab es Entwicklungen globaler Art, die die Prozesse der Modernisierung begleitet haben. Zu denken ist beispielsweise an die Schlagwörter der französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die weit über nationale Grenzen und die damalige Zeit hinaus Wirkung zeigten. Und sicherlich sind die Entdeckungsreisen von Vasco da Gama, Marco Polo oder Kolumbus – neben den machtpolitischen Ansprüchen – auch mit dem Wunsch nach Grenzüberschreitung, Horizonterweiterung und einer globalen Welt verbunden gewesen. Trotz dieser früheren Entwicklungen haben Globalisierungsprozesse in der letzten Zeit eine Intensivierung und Radikalisierung erfahren. Nicht zuletzt wurde dieser Prozess durch die neuen Medien einerseits und die Auflösung der sozialistischen Länder im Osten Europas andererseits beschleunigt. Gelebte Globalität gehört heute zum selbstverständlichen Bestandteil des Alltagslebens der Einzelnen, auch wenn sie zunächst als solche nicht wahrgenommen wird. Anders verhält es sich in Krisensituationen, in denen die globale Welt als solche realisiert wird. Beispielhaft hierfür sind die Ereignisse des 11. Septembers 2001, die nicht nur weltweites Entsetzen ausgelöst haben, sondern darüber hinaus auch auf lokaler Ebene zu Veränderungen geführt haben. Hierzu zählt das Infragestellen des Zusammenlebens zwischen Muslimen und Christen in deutschen Städten sowie

– damit verbunden – eine erhöhte Skepsis und Feindlichkeit gegenüber MigrantInnen. Dies sind sicherlich Schattenseiten einer globalisierten Welt. An dieser Stelle wird der Begriff der Globalität dem der Globalisierung vorgezogen. Anstelle eines primär ökonomischen wird hier ein soziologischer Begriff der Globalisierung gewählt, der nicht nur als eine neue Entwicklung des Weltmarktes verstanden wird, sondern auch als die Entstehung eines neuen Modus sozialen Handelns. Globalisierung findet demnach nicht in einem nebulösen Raum statt, sondern es existiert ein voneinander abhängiges Verhältnis zwischen lokalen und globalen Prozessen. Globale Ereignisse beeinflussen das lokale Handeln weltweit und lokale Handlungen haben auch Einfluss auf die Globalisierungsprozesse. Der von Robertson geprägte Begriff der Glokalität verdeutlicht diese Entwicklung.

„Das Lokale muss als Aspekt des Globalen verstanden werden. Globalisierung heißt auch: das Zusammenziehen, Aufeinandertreffen lokaler Kulturen, die in diesem »clash of localities« inhaltlich neu bestimmt werden müssen. Robertson schlägt vor, den Grundbegriff kultureller Globalisierung durch *Glokalisierung* – eine Wortverbindung von Globalisierung und Lokalisierung – zu ersetzen. Mit dieser Wortsynthese »Glokalisierung« wird zugleich ein Anspruch, *der* Anspruch der *cultural theory* erhoben: Die Vorstellung, dass man die gegenwärtige Welt, ihre Zusammenbrüche und Aufbrüche verstehen könne, ohne die Ereignisse aufzugreifen, die unter den Stichwörtern »politics of culture, cultural capital, cultural difference, cultural homogeneity, ethnicity, race and gender« bearbeitet werden, *erscheint absurd*.“ (Ulrich Beck 1997:90f.)⁷

Die Verbindung zwischen globalen und lokalen Ereignissen erst verdeutlicht die Notwendigkeit einer lokalen und urbanen Studie wie dieser, die zwar zunächst lokal angelegt, ist gleichzeitig aber auch immer globale Aspekte mit einbezieht.

Globalisierung heißt nach Anthony Giddens Handlungen über Distanzen und Räumlichkeiten hinweg. Es handelt sich um eine Entwicklung, die unter anderem durch Transformationen von Raum und Zeit in der Folge globaler Kommunikationsmedien und Massentransportmöglichkeiten entsteht und eine 'Art Fernwirkung' ist (Anthony Giddens 1997:23ff.). So bilden sich nicht nur weltweite Netzwerke, sondern lokale und personale Erfahrungshorizonte werden darüber hinaus aufgebrochen, von innen her verändert. Die allgemeine Tendenz geht in Richtung umfassender Abhängigkeiten von Geschehnissen, was von Anthony Giddens als 'globales Experiment der Moderne' interpretiert wird. Globalisierung heißt für ihn „Handeln aus der Ferne“ (Anthony Giddens 1993:454).

Ein wesentliches Charakteristikum der Postmoderne ist also soziale Nähe bei geographischer Ferne. Was generell als Lebensform im Zeitalter von Modernisierung und Globalisie-

7 Vgl. hierzu auch: Roland Robertson (1998): *Glokalisierung: Homogenität und Heterogenität in Raum und Zeit*. In: Ulrich Beck (Hrsg.): *Perspektiven der Weltgesellschaft*. Frankfurt am Main. S. 192-221.

rung interpretiert wird, gilt nach Elisabeth Beck-Gernsheim vor allem für die eingewanderten Minderheiten von heute beziehungsweise diejenigen, die aus den unterschiedlichsten Gründen mobil sind. Migration bedeutet nämlich die Ablösung sozialer Bindungen aus sozialen Kontexten. „Ob Familie, Freunde, Kollegen – all diese Beziehungen werden zunehmend aus den ortsgebundenen Kontexten herausgenommen und über zeitliche und räumliche Entfernungen hinweg neu verflochten.“ (1999:18) Damit zeigen MigrantInnen ein emanzipatives Potential, das typisch für Handeln in der postmodernen Gesellschaft ist. Was die ethnische Klassifizierung betrifft, argumentiert Elisabeth Beck-Gernsheim wie folgt:

„Im Allgemeinen gilt: Im Zeitalter der Globalisierung werden die ethnischen Zuordnungen zunehmend komplizierter. Denn durch Migration und Mobilität, Flucht und Vertreibung, internationale Arbeitsteilung und Wirtschaftsvernetzung wächst die Zahl derer, die aus den unterschiedlichsten Gründen ihre Heimat verlassen, für kürzere oder längere Zeit auch für immer, Ländergrenzen überschreiten, hier geboren werden, da aufwachsen, dort arbeiten und leben.“ (1999:17)

Die Globalisierungsprozesse stellen auf diese Weise das System der Nationalstaaten in Frage. So zeigen sich die Nationalstaaten zunehmend hilflos im Umgang mit globalen Fragen und bei der Lösung globaler Risiken. Weltweite Migrationsströmungen sind nur eine Form dieser globalen Entwicklungen, für die ein adäquater Umgang gefunden werden muss. Anthony Giddens skizziert in diesem Kontext die Widersprüchlichkeit der Globalisierung der Globalisierungsprozesse. Hierzu führt er aus:

„Die Globalisierung ist kein Einzelprozeß, sondern ein komplexes Gemisch mehrerer Vorgänge, die häufig in Widerspruch zueinander geraten und Konflikte, Verwerfungen und neue Formen der Schichtenbildung nach sich ziehen. So stehen z.B. die Wiederbelebung des lokalen Nationalismus und die Betonung der ortsgebundenen Identität in unmittelbarem Zusammenhang mit Globalisierungseinflüssen, denen sie im übrigen zuwiderlaufen.“ (1997:23ff.)

Dieser Gedanke von Anthony Giddens ist wichtig, um einerseits Renationalisierungstendenzen verstehen zu können, und darüber hinaus bietet er meiner Einschätzung nach auch Erklärungsmuster für die Frage, warum die Inklusionsdebatte stark kulturalisiert wird.

Zurück zum Nationalstaat. Auch in ökonomischer Hinsicht befindet sich der Nationalstaat, so wie wir ihn kennen, in einem Veränderungsprozess. Deutlich gemacht werden kann dies insbesondere an der Einführung des Euros. Die nationalen Währungen wurden in den Ländern der Europäischen Union zugunsten einer grenzüberschreitenden Währung abgeschafft. Ein solcher Schritt – der selbstverständlich auch mit machtökonomischen Aspekten korreliert, wie die Aufnahmekriterien in die „eurofähigen“ Länder zeigt – ist nur dann möglich, wenn die Globalisierung mit all ihren Auswirkungen auch Anerkennung erfährt. Neben der ökonomischen Globalisierung muss auch die soziologische Globalisierung, das Zusammen-

wirken von globalen und lokalen Aspekten akzeptiert werden.

Zu fragen ist in diesem Kontext, was Multikulturalität beziehungsweise was kulturelle Vielfalt im Zeitalter der Globalisierung bedeutet. Insbesondere der Begriff der Multikulturalität wird in politischen und wissenschaftlichen Diskursen ohne Erläuterung genutzt. In welchem Verhältnis stehen nun Globalisierung und kulturelle Diversifizierung zueinander? Führt die Globalisierung zur kulturellen Vereinheitlichung oder liegt nicht viel eher eine Chance in der Globalisierung, eine Chance für kulturelle Vielfalt? Entgegen dem in manchen Diskursen entwickelten Schreckensszenario der 'multikulturellen Gesellschaft', die zu scheitern drohe, vertrete ich die These, dass Vielfalt in der postmodernen Gesellschaft ein wichtiges Element verkörpert, das nicht in Frage zu stellen ist. Die gesellschaftliche Realität der Postmoderne ist ohne Vielfalt nicht zu denken. Deshalb erübrigt sich meines Erachtens die Diskussion um das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft bereits, weil Vielfalt einen inhärenten Bestandteil der Postmoderne darstellt. Die gesellschaftliche Realität ist differenziert, heterogen und unterschiedlich und dazu gibt es keine Alternative.

Bevor der Zusammenhang zwischen Globalisierung und kultureller Vielfalt erläutert wird, wird zunächst der Begriff der Vielfalt im Mittelpunkt des Interesses stehen.

Während in vielen politischen Diskursen der Begriff der Multikulturalität und der kulturellen Vielfalt ausschließlich ethnisch besetzt wird, plädiere ich für eine Erweiterung des Multikulturalismusbegriffs. Ethnische Unterschiedlichkeit stellt lediglich eine Form der Diversität innerhalb der gesellschaftlichen Wirklichkeit dar. Darüber hinaus muss der Begriff der Vielfalt und Multikulturalität jedoch auch auf die Unterschiedlichkeit innerhalb der Lebenswelt bezogen werden. Das heißt, dass unterschiedliche Lebensstile, die in der postmodernen Gesellschaft den (städtischen) Alltag bestimmen, unter das Thema Multikulturalität zu subsumieren sind. Während die Diskussionen um unterschiedliche Lebensstile bisher jedoch relativ neutral geführt werden, in ihnen keine direkte Bedrohung für die Gesellschaft gesehen wird,⁸ sucht man diese Neutralität in Diskussionen um die 'ethnische Multikulturalität' vergeblich. Huntington, der vom 'Kampf der Kulturen' redet, stellt dabei lediglich eine Ex-tremposition derer dar, die in der ethnisch multikulturellen Gesellschaft das Übel des gesell-

8 Diese Einschätzung ist nicht ganz korrekt. Denn wie eingangs bereits erläutert wurde, wird die zunehmende Ausdifferenzierung der Lebenswelt insbesondere von VertreterInnen des Kommunitarismus gleichgesetzt mit einem Werteverfall der Gesellschaft. Nicht mehr das Gemeinsame stehe im Mittelpunkt, sondern die Unterschiedlichkeit. Unterschiedlichkeit wird von Kommunitaristen negativ besetzt und als störend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt skizziert.

schaftlichen Verfalls sehen (Samuel Huntington 1993). Plädiere ich auch dafür, dass der Multikulturalismusbegriff erweitert wird, liegt mir eine Gleichsetzung der Unterschiedlichkeit der Lebensstile, der lebensweltlichen Differenzen mit unterschiedlicher ethnischer Herkunft fern. Denn es ist zu bedenken, dass die Diskussionen um die multikulturelle Gesellschaft im ethnischen Sinne machtbesetzt sind und im Rahmen einer Dominanzkultur geführt werden (vgl. Birgit Rommelspacher 1995). Gerade jedoch um das bestehende Machtverhältnis zwischen Angehörigen der Dominanzkultur und Allochthonen zu hinterfragen, ist es meines Erachtens sinnvoll daraufhinzuweisen, dass ethnische Vielfalt lediglich eine mögliche Komponente von Vielfalt darstellt und darüber hinaus Vielfalt eine gesellschaftliche Realität ist, die es anzuerkennen gilt. Wie diese Vielfalt im lokalen Kontext zum Tragen kommt, wird im Verlauf der vorliegenden Arbeit erläutert.

Nun möchte ich jedoch nochmals auf die Verquickung von lokalen und globalen Aspekten eingehen und diese weiterhin analysieren. Zunächst einmal kann festgehalten werden, dass ein enger Zusammenhang zwischen globalen und lokalen Ereignissen besteht. Hierzu schreibt Stuart Hall:

„Sie (die Globalisierung, die Verf.) geht über den Nationalstaat hinaus und bleibt hinter ihm zurück. Sie ist gleichzeitig global und lokal. Das Globale und das Lokale sind zwei Seiten der selben Bewegung weg von einer Epoche der Globalisierung, die durch den Nationalstaat, die nationale Ökonomien und nationale kulturelle Identitäten dominiert war, hin zu etwas Neuem.“ (1994:51)

Glaubt man Stuart Hall und anderen SoziologInnen, wie Anthony Giddens oder Martin Albrow, so kann gesagt werden, dass die lokalen Gegebenheiten eng mit globalen Prozessen verzahnt sind. Daraus lässt sich folgern, dass die Globalisierung, die mit einer weltweiten Pluralisierung einhergeht, gleichzeitig Pluralisierungstendenzen auf lokaler Ebene provoziert. Vielfalt im städtischen Kontext wird demnach erst durch globale Differenzierung ermöglicht.

Die konkreten Orte, an denen sich diese kulturelle, ökonomische und politische Dynamik lokaler und globaler Prozesse immer wieder aufs Neue in Übergangs- und Zwischenräumen auf lokaler Ebene vermischt, sind die Städte oder die Stadtteile. Betrachtet man den im Rahmen der vorliegenden Dissertation untersuchten Stadtteil Ehrenfeld, so wird man viele Belege dieser These entdecken. Dort existiert ein komplexes und verschachteltes Nebeneinander von Subkulturen, Partialkulturen und verschiedenen Milieus, die sich auf vielfältige Weise aufeinander beziehen und zunehmend globale Dimensionen aufweisen. In Ehrenfeld existieren verschiedene Jugendkulturen, wie Punk, Techno, Hip-Hop usw., verschiedene Szenen wie Schwulen-, Lesben- und Alternativszenen, verschiedene Milieus wie das kölsche,

das kölsch-türkische oder das kölsch-italienische Milieu eng nebeneinander, was ohne globale Mobilität und globale Zusammenhänge nicht möglich wäre. Die globale Stadt ist ein Ort, der Unterschiede zulässt und Vielfalt in jeder Hinsicht begünstigt (Erol Yildiz 1999b). Man könnte sogar von globalen Biografien reden, dies vor allem mit Blick auf die weltweiten Mobilitätsströmungen. Durch die zunehmende globale Mobilität ist es möglich geworden, dass viele Menschen nicht in den Orten leben, in denen sie geboren worden sind, in anderen Städten arbeiten, als sie wohnen, Verwandte und Bekannte in anderen Ländern haben, ja auch virtuelle Beziehungen mit ihnen 'Unbekannten' führen. Man könnte die Reihe von Beispielen beliebig fortsetzen.

In den postmodernen und zunehmend global gerahmten Gesellschaften, in denen die Lebenswelt der Einzelnen durch eine Unbestimmtheit und Offenheit dominiert wird, spielen Gleichheit im Sinne von gleichen Rechten und Chancen sowie politische Partizipation eine wesentliche Rolle. Es muss jedoch politisch dafür Sorge getragen werden, dass die Voraussetzungen zur freien Entfaltung verschiedener Kulturen vorhanden sind. Kulturen werden dabei grundsätzlich als offene und nicht als geschlossene Formationen verstanden. In diesem Zusammenhang ist die wesentliche Aufgabe des liberal verfassten Staates, den gleichen Wert der bürgerlichen, individuellen Freiheiten für alle durchzusetzen und somit eine für Deutungen und Lebensentwürfe überhaupt offene kulturelle Matrix zu schaffen. Das heißt, es muss das Recht auf Gleichheit und auf Differenz bestehen. Jedoch – und dies betont Sedef Gümen in prägnanter Weise – die Anerkennung der Differenz sowie einer Politik der Differenz kann erst dann konsequent vollzogen werden, wenn sie „von einer Gleichberechtigung im Sinne eines staatsbürgerlichen Rechts der Gesellschaftsmitglieder ausgeht“ (Gümen 1996:78). Neben diesen staatsbürgerlichen Rechten besteht die Notwendigkeit, MigrantInnen auch eine Partizipation in zivilgesellschaftlichen Kontexten zu ermöglichen und sie nicht, wie dies etwa für einen Großteil der Frauenbewegung galt, 'einfach zu vergessen' und somit auszuschließen (vgl. Cathy Gelbin/Kader Konuk/Peggy Piesche 1999). In der Zivilgesellschaft und der Öffentlichkeit müssen Bedingungen eröffnet werden, unter denen einzelne Personen und Gruppen „Teilnehmer eines öffentlichen Dialogs werden und alle Beteiligten bzw. Betroffenen ihre eigenen Erzählungen von Identität und Differenz selbst repräsentieren können“ (Seyla Benhabib 1999).

Dass die Globalisierung den Trend zu kulturellen und politischen Demokratisierungsprozessen verstärkt und tendenziell zur Entstehung einer 'globalen Zivilgesellschaft' beiträgt,

steht hier nicht zur Diskussion. Durch die Globalisierungsprozesse werden aber auch Tendenzen sichtbar, die zur Bildung und Etablierung eines neuen Verhältnisses globaler Inklusion und Exklusion führen und neue Marginalisierungen und Ungerechtigkeiten für bestimmte Bevölkerungsgruppen zur Folge haben. Dies kann sich auch – wie noch zu zeigen sein wird – in der hier zu thematisierenden Situation auf dem lokalen Arbeitsmarkt niederschlagen. Zur gemeinsamen Bearbeitung und Entschärfung globaler Risiken und Krisen und zur Durchsetzung und Sicherung der allgemein anerkannten Rechte für alle betont Georg Auernheimer die Bedeutung und Notwendigkeit der „Konsensbildung durch den Dialog“ auf globaler Ebene (Georg Auernheimer 1999). Er ist der Auffassung, dass gerade auf dieser Ebene Mehrheitsentscheidungen in einigen Fällen nicht hilfreich sein können und nur bedingt weiterhelfen können. In diesem Konzept plädiert Georg Auernheimer für ‘dialogische Einigungsverfahren’. Ebenso vertritt Seyla Benhabib die Auffassung, dass eine Theorie der politischen Gerechtigkeit auch eine Theorie internationaler Gerechtigkeit sein muss.

1.2.3. Mobilität und Migration

Der Begriff der Mobilität stellt eine weitere Schlüsselkategorie der Postmoderne dar und wird deswegen im weiteren Verlauf analysiert.

Der Begriff und das Phänomen der Mobilität ist sicherlich keine spezielle Erfindung der Postmoderne. Dennoch, gerade in Bezug auf das Thema Arbeit gewinnt Mobilität heute an besonderer Relevanz. Wirft man einen Blick in den Fremdwörterduden, so kann man unter dem Stichwort Mobilität Folgendes nachlesen:

„Mobilität [lat.] die; -:1. [geistige] Beweglichkeit. 2. Beweglichkeit von Individuen oder Gruppen innerhalb der Gesellschaft. 3. die Häufigkeit des Wohnsitzwechsels einer Person.“ (1984)

Deutlich wird bereits hier, dass der Begriff der Mobilität neutral bis sogar positiv besetzt ist. Letzteres betrifft insbesondere die Beweglichkeit des Geistes und die Beweglichkeit der Individuen innerhalb der Gesellschaft. Die dritte Deutung von Mobilität ist diejenige, die in unserem Rahmen von besonderem Interesse ist. Mobil ist die Person, die häufig den Wohnort wechselt. Dieser Wohnortwechsel kann sich innerhalb der Region, des Landes bewegen oder transnational verlaufen. Transnationale Mobilität wird – zumindest wenn sie langfristig angelegt ist – als Migration bezeichnet. Anders als Mobilität – die mit Flexibilität in jeglicher

Form gleichgesetzt wird – haftet der Migration ein negativer ‘Beigeschmack’ an. Während von den Arbeitnehmern, den Arbeitnehmerinnen in den global agierenden Unternehmen durchaus eine nationale und internationale Mobilität erwartet wird, ja sogar als unabdingbar und fortschrittlich gefordert wird, verhält es sich mit der Migration nach Europa, in die Bundesrepublik Deutschland anders. Diese wird kontrolliert und stigmatisiert. Hierzu formuliert Ulrich Beck sehr präzise:

„Mobilität zwischen Nationalstaaten ist dagegen nicht Mobilität, sondern gilt als ‘Migration’ und ist im allgemeinen unerwünscht sowie erheblichen Restriktionen unterworfen. An den Grenzbäumen der Nationalstaaten verwandelt sich also ‘erwünschte Flexibilität’ in ‘unerwünschte Migration’. Die Menschen, die tun, was innerhalb von Nationalstaaten hochoberwünscht ist, werden nun kriminalisiert. Sie sind ‘Wirtschaftsflüchtlinge’, ‘Asylanten’, ‘illegale Einwanderer’, die sich ‘Schlepperbanden’ anvertrauen (im nationalen Raum nimmt diese Aufgabe das Arbeitsamt wahr.)“ (1999a:35)

Migrantinnen und Migranten werden nicht nur ethnisiert, sie werden ebenso kriminalisiert (vgl. Wolf-Dietrich Bukow/Klaus Jüschke u.a. 2002). MigrantInnen werden in der Öffentlichkeit zumeist als rückschrittlich und vormodern eingeschätzt. Es wird von unüberwindbaren ethnischen und kulturellen Differenzen gesprochen, die ein Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen als unmöglich erscheinen lassen. Hinzu kommt eine deklarierte Modernitätsdifferenz, wobei die westliche Ankunfts-gesellschaft an dieser Modernitätsskala oben rangiert. Voraussetzung einer solchen Sichtweise ist die Annahme des konstitutiven Charakters der Kulturen für die Gesellschaft (vgl. Wolf-Dietrich Bukow/Roberto Llaryora 1989). Dass jedoch nicht lebensweltliche Präferenzen oder kulturelle Zuschreibungen die Gesellschaft zusammenhalten, sondern die systemische Inklusionsfähigkeit der Gesellschaft von Interesse ist, wurde in Ansätzen bereits diskutiert.

Neben diesen stigmatisierenden Ansätzen innerhalb der Migrationsforschung existieren jedoch auch andere Stimmen. So stellt Ursula Apitzsch bei Allochthonen einen „Modernitätsvorsprung“ fest, den sie an der zu leistenden biografischen Arbeit der Eingewanderten festmacht (2001:44ff.). Die Erfahrungen, die erlebte Biografie im Herkunftsland wird mit den Migrationserfahrungen, dem Leben im Einwanderungsland zu einer Einheit verbunden. Hierin liegt eine reflexive Leistung, die Autochthone in dieser Form nicht zu bearbeiten haben. Eine vergleichende Sichtweise nimmt auch Paul Michael Lützeler ein, der die Migration als ein Zeichen von Fortschritt und Postmoderne bewertet. Hierzu schreibt er:

„Das Nomadentum der Arbeitsmigranten ist ein Merkmal postmoderner Verfassung und Identität überhaupt geworden. Und es könnte sein, dass in ihrem Beispiel ein Moment der Hoffnung für die Arbeitslosen liegt. Der Nomade gehört durchaus einer eigenen, heimatlichen Kultur an, aber er verlässt seinen Ort, weil er weiß oder zumindest vermutet, dass in anderen Regionen das Bessere auf ihn wartet. Der Nomade steht (bei aller Verhaftung an eine bestimmte Kultur) für Mobilität, für

Beweglichkeit, für das Undogmatische, für das Wandern zwischen den Welten, für die Faszination durch das Andere, für die Bereitschaft, das Vertraute zu verlassen, für die instabile, proteushafte, nichtfixierte Identität, aber auch für die Rückkehr zum Anfangsort, der nie als letzter Zeitpunkt verstanden wird. Sowohl auf intellektuellem wie konkret-sozialem Gebiet ist es vor allem der Nomade, dem das postmoderne Zeitalter seine Signatur verdankt.“ (1998:913)

Wirkt diese Einschätzung Lützelers zunächst auch eher euphemistisch, so wird jedoch eines deutlich: Transnationale Mobilität, also Migration, muss ebenso wie die nationale Mobilität beziehungsweise die zeitweise Migration als ein Zeichen der Postmoderne gewertet werden. Mobilität hat dabei immer etwas Grenzüberschreitendes – wobei ich in diesem Kontext den Begriff der Grenzüberschreitung positiv verwende. Dabei ist Grenze nicht ausschließlich auf die nationalstaatliche Grenzen bezogen, sondern ist umfassender zu verstehen. Die Grenze bezieht sich auf die Bereitschaft, sich auf ‘das Fremde’ einzulassen und eine neue Konstellation zwischen dem ‘Eigenen’ und dem ‘Fremden’ herzustellen. Ebenso wie sich die Wissenschaftlerin, die Managerin, die berufliche Erfahrungen in anderen Ländern sammeln will, in einem postmodernen Kontext bewegt, bewegt sich auch die aus der Türkei, aus Indien etc. stammende Arbeiterin, Informatikerin oder Studentin in diesem postmodernen Rahmen, wenn auch mit unterschiedlichen Chancen. Während sich jedoch die Finanzmärkte im Zuge der ökonomischen Globalisierung bereits geöffnet haben – und dies weit über die europäischen Grenzen hinweg –, wird andererseits eine Festung Europas aufgebaut, die sich gegen außer-europäische MigrantInnen jeglicher Art richtet. Will man sich von dem eigenen Kolonialismus und Rassismus verabschieden, tut man gut daran, den postmodernen Charakter sowohl von Mobilität als auch von Migration anzuerkennen.

Wie verhält es sich nun mit der Migration in die Bundesrepublik Deutschland? Eines kann zu Beginn festgehalten werden: Deutschland ist ein Einwanderungsland, und dies bereits seit mehr als 100 Jahren. Die wohl größte Wanderungsbewegung in die Bundesrepublik Deutschland war die der ‘Vertriebenen’ und Flüchtlinge aus den osteuropäischen Ländern sowie der DDR. Diese Migrationswelle, die teilweise politischen, teilweise ökonomischen Charakter besaß, fand ihr Ende spätestens 1961 mit dem Bau der Berliner Mauer, der u.a. einen Zuzug in den Westen verhindern sollte. Eine zweite bedeutende Migrationsform begann in der Bundesrepublik Anfang der 60er Jahre durch die Anwerbung der so genannten ‘Gastarbeiter’. Bis dahin war der Bedarf an Arbeitskräften durch den Zuzug aus der DDR gewährleistet. Hier zeigt sich deutlich, dass der ökonomische Aspekt bereits in der Anfangsphase der Migration in die Bundesrepublik die Hauptmotivation darstellte. Diesbezüglich lässt sich kaum ein Unterschied zwischen Mobilität und Migration feststellen. Während die Flüchtlinge jedoch die

Migration in die Bundesrepublik Deutschland aus eigener Initiative heraus – was jedoch nicht unbedingt mit Freiwilligkeit gleichzusetzen ist – in Angriff nahmen, wurde die Migration der ‘Gastarbeiter’ staatlich gesteuert. Ähnliches gilt heute für die Arbeitenden in der IT-Branche, die über die so genannte Greencard verfügen und denen ein genauer Vertrag über die Aufenthalts- und Arbeitsmodalitäten vorliegt. Konnte ein Arbeitskraftmangel nicht durch deutsche Arbeitskräfte gedeckt werden, wurden MigrantInnen hinzugezogen. Dies zeigt sich heute auch durch das bestehende Ausländerförderungsgesetz. Hierzu an gegebener Stelle mehr. 1973 kam es dann zu einem Anwerbestopp für Einwanderer und Einwanderinnen. Der Anwerbepstopf führte jedoch nicht nur dazu, dass weniger Allocthone in die Bundesrepublik kamen, sondern hatte zur Konsequenz, dass die bereits in der Bundesrepublik lebenden MigrantInnen aus der Vermutung, dass sie ansonsten ihren Aufenthaltsstatus verlören, im Land blieben. Mit diesem Effekt wurde nicht gerechnet, doch kann gesagt werden, dass sich Deutschland seitdem, wenn auch wahrscheinlich ungewollt, definitiv zu einem Einwanderungsland entwickelt hat. Eine Veränderung der Migrationsmuster gab es diesbezüglich mit der Anerkennung Spaniens und Portugals als EU-Mitgliedsstaaten Ende der 80er Jahre. Die hierdurch ausgelöste Mobilitäts- und Aufenthaltsfreiheit führte dazu, dass viele MigrantInnen in ihr Herkunftsland zurückkehrten, was dafür spricht, dass es einen eindeutigen Zusammenhang zwischen der rechtlichen Situation und der Rückkehrbereitschaft gibt. Saskia Sassen vermutet in diesem Zusammenhang, dass mit einem veränderten innereuropäischen Migrationsverhalten zu rechnen ist, das kürzerer temporärer Dauer sein wird (Saskia Sassen 1996). Es kann also festgehalten werden, dass sowohl die Anwerbung von MigrantInnen als auch der Anwerbepstopf als ein Teil einer Bevölkerungspolitik zu verstehen sind, die primär nach ökonomischen Aspekten ausgerichtet ist. Der Zuzug von MigrantInnen ist abhängig von der jeweiligen ökonomischen Situation ebenso wie auch von den Geburtenraten der autochthonen Bevölkerung.⁹

Zeitlich parallel zu dieser Migrationsbewegung begann auch die Migration von Asylsuchenden, politischen oder wirtschaftlichen Flüchtlingen in die Bundesrepublik hinein. Zu denken ist neben den Flüchtlingen aus den unterschiedlichsten außereuropäischen Ländern auch an die Flüchtlinge aus den osteuropäischen Ländern wie der Tschechoslowakei (bedingt

9 Vgl. zum Thema Migration und Bevölkerungspolitik: Markus Ottersbach (1997): Gesellschaftliche Konstruktion von Minderheiten. Bevölkerungswissenschaftlicher Diskurs und politische Instrumentalisierung. Opladen. S. 208ff.

durch den Prager Frühling), aus Polen und seit 1989 die Zuwanderung aus der DDR. Insbesondere die Flüchtlinge aus Osteuropa und dem Trikont gelten als Flüchtlinge entsprechend den Genfer Konventionen oder von Artikel 16 des Grundgesetzes. Zeitgleich kamen insbesondere aus der Sowjetunion, aber auch aus Polen und Rumänien deutschstämmige Ausiedler in die Bundesrepublik. Letztere gelten als Deutsche im Sinne des Grundgesetz, des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes. Die Migration dieser Menschen ist allein aus rechtlichen Gründen nicht mit der anderer MigrantInnen gleichzusetzen.

Eine weitere Flüchtlingswanderung innerhalb Europas setzte 1991 mit dem Zerfall Jugoslawiens ein. Der Beginn des ethnisch motivierten Krieges ließ 350.000 Menschen aus Kroatien, Bosnien und Kosovo in die Bundesrepublik kommen (Rainer Münz 1994:111). Ein Teil dieser migrierten Menschen musste jedoch nach Beendigung des Krieges wieder in sein zerstörtes Land zurückwandern.

Diese Aufzählung der unterschiedlichen Migrationsphasen, der unterschiedlichen Mobilitätsformen hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Viel eher sollte gezeigt werden, dass innerhalb einer postmodernen Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland Migration und Mobilität konstitutiv ist. Beide Phänomene sind inhärenter Bestandteil der Gesellschaft und es wäre falsch, die Gesellschaft als ein statisches, unveränderbares Gebilde zu verstehen. Beide Phänomene sind aber auch, wie gezeigt wurde, immer Bewertungen unterworfen, die je nach gesellschaftspolitischer Phase auch einmal wechseln können. Wie unterschiedlich die Bewertungen sein können, kann an dem Beispiel der Migration von Flüchtlingen aus der ehemaligen DDR gesehen werden. Bis 1989, dem Fall der Mauer, wurde jede einzelne Migration, jede Flucht aus der DDR von der Öffentlichkeit, der Gesellschaft der BRD förmlich heroisiert. Die Flüchtlinge wurde zu Helden stilisiert. Ähnlich verfahren wurde mit den Flüchtlingen im Sommer 1989, die über Ungarn und Österreich den Weg in die Bundesrepublik Deutschland gesucht haben. Doch bald schon schlug die Freude über die zu erwartende Wiedervereinigung in Unmut über. Unmut, der sich vor allem auf die Kosten der Wiedervereinigung bezog und sich in Form von Neid, Witzen und Anschuldigungen zeigte. So kann ein und dieselbe Migration gesellschaftlich unterschiedlich akzeptiert werden.

Wurde sich in diesem Kapitel primär mit der räumlichen Mobilität beschäftigt, so sollten dennoch andere Formen der Mobilität, die in der Postmoderne an Bedeutung gewinnen, nicht unerwähnt bleiben. Mobilität ist immer auch ein Zeichen der Flexibilität. Diese Flexibilität bezieht sich auf die unterschiedlichsten Bereiche sozialen Handelns. Gerade aber im Bezug auf

das Thema Arbeit sind diese Phänomene nicht mehr wegzudenken. Mobilität bedeutet somit, sich auf neue Dinge einzulassen, plural und global zu denken und zu handeln. Mobilität und Migration führt aber gleichzeitig auch zu einer heterogenen Gesellschaft. Heterogenität wiederum muss – wie bereits erläutert – als ein Zeichen der Postmoderne gewertet werden. MigrantInnen können somit – um dies ein weiteres Mal zu betonen – als typische VertreterInnen der Postmoderne gesehen werden. Sie machen genau das, was gesellschaftlich opportunistisch und angemessen ist. Sie sind mobil, flexibel und bereit, sich auf neue Situationen einzulassen.

Wurden nun die drei Hauptkategorien der Postmoderne erläutert, so ist es sinnvoll darauf hinzuweisen, dass diese Merkmale sich immer auch gegenseitig bedingen und in einem Wechselverhältnis zueinander stehen. Sowohl die Individualisierung als auch die Heterogenität und Vielfalt sowie Mobilität sind Strukturmerkmale der postmodernen Gesellschaft, wie es die Bundesrepublik Deutschland eine ist. Um nicht immer wieder dem Pessimismus zu verfallen, ist es sinnvoll, die gesellschaftliche Realität der Postmoderne mit all ihren Möglichkeiten anzuerkennen.

2. Die urbane Gesellschaft

Bisher stand die postmoderne Gesellschaft im Mittelpunkt der Betrachtungen. Nun soll etwas spezifiziert werden und sich auf die postmoderne Stadt konzentriert werden. Dieses Verfahren wird deshalb als sinnvoll erachtet, da meine These – die im Folgenden ausgeführt wird – lautet, dass sich die postmoderne Gesellschaft im Gewand der urbanen Gesellschaft präsentiert. Die bisher ausgearbeiteten Ergebnisse der postmodernen Gesellschaft werden in die Überlegungen einbezogen. Einen Schwerpunkt bildet dabei eine strategische Fragestellung, nämlich die nach den Konstitutionsbedingungen der postmodernen Stadt.

2.1. Die urbane Gesellschaft und ihre Konstitutionsbedingungen

Zwar wissen wir im Moment noch wenig über die Konstitutionsbedingungen der postmodernen Stadt, eines jedoch steht fest: Postmoderne Städte sind mehr als die Fortsetzung traditioneller Stadtentwicklung unter (post-)modernen Vorzeichen, sie können nicht mit einem ‘zu groß geratenen Dorf’ verglichen werden. Vergleichbar argumentiert auch Edward W. Soja, wenn er betont:

„Wenn es gegenwärtig einen postmodernen Urbanisierungsprozess gibt, so wird zunehmend klar, dass die moderne Stadt nicht länger das ist, was sie bisher war. Postmodernität bringt eine Differenz zur Geltung, nicht nur durch die Erzeugung ihrer eigenen charakteristischen Verhältnisse, sondern auch in ihrer spezifischen Artikulation mit den vorfindlichen urbanen Formen, Gefügen und Lebensstilen. Wenn man dieses Argument weiterverfolgt, kann man sagen, dass heute jede Stadt in der Welt in einem bestimmten Maß eine postmoderne Stadt ist. (...) Zugleich gibt es keine rein postmoderne Stadt, keinen Ort, der vollständig aus einer postmodernen kritischen oder interpretativen Perspektive untersucht und verstanden werden könnte.“ (1995:144f.)

Ebenso bestehen sie – entsprechend den zuvor erläuterten Merkmalen der postmodernen Gesellschaft – nicht länger aus räumlich-zeitlich begrenzten und lokalisierbaren Alltagswelten, die sich um zentrale Stadtereignisse wie Handel, Gewerbe und Verwaltung gruppieren und von einem gemeinsamen kulturellen Wertehorizont überwölbt werden. Das heißt jedoch nicht, wie sich gerade für die Arbeitsmarktsituation zeigen wird, dass Handel, Gewerbe und Verwaltung belanglos für die städtische Wirklichkeit sind. Sie sind Teil dessen, was als kommunale Infrastruktur bezeichnet wird. Eine intakte, funktional ausdifferenzierte Infrastruktur wiederum bildet die Grundlage für eine funktionierende postmoderne Stadtgesellschaft. Dennoch muss betont werden, dass der Handel und das Gewerbe nicht mehr den traditionellen

Charakter innehaben, den sie einst besessen hatten. Man denke in diesem Kontext beispielsweise an die Bedeutung der Zünfte im Mittelalter.

Da die urbane Gesellschaft nicht länger primär von althergebrachten Märkten und soziokulturellen Überlegungen bestimmt wird, sondern sich in Relation zu globalen und politischen Erfordernissen und infrastrukturellen Möglichkeiten neu konstituiert, war es unabdingbar mit den bestehenden alten Ordnungsmustern zu brechen. Ebenso wie die Gesellschaft insgesamt haben sich auch die Städte im Laufe ihrer Entwicklung nachhaltig verändert. Diese Veränderungen stehen in Korrelation zu den gesellschaftlichen Transformationen. Die Stadt hat sich von einer modernen zu einer postmodernen Stadt gewandelt, in der wir genau die Merkmale wiederfinden können, die wir oben bereits erläutert haben: Individualisierung, Heterogenität und Mobilität. Allein das Thema Einwanderung, das heute wesentliche Facetten des urbanen Lebens bestimmt, lässt sich nach einstigen Stadtentwicklungsmustern nicht mehr fassen. Zwar waren und sind Migrationsbewegungen konstitutiv für viele Städte, doch hat sich auch hier ein Wandel vollzogen, wie im weiteren Verlauf der vorliegenden Arbeit noch herausgearbeitet wird. Ebenso funktionieren auch die heutige bauliche und verkehrstechnische Stadtentwicklung sowie die soziale und kulturelle Infrastruktur einer Stadt bis hin zum hier thematisierten Arbeitsmarkt nach neuen, eben *postmodernen* Mustern.

Hat sich die Stadt auch zu einem urbanen Zentrum hin verändert, so bedeutet dies jedoch, nicht, dass sie an 'Werten' verloren hätte. Zu diesem Urteil kommt zumindest der Historiker Jürgen Kocka, wenn er sich in seinem gleichnamigen Essay „wider die Idealisierung der historischen Stadt“ ausspricht (1999). Zwar konstatiert er beginnend mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert ein Verlust an Überschaubarkeit und Wärme innerhalb der Städte, hebt jedoch den gleichzeitigen Gewinn an Freiheit, Universalität und Zukunftsfähigkeit hervor. Jürgen Kocka widerspricht zum einen der These, dass früher alles besser gewesen sei, und darüber hinaus schätzt er auch die Veränderungen der Städte von den überschaubaren, familiären Kontexten hin zu freiheitlichen, heterogenen Zentren. Die Freiheit besteht gerade darin, nicht länger in vorgegebenen, nicht veränderbaren Strukturen eingebunden zu sein und zum Konstrukteur seiner eigenen Biografie zu werden.

Schaut man sich eine Stadt genauer an, untersucht man ein typisches, postmodernes Stadtquartier, so wird das, was zunächst auf den ersten Blick verwirrend und undurchsichtig wirkt, auf einmal transparent. Innerhalb einer jeden Stadt existiert so etwas wie eine *soziale Grammatik eines Quartiers*. Wolf-Dietrich Bukow vergleicht die soziale Grammatik einer

Stadt in der Weiterführung der Thesen von Michael Butor und Walter Prigge mit der Grammatik innerhalb der Sprache (2001). Ebenso wie die Sprache durch ein Regelwerk organisiert und verständlich wird, gilt dies auch für den städtischen Kontext, der durch die soziale Grammatik für alle Bewohner(innen) lebbar wird. Das Alltagsleben der postmodernen Gesellschaftsmitglieder wird durch die Stadt bestimmt. Sie – und nicht die ‘globale Welt’ – bildet den Bezugshorizont für den Einzelnen, von dort aus handelt er, bezieht er Position etc. Wobei sicherlich, wie im Kontext der Bedeutung der Globalisierung herausgearbeitet wurde, ein Wechselspiel zwischen lokalen und globalen Zusammenhängen ein wichtiges Handlungspotential bildet. Es darf bei diesen Überlegungen nicht der Fehler gemacht werden, den Begriff des Lokalen mit dem des Provinziellen gleichzusetzen. Lokales Handeln innerhalb der Postmoderne bedeutet mehr als nur der Bezug zur eigenen Stadt. Trotz der globalen und lokalen Wechselwirkungen gilt: Die urbane Gesellschaft bildet den Ausgangspunkt jeglichen Handelns und ist somit ein Äquivalent zur postmodernen Gesellschaft. Dies unterstützt Wolf-Dietrich Bukow, wenn er schreibt:

„Gesellschaft ist danach heute primär metropolitane Zurechnung: Die Stadt ist dann mehr als bloß ein Segment innerhalb eines Landes, einer industriellen Produktionsweise oder des Gebietes der Europäischen Union. Sie ist auch mehr als die Summe einzelner Milieus innerhalb einer Erlebnisgesellschaft oder die Summe von alteingesessenen und zugewanderten. Sie ist mehr, weil sie etwas anderes ist. Sie bildet den Basishorizont des Alltagslebens, unter dem sich Arbeit und Freizeit, Reichtum und Armut, Bildung und Unwissen, Mobilität und Traditionalität, Kultur und Ignoranz, Zivilität und Egoismus, Autochthones und Allochthones, also genauso globale Effekte wie lokale Besonderheiten sinnadäquat beobachten lassen, weil all dies heute erst einmal unter einem metropolitanem Horizont zugerechnet und miteinander vernetzt konstruiert bzw. dekonstruiert und ggf. auch rekonstruiert wird. Die Postmoderne markiert also nicht das Ende aller größeren Zurechnungsgrößen, sondern konzentriert den Blick neu auf die Metropolen.“ (2001:31)

Diese Sichtweise unterscheidet sich von der Anthony Giddens’. Entsprechend Giddens ist der menschliche Alltag zusehends aus seinem lokalen Kontext gelöst. Der Alltag wird kaum noch durch Ereignisse aus der Nähe bestimmt, ebenso wie lokale Identitäten an Bedeutung verlieren. Es entsteht ein Leben über Distanzen hinweg, indem globale Ereignisse in das Alltagsleben gerückt werden. Haben Bukow und Giddens auch unterschiedliche Ansatzpunkte in der Wahrnehmung gesellschaftlicher Zusammenhänge, gilt dies nicht für das Resümee, das sie aus ihrer Erkenntnis ziehen können. Im Ergebnis bedeuten beide Analysen das Gleiche, und zwar ein Zusammenwirken von lokalen und globalen Ereignissen (vgl. Armin Pongs 1999a). Mitverantwortlich für diese Prozesse sind neben den politischen Bedingungen, die sich nach dem Scheitern des real existierenden Sozialismus ergeben haben, sicherlich die neuen Kommunikationsmedien, die erstmals eine ubiquitäre Gleichzeitigkeit, die virtuell und real zugleich ist,

ermöglichten. Wolf-Dietrich Bukow und Anthony Giddens kommen so – wenn auch mit unterschiedlichen Voraussetzungen – zum gleichen Ergebnis: Sie konstatieren beide einen engen Zusammenhang zwischen globalen und lokalen Ereignissen.

Auf den zweiten Blick lassen sich also – in Form der sozialen Grammatik – durchaus bestimmte Grundmuster erkennen, die sicherlich in mancherlei Hinsicht ungewohnt, ja fremd erscheinen können. An dem untersuchten Quartier¹⁰ wird deutlich: In jedem Fall handelt es sich nicht länger um einzelne, isolierte und traditional geleitete Komponenten von Stadt oder Gesellschaft, sondern um variable Größen, die mit allen anderen Komponenten als deren jeweilige Randbedingungen variieren und intensive Wechselbeziehungen eingehen. Es kann auch von einem variablen, sich immer wieder verändernden Netzwerk gesprochen werden. Die zuvor konstatierte Wechselwirkung machte sich in Ehrenfeld immer wieder bemerkbar. Eine Veränderung zog eine Reihe weiterer nach sich. Verändert sich an einem Punkt etwas, so ist bald alles anders, weil sich alles neu einstellen und verknüpfen muss. So konnte gesehen werden, dass die Veränderung des Öffentlichen Nahverkehrs (in Ehrenfeld) sich auf das Quartier, das dortige Marktgeschehen und somit letztendlich auch auf die Arbeitsmarktstruktur ausgewirkt hat. Vergleichbares zeigte sich in dem Quartier durch die Eröffnung eines großen Einkaufszentrums. Diese Geschäftszeile führte zu einschneidenden strukturellen Veränderungen. Während das Quartier bis dahin durch eine vielfältige Geschäftslandschaft geprägt war, hat der durch das Einkaufszentrum entstandene Wettbewerbsdruck einige Läden zur Schließung veranlasst. Dies wiederum führte dazu, dass die in den – nun geschlossenen – Geschäften ehemals Beschäftigten sich beruflich neu orientieren mussten. Diese strukturellen Verschiebungen haben im Stadtteil umfangreiche diskursive Prozesse in Gang gesetzt (z. B. die Gründung einer Interessengemeinschaft durch die Geschäftsleute, diskursive Prozesse zur Arbeitsmarktlage innerhalb des Stadtquartiers).

Wie kann das Neue in den Städten beschrieben werden? Alte Fertigkeiten, wie wir sie seit langem aus dem kommunalen Zusammenhängen kennen, kommen dann unter einem veränderten Vorzeichen zum Ausdruck. Und alte Notwendigkeiten, vertraute Erfordernisse des

10 Die Forschungsergebnisse der vorliegenden Promotionsschrift basieren zum Teil auf Ergebnissen des Forschungsprojektes „Städtischer Multikulturalismus - Zum lebenspraktischen Miteinander innerhalb fortgeschrittener Industriegesellschaften“. Dieses von der Volkswagen-Stiftung finanzierte Projekt wurde 1996 bis 1999 an der Forschungsstelle für Interkulturelle Studien durchgeführt. Thematisch beschäftigte sich diese Studie mit dem Kölner Stadtteil Ehrenfeld. Dieser Stadtteil – und dort speziell der Arbeitsmarkt und die Arbeitsbedingungen – steht auch im Fokus dieser Dissertation.

städtischen Zusammenlebens erscheinen in einem neuen Licht, sie werden in drei verschiedenen Handlungszusammenhängen sichtbar, die zur Konstruktion des Alltagshandelns beitragen:

- a) Schon lange besteht die Stadt im Kern aus einem Interaktionsnetz. Man lebt miteinander, tauscht sich aus, lernt, kauft, handelt, geht arbeiten usw. In der postmodernen Gesellschaft geschieht dies alles in veränderter Weise, im Rahmen von kommunalen Infrastruktursystemen, von Bildungssystemen, von Mobilitäts- und Arbeitssystemen und von Marktssystemen. Die Stadt präsentiert sich nicht mehr als konventionelle alles überwölbende und alles enthaltende (wertzentrierte) Einheit, sondern als Summe unterschiedlicher, jedoch intern wohlausgestatteter und exakt regulierter, formal-rational organisierter Systeme. Die Inklusionskraft der urbanen Systeme ist das entscheidende Kriterium, nach dem sie ausgerichtet sind.

Die funktionale Ausdifferenzierung der Systeme und eine (funktionierende) kommunale Infrastruktur besitzt eine absolute Priorität gegenüber den anderen beiden Handlungszusammenhängen (lebensweltlicher und metakommunikativer Handlungszusammenhang). Sie ist Voraussetzung einer funktionierenden Stadtgesellschaft.

- b) In der Stadt gibt es einen Unterschied zwischen dem, was offiziell auf der Straße, in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz geschieht, und dem, was die Menschen in ihrem privaten Lebenszusammenhang machen. Heute ist der Lebensstil der Einzelnen zu deren Privatsache geworden. Man kann sein Leben individuell organisieren und dies auch gegenüber der Familie, den FreundInnen oder Verwandten zeigen. Hierin liegt der Unterschied zur dörflich organisierten Struktur. Zwar muss sich die Lebensführung in das städtische Alltagsleben einfügen, aber bedeutsam ist letztlich lediglich, dass der 'Anschluss' an die Systeme, die systemische Inklusion formal gewährleistet bleibt (vgl. Claudia Ritter 1997). Übersetzt auf den hier vorliegenden Kontext des Arbeitsmarktes kommt es lediglich darauf an, dass die Inklusion in den Arbeitsmarkt nach formalen Kriterien, unabhängig von lebensweltlichen Einstellungen möglich ist. Die private Lebensführung des Einzelnen ist für die Inklusion in den Arbeitsmarkt nebensächlich.
- c) Schon lange gibt es die Diskussion an der Straßenecke oder beim Händler; es findet bereits seit dem 19. Jahrhundert eine öffentliche Kundgabe der politischen Meinung auf den Boulevards, den Straßen oder bei politischen Versammlungen, am Stammtisch oder in den unterschiedlichen Berufsverbänden statt. Heute jedoch überzieht die Stadt ein feines Netz von 'metakommunikativen Szenen', sei es in der Auseinandersetzung mit

einem Bekannten, sei es bei der Diskussion in einem Verein oder in der Bürgerinitiative, der Frauenbewegung oder anlässlich des Engagements in feministischen Gruppierungen, in beruflichen Gremien, in der Gewerkschaft, in den Parteien oder im Kontext kommunaler, parlamentarischer Strukturen. Ebenso findet sie sich im Zusammenhang mit Fragen zum Thema Arbeit. Diese Form der politischen ‘Kundgebung’ ist längst so verbreitet, dass man im Sinne von Ulrich Beck bereits von ‘Bürgerarbeit’ sprechen kann.

Idealtypisch können hieran anschließend diese drei Handlungskontexte urbaner Wirklichkeit als

1. Systemischer Handlungskontext
2. Lebensweltlicher Handlungskontext und
3. Metakommunikativer Handlungszusammenhang

gedeutet werden.

Diese analytische Trennung soll im Folgenden zunächst beibehalten werden, um aus theoretischer Sicht die drei möglichen gesellschaftlichen Handlungszusammenhänge aufzeigen zu können. Nur so ist es möglich, eine genaue Analyse des städtischen, postmodernen Alltags zu vollziehen. Dennoch – und darauf wurde bereits hingewiesen – kann nicht davon ausgegangen werden, dass innerhalb postmoderner Städte ein Gleichgewicht zwischen den sozialen Handlungsperspektiven besteht. Ebenso wie dies auch für die Gesellschaft insgesamt gilt, ist für die Einbeziehung in die urbane Gesellschaft die systemische Inklusion vorherrschend. Sie besitzt Vorrang vor den beiden anderen Inklusionsmodi. Das heißt, dass für jedes Gesellschaftsmitglied die Inklusion in die wichtigsten Teilsysteme der Metropole gewährleistet sein muss. Hierzu zählt die Inklusion in den Arbeitsmarkt, den Wohnungsmarkt und – als unbedingte Voraussetzung – die Inklusion in das politische System symbolisiert durch das aktive Wahlrecht. Dies wird auch durch Thomas Mirbach unterstrichen:

„Doch jenseits dieser offenkundigen Differenzen scheint es in dem Punkt eine Übereinstimmung zu geben, dass die in erster Linie durch Mangel an (ausreichend) bezahlter Arbeit hervorgerufene Ungleichheit in den sozialen Chancen eine gravierende Herausforderung auch für wohlhabende Nationen darstellt. Mit dem Heraufziehen einer ‘Zivilisation der Arbeitslosigkeit’ (Koch) wird nämlich das den modernen demokratischen Gesellschaften zugrundeliegende Leitbild der im Staatsbürgerstatus verknüpften Gleichrangigkeit von bürgerlichen und sozialen Rechten zur Disposition gestellt. Diesem politisch und rechtlich zu garantierenden Leitbild zufolge sollen alle Staatsbürger über die gleichen Teilnahmekancen an den gesellschaftlichen Funktionssystemen verfügen. Wenn dieses Prinzip die Zugehörigkeit zur Gesellschaft regelt, dann stellen Langzeitarbeitslosigkeit, räumliche Konzentration von Benachteiligung und Armut, schließlich die Entstehung von Ghettos

in den Großstädten soziale Lagen dar, in denen nur sehr eingeschränkte Teilnahmemechanismen gegeben sind. Mit der Frage der Zugehörigkeit (Inklusion) bzw. Nichtzugehörigkeit (Exklusion) zur Gesellschaft wird daher die Unterscheidung getroffen, 'ob Personen als mitwirkungsrelevant oder als nichtmitwirkungsrelevant bezeichnet werden' (...)“ (Thomas Mirbach 1999:6)

Die Gleichrangigkeit von bürgerlichen und sozialen Rechten ist für MigrantInnen – soweit sie nicht über einen deutschen Pass verfügen – bereits nicht gegeben. Sie verfügen nicht einmal über die bürgerlichen Rechte. Somit kann für sie auch kein Zusammenwirken von bürgerlichen und sozialen Rechten eingefordert werden. Für die Bundesrepublik Deutschland bedeutet dies dann folglich, dass die hier lebende allochthone Bevölkerung formal als nicht zugehörig, als nichtmitwirkungsrelevant definiert wird.

Besitzt die systemische Inklusion auch Priorität im gesellschaftlichen und speziell im urbanen Kontext, so wird dennoch nun zunächst ein kurzer theoretischer Blick auf alle drei Handlungskontexte im städtischen Alltag geworfen. Dabei geht es mir vor allem darum, eine analytische Trennung der drei Perspektiven vorzunehmen, um anschließend das Zusammenspiel der Perspektiven in der Metropole herauszuarbeiten.

2.2. Zusammenleben innerhalb postmoderner Städte: Drei *mögliche* Perspektiven

Die postmoderne Stadt entwickelt sich, wie bereits angedeutet, heute in Relation zu individuellen, lokalen, regionalen und globalen Herausforderungen. Eine dieser Herausforderungen, die für die vorliegende Arbeit von besonderem Interesse ist, liegt in einem angemessenen Umgang mit steigenden Arbeitslosenzahlen und der Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen. Die urbane Gesellschaft bedient sich bei der Bearbeitung dieser Probleme eines Regelsystems, das die Stadtentwicklung anleitet. Es bestimmt erstens ihre internen Sub-Einheiten, die sich in Form von Quartieren etablieren, und darüber hinaus zweitens die Verknüpfungen mit den sie rahmenden größeren Kontexten – wie die Region, die nationale Gesellschaft und die Weltgesellschaft, wobei die nationale Gesellschaft, der Staat nicht mit Gesellschaft insgesamt gleichgesetzt werden darf. Gerade im Zuge der Globalisierung muss für die urbanen Zentren festgehalten werden, dass der Bezugspunkt Nation immer mehr an Bedeutung verliert (Michael Mönninger 1999:7ff.). Zwar gibt es diesbezüglich restaurative Tendenzen, wie sie beispielsweise in Hamburg durch die Schill-Partei vertreten werden, doch haben diese eben nicht postmodernen, sondern viel eher vormodernen Charakter. Das genann-

te städtische Regelsystem erzeugt gewissermaßen Verknotungen, genauer: Es verknotet die unterschiedlichen, thematisch zentrierten Netzwerke, seien sie systemischer, lebensweltlicher oder diskursiver Art. So werden der Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Bildung, lokale Lebensweisen, Milieus, kulturelle Zusammenschlüsse usw. innerhalb eines Quartiers verknüpft und damit kann sich innerhalb einer Stadt eine neuartige, wie sie oben bereits erwähnt wurde, 'grammatische Regelstruktur' herauskristallisieren. Diese Regelstruktur erst macht die Stadt zur Gesellschaft. Dabei ist der Begriff der Stadt weiter zu fassen als lediglich als ein Ort, ein Raum, er bedeutet mehr als lediglich die räumliche Ausdehnung.

Mit dieser regelgeleiteten Verknotung von thematisch zentrierten kleinen Netzen zu größeren Netzwerken, von individuellen Lebensstilen zu Milieus, Quartieren und komplexen Stadtkulturen wird zweierlei ermöglicht, nämlich einerseits die höchstmögliche Inklusion und andererseits eine größtmögliche Ausdifferenzierung – maximale Angleichung oder Inklusion und optimale Differenzierung oder Individualisierung. Hierzu bemerkt Paul Michael Lützel:

„Der Prozess der Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Systeme und Subsysteme, wie er von Max Weber bis Niklas Luhmann beschrieben worden ist, ist im Zeitalter der Postmoderne weiter intensiviert und radikalisiert worden. Mobilität, Alternativen, Wahlmöglichkeiten, aber auch Selbstverantwortung, Selbstentscheidung, Risiko, Initiativen: All dies hat in allen Lebensgebieten zugenommen.“ (1998:908)

Die grammatische Regelstruktur leistet dann genau das, was uns als postmoderne paradoxe Wirklichkeit zumindest in den Städten der postmodernen Industriegesellschaften längst vertraut ist: Ein Nebeneinander von für alle und alles verbindlichen Grundmustern und hochvarianten, diversifizierten Handlungs- und Deutungsmöglichkeiten (Uwe Sander 1998:48) oder die Verknüpfung von McDonaldisation und Individualisierung, von einer Vereinheitlichung einerseits und einer Pluralisierung andererseits. Und hier zeigt sich ein widersprüchlich anmutendes Phänomen. Die Globalisierung und Medialisierung der Welt erzeugt einerseits eine Gleichheit, symbolisiert durch Coca-Cola oder McDonalds, andererseits aber auch eine Ausdifferenzierung und Diversifizierung der Systeme und lebensweltlichen Arrangements. An dieser Stelle darf jedoch nicht verschwiegen werden, dass die Globalisierung neben der Vereinheitlichung, neben einer gewissen Form der Gleichheit auch Ungleichheit und neue Ungerechtigkeiten produziert.¹¹

11 Vgl. hierzu die meines Erachtens schlüssige Kritik von Kersten Reich an dem Ansatz von Erol Yildiz. Kersten Reich (2002): Fragen zur Bestimmung des Fremden im Konstruktivismus. In: Stefan Neubert/Hans-Joachim Roth/Erol Yildiz (Hrsg.): Multikulturalität in der Diskussion. Neuere Beiträge zu einem umstrittenen Konzept. Opladen. S.173-194. Hier S. 183ff.

Die alte Stadtstruktur ist einer multiperspektivischen Struktur gewichen, die die Stadt jeweils entweder als ein Netzwerk von formalen Strukturen oder eine Vielfalt von subjektiven Spielräumen erscheinen lässt (Peter Fuchs 1992). Ein und dieselbe Situation kann aus der systemischen, der lebensweltlichen oder der diskursiven Perspektive betrachtet werden. Welche der Perspektiven gilt, hängt von der Situation ab.

- a) Im Rahmen einer sich zunehmend ausdifferenzierenden Gesellschaft kann dieselbe Situation zunächst einmal unter der Perspektive des Systems entworfen und gehandhabt werden, insofern sie im Rahmen etwa eines ökonomischen Prozesses betrachtet wird. Sie besteht z.B. in einem Geschäft zwischen Käufer und Verkäufer, in einem Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Geht es um Fragen der Inklusion- und Exklusion in den beziehungsweise aus dem Arbeitsmarkt – wie in der vorliegenden Schrift – so ist diese systemische Perspektive die dominierende.
- b) Die Regelstruktur der urbanen Gesellschaft kann daneben auch unter lebensweltlicher Perspektive gesehen werden und besteht dann im städtischen Kontext darin, eine bestimmte Einstellung zu demonstrieren, insofern man beispielsweise in ein ganz bestimmtes Geschäft zum Einkauf einer ganz bestimmten Ware geht. In der Stadt entstehen und verfestigen sich ganz unterschiedliche Wir-Gruppen-Orientierungen,¹² die Menschen bewegen sich in den unterschiedlichsten Soziosphären (Martin Albrow 1998). In diesem Kontext lässt sich dies – wie noch zu zeigen sein wird – in divergierenden Zugängen zum Thema Arbeit festmachen.
- c) Als dritte mögliche Handlungsstrategie ist der metakulturelle Handlungsprozess zu begreifen, wenn es beispielsweise darum geht, mit dem Kauf einer Ware einen Beitrag zum Bestand eines Tante-Emma-Ladens beizutragen, den man aus (arbeitsmarkt)politischen oder sozialen Gründen im Quartier unterstützen will. In der Stadt entwickeln und verfestigen sich ganz verschiedene Ebenen reflexiv ausgerichteter Formen der Partizipation.

Was in der Stadt und in den dortigen Quartieren geschieht, wirkt in drei Richtungen und ist aus diesen genannten Perspektiven auch lesbar. Diese Lesart geschieht einerseits als eine systemische Angelegenheit, ein weiteres Mal als Teil einer individuell gestaltbaren, persönlichen Einstellung und drittens dann als Teil einer politischen Handlung.

12 Vgl. zu dieser Thematik Thomas Luckmann/Alfred Schütz (1990): Strukturen der Lebenswelt. Band I und II. Frankfurt am Main

Es wurde deutlich, dass die Relevanz der Perspektiven jeweils unterschiedlich gelagert ist. Wenn in einem Quartier mit einem Regelsystem zu rechnen ist, das zugleich vereinheitlicht und differenziert und das perspektivisches Handeln zulässt – und zwar zumindest in dreierlei Hinsicht: erstens in systemischer, zweitens in lebensweltlicher und drittens in metakultureller Hinsicht –, dann ist eine Gewichtung erforderlich. So erscheinen die Perspektiven jeweils in unterschiedlicher Relevanz (vgl. Anthony Giddens 1995:102ff.).

1. *Was unter systemischer Perspektive entworfen und praktiziert wird, genießt Vorrang. Städte und Stadtteile bilden eine Menge von miteinander verknoteten Systemen, insbesondere von regional ausgearbeiteter Infrastruktur, wie beispielsweise dem Arbeitsmarkt.*
2. Als Zweites lässt sich das Handeln lebensweltlich begreifen.
3. Und am Ende kommt es zu einer metakommunikativen Ausarbeitung der lokalen Aktivitäten, bei der die vorliegenden Setzungen, Erfahrungen und lebensweltlichen Deutungen zur Grundlage von Verständigungsprozessen avancieren (vgl. Wolf-Dietrich Bukow/Claudia Nikodem u.a. 2001a:48f.).

Wolf-Dietrich Bukow unterstreicht den an dieser Stelle vorgestellten dreidimensionalen Ansatz und benennt im Rahmen der ‘sozialen Grammatik’ der Stadt eine Logik, die er treffend als ‘Karawaneneffekt’ bezeichnet und die im Grunde genommen die Präferenz der systemischen Perspektive zum Ausdruck bringt:

„Die soziale Grammatik funktioniert dabei nach einer deutlichen Abfolgelogik oder einem ‘Karawaneneffekt’: Formale Systeme differenzieren sich aus, das freilich nur, wenn die Bevölkerung zusätzlichen Spielraum erhält und sich somit die Folgen der Ausdifferenzierung bewähren. Entscheidend ist danach die Qualität der formal-gerahmten Situationen (...) Sie ist Voraussetzung dafür, dass sich die Bevölkerung lebensweltlich arrangieren kann, was wiederum die Voraussetzung dafür ist, dass die Gesamtkonstellation alltagspolitisch oder zivilgesellschaftlich Zustimmung erfährt. Es kommt also erst in dritter Linie – last but not least – auf die diskursiven Situationen an, wo die Relation der formalen Systeme und deren Effekte im Quartierensemble qua Zustimmung abgesichert werden müssen.“ (2002b:33)

Aus dem bisher Formulierten schlussfolgernd lässt sich festhalten, dass das kommunale Leben in unterschiedlicher Form zu deuten und zu analysieren ist. Und dies betrifft entsprechend auch die Prozesse des lokalen Arbeitsmarktes.

Sicherlich stellt sich jetzt die Frage, wie die Individuen *wissen*, welche Perspektive Relevanz beziehungsweise Priorität besitzt. Eine der wichtigsten Fertigkeiten diesbezüglich ist dabei das Vermögen der Stadtbewohner(innen) sich auf soziale Situationen einzustellen, auf

diese zu reagieren. Sie müssen in der Lage sein situativ immer wieder neu zu interpretieren. Dies ist eine Fähigkeit, die die Menschen seit jeher entwickelt haben und die sie nun neu und konzentrierter einsetzen müssen. Was heißt dies nun für den städtischen Alltag und was bedeutet dies für die Inklusion in den Arbeitsmarkt? Unter den Bedingungen der postmodernen Gesellschaft, die durch Individualisierung, Heterogenität und Vielfalt sowie Mobilität gekennzeichnet ist, sind die Menschen genötigt, sich immer wieder auf neue Situationen einzulassen und ein hohes Maß an Eigeninitiative zu aktivieren. Sie müssen flexibel sein und auf Veränderungen relativ spontan reagieren können. Für die Situation auf dem Arbeitsmarkt bedeutet dies, dass von den Individuen erwartet wird, dass sie ihre Berufslaufbahn selbst kreieren. Dazu sind sie prinzipiell auch in der Lage und in gewisser Weise haben sie dies seit jeher getan, doch darf nicht die Gefahr außer Acht gelassen werden, dass es zu einer Individualisierung beziehungsweise einer Subjektivierung von Arbeitslosigkeit kommen kann (Martin Kronauer 1999). Das bedeutet, dass die Exklusionen auf dem Arbeitsmarkt als ein systemisches und nicht als ein individuelles Problem gedeutet werden müssen. Wurde von den Menschen auch immer erwartet, dass sie in der Lage sind sich auf Veränderungen, seien sie systemischer, seien sie lebensweltlicher Art, einzulassen und auf sie zu reagieren, so besteht das Neue in der postmodernen Gesellschaft doch darin, dass dieses Vermögen jetzt innerhalb von Situationen verlangt wird, die sich verdichten, überlagern, spezialisieren und zum Teil sogar eher einen virtuellen als einen 'realen, physischen' Charakter anzunehmen scheinen. Für die Exklusionsprozesse auf dem Arbeitsmarkt muss jedoch differenziert analysiert werden. Denn es wäre zu leichtfertig, Arbeitslosigkeit und die Exklusionsverfahren auf dem Arbeitsmarkt lediglich als virtuelle Phänomene zu skizzieren. Sie sind real, indem sie von den Betroffenen als immenser Einschnitt in die Biografie begriffen werden.

Bisher wurde darauf hingewiesen, dass die postmoderne Gesellschaft, die sich im Gewand der metropolitanen Gesellschaft zeigt, dreidimensional organisiert ist. Geht es jetzt darum, den städtischen Arbeitsmarkt und die dort vorfindbaren In- und Exklusionen zu analysieren, ist es sinnvoll sich zunächst auf die arbeitsmarktspezifische Infrastruktur, also auf die systemische Ausdifferenzierung des Stadtquartiers zu konzentrieren. Der lebensweltliche Umgang mit Arbeit gestaltet sich, wie wir noch sehen werden, sehr different, steht aber immer in einer Beziehung zu den systemischen Gegebenheiten. Auf die systemischen Voraussetzungen, sofern sie sich als Verwerfungen zeigen, kann, wenn es erforderlich wird, in Form von Diskursen im

städtischen Kontext reagiert werden. Dies bedeutet dann für die hier vorliegende Fragestellung von In- und Exklusionsverfahren auf dem Arbeitsmarkt und die damit korrespondierende Analyse:

- Unter der Voraussetzung, dass die postmoderne Gesellschaft vor allem durch die systemische Ausdifferenzierung gekennzeichnet ist und diese systemische Ausdifferenzierung Priorität vor allen anderen Kategorien sozialen Handelns hat, sind auftretende soziale Probleme, Modernisierungsrisiken und Transformationen erst einmal systemisch zu erfassen.
- Daran anschließend lässt sich festhalten, dass die lebensweltliche Ausdifferenzierung innerhalb der Postmoderne, die individuelle Lebensführung ebenso wie die unterschiedlichen Lebensstile durchaus emanzipativen Charakter für die gesellschaftliche Entwicklung haben, soweit hierdurch eine zunehmende Ausdifferenzierung der Gesellschaft und eine formal organisierte Inklusion in die Gesellschaft möglich werden. Werden Verwerfungen wie beispielsweise Arbeitslosigkeit sichtbar, sind sie nicht hier zu lokalisieren, sondern im Kontext von systemischen Defiziten. Diese Prozesse verändern die lebensweltliche Differenzierungen. Die lebensweltliche Differenzierung ist, in Anlehnung an Wolf-Dietrich Bukow und Roberto Llaryora, als konstitutiv belanglos zu bezeichnen (1989:29ff.). Zu einem Problem kann die lebensweltliche Differenzierung dann werden, wenn sie als konstitutiv für die postmoderne Gesellschaft interpretiert wird.
- Wenn in der postmodernen Gesellschaft der politische Diskurs in Form der Zivilgesellschaft zunehmend Gewicht erhält, dann wächst diesem zivilgesellschaftlichen Engagement die Aufgabe zu, die systemisch erzeugten Chancen, Risiken und Probleme aufzunehmen, sie mit lebensweltlichen Erfahrungen zu kontrastieren und in kultureller Kommunikation diskursiv richtig zu stellen.

Im Folgenden wird es nun darum gehen, die Formen sozialen Handelns im Kontext des städtischen Arbeitmarktes zu analysieren.

2.3. Zur Dominanz der funktionalen Ausdifferenzierung der Gesellschaft und zur Frage der Inklusion durch Systeme

Ausgangspunkt der Überlegungen ist in diesem Kontext die These, dass die postmoderne

Gesellschaft insbesondere durch eine zunehmende formal-rationale und sozial-universale Ausdifferenzierung der Gesamtgesellschaft geprägt ist, welche auf diesem Niveau mit einer immer deutlicher hervortretenden konstitutiven Irrelevanz ethnischer und geschlechtsspezifischer Eigenschaften korrespondiert. Die konstitutive Irrelevanz bezieht sich darüber hinaus auf alle kulturellen Eigenschaften und Differenzen. Diese Voraussetzung ist von immenser Bedeutung für die nachfolgende Diskussion zum Thema Inklusions- und Exklusionsprozesse auf dem Arbeitsmarkt. Gilt die These der formalen Ausdifferenzierung der Gesellschaft bei gleichzeitiger Irrelevanz der kulturellen Differenzen, so ist zu fragen, wie es dazu kommt, dass formale Aspekte in bestimmten Situationen bewusst außer Kraft gesetzt werden. Als Erstes muss jedoch die Frage geklärt werden, wie nun diese formal-rationale und zugleich sozial-universale Ausdifferenzierung der Gesellschaft zu verstehen ist.

Es ist wichtig zu betonen, dass formale Rationalität beziehungsweise Zweckrationalität nur idealtypisch gedacht ist und sich zunächst ausschließlich auf die Form und nicht auf spezifische inhaltliche Elemente der gesellschaftlichen Differenzierung bezieht. Denn neben der systemischen Differenzierung, die nun thematisiert wird und die konstitutiv für die Gesellschaft ist, existiert ebenso die Ausdifferenzierung in lebensweltlicher Hinsicht, auf die ich an anderer Stelle noch ausführlich verweisen werde. Zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft formuliert Niklas Luhmann:

„Eine Gesellschaft kann als funktional differenziert bezeichnet werden, wenn sie ihre wichtigsten Teilsysteme im Hinblick auf spezifische Probleme bildet, die dann in dem jeweils zuständigen Funktionssystem gelöst werden müssen. Das impliziert einen Verzicht auf eine feste Rangordnung der Funktionen, weil man nicht ein für allemal festlegen kann, dass Politik immer wichtiger ist als Wirtschaft, Wirtschaft immer wichtiger als Recht, Recht immer wichtiger als Wissenschaft, Wissenschaft immer wichtiger als Erziehung, Erziehung immer wichtiger als Gesundheit (und dann vielleicht zirkulär: Gesundheit immer wichtiger als Politik?). An die Stelle einer solchen Rangordnung, wie sie im indischen Kastensystem oder in spätmittelalterlichen Ständeordnungen vorgesehen war, tritt die Regel, dass jedes Funktionssystem der eigenen Funktion den Primat gibt und von diesem Standpunkt aus andere Funktionssysteme, also die Gesellschaft im übrigen, als Umwelt behandelt.“ (1987:34f.)

Der Nutzen der Theorie der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft – die formal und funktional zugleich organisiert wird – liegt darin, einerseits die Selbständigkeit der Systeme zu beschreiben, indem die Systeme nämlich als selbstreferentielle und autopoietische Systeme beschrieben werden. Darüber hinaus aber wird auch die Abhängigkeit der Systeme voneinander skizziert, indem nämlich die Differenzierung zwischen System und Umwelt aufgestellt wird, wie wir an Niklas Luhmanns Systemtheorie noch sehen werden. Da die formale Ausdifferenzierung zunächst eine analytische Trennung darstellt, sollte diesbezüglich viel eher von

einem Projekt gesprochen werden. In Anlehnung an Max Weber, der den Grundstein für die Formen sozialen Handelns in der Soziologie gelegt hat, ist formale Rationalität als ein idealtypischer Begriff zu verstehen, der nicht einen Zustand, sondern eher eine Perspektive darstellt, der man z.B. im Alltag tendenziell folgt, ohne sie jedoch permanent einzulösen. Zu der Vermischung der unterschiedlichen Formen des sozialen Handelns bemerkt Max Weber in seinem Werk 'Wirtschaft und Gesellschaft':

„Sehr selten ist Handeln, insbesondere soziales Handeln, nur in der einen oder der anderen Art orientiert. Ebenso sind diese Arten der Orientierung natürlich in gar keiner Weise erschöpfende Klassifikationen der Arten der Orientierung des Handelns, sondern für soziologische Zwecke geschaffene, begrifflich reine Typen, denen sich das reale Handeln mehr oder minder annähert oder aus denen es – noch häufiger – gemischt ist. Ihre Zweckmäßigkeit für uns kann nur der Erfolg ergeben.“ (1972:13)

In der konkreten Handlungssituation wird sie niemals gänzlich durchgesetzt oder Wirklichkeit, sondern verbleibt gleichsam auf dem Niveau eines Handlungsprogramms, also einem Orientierungsprinzip. Vielleicht ist es deshalb sinnvoll – wie dies für den Begriff der Postmoderne bereits geschehen ist – diesbezüglich eher von einem Projekt zu sprechen. Als Orientierungsbeziehungsweise Leitprinzip hat die formale Rationalität zur Konsequenz, dass das Gesellschaftsmitglied im Alltag diesem Prinzip sich mehr oder weniger annähert, aber wohl kaum in der Lage ist, unter den Bedingungen des alltäglichen Lebens Zweckrationalität in reiner Form zu realisieren. Diese Bedingung ist, so wird sich zeigen, gerade für den vorliegenden Zusammenhang eine wichtige Erkenntnis, weil nämlich überhaupt nur dann, wenn Zweckrationalität 'nur im Prinzip' programmatisch gilt, gefragt werden muss, warum im Einzelfall beispielsweise angesichts ethnischer Minderheiten oder auch Frauen auf dem Arbeitsmarkt so wenig nach rein zweckrationalen Gesichtspunkten verfahren wird. Diese formalen Aspekte werden punktuell, wie wir sehen werden, eher ummantelt, als dass sie zum Tragen kommen.

Die formale Rationalität der Gesellschaft, die soziale Ausdifferenzierung und die sich im Rahmen einer Modernisierung der Gesellschaft ausbreitende immer stärker hervortretende zweck-rationale Orientierung, all das erzeugt nicht nur spezielle alltägliche Gegebenheiten, sondern bewirkt auch besondere Vergesellschaftungsformen. Eine dieser Vergesellschaftungsformen besteht in der Bereitstellung von Rahmen, die inkludieren. Sie besteht in Einbindung oder Inklusion des Einzelnen in die jeweils relevanten Funktionssysteme (Schule, Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Politik). Postmoderne Gesellschaften bilden so – im Dienste ihres Fortbestandes, beziehungsweise im Dienste der Optimierung ihres Andauerns – eine bislang unbekannt Form der Inklusion aus, nämlich den Typ einer rein *systemischen Inklusion*. Das

Besondere an dieser Inklusionsform ist, dass nicht die Gesellschaftsmitglieder in ihren jeweiligen spezifischen Einstellungen den gesellschaftlichen Zusammenhalt garantieren, was sie angesichts der Komplexität der Gesellschaft auch nicht leisten können, sondern die Systeme selbst erzeugen die für die Inklusion so notwendige Dichte. *Die Systeme inkludieren die Menschen.* (Auch hier ziehe ich den Begriff des Inklusion dem der Integration vor. In systemischer Hinsicht spreche ich nur von Inklusion.) Das setzt ohne Zweifel funktionierende Systeme voraus, die hierzu auch in der Lage sind. Wir finden diese Systeme in Form der bereits erwähnten kommunalen Infrastruktur. Diskussionen, die den Zerfall der Gesellschaft aufgrund zunehmend unterschiedlicher lebensweltlicher Einstellungen prognostizieren, erliegen dem Trugschluss, dass die lebensweltliche Integration konstitutiven Charakter für die gesellschaftliche Integration habe und nicht die systemische Inklusion.

Zu fragen ist nun, was diese systemische Dominanz bedeutet, wie sie sich theoretisch herleiten lässt und darüber hinaus welche Bedeutung sie für das vorliegende Thema hat. Hierzu ist es notwendig, einen Blick auf die von Niklas Luhmann entwickelte Konzeption der Systemtheorie zu werfen.

2.3.1. Die 'klassische' Systemtheorie

An dieser Stelle nun wird es notwendig, sich mit der Systemtheorie ein wenig genauer auseinanderzusetzen, da in ihr die Grundpfeiler für die systemische Integration geklärt und analysiert werden. Als Hauptvertreter der Systemtheorie gilt Niklas Luhmann. Was besagt nun diese von Luhmann entwickelte Theorie?

Niklas Luhmann hat bereits in den 60er Jahren seine ersten systemtheoretischen Schriften in Abgrenzung von dem struktur-funktionalistischen Ansatz von Talcott Parsons verfasst. Parsons' Ansatz, der auf das Jahr 1937 zurückgeht, kann in der Soziologie als die erste Systemtheorie verstanden werden. Die gesellschaftliche Integration, so Parsons, verläuft nach normativen Mustern. Ebenso wie Emile Durkheim geht auch Talcott Parsons mit einer solchen Sichtweise von dem Vorhandensein gleicher Werte aus. Durch gesellschaftlich normierte zwischenmenschliche Konstellationen wird die Vielfalt möglicher Orientierungen eingeschränkt und minimiert. Intersubjektiv anerkannte Normen führen dann zu gelungenen In-

tegrationen in die Gesellschaft.¹³ Die Integration geschieht somit nicht über Differenzierungen, sondern über Gleichheit und Homogenität. Dieses Konzept basiert somit auf Ausgrenzung des ‘Anderen’. Grundvoraussetzung für eine gelungene Integration sind ein anerkanntes Wertedach und stabile, auf Werten basierende Beziehungsmuster. Hierzu schreibt Gábor Kiss:

„Als strukturordnendes Grundprinzip kann das generalisierte Wertesystem betrachtet werden, das Strukturvorgaben mit Rücksicht auf die Norm- und Wertfindungsprozesse der ‘unteren Ebene’ durchsetzen kann und durch seine relativ starre und identitätswahrende Abkapselung von anderen Wertesystemen einen ausschlaggebenden Einfluss auf das soziale Geschehen in der Gesamtgesellschaft ausübt.“ (Gábor Kiss 1990:78)

Talcott Parsons Theorie besagt also, dass das Organisationsprinzip der Systeme vom Kultursystem und von dessen zentralen Werten abhängig ist. Die Funktionalität der Systeme ist somit abhängig von einem gemeinsamen Wertekanon. An diesem Punkt nun setzt Niklas Luhmann mit seiner Kritik an Parsons’ Systemtheorie an. Er hält es für überholt – beziehungsweise nicht mehr der gesellschaftlichen Realität entsprechend –, dass das Leben in der Gesellschaft primär an gleichen Werten orientiert sei, dass also die soziale Integration die wesentliche Integrationsform darstelle und diese dann konstitutiven Charakter besäße. Das heißt, dass es für Luhmann eine unrealistische Gesellschaftsbeschreibung darstellt, dass sich die Systeme und Teilsysteme der Gesellschaften an gesamtgesellschaftlichen Werten und Erfordernissen orientieren.

Der entscheidende Unterschied zwischen den beiden Gesellschaftstheoretikern Parsons und Luhmann kann wie folgt umrissen werden: Während für Talcott Parsons die Systembildung durch *Gleichheit* erzielt wird, geschieht sie entsprechend den Thesen von Niklas Luhmann durch *Differenzierung*. Die gesellschaftliche Entwicklung kann nicht, wie bei Parsons der Fall, „als Differenzierung und Sozialintegration im Sinne von Integration der Differenzen durch Wertkonformität, sondern als Differenzierung und wachsende Interpendenzen“ gesehen werden (Gábor Kiss 1990:7).

Innerhalb der gesellschaftlichen Evolution¹⁴ beziehungsweise der gesellschaftlichen Entwicklung von der Stammesgesellschaft zur – wie Niklas Luhmann es nennt – ‘modernen’ Gesellschaft lässt sich der Weg von einer segmentären zu einer funktionalen Differenzierung der Gesellschaft beobachten. Innerhalb der Hochkultur stellt auch Luhmann wie Parsons eine

13 Vgl. zu Parsons’ struktur-funktionalistischer Theorie: Uwe Schimank (1996): Theorien gesellschaftlicher Differenzierung. Opladen. S. 80-133; Helmut Willke (1993): Systemtheorie. Stuttgart, Jena.

14 Der Begriff der Evolution wird von Niklas Luhmann in sehr ausführlicher Weise analysiert und benutzt – so wie dies bei Luhmann für viele Begriffe gilt. Meines Erachtens führt es an dieser Stelle jedoch zu weit, den Begriff im Luhmannschen Sinne genau zu differenzieren. Ich gebrauche „Evolution“ in diesem Kontext, in dem Sinne der *gesellschaftlichen Entwicklung*.

stratifikatorische Differenzierung fest. Die Inklusionsform innerhalb dieser Gesellschaft geschieht durch Religion und Moral, es handelt sich also um eine wertzentrierte Form der Inklusion. In der modernen Gesellschaft (und ebenso innerhalb der postmodernen Gesellschaft), die sich funktional differenziert, geschieht die Inklusion nach genau diesen funktionalen Aspekten, was eine Inklusion durch Exklusion bedeutet. Dies scheint ein Paradox zu sein, wird im weiteren Verlauf jedoch aufgelöst. Die Ausdifferenzierung der Systeme nach funktionalen Prinzipien ist für Niklas Luhmann der vorherrschende Differenzierungsmodus. Neben dieser funktionalen Differenzierung stellt Luhmann jedoch auch eine stratifikatorische sowie eine segmentäre Differenzierung fest, die jedoch nicht nur einen nebensächlichen, sondern auch vormodernen Charakter besitzen.

Um sich Niklas Luhmanns Systemtheorie nun genauer betrachten zu können, ist es sinnvoll sich zunächst einmal die von ihm benutzten Begrifflichkeiten vor Augen zu führen.¹⁵

Niklas Luhmann hat einige Schlüsselkategorien der Gesellschaft festgehalten und analysiert. Innerhalb der Gesellschaft hat er eine zunehmende *Komplexität* festgestellt, auf die die *Systeme* in Form von *Kontingenz* reagieren. Das bedeutet, einerseits hat innerhalb der gesellschaftlichen Entwicklung eine Ausdifferenzierung der *Systeme* stattgefunden, in dem Sinne, dass mehr *Teilsysteme* entstanden sind, hinzu kommt, dass die Teilsysteme selbst auch an Komplexität gewonnen haben, die jedoch immer wieder durch kontingentes Verhalten verändert werden können. Kontingenz ist erst dann möglich, wenn eine Unterscheidung zwischen systemrelevanten und systemunrelevanten Kommunikationsformen hergestellt werden kann. Kontingenz erfordert das Vorhandensein der Gleichzeitigkeit von *System* und *Umwelt*. *Inklusion* in ein System und *Exklusion* aus dem System werden so zu zwei nicht voneinander trennbaren Prozessen.

In aller Kürze wurden nun die wichtigsten systemtheoretischen Variablen vorgestellt, die nun differenzierter betrachtet werden müssen: *System*, *Umwelt*, *Komplexität*, *Kontingenz*, *Inklusion*, *Exklusion*.

Einer der wichtigsten Begriffe in diesem Rahmen ist selbstverständlich der des Systems. Unter System ist folgendes zu verstehen:

15 Da die Systemtheorie Luhmanns ein diffiziles Denkmodell darstellt, in dem die Begriffe sehr präzise verwendet werden müssen, erachte ich die Benutzung von vermehrten Zitaten als ein notwendiges Mittel zur Deskription der Theorie, um die es zunächst einmal geht.

„Ungeachtet aller Paradigmenwechsel gilt als System einheitlich alles das, worauf die Unterscheidung von innen (System) und außen (Umwelt) anwendbar ist. Die Annahme von Bestehen von Systemen beinhaltet die Annahme einer Differenz von System und Umwelt. System ist eine Form, nämlich die Differenz von System und Umwelt.“ (Detlef Krause 1999:189)

Die eigentliche Aufgabe des Systems besteht somit darin, einen Modus zu entwickeln, man könnte auch sagen – systemrelevante Aspekte –, mit dem es möglich wird sich von der Umwelt abzugrenzen. Die Grenze bildet dabei die Regulierung der Differenz zwischen System und Umwelt. Die Umwelt wiederum bildet ein weiteres, nach anderen Funktionen sich differenzierendes Teilsystem heraus. Dieser Prozess der Regulierung kann als Kontingenz bezeichnet werden. Es wird entschieden, was Teil des Systems ist, was also Systemrelevanz besitzt, und somit auch das, was die Umwelt des Systems darstellt, wie das System funktioniert und wie die Ankopplung an das System vollzogen wird. Es wird entschieden, nach welchen Aspekten inkludiert und nach welchen Aspekten exkludiert wird. Inklusion kann mit der Ankopplung systemrelevanter Aspekte gleichgesetzt werden, wobei sich Exklusion auf die systemirrelevanten Prozesse bezieht. Die Begriffe der Inklusion und der Exklusion werden von Niklas Luhmann – anders als das in Alltagsdiskursen der Fall sein mag – wertfrei genutzt und skizzieren lediglich die Relation zu einem System.

Niklas Luhmann hat innerhalb seiner wissenschaftlichen Tätigkeit die Systemtheorie immer wieder Veränderungen unterzogen. Dies hat beispielsweise zu der Differenzierung unterschiedlicher Formen der Systeme geführt: Zunächst einmal differenziert Niklas Luhmann in allopoietische Systeme und autopoietischen Systeme, wobei innerhalb des gesellschaftlichen Zusammenhanges die autopoietischen Systeme von besonderem Interesse sind. Die autopoietischen Systeme erzeugen und steuern sich selbst. Weder werden ihnen von außen (von der Umwelt) Informationen zugeführt noch senden sie Information nach außen. Dennoch sind sie, wie bereits angedeutet, unbedingt auf die Umwelt angewiesen, da sie sich um ihrer selbst willen von ihr abgrenzen müssen und deshalb auch bestimmen, was als systemrelevant und was als systemunrelevant anzusehen ist. Der Begriff des autopoietischen Systems wird von Niklas Luhmann dann wie folgt beschrieben:

„Das autopoietische System ermöglicht die elementaren Einheiten, aus denen es basal ‘besteht’, durch operative Verknüpfungen (Anschlussfähigkeit) zwischen eben diesen Einheiten, aus denen es basal ‘besteht’. Ein autopoietisches System erzeugt oder ermöglicht sich selbst; z.B. werden im wirtschaftlichen System Zahlungen durch Zahlungen ermöglicht, ermöglichen sich Zahlungen durch sich selbst. Ein autopoietisches System ist ein selbstreferentiell-zirkulär geschlossener Zusammenhang von Operationen, der seine eigene Geschlossenheit durch seine eigene selbstbezügliche kognitive Offenheit sichert, seinen Umweltkontakt durch Selbstkontakt herstellt. Die Geschlossenheit besteht darin, dass der Operationsmodus ausschließlich über den systemspezifischen Code z.B.

Zahlung/Nichtzahlung läuft.“ (Detlef Krause 1999:189)

Hier wird deutlich, dass die systemische Integration keine Vollinklusion darstellt. Vielmehr noch: Eine Vollinklusion in die Gesellschaft ist nicht möglich. Aus der Systemperspektive werden Menschen nur nach systemrelevanten – und nicht etwa nach systemfremden oder gar wertorientierten – Referenzen inkludiert. Detlef Krause hat dies verdeutlicht, indem er darauf verweist, dass ökonomische Systeme lediglich nach ökonomischen Aspekten differenziert werden können und die Anschlussfähigkeit ausschließlich von ökonomisch relevanten Eigenschaften abhängig ist. Krause skizziert die Beobachtung des funktionalen Teilsystems Wirtschaft wie folgt: Die Funktion der Wirtschaft liegt in der Knappheitsminderung. Ihre Leistung ist die Bedürfnisbefriedigung. Das benutzte Medium ist Geld. Der systemspezifische Code ist der der Zahlung und der Nichtzahlung. Die hierfür in Frage kommenden Programme sind Zweckprogramme sowie Budgets (1999:36). Ähnlich kann für das Bildungssystem, den Arbeitsmarkt, etc. verfahren werden. Die einzelnen Individuen sind gleichzeitig in verschiedenen Funktionssystemen eingebunden. Sie sind gleichzeitig Käufer, Arbeitnehmer, Ehepartner und Vereinsmitglied. Die Reihe dieser systemischen Inklusion kann fortgesetzt und ergänzt werden. Die Form der Ausdifferenzierung der Gesellschaft geschieht in diesem Sinne nach funktionalen Aspekten. Die funktionale Differenzierung, die die vorherrschende gesellschaftliche Differenzierungsform der postmodernen Gesellschaft bildet, „hat ihr Kennzeichen in der funktionalen Gleichheit ungleicher Systeme bei der Bearbeitung gesellschaftlicher Bezugsprobleme“ (Detlef Krause 1999:95f.). Innerhalb dieser Logik ist dabei jedes System selbst für die systemrelevanten Aspekte verantwortlich, Niklas Luhmann nennt dies selbstreferentiell und seine Theorie *die Theorie selbstreferentieller Systeme*. Unter dieser versteht er, vergleichend mit dem oben genannten Zitat:

„Die Theorie selbstreferentieller Systeme behauptet, dass eine Ausdifferenzierung von Systemen nur durch Selbstreferenz zustande kommen kann, das heißt dadurch, dass die Systeme in der Konstitution ihrer Elemente und ihrer elementaren Operationen auf sich selbst (sei es auf Elemente desselben Systems, sei es auf die Einheit desselben Systems) Bezug nehmen. Systeme müssen, um dies zu ermöglichen, eine Beschreibung ihres Selbst erzeugen und benutzen; sie müssen mindestens die Differenz von System und Umwelt systemintern als Orientierung und als Prinzip der Erzeugung von Informationen verwenden können. Selbstreferentielle Geschlossenheit ist daher nur in einer Umwelt, ist nur unter ökologischen Bedingungen möglich.“ (Niklas Luhmann 1996:25)

Mehreres wird hier deutlich. Erstens funktionieren die Systeme ausschließlich nach systeminternen Kategorien. Zweitens ist die Systembildung nur durch Differenzierung und Abgrenzung möglich. Diese Abgrenzung geschieht in Form der Kontingenz, indem entschieden wird, was als systemimmanent anerkannt wird und was als irrelevant erachtet wird.

Die Individuen sind in einer zunehmend sich differenzierenden Gesellschaft immer wieder gezwungen sich mit Komplexität auseinanderzusetzen. Dies bedeutet, dass die Einzelnen darauf gefasst sein müssen, dass sich der gesellschaftliche Rahmen, dass sich Systeme anders „verhalten“ können als gedacht. Kontingenz, die Verpflichtung auszuwählen, sich zu entscheiden und gleichzeitig zu unterscheiden ist das Grundprinzip jeden sozialen Handelns, hierzu bemerkt Niklas Luhmann:

„Jede soziale Interaktion involviert mindestens zwei Partner, nennen wir sie Alter und Ego, die beide sich kontingent verhalten, das heißt: die beide über verschiedene Verhaltensmöglichkeiten verfügen und dies voneinander wissen. Jeder kann so – und auch anders. Jeder kann sich dem nahegelegten Modus der Interaktion fügen, aber auch abweichen. Man nimmt normalerweise an und hält fest, was einem in die Hand gegeben wird; aber man könnte es auch fallenlassen. Dass sowohl Alter als auch Ego dieses einfachen Modells in diesem Sinne kontingent sind und dies voneinander wissen – dies nennt man im soziologischen Fachjargon ‘doppelte Kontingenz’. Nur unter dieser Voraussetzung kann man sinnvoll von Kommunikation sprechen.“ (1975:68)

Mag nun der Anschein erweckt worden sein, dass Kontingenz ein Zeichen für Willkür ist, so muss dem im Sinne von Luhmann widersprochen werden (vgl. Detlef Krause 1999:140). Soziales Handeln vollzieht sich immer unter dem Vorzeichen einer *thematischen Konzentration*, wie dies von der Autorin und anderen bereits an anderer Stelle ausführlich diskutiert wurde (Wolf-Dietrich Bukow/Claudia Nikodem u.a. 2001a: 50ff.). Die thematische Konzentration betrifft sowohl jede einzelne Situation im Alltag als auch die vom System als zulässig und aktualisierbar angebotenen Möglichkeiten. Wir handeln im Alltag nach bestimmten Zielen und mit entsprechenden Mitteln. Je nach Art der Ziele und Mittel erfasst unsere Tätigkeit kleinere oder größere Aspekte dessen, was denkbar, verfügbar, erreichbar oder begreifbar ist. Es wird also immer entschieden, was sinnvoll ist, was für die Situation Bedeutung hat und welcher Aspekt vernachlässigt werden kann. Handeln erscheint dann zeitlich, räumlich und inhaltlich zunehmend konzentriert und somit begrenzt. Bei genauerer Betrachtung ist also die Begrenzung einer Handlungssituation eine logische Konsequenz der erforderlichen thematischen Konzentration. Sie erzwingt geradezu die Setzung eines relativ engen Horizonts und zieht damit eine situative Beschränkung nach sich, die sich dann als räumliche, zeitliche und inhaltliche Beschränkung darstellt. Kontingenz bedeutet somit eine Selektion des sozialen Handelns und der sozialen Systeme. Sie kann als ein Merkmal für sich immer weiter entwickelnde und aktualisierende soziale Systeme verstanden werden.

Zusammenfassend werden die wichtigsten Begriffe der Systemtheorie nochmals aufgegriffen:

- *System*: Als System gilt alles, auf das die Unterscheidung innen (System) und außen

(Umwelt) anwendbar ist. In der postmodernen Gesellschaft differenzieren sich die Systeme funktional aus.

- *Umwelt*: Der Begriff der Umwelt bezieht sich immer auf die Logik des Systems und ist nicht losgelöst von dieser Logik zu denken. Umwelt bildet die Differenz zum System und ist dabei mit der Außenperspektive des Systems gleichzusetzen.
- *Komplexität*: Komplexität bezieht sich auf die Gesamtheit der systemrelevanten Handlungszusammenhänge innerhalb eines Systems. Wichtige Begriffe sind die der Reduktion und der Steigerung von Komplexität. Die Reduktion geschieht durch die Bildung neuer Teilsysteme. Hierdurch wird die Umweltkomplexität gesteigert.
- *Kontingenz*: Mit Kontingenz wird das Verfahren der Differenzierung zwischen systemrelevant und systemirrelevant bezeichnet. Kontingenz wird durch Rekonstruktionen, d.h. Beobachtung zweiter Ordnung ermöglicht.
- *Inklusion/Exklusion*: Inklusion bezeichnet alle systembildenden sowie systemstrukturierenden Operationen. Inklusion kann nur durch Exklusion geschehen. Beides sind Selektionsmechanismen, die jeweils in Abhängigkeit zu den systemrelevanten Eigenschaften stehen.

2.3.2. Die Systemtheorie und die postmoderne Gesellschaft

Nachdem nun Niklas Luhmanns Systemtheorie in den Grundzügen diskutiert wurde, soll an dieser Stelle eine Transferleistung vollzogen und sich der Frage zugewandt werden, was uns der systemtheoretische Ansatz für die Situation in der postmodernen Gesellschaft 'bieten' kann. Ebenso muss geklärt werden, welche Relevanz die Systemtheorie für die vorliegende Fragestellung besitzt.

Im Rahmen des urbanen Kontextes kommt es nun darauf an, die Stadt als eine Realisierungsform von Gesellschaft zu fokussieren und von dort her einzelne, spezifische Ausschnitte aus einer postmodernen Industriegesellschaft in der Gestalt städtischer Systeme zu beschreiben. Die postmoderne Stadt ist ein hochvernetztes ausgebautes System. Sie bildet einen lokalen Kosmos, in dem sich lokale und globale Ereignisse verbinden. Zudem ist die metropolitane Gesellschaft eine sich selbst steuernde regionale Einheit mit vielen Eigenschaften eines autopoietischen Systems. Sie differenziert sich in vielfältiger Hinsicht in unterschiedliche und

dabei durchaus vernetzte Subsysteme aus. Unter dieser systemischen Perspektive sind die Gesellschaftsmitglieder also eindeutig nur formal-rational gefragt, das heißt insofern sie über bestimmte Funktionen 'inkludiert' sind. Ebenso verhält es sich mit der Exklusion: Auch die Exklusion aus bestimmten Teilsystemen geschieht lediglich funktional, indem nämlich bestimmte Kategorien für alle Gesellschaftsmitglieder als nicht-relevant eingeschätzt werden. Das Zusammenleben ist insoweit formal-rational und in diesem Sinne funktional garantiert.

Nichtsdestotrotz werden die Diskussionen um die Probleme und Risiken moderner Gesellschaften und urbaner Zentren sehr eingeschränkt geführt. Dies betrifft auch und insbesondere den Beitrag, der von wissenschaftlicher Seite zu diesem Thema beigesteuert wird. Wie bereits erwähnt, ist es zunehmend üblich geworden, die Probleme und Risiken moderner gesellschaftlicher Entwicklungen auf einen nur mangelhaft ausgearbeiteten 'moralischen Dialog' (Amiati Etzioni) zurückzuführen. Um es überpointiert zu formulieren: Man bekommt leicht den Eindruck, als ob wir nicht in postmodernen Metropolen leben, sondern viel eher in maximal modernisierten, jedenfalls bloß irgendwie ausdifferenzierten Stammesgesellschaften leben, die primär durch Sitte, Moral und entsprechende kulturelle Grundüberzeugungen zusammengehalten werden. „Wir brauchen ein System sozialer Tugenden, einige grundlegende und feststehende Werte, die wir als Gemeinschaft billigen und durchsetzen (...)“, so formuliert es Etzioni (1995:29). Etzioni bezieht sich dabei eher auf die stratifikatorische Differenzierung der Gesellschaft, so wie sie von Talcott Parsons formuliert wurde.

Wenn das einzige Problem moderner Gesellschaften tatsächlich nur in einem zunehmenden Mangel an gemeinsamen Grundüberzeugungen besteht, dann wird so getan, als ob eine Gesellschaft noch heute nichts anderes als eine etwas zu groß geratene Familie bilde. Die Familie wird bis heute vielfach als ein Bild genutzt, um die Probleme der Gesellschaft zu veranschaulichen. Die Familie ist jedoch eine Wertegemeinschaft und gerade nicht geeignet, um eine systemisch organisierte Gesellschaft darzustellen. Sie, die Familie, leide an zu schneller Modernisierung. Und dem Ganzen wird noch die Spitze aufgesetzt, so bald in der Diskussion das Thema 'multikulturelle Gesellschaft' oder 'Ausländer' angesprochen wird. Und auch hier muss wieder betont werden, dass der Begriff der 'multikulturellen Gesellschaft' nichts mit den Konstitutionsbedingungen der Gesellschaft zu tun hat. Die Multikulturalität ist lediglich im lebensweltlichen Rahmen eine Größe, die Adäquanz besitzt. Wenn aber nun doch von der multikulturellen Gesellschaft die Rede ist, dann wird oft genug so getan, als ob sich die Gesellschaft – um im Bild zu bleiben – zunehmend zu einer 'bi-nationalen' Ehe entwickelt, in

der dann die Kulturen aufeinander prallen, so wie dies von Samuel Huntington in seinem 'Kampf der Kulturen' demonstriert wurde.

Im Rahmen dieser Kulturdifferenzthese ist es schon fast Mode geworden von Parallelgesellschaften zu sprechen und MigrantInnen für die scheinbare Desintegration verantwortlich zu machen.¹⁶ Übersetzt auf das Thema der Dissertation bedeutet diese Argumentation, dass – um den empirischen Ergebnissen voranzugreifen – die Unterrepräsentation von Allochthonen auf dem Arbeitsmarkt ihrem 'kulturellen Anderssein' geschuldet ist und nicht etwa der Ummantelung formal-rationaler Bedingungen durch machtpolitische Aspekte der Dominanzkultur.

Kommen wir zurück zur direkten Diskussion um die postmoderne Stadt. Schon Max Weber, der sich bereits auf differente Formen des sozialen Handelns konzentriert hat, hat damit gezeigt, dass sich die Gesellschaft nicht als ein eindimensionales Gebilde skizziert werden kann. Auch der Systemtheoretiker Niklas Luhmann hat – wie gezeigt wurde – von einer sich selbst ausdifferenzierenden Gesellschaft gesprochen (1996:242). Dieser Prozess der systemischen Ausdifferenzierung liefert die Plattform für die wichtigsten positiven wie negativen gesellschaftlichen Erscheinungen; er hat zahlreiche Wirkungen. Entscheidend ist im vorliegenden Zusammenhang, dass im Verlauf der Ausdifferenzierung die Gesellschaftsmitglieder mit allem, was sie bewegt, zur Umwelt von Systemen gemacht werden. Sie besitzen also nur Relevanz als Funktionsträger von Systemen. Die einzelnen gesellschaftlichen Systeme haben sich gewissermaßen von denen, die sie einst installiert haben – nämlich von den Gesellschaftsmitgliedern –, emanzipiert und betreiben ihre Ausgestaltung nach den Regeln autopoietischer Regelungsmechanismen, also selbstreferentiell und damit selbstorganisierend.

Bei genauer Betrachtung wird der ausgeführte Gedankengang noch brisanter und man sieht, dass die Systemtheorie keineswegs lediglich eine wissenschaftliche Konstruktion ist, die auf ein empirisches Fundament verweisen kann: Zum einen nämlich sehen wir, wie sich die verschiedenen Systeme verästeln und immer neue Teil- oder Untersysteme ausbilden. Und zum anderen beobachten wir, wie sich gleichzeitig ganze Länder, ganze Kontinente und schließlich der ganze Globus, wie sich alles im Sinne einer Weltgesellschaft zusammenfügt. Systemische Ausdifferenzierung meint also nicht ein Versanden der Gesellschaft in immer komplizierteren,

16 An diesem Diskurs haben die Medien einen besonderen Anteil. Vergleiche beispielsweise: Der Spiegel 4. März (2002): „Die Rückseite der Republik. Das wahltaktische Gezerre um das neue Zuwanderungsgesetz verdeckt das wahre Problem: Mitten in Deutschland leben Millionen von Immigranten in blickdichten Parallelwelten nach eigenen Regeln von Recht und Ordnung.“ Der Titel dieses Artikels bedarf meiner Ansicht nach keiner weiteren Kommentierung.

spezialisierteren und differenzierteren und damit unter Umständen völlig unabhängig nebeneinander dahinvegetierenden kleinen und immer kleineren Systemen, sondern eine durchaus qualifizierte Ausdifferenzierung. Und diese Ausdifferenzierung ist zugleich ein organisiertes Zusammenrücken. Nicht umsonst wird Niklas Luhmanns Systemtheorie als eine sehr paradoxe Theorie bezeichnet. Und dies nicht deshalb, weil sie etwa in sich widersprüchlich wäre. Nein, viel eher zeigt sie die Widersprüchlichkeit einer Gesellschaft, die einerseits lokal und urban angelegt ist, andererseits jedoch durch Globalität gekennzeichnet ist und in der globale Aspekte mehr und mehr an Einfluss gewinnen. In einer solchen Gesellschaft ist es notwendig, lokale und globale Aspekte miteinander zu verzahnen.

Die Welt erscheint zunehmend wie ein globales Dorf, in dem Kommunikationsnetze, die sozialen Verbindungen genauso wie ökonomische Kommunikationsprozesse einen sich zunehmend verdichtenden Zusammenhang herstellen. Und doch, das Bild des Dorfes entspricht nicht ganz der Tatsache, wird doch hierdurch der Anschein erweckt, dass die postmoderne Gesellschaft mit ihrer Globalität auf die Struktur des Dorfes zurückgreift.

„Es wurde bereits darauf verwiesen, dass der Einzelne zunehmend zur Umwelt der skizzierten Entwicklung wird. Dieser Gedanke kann weiter präzisiert werden: Die einzelnen Gesellschaftsmitglieder geraten weltweit in immer vergleichbarere Lagen. Sie werden gemeinsam zu den Adressaten von Differenzierung und Vernetzung. Insofern werden sie auch gemeinsam zu Objekten der Versorgung, der Bildung, der Kommunikation, der Warenproduktion, der Information usw. Sie werden gemeinsam dazu aufgerufen, sich auf die Ankoppelung an die global arbeitenden Systeme einzustellen und entsprechend 'bereit' zu halten. Insofern geht es bei postmodernen Gesellschaften und den Metropolen als Teil dieser Gesellschaft um zweierlei: Es geht um Differenzierung, die durch Vernetzung ausbalanciert wird, und es geht um Inklusion, die durch zunehmende Bereitschaft der Menschen zum 'Mitspielen' fundiert wird. Inklusion ist in diesem Sinne nichts anderes als die Akzeptanz der vom System vorgegebenen Aussteuerungsindikatoren. Es wird akzeptiert, dass im Geschäft bezahlt werden muss, und diese praktizierte Akzeptanz kann dann mit Inklusion gleichgesetzt werden.“ (Wolf/Dietrich Bukow/Claudia Nikodem u.a. 2001a:63f.)

Die drei Eckdaten der gesellschaftlichen Entwicklung sind somit festgelegt:

- Selbstaussteuerung der Systeme,
- Differenzierung der Systeme,
- Inklusion in die Systeme.

Letzere – die Inklusion – wird für das vorliegende Thema von besonderem Interesse sein.

Die mit diesen drei Eckdaten angedeutete Form der heutigen gesellschaftlichen Entwicklung weist sowohl eine quantitative als auch eine qualitative Seite auf. Die quantitative Seite bezieht sich auf die Zunahme der Ausdifferenzierung der Gesellschaft in Systeme und Teilsysteme. Aber es gibt auch eine qualitative Seite, die auf die quantitative Seite aufbaut, insofern die Selbstaussteuerung, und damit die Ausdifferenzierung/Vernetzung, die Inklusion/ Ankoppelung

beträchtlich fortschreiten und sich zunehmend verändern lässt. So kann man sich heute fragen, ob die Ausdifferenzierung der Systeme (z. B. die ökonomische Entwicklung) in sich tragfähig (d.h. produktiv) ist und sich im Blick auf ihre Umweltbedingungen wirklich adäquat (z. B. im Sinn nachhaltiger Entwicklung) verhält. Zugleich stellt sich auch die Frage, ob die Inklusion der Gesellschaftsmitglieder überhaupt noch nach innen systemisch integrativ und nach außen sozial integrativ arbeitet – ob die Menschen überall und unter vergleichbaren Bedingungen beteiligt werden. Diese Fragen konzentrieren sich auf die bereits aus rein theoretischer Sicht in Frage gestellte Neutralität der Systeme. Sie zielen gleichzeitig auf die dieser Arbeit zugrunde liegende Leitfrage.

Ist diese Fragerichtung plausibel, haben wir in postmodernen Gesellschaften zunächst einmal kein spezifisch kulturelles Problem, sondern eine *vollständig systemische* Problemlage, die generell mit Differenzierung und Inklusion zu markieren wäre. Geht es um zentrale gesellschaftliche Probleme, dann müssen Differenzierung und Inklusion genauer analysiert werden. Mit anderen Worten, will man der aktuellen gesellschaftlichen Problemlage wirklich auf die Spur kommen, müssen speziell diese Punkte – und zwar besonders in qualitativer Hinsicht neu bedacht werden. Genau dies ist mit Blick auf den Arbeitsmarkt Ziel der vorliegenden Arbeit.

Was bedeutet dies nun für die Leistung der Systeme? Im Verlauf der Ausdifferenzierung der Gesellschaft in Teilsysteme und der Binnendifferenzierung der Teilsysteme stellt sich unter qualitativen Gesichtspunkten stets die Frage nach der Ausgewogenheit solcher Schritte. Es stellt sich die Frage nach der inhaltlichen Angemessenheit und der formalen Richtigkeit von bzw. innerhalb von Entwicklung: Wie sieht es mit der Produktivität aus? Für SoziologInnen wäre es beispielsweise interessant zu untersuchen, ob das sich heute etablierende ökonomische System tatsächlich geeignet ist, z. B. immer knapper werdende Ressourcen wie Grund und Boden zu 'verwalten'. Die Neutralität der systemischen Struktur wird durch die Frage nach der Leistungskraft der Systeme partiell in Frage gestellt. Denn es kann nicht nur darum gehen zu klären, dass sich Systeme ausdifferenzieren, sondern es muss auch kritisch gefragt werden, ob diese Differenzierung sinnvoll erscheint und eine gerechte Ankoppelung ermöglicht. In dem hier vorliegenden Kontext ist beispielsweise das Ausländerrecht kritisch zu hinterfragen. Hierzu an gegebener Stelle mehr.

Wie verhält es sich mit der Ausrichtung der Systeme? Die Ausdifferenzierung der Systeme

me ist aber auch generell im Kontext einer Diskussion über die Adäquanz von Entwicklung zu befragen. Selbst wenn das System angemessen und richtig arbeitet, bleibt eben zu fragen, ob das, was hier einer systemischen Bearbeitung unterworfen wird, überhaupt in Ordnung ist. Dieser Gedanke ist natürlich alt und wird heute beispielsweise unter dem Gesichtspunkt der „Nachhaltigkeit“ von Entwicklung diskutiert. Konkret wäre zu überlegen, ob Mobilität eine Komponente darstellt, die einer zunehmenden Ausdifferenzierung unterworfen werden kann in Form von mehr lokaler, regionaler, kontinentaler und sogar globaler Mobilität. Dies sind Fragen, die sich gerade in Bezug auf den Arbeitsmarktkontext immer wieder stellen.

Wie sieht es mit der Einbindung der Gesellschaftsmitglieder im Inneren der Systeme aus? Was die Inklusion betrifft, geht es zunächst darum, ob sie gegenüber den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern ausgestaltet ist, ob tatsächlich eine systemische Inklusion nach formal-rationalen Gesichtspunkten erreicht wird. Um bei dem Beispiel des Marktes zu bleiben, wäre zu überlegen, inwieweit alle Menschen die Chance haben, überhaupt am Marktgeschehen teilzunehmen: Gibt es für sie einen Ort innerhalb der ökonomischen Prozesse – gewährleistet durch Arbeit, durch Ausbildung, im Rahmen von besonderen Sozialleistungen usw.?

Als Letztes stellt sich die Frage, wie die Anschlussmöglichkeiten nach außen hergestellt werden. Deshalb wäre analog zu oben zu fragen, welche sozialen Handlungsweisen, welche Lebensführung usw. die jeweilige Inklusionsform impliziert: Was wird zumindest zugelassen, was passt, was wird favorisiert? Hier geht es um den Effekt der sozialen Integration in einer systemisch ausdifferenzierten Gesellschaft, wobei die gesellschaftliche Entwicklung hier nur daraufhin zu befragen ist, inwieweit dies soziale, kommunikative und damit auch kulturelle Beziehungen zwischen den Menschen ermöglicht, zulässt, so dass der Einzelne seine gesellschaftliche Identität formulieren kann.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich der Rahmen, in dem sich heute gesellschaftliche Problemlagen darstellen, wie folgt markiert werden kann: Die Gesellschaftsentwicklung zeigt sich als ein mehr oder weniger effektiver und zielgerichteter Prozess mit einer entsprechenden quantitativen wie qualitativ differenzierenden Inklusion.

2.4. Zur Ergänzung durch die lebensweltliche Ausdifferenzierung

Bisher wurde deutlich herausgearbeitet, dass die strukturelle Ankoppelung des Einzelnen an die gesellschaftlichen Systeme eine wichtige Voraussetzung für die Gestaltung des Lebens in all seinen Facetten bietet. Und so erscheint auch die Stadt zunächst als ein komplexes System mit vielen Teilsystemen, an die das einzelne Individuum durch Inklusion gekoppelt wird. Die systemische Inklusion wurde als ein Hauptinklusionsmodus dargestellt. Insbesondere die systemische Inklusion in den Arbeitsmarkt stellt für jedes Individuum ein bedeutungsvolles Moment innerhalb der Biografie dar. Das setzt voraus, dass die Anschlussfähigkeit durch die Systeme des Arbeitsmarktes gewährleistet werden kann.

Doch wirft man noch einmal einen Blick zurück auf die Merkmale postmoderner Gesellschaften, so wurden *zwei* sich ergänzende Aspekte postmoderner Gesellschaften besonders in den Mittelpunkt gerückt, nämlich die der Heterogenität und Pluralität der Postmoderne. Beides sind Kennzeichen, die sich nicht nur auf die systemische Ausdifferenzierung, sondern vielmehr auch auf die lebensweltliche Differenzierung der Gesellschaft beziehen können. Und so kann man dann auch die postmoderne Stadt von innen her aus der Perspektive der Lebenswelt beleuchten. *Jedoch* die lebensweltliche Perspektive stellt für die hier vorliegende Fragestellung lediglich eine ergänzende Perspektive dar, die ihrerseits nicht vollständig ist: So wenig nämlich jemand, wenn er beispielsweise einer Berufstätigkeit nachgeht, seine Persönlichkeit vollständig aufgeben wird, so wenig kann sich jemand darauf beschränken, in einer wertzentrierten Gruppe aufzugehen, die dem Alltagszusammenhang entspringt. In jeder einzelnen Alltagssituation ist es erforderlich, beide Zusammenhänge immer wieder miteinander zu verknüpfen und gegebenenfalls mit einer weiteren, dritten Perspektive zu verbinden.

Wenn man von der Lebenswelt her argumentiert, wenn man also biografisch und quartierkultursoziologisch verfährt, bekommt man einen Blick für sehr unterschiedlich gelagerte, sehr persönliche Lebensstile. Von dort aus werden die Besonderheiten spezifischer Primärgruppen, verschiedenster lokaler Vereine bis hin zu kleinräumigen Milieus verständlich. Aus dieser Perspektive heraus werden die vielfältigsten lebensweltlichen Zusammenhänge mit jeweils spezifischem, mithin stets wertorientiertem Rahmen erkennbar. Deshalb kommt es darauf an, die städtische Wirklichkeit weniger im Blick auf unterschiedliche Aggregatenebenen und eher im Blick auf die diversen spezifischen Rahmungen zu konkretisieren. Diese Rahmungen leben dabei nicht nur von der Gegenwart, also nicht nur von dem, was gerade modern beziehungsweise 'angesagt' ist. Sondern die Lebenswelt der Einzelnen steht auch in Abhängigkeit zu

dem, woran man sich früher orientiert hat. Geschichte und Gegenwart gehen somit eine Synthese ein. Dieser Aspekt ist wichtig, um auch dem konstruierten Werteverlust entgegenzuwirken. Dies alles prägt sich in der jeweiligen Praxis der Einzelnen bis hin zur kleinen Wirk-Gruppe aus. Denn selbstverständlich nutzen die Individuen auch ihre geschichtlichen Hintergründe. Es lässt sich für die lebensweltliche Perspektive zunächst festhalten, dass die einzelnen Gesellschaftsmitglieder dort, je nach Situation, als unterschiedliche Situationsteilnehmer mit ihren ganz persönlichen Überzeugungen in den Vordergrund treten.

In dem Maße, in dem sich Systeme ausdifferenzieren und eine formal-rationale Logik entfalten, nach der die Menschen bloß noch partiell, im Blick auf ihren Systembeitrag, auf ihre systemische Inklusionsfähigkeit gefragt sind, werden für jeden Einzelnen individuelle Formen sozialer Vernetzungen und neue Verbindungen provoziert. Es werden schrittweise neue Individualisierungsweisen und damit eine Vielfalt an unterschiedlichen Lebensstilen denkbar. Althergebrachte soziale Schichten und klassische Institutionen verlieren an Relevanz. Besteht die systemische Einbindung in der Inklusion des Einzelnen – die zumindest in bestimmte Teilsysteme wie den Arbeitsmarkt unabdingbar ist –, meint soziale Integration auf der Basis einer sozial-universalen Vorstellung Multikulturalität und Pluralität. An dieser Stelle möchte ich nochmals betonen, dass der Begriff der Inklusion sich immer auf die systemische Einbettung bezieht, wohingegen der Begriff der Integration im Kontext der lebensweltlichen Perspektive zu denken ist, sich also auf die kulturellen, wertorientierten Aspekte des Handelns konzentriert. Im Rahmen der lebensweltlichen Ausdifferenzierung entwickelt sich die Alltagswelt moderner Gesellschaften schon ohne Einwanderung oder Migration zu einer multikulturellen Wirklichkeit. Und dies ist auch der Grund dafür, warum der erweiterte Multikulturalismusbegriff, so wie er bereits zuvor eingeführt wurde, seine Berechtigung hat. Postmoderne Gesellschaften eröffnen für den Einzelnen neue Gestaltungsräume, und dies in vielerlei – es könnte auch gesagt werden multikultureller – Hinsicht. Die systemische Inklusion schafft zwar unabdingbare – und in den meisten Fällen auch formale – Anschlüsse und nötigt somit den Einzelnen zu einer sozial-universalen Einstellung, indem eben die Systeme lediglich nach systemrelevanten Aspekten funktionieren, stellt aber damit gerade andere Bereiche frei. Dies sind die Bereiche, an denen sich lebensweltliche Möglichkeiten eröffnen. Hierdurch erst werden individuelle Gestaltungsräume realisierbar, die nicht nur erwünscht, sondern auch erforderlich sind – zu erinnern ist an Ulrich Becks und Elisabeth Beck-Gernsheims These, die

besagt, dass die Einzelnen zur Individualität gezwungen sind (1994). Die soziale Einbettung bezieht sich nicht mehr auf den Einschluss in die gesamte Gesellschaft, sondern lediglich in bestimmte kleine Teilmilieus. Darüber hinaus ergibt sich die soziale Integration zuerst über selektive Beziehungen und Bindungen, was die Liberalisierung sozialer Beziehungen zur Folge hat, weil man die Möglichkeit hat sich aus vielen möglichen Beziehungen diejenigen auszuwählen, die den eigenen Wünschen entsprechen. Selbstverständlich bedeutet dies ebenfalls, dass andere Bindungen abgelehnt werden können. Auch Ulfert Herlyn spricht sich für die Notwendigkeit der individuellen Entscheidung aufgrund der 'Entnormierung' aus:

„Die durch Prozesse der Entnormierung gewissermaßen frei gewordenen Aktionsfelder verlangen nach eigenen Entscheidungen (...) Das Alltägliche als das, was ‚alle Tage‘ geschieht, bekommt in Zeiten, in denen Individualisierungsprozesse verstärkt um sich greifen, eine neue Qualität für die Bewältigung von notwendig werdenden Orientierungsleistungen und für die Sicherung von unsicher gewordenen Lebensentwürfen.“ (1999:11)

Was bedeutet nun die gesellschaftliche Entwicklung für die einzelnen Individuen? Die zunehmend formale Inklusion der Menschen geht einher mit der Freigabe von individueller Lebenswelt und persönlicher Lebensführung. In dieser Hinsicht bedeutet eine solche Entwicklung zunächst einmal einen Gewinn an Autonomie. Jedoch gilt auch zu bedenken, dass auf der Rückseite der postmodernen Industriegesellschaft sich zunehmend ausdifferenziertere Lebensweisen finden lassen, welche zum Teil sicherlich für den Einzelnen zunächst einmal chancenreich erscheinen, zum Teil allerdings auch eine Belastung darstellen mögen.

Betrachten wir nun genauer, was es heißt, wenn der Alltag freigegeben wird:

Erstens: Den Alltag 'freizugeben' bedeutet zunächst, dass innerhalb einer kurzen historischen Zeitspanne eine erhebliche individuelle Diversifizierung möglich wurde. Diversifizierung und Individualisierung sind die Folgen dieser Entwicklung. Traditionelle Rahmenbedingungen schmelzen ab. Diese Rahmenbedingungen diverser Formen der Lebensgestaltung – vom Kleinbürgertum über mancherlei alltagsweltliche Konzepte des Miteinander-Umgehens bis zu bestimmten Lebensphasen – sind dabei nicht gänzlich verschwunden, sondern haben sich gewissermaßen in Kleinstmilieus ausdifferenziert. Aus lebensweltlicher Perspektive existieren in dem untersuchten Stadtteil Ehrenfeld kölsche, kölsch-türkische oder kölsch-italienische Milieus, alternative Milieus, Schwulen- oder Lesbenmilieus, verschiedenen Jugendkulturen, diverse Lebensformen, unterschiedliche Lebensstile, unterschiedliche religiöse Orientierungen, Kirchen, Moscheen, unterschiedlichste Weltanschauungen etc. Diese Vielfalt ist nicht ohne

Mobilität, sei sie global, sei sie national oder sei sie gar virtuell, zu denken. Solche Formen der lebensweltlichen Vielfalt gehören zur Alltagsnormalität und sind ein wesentlicher Bestandteil des Quartiers. Wie wir sehen, stehen eben nicht mehr globale Welten neben- und oft auch gegeneinander, sondern es bildet sich ein zeitlich-räumlich verschränktes Neben-, Mit- und gegebenenfalls auch Gegeneinander von immer weiter differenzierten und partiellen Orientierungsrahmen.

Natürlich können sich die Einzelnen vor dem Hintergrund der Diversifizierung und Individualisierung auch zu Gruppen zusammenschließen. Sie sind keineswegs zu einer autonomen Existenz verdammt. Eine Wir-Gruppe, ein Verein oder eine Interessengruppe, oder was auch immer, bleiben möglich und werden im Alltag auch immer wieder nötig, um Vertrauen zu entwickeln. Wichtig bleibt jedoch festzuhalten:

Die Vielzahl der neuen kleinen Gruppierungen dient nicht der sozialen oder systemischen Integration, sondern verhilft vor dem Hintergrund bereits garantierter systemischer und sozialer Integriertheit zur Identifikation mit speziellen zeitlich wie räumlich beschränkten Gemeinschaften mit entsprechend partiell geltenden Werten.

Wir-Gruppen-Bildungen haben also nichts mit gesellschaftlicher Inklusion zu tun. Nicht gesellschaftliche Inklusion, sondern 'wechselseitige Anerkennung' ist hier das Thema. Und sie mögen dann dementsprechend der Entfaltung persönlicher Identität dienen. Inwieweit ein Zusammenhang zwischen Lebenswelt und systemischer Integration existiert, wird beispielhaft am Arbeitsmarkt erläutert.

Kommen wir zum zweiten Aspekt: Den Alltag 'freizugeben' bedeutet aber auch, dass die Menschen nicht mehr automatisch einen Platz in der Gesellschaft besitzen, sondern sich heute aktiv an die für sie relevanten gesellschaftlichen Systeme ankoppeln müssen. Sie müssen ihre Situation selbst in die Hand nehmen. Das mag funktionieren, solange die Gesellschaft für jeden eine Nische bereit hält. Aber wenn die oben angesprochenen Krisen und Risiken wirksam werden, dann müssen die Einzelnen zunehmend tatsächlichen oder auch nur erhofften Chancen naheilen. Es entsteht eine individuell zu leistende Suchbewegung. Der Einzelne ist in allen Situationen aufs Neue gefordert. Am Arbeitsmarkt ist dieser Prozess unübersehbar, dort wo es schnell zu einer Individualisierung der Risiken kommen kann. Beschleunigt wird diese Suchbewegung im Augenblick noch durch aktuelle ökonomieinterne Modernisierungsprozesse wie die Forcierung von Kapitaltransfer und Kapitalprofit – in dem hier liegenden Kontext beispielsweise verbunden mit einem Schwinden der Bedeutung menschlicher Arbeitskraft. Diese und

verschiedene andere Effekte bewirken im Ergebnis nicht nur eine Zunahme alltagskultureller Diversifizierungsprozesse, sondern vor allem ein Abnehmen horizontaler wie vertikaler Mobilität. Vertikale Mobilität meint dabei das Phänomen, dass immer mehr Menschen mal aufsteigen – dann in Phasen der Erwerbslosigkeit – wieder absteigen und schließlich mitunter als Gruppen unter- oder überschichtet werden. Horizontale Mobilität meint Binnenwanderung und Migration über ganze Kontinente hinweg, wobei es auch hier stets zwei Richtungen, nämlich die Ein- und Auswanderung gibt. Beide Mobilitätsformen können miteinander gekoppelt werden. Beispielhaft hierfür ist die horizontale Mobilität der Greencard-BesitzerInnen, die in den meisten Fällen zunächst mit einem sozialen Aufsteig, einer vertikalen Mobilität nach oben verbunden war. Für einige MitarbeiterInnen der IT-Branche folgte jedoch nach einem raschen Aufstieg ein Abstieg aufgrund der ökonomischen Überschätzung des neuen Marktes.

Je weiter die postmoderne Industriegesellschaft also fortschreitet, je dichter damit die Netze gestrickt werden, je kompakter die gesellschaftlichen Lagen ausfallen, umso mobiler und lebendiger geht es an deren 'Rändern' zu, dort wo die Inklusion geleistet werden muss. Die Freigabe der Gesellschaftsmitglieder hat also durchaus beträchtliche Nachteile. Der Einzelne hat mehr Spielraum, aber zugleich schwinden Sicherheit und Vertrauen im Blick auf einen erfolgreichen Anschluss an die für ihn zunehmend existentiell wichtigen Systeme (1995:43). Was danach für den einen eine Chance zur Emanzipation und zur Ausbildung eines ganz persönlichen Lebensstiles bedeutet, meint für den anderen die 'Chance' aus der Gesellschaft vorübergehend oder auf Dauer herauszufallen. Jedenfalls werden die Menschen einer gewissermaßen externen Systematik unterworfen, die Chancen und Risiken bereitstellt und sie mitunter auch direkt zuweist, was bedeutet, dass der Einzelne sie selbst nicht mehr in der Hand hat. Aus diesem Blickwinkel wird deutlich: Weder die offenkundigen, immer noch zunehmenden Differenzen noch die auseinander driftenden Lebenswelten, sondern die strukturellen Verwerfungen vor Ort sind das Problem. Sobald sie ein gewisses Maß überschreiten, verstärken sie sich in Form eines synergetischen Effektes automatisch. Somit machen sie es den Betroffenen von einem bestimmten Zeitpunkt an unmöglich, ihren Lebenskreis an die gesellschaftlichen Systeme angekoppelt zu lassen.

Überdenkt man dies, so wird klar, es sind die postmoderne Gesellschaft durchziehenden vielfältigen Systeme, die das Gerüst für den Zusammenhalt der Gesellschaftsmitglieder liefern – und zwar völlig unabhängig von einer sich zunehmend komplexer ausgestaltenden Lebenswirklichkeit. Allerdings ist ersichtlich, dass dieses Gerüst instabil ist. Gefährdungen treten auf,

sobald die Leistungsfähigkeit dieser Systeme in wichtigen Bereichen schwindet. Auf diese Weise können ganze Vorstädte (Slums), ganze Bevölkerungsgruppen (Minderheiten) und ganze Generationen (Dauererwerbslose) gefährdet sein. Brisant wird dies vor allem dann, wenn die formale Inklusion für spezifische Gruppierungen immer wieder aufs Neue verweigert wird. Man kann hier in Anlehnung an Wolf-Dietrich Bukow von einem systemisch erzeugten Inklusionskonflikt sprechen (1996:187).

Auf den ersten Blick besteht das Problem nun darin, dass die Gesellschaft Mitgliedschaft nicht länger über die 'Identität' ihrer Mitglieder organisiert, sondern den Menschen als Umwelt der wichtigsten gesellschaftlichen Teilsysteme definiert und damit die Mitgliedschaft über Inklusion oder Exklusion zu regeln beginnt. Und mag in traditionellen Gesellschaften die Mitgliedschaft zwar strukturell garantiert gewesen sein, aber risikoärmer war sie sicherlich auch nicht. Auch in traditionellen Gesellschaften bestand die Chance auf eine 'gute' Mitgliedschaft bei entsprechend hoher Herkunft neben der 'Chance' schließlich herauszufallen, nämlich bei entsprechend ungünstiger Herkunft. Möglicherweise bedeutet jene zunehmende Ausdifferenzierung der Gesellschaft zunächst einmal nur eine schrittweise Egalisierung der (traditionell noch viel problematischeren) Regelung von Mitgliedschaft.

Auf den zweiten Blick jedenfalls besteht das Problem nicht länger in einem möglichen Zerfall des kulturellen Zusammenhalts als vielmehr in der Gefährdung systemischer Inklusion wie sozialer Integriertheit. Erscheint die Inklusion nur immer deutlicher diversifiziert oder wird sie nicht generell zunehmend fraglich? Solange die Gesellschaftsentwicklung als diversifizierende Inklusion funktioniert, erscheint auch die diversifizierende Individualisierung unproblematisch.

Angesichts der modernen gesellschaftlichen Struktur macht nicht die kulturelle Differenzierung des Alltags Probleme, sondern die Probleme entstehen, sobald die differenzierende Inklusion Verwerfungen zeigt.

Jetzt kulturelle Integration zu beschwören, setzte nicht nur an der falschen Stelle an, sondern würde die Logik der Zusammenhänge ignorieren und damit eher kontraproduktiv wirken. Über die Beschwörung kultureller Integration Inklusion einzuklagen, das würde bedeuten, allenfalls für eine bestimmte Gruppe, nämlich diejenigen, die sich im Rahmen eines bestimmten Lebensstiles oder der Inanspruchnahme gewisser Privilegien einig sind, besondere Rechte einzuklagen. Damit würden jedoch gerade die emanzipatorischen Anteile der Gesellschaftsentwicklung, nämlich Gleichheit und Emanzipation, von traditionellen Bindungen

torpediert. Statt dessen ist das Augenmerk auf die die aktuellen Modalitäten diversifizierende Individualisierung zu richten. Im Kontext der persönlichen Erfahrungen, der individuellen Lebensführung, überhaupt im Alltagsleben, also vor dem Hintergrund der je individuellen Lebenswelt können schnell Probleme und Risiken sichtbar werden, Mängel erkennbar und Unrechtserfahrungen gemacht werden. Sie weisen zurück auf systemische Defizite und *provozieren zur Reflexion*.

2.5. Zur Ergänzung durch diskursive Aspekte des Handelns¹⁷

Bisher wurde darauf hingewiesen, dass die gesellschaftlichen Transformationen zu einer systemischen Dominanz geführt haben und somit Individualisierungsprozesse als gesellschaftliches Strukturelement hervorgerufen wurden. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass die Ausprägung der Lebensstile, die eng an den systemischen Rahmen gebunden sind, nur solange funktioniert und Effektivität aufweist, solange die verschiedenen, gesellschaftlichen Systeme produktiv und nachhaltig arbeiten und die Menschen als Umwelt – im Sinne Niklas Luhmanns – einerseits strukturell angekoppelt sind und andererseits ihren persönlichen Freiheitsraum auch wirklich nutzen können. Systemische Inklusion und lebensweltliche Integration bilden somit zwei von einander abhängige Hauptkomponenten gesellschaftlicher Teilhabe. Für den vorliegenden Zusammenhang bedeutet dies, dass innerhalb der urbanen Zentren der systemische Bereich des Arbeitsmarktes so ausgebaut sein muss, dass eine Anbindung an ihn, also die Teilnahme am Arbeitsmarkt für jedes Individuum möglich wird, unabhängig von lebensweltlichen Aspekten. Damit dies eingelöst wird, ist es notwendig, dass das System Arbeitsmarkt funktional ausgesteuert wird. Um dies zu gewährleisten können diskursive Prozesse in diesem Rahmen ein unterstützendes Moment bieten. Sie bilden sogar einen unverzichtbaren Bestandteil der postmodernen Gesellschaft, da dieses Handeln zugleich immer auch reflexiv ist. Diskursives Handeln ebenso wie Reflexivität geschieht mit dem Ziel der gesellschaftlichen Veränderung. Hierzu bemerkt Anthony Giddens:

17 Die in diesem Abschnitt thematisierten Ausführungen basieren zum Teil auf bereits an anderer Stelle veröffentlichten Thesen. Vergleiche Wolf-Dietrich Bukow/Claudia Nikodem/Erika Schulze/Erol Yildiz (2001): Die multikulturelle Stadt. Von der Selbstverständlichkeit im städtischen Alltag. Opladen. S. 72ff.

„Mit dem Anbruch der Moderne nimmt die Reflexivität einen anderen Charakter an. Sie kommt gleich an der Basis der Systemreproduktion ins Spiel, so dass sich Denken und Handeln in einem ständigen Hin und Her aneinander brechen. ... Die Reflexivität des Lebens in der modernen Gesellschaft besteht darin, dass soziale Praktiken ständig im Hinblick auf ein laufende Informationen über eben diese Praktiken überprüft und verbessert werden, so dass ihr Charakter grundlegend geändert wird.“ (1995:54)

Es können also durchaus Parallelen zwischen der Bedeutung von Reflexivität innerhalb der Gesellschaft und diskursiven Praktiken festgestellt werden. Der Begriff der Zivilgesellschaft spielt hier eine große Rolle. Die Aufgabe der Zivilgesellschaft liegt darin, einen metakommunikativen, zivilgesellschaftlichen Zusammenhang anzubieten, der die gebotenen Steuerungsaufgaben aufnimmt, sie koordiniert, und zwar – ist dies auch eher ein ideelles Ziel – auf der Grundlage einer der Allgemeinheit verpflichtenden Orientierung. Hier zu ein themenspezifisches Beispiel:

Im Herbst 1999 macht das Unternehmen Volkswagen einen Vorschlag, um Arbeitsplätze zu schaffen: Das sogenannte 5.000 mal 5.000 Modell. Volkswagen sieht vor, 5000 neue Mitarbeiter(innen) zu einem Bruttolohn von 5.000 DM bei einer erhöhten Wochenarbeitszeit einzustellen. Relativ schnell greift die Gewerkschaft in dieses Vorhaben ein.¹⁸ Gewerkschaftsvertreter lehnen dieses Modell ab, da zwar nicht die Flächentarifverträge, jedoch die haus-eigenen Tarife von Volkswagen – in denen höhere Gehälter vorgeschrieben sind – verletzt werden. Zwar ist es auch das Ziel der Gewerkschaften, neue Arbeitsplätze zu schaffen, nicht jedoch unter diesen gegebenen Bedingungen. Die Befürchtung liegt nahe, dass es vermehrt zu ‘Lohndumping’ kommen wird, wenn bereits von den Gewerkschaften solche Arbeitstarifmodelle toleriert werden. Dennoch musste auch der Wunsch von Tausenden Arbeitslosen gesehen werden, die bereit waren zu den von VW genannten Konditionen zu arbeiten. Die Möglichkeit einer systemischen Einbindung in den Arbeitsmarkt – und damit auch eine Inklusion in einen der wichtigsten gesellschaftlichen Kontexte von immerhin 5.000 Personen –, bewirkte eine lange diskursive Auseinandersetzung über das Für und Wider von Tarifverträgen und deren Einhaltung. Erst im August 2001 ist es dann zu einer diskursiv erzeugten Einigung gekommen, die sich dann nicht nur positiv für die Schaffung von 5.000 Arbeitsplätzen auswirkte, sondern gleichzeitig, und das ist das Entscheidende in unserem Kontext, dies auch in Hinblick auf die Zukunft und auf der Basis einer der Allgemeinheit verpflichteten Orientierung vollzog.

18 Ist es auch schwierig aufgrund der Institutionalisierung der Gewerkschaften diese als zivilgesellschaftliches Element zu begreifen, so können sie aber dennoch als ein politisches, steuerndes Gremium gesehen werden, das jenseits der organisierten Parteipolitik sich für die Belange der Arbeitnehmer(innen) einsetzt und deren Interessen vertritt.

Zurück zum theoretischen Rahmen der Arbeit, zur Bedeutung von politischen Diskursen als Strategie zur Bearbeitung gesellschaftlicher Interessen.

Systemische und lebensweltliche Zusammenhänge sind mehr als bloß zwei unterschiedliche Perspektiven, die auch vernachlässigt werden könnten. Nein, durch diese beiden Zusammenhänge erst wird Inklusion in Systeme und die Integration in lebensweltliche Kontexte möglich. Sie sind demnach existentiell für die Individuen. Doch darüber hinaus geschieht in der städtischen Alltagswirklichkeit und den dort vorfindbaren Arbeitsmarktstrukturen eben mehr, als dass man lediglich versucht seinen Anschluss gegenüber Systemen wie dem Arbeitsmarkt zu behalten, es geht um mehr als nur um das 'Geldverdienen' und somit seine gesellschaftliche Einbindung zu bewahren. Ebenso konzentriert man sich nicht lediglich auf seinen Lebensstil. Denn im Alltag kommt es immer wieder zu Situationen, in denen es nicht mehr ohne Weiteres gelingt, formale Systembedingungen mit spezifischen lebensweltlichen Aspekten zu vereinbaren beziehungsweise aneinander zu koppeln. Deutlich wird dies innerhalb der vorliegenden Arbeit, wenn es um die Inklusion von Allochthonen oder auch Frauen in den Arbeitsmarkt geht. Stellen diese Zuschreibungen – Geschlecht und Ethnizität – auch eher soziale Konstruktionen und soziologische Kategorien denn lebensweltliche Komponenten dar, so werden sie im Alltag dennoch zur Sicherung des sozialen Arrangements genutzt (Erving Goffman 1994). Die formale, rechtliche Gleichheit der Geschlechter, die formale Gleichheit von Individuen unabhängig von der nationalen Herkunft wird im Kontext von Arbeit, wie noch zu zeigen sein wird, teilweise außer Kraft gesetzt. Um jedoch die Inklusionsfähigkeit der Systeme unabhängig von sozialen Konstrukten und lebensweltlich zu verortenden Orientierungen zu gewährleisten, um also die Anschlussfähigkeit der Einzelnen an den Arbeitsmarkt zu garantieren, bedarf es besonderer Voraussetzungen. In solchen Fällen gewinnen verständigungsorientierte Formen des Miteinanders an Bedeutung.

Wenn man genau beobachtet, wird deutlich, dass die Inklusion in die unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilsysteme in ihrer Formalität und Universalität bereits zu einer zunehmenden Reflexivität führt. Die Öffnung der Alltagswelt für eigene Gestaltungsmöglichkeiten durch garantierte systemische Universalität impliziert eine eigenverantwortliche Praxis und somit eine bereits reflektierte und zugleich alltagspolitische Handlung. So zumindest interpretiert Cordula Kropp die Fähigkeit zur Alltagspolitik:

„Wenn Individuen allerdings durch Prozesse der Pluralisierung und Fragmentierung aus fraglosen Vorgaben gelöst werden, dann kann jener historisch neue Entscheidungsspielraum entstehen, dessen konsequente Auslotung zu einer Politik des Alltags führt. Das heißt, die Auseinandersetzung über

das richtige und gute Leben finden nun im tagtäglichen Miteinander statt und werden weder auf ein politisch-administratives Zentrum bezogen, noch an dessen Repräsentanten delegiert.“ (1999:65)

Ich stimme mit Cordula Kropp dahingehend überein, dass die Pluralisierung der Gesellschaft zu einer Politik des Alltags geführt hat. Doch bedeutet dies meines Erachtens nicht eine Entpolitisierung oder eine gänzliche Entkoppelung der Alltagspolitik von dem, was Kropp als das ‘politisch-administrative’ Zentrum skizziert. Viel eher kann gesagt werden, dass innerhalb postmoderner Gesellschaften das Politische immer wieder gefördert und ermöglicht wird. Denn die Offenheit und Gestaltungsmöglichkeiten in der Gesellschaft zwingen zur Selbstverantwortung und zu einer reflexiven Einstellung, die wiederum die Möglichkeit des zivilgesellschaftlichen Engagements eröffnet.

Die soziale Gleichheit, so weit sie gesichert ist, räumt neue, persönliche Chancen ein und wird damit zu einer Voraussetzung dafür, dass man jenseits seiner formalen Einbindung mehr Platz für individuelle Ideen und Vorstellungen hat. Deshalb gilt auch, dass sich die Alltagswelt unter den Bedingungen einer formalen Gleichheit zunehmend pluralistisch und heterogen ausgestalten kann. Und so formuliert Wolf-Dietrich Bukow zum Umgang mit Minderheiten: „Gleichheit fordert zu eigenverantwortlicher Differenz heraus. Wenn Gleichheit Differenz ermöglicht, so provoziert Differenz kommunikative Rationalität.“ (1996:76) Eine zunehmende Individualisierung, individuelle Ausgestaltung der verschiedenen positionellen und/oder lebenslaufspezifischen formalen Rahmen ist natürlich nur möglich, wenn die Gesellschaft eine entsprechende kommunikative Plattform bietet.

An dieser Stelle gibt es heute zwei Probleme. Das eine, hier nicht weiter auszuführende Problem besteht darin, dass das Konzept der ‘Civil Society’ bis zum jetzigen Augenblick eigentlich nur ein Projekt ist, das aus den verschiedensten Gründen noch nicht voll realisiert werden konnte. Noch ist eben die Durchsetzung eines zivilgesellschaftlichen Kommunikationszusammenhangs eine Aufgabe, die auch von den Demokratien westlichen Zuschnitts noch nicht voll bewältigt worden ist. Das andere Problem betrifft direkt den vorliegenden Zusammenhang. Wie ist überhaupt übergreifende Kommunikation denkbar, wenn Menschen in ihrer Lebenswelt immer weiter auseinander driften, wenn es immer weniger kulturelle Geschlossenheit gibt?

Diesbezüglich muss betont werden, dass es angesichts der systemischen Herausforderung nicht um Zustimmung geht, sondern um Abstimmung, um eine Problemeingrenzung und um die Sammlung, den Vergleich und die Würdigung von Argumenten zwecks Übereinstimmung

im Blick auf das, was im konkreten Fall 'richtig' ist. Deshalb geht es auch nicht um eine lebensweltlich einzuschätzende Gleichheit, sondern um einen ausgehandelten Konsens, der erst in der Diskussion ermöglicht wird. Es entsteht eine fruchtbare Korrespondenz zwischen der Tendenz zu einem fortschreitenden 'Dissens' und der Notwendigkeit zu einem expliziten 'Konsens'. Dissens und Konsens betreffen ganz verschiedene Ebenen. Der 'Dissens' betrifft die Ausdifferenzierung individueller Positionen im Kontext der Lebenswelt, also die Formulierung von individuellen Wertpositionen. Der Konsens betrifft eine metakommunikative Ebene, eine diskursive Ebene, auf der nicht über die Wahrheit, sondern über die aktuelle Richtigkeit bestimmter Steuerungsvorschläge entschieden wird.

Wir betreten hier also einen neuen Zusammenhang, eine Arena, die gewissermaßen als Nebenfolge gesellschaftlicher Modernisierung entstanden ist, nämlich die Ebene gesellschaftlicher Kommunikation, eben einen zivilgesellschaftlichen Kommunikationszusammenhang, in dem sich eine diskursive Verflüssigung kultureller Beschreibungen ereignet. Diese gewissermaßen als Nebenfolge moderner gesellschaftlicher Entwicklung etablierte Arena ist ein Ort, an dem es notwendig 'bunt' zugeht. Es ist der Ort des Austauschs von differenten Argumenten, man kann auch sagen, es ist der Ort kultureller wie interkultureller Kommunikation (Wolf-Dietrich Bukow 1986:189). Die Pointe einer kulturellen Kommunikation besteht in der Einarbeitung möglichst vieler unterschiedlicher Standpunkte oder Sichtweisen, wie sie sich zuvor im lebensweltlichen Zusammenhang in der alltäglichen Lebensführung ausdifferenziert haben: Da werden andere Leute befragt, Experten einbezogen, wird nach besonderen Erfahrungen Ausschau gehalten, werden Diskussionsrunden organisiert oder Anhörungen veranstaltet. Man sucht das Gespräch mit Nachbarn, Freunden, Bekannten Kollegen usw. Man betreibt Alltagspolitik.

Im Gegensatz zu den Kommunitaristen wird an dieser Stelle behauptet, dass nicht irgendeine Geschlossenheit, sondern dass ein Höchstmaß an mit gleichem Recht ausgestattete Differenz als Basis für eine richtige Entscheidung unabdingbar ist.

Kulturelle Kommunikation im zivilgesellschaftlichen Zusammenhang ist damit etwas deutlich anderes als kulturelle Kommunikation in einer vielleicht noch rituell zusammengehaltenen Stammesgesellschaft – wobei der Gedanke nicht ganz abwegig ist, dass auch in der genannten extrem traditionellen Gesellschaft grundlegende Probleme der Gesellschaft durchaus nicht immer zustimmungsmäßig, sondern über die Aktualisierung von Differenzen (z.B.

zwischen einem Laien und einem Fachmann) bearbeitet wurden. Heute jedenfalls wäre Problemlösung durch Identifikation mit gemeinsamen Überzeugungen blanker Populismus. Zivilgesellschaftliche Kommunikation ist so unterschiedlich geschichtet, wie die Öffentlichkeit innerhalb einer Gesellschaft sich ausdifferenziert: nachbarschaftlich, lokal, regional, länderspezifisch, berufsspezifisch, kulturspezifisch oder vollständig virtuell. Es gibt Ebenen, die aufgrund ihrer 'verqueren' Ausdifferenzierung auf den ersten Blick weniger effektiv erscheinen. Dies im Detail dazulegen, bleibt einer weiteren Analyse der Struktur von Öffentlichkeit vorbehalten.

Entscheidend für eine konstruktive Lösung von Problemen ist, dass die systemische Konfliktsituation durch lebensweltliche Erfahrung in Form von politischen Diskursen bearbeitet werden kann. Typisch für eine solche konstruktive Bearbeitung können, wie wir aus empirischer Sicht noch sehen werden, lokale Initiativen sein, die sich für eine veränderte Arbeitsmarktsituation einsetzen.

Besonders diese durch Verständigung überwölbenden Formen des Miteinanders sind es, die in postmodernen Gesellschaften das fraglose Zusammenspiel der Gesellschaftsmitglieder überhaupt erst garantieren. Und sie werden nicht erst in der politischen Öffentlichkeit, sondern bereits im praktischen Alltagsleben vollzogen.

Hier sollen noch einmal einige Punkte skizziert werden, um deutlich zu machen, worauf es bei dem Diskurs ankommt. Im Diskurs werden Ideen entwickelt, die in der Dissenssituation entstehen und auf Problemen basieren, die in den gesellschaftlichen Systemen erzeugt und in der Lebenswelt als solche anerkannt werden. Damit ist nichts darüber gesagt, ob das, was dabei entsteht, auch angemessen ist und gegebenenfalls einer kritischen Überprüfung standhält. Nicht eine letzte Lösungskompetenz, sondern eine letzte Legitimitätskompetenz ist entscheidend. Das Verfahren als Verfahren legitimiert das, was das Verfahren an Krisenintervention liefert. Mit dem Begriff der Postmoderne verbindet sich die Diagnose vom Ende der großen Theorien. Die großen Theorien sind heute schon deshalb ausgegangen, weil der in den gesellschaftlichen Systemen erzeugte und in der hochdifferenzierten Lebenswelt rekonstruierte soziale Dissens zu sehr unterschiedlichen Reflexionen und Maßnahmen Anlass gibt. Wie im systemischen Bereich ausgeführt, spielt sich in unserer Gesellschaft das Alltagsleben zunächst einmal in einer Vielzahl von gesellschaftlichen Systemen mit eigenen Leitdifferenzen ab. Vom Wirtschaftssystem über das Bildungssystem und soziale Systeme bis hin zum politischen

System erstreckt sich eine Fülle von Kontexten, innerhalb derer sich zunehmend gesellschaftliche Modernisierungs- und Veränderungsprozesse vollziehen.

In den letzten Jahren ist zu erkennen, dass diese formalen Systeme sich eher blind fortpflanzen, was zu Verwerfungen führt, zu vermehrten Konflikten und Ungereimtheiten. Hier ist das einzelne Gesellschaftsmitglied eben nicht mehr ohne weiteres in der Lage, den Alltag „wie gewohnt“ in Ordnung zu halten, weil die ihm zur Verfügung stehenden Interventionsmechanismen überholt sind und deshalb nicht mehr wirken. Ihre Deutungskapazität reicht einfach nicht mehr aus. Natürlich stehen auch längst überwölbende metakommunikative Ebenen zur Verfügung, auf denen schon mehr als nur eine punktuelle Deutung erreicht werden kann. In der Öffentlichkeit, in Bildungseinrichtungen und auf Tagungen geschieht mehr als bloß das, was man beim Klatsch an der Straßenecke und im Stammtischgespräch erreichen kann. Aber dennoch: Alle diese Verfahren haben ein gemeinsames Merkmal; sie bleiben, weil sie stets Antwort auf punktuelle Fragen sind, Antwort auf einen differenzierten Dissens und damit selbst differenziert und partikular.

Wenn sich Eltern zusammentun, um über die verschleppte Renovierung der Schule zu beraten, und eine Intervention gegenüber dem Schulträger starten oder Arbeitslose sich im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verbünden, das Resultat sind jeweils partikuläre Verfahren. Es lassen sich im urbanen Lebenszusammenhang an allen Stellen, wo es zu spezifischen, im Einzelfall auch mal übergreifenden Problemen oder Krisen kommt, stets nur 'kleine' Neu-Installationen von politischen Verfahren beobachten. Und es geht selten um ein allgemeineres Problem oder eine Herausforderung, die alle im Quartier gleich betreffen. Es reicht für die praktischen Interessen anscheinend aus, wenn sich mehrere Menschen, die von der jeweiligen Fragestellung betroffen sind, zusammensetzen und die Dinge für sich angehen. Sei es, dass es, wie erwähnt, eine spezifische Bevölkerungsgruppe betrifft, sei es, dass es sich um Arbeitslosigkeit handelt, die ja auch nur eine bestimmte Bevölkerung in einer bestimmten Situation bedroht. Oder sei es, dass es um Krisen oder Probleme geht, die dadurch entstehen, dass einem Teil der Bevölkerung bestimmte politische und gesellschaftliche Rechte vorenthalten werden, in jedem Fall ist der Auslöser eine partielle Problem- oder Konfliktlage, auf die es keine grundsätzliche Antwort gibt, die aber gleichwohl angegangen wird, um das Überleben des Einzelnen in der Stadtgesellschaft zu sichern. Das Ergebnis sind zeitlich und räumlich begrenzte Lösungen.

Und im Übrigen sind es auch nicht alle Gesellschaftsmitglieder, die, selbst wenn sie gemeinsam betroffen sind, dann aktiv werden, sondern vor allem diejenigen, die sich im öffentlichen Leben auskennen. Nur sie ergreifen die Initiative, ziehen dann freilich oft andere mit und ergreifen schließlich Maßnahmen, von denen sie sich einen Druck auf die entsprechenden gesellschaftlichen Systeme versprechen. Auf lokale und begrenzte Konfliktlagen wird deshalb mit lokalen und begrenzten Aktionen metakommunikativer Art reagiert. Es sind eben weder die großen gesellschaftlichen Herausforderungen, globalen Menschenrechtsverletzungen oder ökologische Probleme, sondern deren im Alltag erfahrene, deren vor Ort punktuell wirksame Effekte, die zu Verwerfungen führen, den sozialen Dissens hervorbringen und automatisch eine Antwort verlangen. Es sind dann Maßnahmen und Installationen, die auf diese lokalen Herausforderungen reagieren, Positionen formulieren und Adressaten von begrenzter Reichweite definieren.

In jedem Fall entstehen so nur zeitlich und räumlich begrenzte metakommunikative Prozesse, die zwar in ihrer Summe die gesamte urbane Gesellschaft im Sinne eines zivilgesellschaftlichen Kommunikationszusammenhangs überziehen, aber eben keine übergreifende oder geschlossene Antwort vermitteln. Und anders als die verschiedenen gesellschaftlichen Systeme, die aufeinander eingespielt agieren und dabei als Gesamtensemble die Struktur des Zusammenlebens ermöglichen oder torpedieren, handelt es sich hier bloß um einen bunt zusammengewürfelten Diskurs, der sich 'verzettelt' und allenfalls über den Einzelfall hinaus durch seine interne Vernetzung und Vielfalt in die Gesellschaft insgesamt hineinzuwirken vermag.

Eine weitere These lautet in diesem Kontext: Die postmoderne Konstellation des Sozialen stellt einen hochkomplexen und sehr ausdifferenzierten zivilgesellschaftlichen Kommunikationszusammenhang dar, der sich aber zu einer zunehmend paradoxen Installation entwickelt. Auf der einen Seite werden hier die Fähigkeiten, etwas in Ordnung zu bringen, enorm ausgebaut, auf der anderen Seite geraten diese Fähigkeiten immer partikularer, räumlich-zeitlich begrenzter. In dem Moment, in dem der zivilgesellschaftliche Kommunikationszusammenhang angesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen Krisen und Risiken eine bislang nicht gekannte quantitative Ausbreitung erfährt, verliert er qualitativ an der Fertigkeit, wirklich längerfristige und übergreifende 'Wahrheiten' zu formulieren. Es bleibt oft bei partiellen Einsichten und kurzfristigen Maßnahmen, also bei einem vorübergehenden Druck auf gesellschaftliche

Systeme, angefangen vom Wirtschaftssystem bis hin zum politischen System. Es bleibt also bei einzelnen Aktionen, die selbst in ihrer Masse nicht die erforderliche Effektivität und Durchschlagkraft gewinnen, die für einen wirksamen Druck gegenüber den gesellschaftlichen Teilsystemen notwendig wären. Ein gutes Beispiel dafür ist die seit den siebziger Jahren andauernde Diskussion über die Einwanderungsproblematik. Sie belegt, wie schwach eine polyzentrale Ad-hoc-Beschreibung über den Verlauf der Zeit geblieben ist. Trotz der allseits bekannten Risiken für bestimmte Bevölkerungsgruppen durch die Nichtanerkennung der Einwanderungssituation hält das politische System immer noch an diesem Grundprinzip der Nichtanerkennung fest. Aber die Paradoxie geht noch weiter. Man kann nicht nur konstatieren, dass die Metakommunikation sich verzweigt und deshalb auf große Herausforderungen nur mit kleinen Antworten reagiert. Man kann auch Reaktionen auf diese Konstellationen beobachten und auch diese Reaktionen sind paradox:

- Es lässt sich nämlich erkennen, wie die metakommunikativen Diskurse angesichts der auftretenden Verwerfungen und ihrer Unfähigkeit, mehr als kleine Antworten zu geben, die sofort wieder überholt sind, auf Mythen und Erzählungen zurückgreifen, die zwar alles versprechen, aber nichts bewirken. Hierzu gehört das neu erwachte Interesse vieler PädagogInnen an esoterischen Praktiken oder die fortschreitende politische Enthaltbarkeit der BürgerInnen angesichts von Wahlverfahren, indem sie fatalistisch auf jede Form der institutionellen Intervention verzichten.
- Man kann aber auch erkennen, dass sich die vielen kleinen Antworten in ihrer argumentativen Vernetzung quasi synergetisch aufladen und – wie es Ulrich Beck (1999b:319) formuliert – die Verhältnisse zum Tanzen bringen. Zum Schluss ist es eben dann doch so, dass die vielen kleinen Aktionen schließlich das Fass zum Überlaufen bringen. Unzufriedenheit staut sich auf, kritische Stimmen werden immer lauter.

Angesicht dieser paradoxen Situation dürfte es schwieriger werden, weiterhin auf die alte Diskurstradition zu rekurrieren, insoweit man damit beabsichtigt, große Wahrheiten zu erzeugen. Es darf also nicht mehr darum gehen, sich wieder einmal der transzendentalen und anderen Voraussetzungen des Diskurses zu vergewissern, sondern es ist erforderlich, sich den sozio-kulturellen Rahmenbedingungen und Möglichkeiten der Ausbreitung diskursiver Praxen in der Postmoderne zuzuwenden und hier ganz konkret zu fragen, wie solche polymorphen und polyzentralen Ad-hoc-Beschreibungen von gesellschaftlicher Wirklichkeit samt ihrer

Probleme intensiviert, auf eine kritische Grundmelodie eingestimmt, auf die vielfältigen Erscheinungen der heutigen Weltrisikogesellschaft abgestimmt und gewissermaßen politisch angehäuft werden können, um die Lebens- und Überlebenschancen der Gesellschaftsmitglieder zu verbessern.

3. Resümee: Inklusionsverfahren in der urbanen Gesellschaft.

Das Beispiel Arbeitsmarkt

Innerhalb dieses Kapitels wurde herausgearbeitet, dass wir uns derzeit in der Epoche der Postmoderne befinden. Die postmoderne Gesellschaft, die als ein Projekt gedacht ist, zeichnet sich insbesondere durch das Verschwinden der ‘Großen Erzählungen’, aus. Damit verbunden ist nicht der oft konstatierte Werteverlust, sondern lediglich die konstitutive Bedeutung eines alles überwölbenden Wertedaches, das integrativen Charakter besitzt. Merkmale der postmodernen Gesellschaft sind die Individualisierung, die Pluralisierung und die Mobilität in den unterschiedlichsten Varianten. Dabei zeigt sich die Postmoderne im Gewand der urbanen Gesellschaft. Das heißt, dass der Bezugspunkt des Handelns immer die metropolitane Gesellschaft ist. Das ist auch der Grund dafür, warum im Rahmen dieser Forschungsarbeit die Stadt einen so gewichtigen Stellenwert einnimmt. In der Stadt versammeln sich all die Merkmale, die die heutige Gesellschaft ausmachen, was nicht heißt, dass in diesem Zusammenhang eine eingeschränkte, nur auf das Lokale konzentrierte Analyse vorgenommen wird. Viel eher werden lokale und globale Prozesse miteinander verwoben.

Im Gegensatz zu eher normativ orientierten Perspektiven, die die Gesellschaft beziehungsweise die Stadt als ein einheitliches Ensemble, ein zu groß geratenes Dorf betrachten, in dem jeder mit jedem irgendwie zusammenhängt, wird hier davon ausgegangen, dass die Stadt aus unterschiedlichen Prozessen besteht. Mit anderen Worten bedeutet das, dass verschiedene Perspektiven denkbar sind, aus denen das urbane Zusammenleben beschrieben und analysiert werden kann. Die postmoderne Stadt entwickelt sich heute in Relation zu individuellen, lokalen, regionalen und globalen Herausforderungen. Wir sehen eine multiperspektivische Struktur der Stadt, die dieselbe jeweils entweder als ein Netzwerk von formalen Strukturen oder eine Vielfalt von subjektiven Spielräumen erscheinen lässt.

Urbanes Leben vollzieht sich in drei verschiedenen, unterschiedlich gewichteten Kontexten. Das heißt auch, dass sich die Inklusion in die postmoderne Stadt aus drei möglichen Perspektiven – und zwar der systemischen, der lebensweltlichen und der diskursiven – beobachten lässt. Der systemische Handlungskontext besitzt dabei eine Priorität gegenüber den beiden anderen Perspektiven. Zusammenfassend kann aus diesem Ansatz Folgendes festgehalten werden: Die urbanen Zentren müssen ihren BewohnerInnen die Anbindung an ein funktionierendes, kommunales Infrastruktursystem anbieten. Die systemische Inklusion in – nach formal-rationalen Kriterien ausgestalteten – Systemen muss für die Einzelnen zumindest partiell möglich sein. Eine partielle Inklusion bedeutet mehreres. Zunächst weist der Begriff darauf hin, dass keine Vollinklusion in alle gesellschaftlichen Teilsysteme möglich ist. Darüber hinaus existieren jedoch Grundsysteme, in die eine Inklusion unabdingbar ist. Die systemische Leistung besteht dann darin, unabhängig von lebensweltlichen Komponenten die Inklusion zu gewährleisten. Als Korrektiv für die Systeme gilt dabei die Zivilgesellschaft. Eines dieser Grundsysteme bildet der Arbeitsmarkt, der nach universalen, formalen Aspekten ausgerichtet sein muss. Der Arbeitsmarkt kann als ein Grundsystem dargestellt werden, da über ihn die ökonomische Inklusion der einzelnen Gesellschaftsmitglieder primär geregelt wird. Ein Ausschluss aus diesem wesentlichen System ist oftmals mit dem Ausschluss aus weiteren Systemen verbunden. Zudem muss entsprechend dem Theoriemodell des dreidimensionalen Ansatzes davon ausgegangen werden, dass die fehlende Inklusion in den Arbeitsmarkt mit Veränderungen in lebensweltlicher Hinsicht korrespondiert. Deshalb wird sich im weiteren Verlauf der Dissertation mit der Frage beschäftigt, nach welchen Kriterien die Inklusion und die Exklusion in beziehungsweise aus dem Arbeitsmarkt geregelt sein muss. Bevor jedoch diese Frage empirisch anhand der Analyse eines Kölner Quartiers und des dortigen Arbeitsmarktes geklärt werden kann, ist ein Blick auf den methodischen Rahmen der Arbeit notwendig.

KAPITEL II.**METHODISCHER RAHMEN DER ARBEIT**

1.	Einleitende Bemerkungen	91
2.	Qualitative Methoden der empirischen Sozialforschung	93
3.	Die Feldforschung als Methode	97
4.	Der Zugang zum Untersuchungsfeld	101
5.	Zur Methodenauswahl	103
5.1.	Untersuchungen im systemischen Zusammenhang	104
5.2.	Ergänzende Perspektive: Untersuchung lebensweltlicher Zusammenhänge ...	106
5.3.	Ergänzende Perspektive: Untersuchung diskursiver Zusammenhänge	108

1. Einleitende Bemerkungen¹⁹

Die vorliegende Studie ist in erster Linie lokal angelegt. Zwar werden auch makrosoziologische Aspekte mit in die Arbeit einbezogen, soweit sie den politischen und gesellschaftlichen Stellenwert von Inklusions- und Exklusionsverfahren im Kontext von Arbeit hervorheben, doch primär werden lokale Prozesse des Themas Arbeit thematisiert. Das entspricht der gesellschaftstheoretischen Annahme, dass die postmoderne Gesellschaft zugleich eine urbane Gesellschaft ist, in der es ein Wechselspiel zwischen lokalen und globalen Entwicklungen gibt. Die lokal erfassten Prozesse des Arbeitsmarktes werden in einen gesellschaftstheoretischen Rahmen eingebettet. Für den methodischen Rahmen scheint es mir wichtig, dass in ihm die theoretischen Erkenntnisse wieder aufgenommen werden. Es muss eine Korrelation zwischen Theorie und Methodik bestehen.

Werden auch primär systemische Zusammenhänge untersucht, nämlich die Frage, inwieweit formale Aspekte auf einem lokalen Arbeitsmarkt, nämlich dem Ehrenfelder Arbeitsmarkt, zum Tragen kommen, beziehungsweise unter welchen Voraussetzungen sie ummantelt werden und zu Exklusionen führen, so bedeutet dies jedoch nicht, dass der Blickwinkel diesbezüglich eine makrosoziologische Perspektive darstellt. Viel eher richtet sich der Fokus auf die Ebene der Alltagswelt, also auf den engeren Erfahrungsraum von Individuen, in dem sich die systemischen Strukturen mit den individuellen Wahrnehmungen und Deutungsmustern verknüpfen. Die systemischen Exklusionen werden somit immer in Verbindung mit den individuellen Verarbeitungsstrategien gebracht, was zur Konsequenz hat, dass der Blickwinkel deutlich erweitert wird. Ein Beispiel aus der Untersuchung kann dies verdeutlichen: Camal Khaled, ein junger Mann tunesischer Herkunft, ist aus grundlegenden systemischen Strukturen ausgeschlossen. Einerseits verfügt er lediglich über eine zeitlich begrenzte Aufenthaltserlaubnis, er kann jederzeit nach Tunesien abgeschoben werden, darüber hinaus ist er nicht im Besitz einer Arbeitserlaubnis. Auch seine individuellen – und zugleich formalen – Voraussetzungen zur Partizipation auf dem Arbeitsmarkt sind eingeschränkt; er kann keine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen. All diese Barrieren und systemischen Exklusionen hindern Herrn

19 Die hier vorliegende Studie basiert empirisch auf Materialien, die im Rahmen der von der Volkswagen-Stiftung geförderten Untersuchung „Städtischer Multikulturalismus: Zum lebenspraktischen Miteinander innerhalb fortgeschrittener Industriegesellschaften“ erfasst wurden. Die innerhalb der Dissertation genutzten Methoden entsprechen in weiten Teilen den Methoden dieser Feldforschung. Überschneidungen sind somit unvermeidbar.

Khaled jedoch nicht daran, individuelle Vorstellungen zu seiner Berufsbiografie zu entwickeln, die zwar die systemischen Strukturen einbinden, diese jedoch mit eigenen, individuellen Deutungsmustern versehen. Würde sich in diesem Kontext lediglich auf eine Deutungsperspektive, sei es die systemische, die lebensweltliche oder die diskursive konzentriert, so würde eine Verzerrung der gesellschaftlichen Wirklichkeit vorgenommen. Wird sich nur auf die systemische Ebene konzentriert, so würden zwar die Exklusionen in dieser Hinsicht analysiert werden können, nicht jedoch die Lebenswirklichkeit eines Jugendlichen, der eben nicht nur *ausgegrenzter Migrant* ist, sondern auch ein *ganz normaler Jugendlicher* mit eigenen Ideen zu seiner Zukunft.

Wichtige Begriffe in der hier zum Tragen kommenden Methodik sind die des Alltags, der Alltagswelt und des Alltagswissens. Hier zu bemerkt Wolfgang Kaschuba:

„Alltag soll einerseits verstanden sein als ein Modell historisch geprägter Erfahrungsräume und Erfahrungsweisen, in dem sich jene geschichtlichen wie lebensgeschichtlichen Formen sozialer Wahrnehmung und soziales Wissen erfassen lassen (Berger/Luckmann 1969), (...) andererseits bezeichnet dieser Alltag ein Wirkungsfeld gesamtgesellschaftlicher Wandlungsprozesse, die in ihn münden, durch ihn übersetzt, verarbeitet und somit lebbar gemacht werden. Er vermag Auskunft darüber geben, wie sich der historische Wandel in den Poren der Gesellschaft vollzieht, nicht als Haupt- und Staatsaktion, sondern als sozialer Lernprozess ‘vor Ort’.“ (1999:127)

Betrachtet man nun das Thema Arbeit in der Postmoderne mit all ihren Merkmalen, so wird schnell offensichtlich, wie wichtig es ist, die gesamtgesellschaftlichen Transformationen des Arbeitsmarktes zu realisieren und mit ihnen umzugehen. Das bedeutet für die Forscherin auch, dass sie die gesamtgesellschaftliche Realität in all ihren Facetten wahrnimmt und nicht bereits von vornherein, ohne wirkliche Kenntnisse zu haben, interpretiert. Gerade die Arbeitsmarktforschung geht diesbezüglich zumeist sehr undifferenziert an das Thema Arbeit heran und auch die Frage der Exklusion aus dem Arbeitsmarkt wird eher neutral in Form von Statistiken erwähnt, als dass sie qualitativ untersucht würde. Ebenso verhält es sich mit der Stadtforschung, die ja einen wesentlichen Bestandteil der hier vorliegenden Dissertation bildet. Deshalb schlage ich an dieser Stelle eine radikale Perspektivenumkehr vor. Das städtische Leben wird nicht per se als defizitäre Phänomene betrachtet und dies gilt selbst für den Arbeitsmarkt, in dem zwar sicherlich Defizite vorzufinden sind, diese werden jedoch nicht als Erstes in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt. Dies stimmt nicht mit den Erfahrungen der Individuen in den Städten überein und würde den Einzelnen lediglich als Teil des Arbeitsmarktes sehen. Viel eher geht es um die Erkundung und die Herausarbeitung von Lebensverhältnissen, wie sie sich im städtischen Alltag im Kontext von Arbeit entfalten. Dies erfordert eine Binnenperspektive

auf den Untersuchungsgegenstand, die es ermöglicht verschiedene kontextspezifische Strukturen zu entdecken und deren Bedeutung für die Individuen im urbanen Alltag und in Bezug auf das Thema Arbeit zu rekonstruieren. Auf diese Weise kann herausgearbeitet werden, wie Menschen unterschiedliche Elemente und Erfahrungen, mit denen sie konfrontiert sind, wahrnehmen, wie sie diese in einen für sie sinnvollen Zusammenhang bringen und dabei individuell ausgeprägte Strategien, persönliche Einstellungen und Positionen entwickeln, also sich selbst positionieren. Dabei spielt die Intersubjektivität eine wichtige Rolle, weil die Lebenswelt des Einzelnen nicht ausschließlich als eine private Lebenswelt darstellbar ist, sondern intersubjektiv hergestellt wird und damit eine soziale Dimension erhält.

Zur Untersuchung des sehr differenzierten und mehrdimensional deutbaren Themas Arbeit in einem postmodernen Kölner Quartier wurden primär qualitativ ausgerichtete Methoden empirischer Sozialforschung herangezogen. Zur Erforschung der verschiedenen systemischen, lebensweltlichen wie diskursiven Dimensionen des sozialen Handelns hat es sich als sinnvoll erwiesen, methodisch gezielt, differenziert und offen vorzugehen.

2. Qualitative Methoden der empirischen Sozialforschung

Wie einleitend bereits bemerkt, hat es sich für diese Dissertation angeboten, in Hinblick auf die Methodik differenziert zu verfahren und sich gleichzeitig auf qualitative Methoden der empirischen Sozialforschung zu stützen ebenso wie auch quantitative Methoden zumindest am Rande Einzug in die Arbeit gehalten haben. Bereits Uwe Flick hat (1996) darauf hingewiesen, dass die qualitative Sozialforschung zunehmend an Aktualität gewinnt.

„Qualitative Forschung gewinnt besondere Aktualität für die Untersuchung sozialer Zusammenhänge, da die Pluralisierung der Lebenswelten in modernen Gesellschaften – im Sinne der ‘neuen Unübersichtlichkeit’ (Habermas 1985), der zunehmenden ‘Individualisierung von Lebenslagen und Biographiemustern’ (Beck 1986) oder der Auflösung alter sozialer Ungleichheiten in die neue Vielfalt der Milieus, Subkulturen, Lebensstile und Lebensweisen (Hradil 1992) – eine neue Sensibilität für empirisch untersuchte Gegenstände erforderlich macht. Nachdem Vertreter der Postmoderne erklären, dass die Zeit der großen Erzählungen und Theorien zu Ende sei (Lyotard 1986), sind eher lokal, zeitliche und situativ begrenzte Erzählungen zeitgemäß.“ (1996:10)

Entsprechend dieser Aussage von Uwe Flick ist es also gerade in der postmodernen Gesellschaft mit all ihrer Vielfalt sinnvoll, sich auch methodisch von den „großen, makrosoziologisch angelegten Methoden“ zu verabschieden und sich auf lokale Gegebenheiten zu konzentrieren. Dies ist mit qualitativen Methoden der empirischen Sozialforschung möglich, da sie eine

spezielle Bedeutung für die Untersuchung aktueller struktureller, lebensweltlicher, diskursiver und globaler Entwicklungen und Zusammenhänge haben. Gerade dies sind auch die Zusammenhänge, die in der vorliegenden Dissertation im Fokus stehen. Denn das Thema *Arbeit* soll nicht, wie dies oft geschieht, lediglich aus makrosoziologischer Perspektive untersucht werden, sondern gerade mikrosoziologische Aspekte sind hier von Bedeutung. Die im theoretischen Kapitel dieser Arbeit diskutierten Phänomene gesellschaftlicher Veränderungen wie der zunehmenden funktionalen Ausdifferenzierung der (Arbeits-)Gesellschaft, der Pluralisierung der Lebenswelten und der fortschreitenden Individualisierung von Biografiemustern ebenso wie unterschiedlichen diskursiven Vernetzungen, seien sie auf urbaner Ebene angesiedelt, seien sie globaler Art, erfordern einen neuen Forschungszugang. Insgesamt lässt sich in der sozialwissenschaftlichen Forschungspraxis eine Tendenz erkennen, die jenseits der quantitativ orientierten Forschung das Augenmerk eher auf die Alltagssituationen, lokale Gegebenheiten und Mikrozusammenhänge richtet als auf überlokale Strukturen und Systeme. Letztere sollen in der vorliegenden Dissertation jedoch nicht ganz ausgeschlossen werden. Wird ein Blick auf die Arbeitszusammenhänge in der Bundesrepublik Deutschland geworfen, so ist es unumgänglich auch makrosoziologisch zu verfahren und den gesamtgesellschaftlichen Rahmen, in den das Thema Arbeit gestellt werden soll, zu untersuchen. Nur so erscheint es möglich, die lokalen Prozesse, die sich im Wesentlichen als globale Prozesse präsentieren, hinreichend zu analysieren. Der Ausgangspunkt der Betrachtung bleibt jedoch der lokale Kontext, von dem aus Rückschlüsse auf gesamtgesellschaftliche Fragestellungen gezogen werden.

Das Hauptaugenmerk wird deshalb auf die 'kleinen Zusammenhänge', auf die lokalen Phänomene, seien sie systemischer, diskursiver oder lebensweltlicher Art, gerichtet. Dies entspricht dem postmodernen Ansatz. Vertreter der Postmoderne appellieren viel eher dafür, sich auf lokal, zeitlich und situativ begrenzte Erzählungen zu konzentrieren. Das darf jedoch nicht heißen, dass übergeordnete Macht- und Hierarchiestrukturen außer Acht gelassen werden. So ist es meines Erachtens unzulässig, lokal vorfindbare geschlechtsspezifische oder rassistische Diskriminierungen (auf dem Arbeitsmarkt) nicht in einen größeren Zusammenhang – nämlich einer patriarchal organisierten Gesellschaft – zu stellen. Und so gilt auch diesbezüglich, dass lokale Gegebenheiten in einen globalen Zusammenhang gestellt werden und sie als *globale Phänomene* beschrieben werden können. Wir haben es heute mit einem permanenten Wechselspiel kleiner Erzählungen auf der Mikroebene zutun, die von den quantitativen

Methoden der Sozialforschung vernachlässigt beziehungsweise gänzlich ignoriert werden. Diese Mikrozusammenhänge sichtbar zu machen und im lokalen Horizont zu rekonstruieren, ist ein Ziel der vorliegenden Dissertation.

Was bedeutet dies nun für die Thematik? Hierzu ein Beispiel: Wird das Thema Arbeit im bundesrepublikanischen Zusammenhang diskutiert, so ist primär die Rede von Arbeitslosigkeit. Es werden Statistiken vorgelegt, steigende und sinkende Arbeitslosenzahlen monatlich präsentiert und gleichzeitig wird sich in ein großes Gejammer zurückgezogen. Somit kann jedoch weder ein konstruktiver Umgang mit der Problematik entstehen, noch ist diese reduktionistische Verfahrensweise aufklärend. Arbeitslosigkeit ist ein wichtiger Aspekt, der selbstverständlich diskutiert werden muss, doch reicht die quantitative Seite nicht aus. Um jedoch eine hinreichende Analyse vornehmen zu können, muss multiperspektivisch verfahren werden. Ausgehend von den strukturellen Gegebenheiten, die systemischer Art sind, wird zunächst ein Blick darauf geworfen werden müssen, wer von Exklusionen auf dem Arbeitsmarkt betroffen ist. Welche formalen Exklusionsmechanismen sind vorhanden? Weiterhin gilt es dann die lebensweltlichen Komponenten zu untersuchen. In einer individualisierten Gesellschaft wird mit Arbeit ebenso wie mit Arbeitslosigkeit unterschiedlich verfahren, die Individuen haben unterschiedliche Umgangsformen mit diesem Thema entwickelt. Für den einen mag Arbeitslosigkeit einer Katastrophe gleichkommen, andere sehen hierin eine Art Chance oder genießen die durch die Arbeitslosigkeit entstandene 'Freizeit'. Zu den unterschiedlichen Verfahren, die die Individuen entwickelt haben, zählen beispielsweise auch diskursive Elemente, Arbeit und Arbeitslosigkeit zu thematisieren. All dies sind Komponenten, die nicht nur über makrosoziologische Verfahrensweisen und/oder quantitative Forschungsmethoden untersucht werden können.

Mittlerweile existiert eine ganze Reihe von speziellen Methoden für die qualitative Forschung, die von verschiedenen Voraussetzungen ausgehen, unterschiedliche Ziele verfolgen und ebenso diversifizierende Untersuchungsperspektiven erfordern. Jede Methode, wobei von einer Methodenvielfalt ausgegangen werden kann, verfügt über ein spezifisches Verständnis des Untersuchungsgegenstandes. Hierzu notiert der Soziologe Jean-Claude Kaufmann:

„Jede Untersuchung bringt eine spezifische Konstruktion des wissenschaftlichen Gegenstands und eine entsprechende Verwendung der Instrumente mit sich.“ (1999:22)

Diese Einschätzung hat zur Konsequenz, dass die angewandten Methoden in einer besonderen

Weise in den jeweiligen Forschungsprozess eingebettet sind. Sie bilden somit eine prozessbezogene Forschungsperspektive. Da zur Erforschung der Mikrozusammenhänge die konventionellen deduktiven Methoden nicht mehr greifen, spielen die induktiven Vorgehensweisen für die genannte Fragestellung eine besondere Rolle. Das induktive Verfahren besitzt für das hier präsentierte Forschungsvorhaben eine beträchtliche Relevanz. Während die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eher durch ein makrosoziologische Verfahren analysiert werden können, das zugleich stark theoriegeleitet ist, was im Rahmen dieser Arbeit auch geschieht, verhält es sich mit den mikrosoziologischen Prozessen anders. Sie verlangen induktive Mittel. Wie ist nun diese induktive Vorgehensweise zu verstehen? Die Geschehnisse und Transformationen, die In- und Exklusionen auf dem Arbeitsmarkt wurden von mir im lokalen, urbanen Kontext untersucht. Durch diese im Rahmen einer Stadtteiluntersuchung vorgenommene Arbeitsmarktanalyse wurde versucht, vor allem aus dem empirischen Material Theorien abzuleiten. Dies hatte den Vorteil gegenüber deduktiven Verfahren, dass der städtische Kontext und dort speziell die Arbeitssituation in all ihren Facetten recht unbefangen betrachtet werden konnte. Das heißt auch, dass Wissen und Handeln stets auch als veränderbar und nicht als statische Größe wahrgenommen werden kann. Deutlich wird dies, betrachtet man die Arbeitsbiografien einiger Bewohner(innen) Ehrenfelds. Die Bewohner(innen) stellen sich immer wieder neu auf den Arbeitsmarkt ein, positionieren sich, verändern sich etc. Solches Handeln muss erkennbar bleiben, was einen besonderen methodischen Umgang verlangt. Besitzt das empirische Material auch Priorität, so bedeutet das doch nicht, dass die Untersuchung nicht auch theoriegeleitet wäre. Insbesondere die gesellschaftspolitische Einbettung des Untersuchungsgegenstandes bedarf theoretischer Reflexionen.

Um nicht reduktionistisch zu verfahren wurde, wie bereits mehrfach erwähnt, die Analyse des urbanen Arbeitsmarktes aus drei Perspektiven – der systemischen (strukturellen), der lebensweltlichen sowie der diskursiven – untersucht. Jedoch, dies ergibt sich aus der Thematik, hatte die Analyse aus systemischer Perspektive Vorrang vor den anderen. Die lebensweltliche und diskursive Perspektive können – wie dies bereits skizziert wurde – als ein ergänzender Blick verstanden werden. Denn zunächst musste es darum gehen, die Inklusions- und Exklusionsverfahren systemisch zu betrachten, um dann zu erkunden, welche Folgen eine mögliche Exklusion für den Einzelnen hat (lebensweltliche Perspektive) und ob beziehungsweise welche metakommunikativen Prozesse freigesetzt werden können. Je nach Perspektive

und Lesart der Arbeitsmarktsituation im Quartier war es dann notwendig, eine entsprechende Methodenauswahl zu treffen. Je nach Kontext wurde eine Kombination mehrerer Methoden bevorzugt, um so die unterschiedlichen Dimensionen des sozialen Handelns und die dahinter stehenden Strukturen des Arbeitsmarktes, des politischen und gesellschaftlichen Rahmens sichtbar machen zu können.

So wurden, um die Struktur des Ehrenfelder Arbeitsmarktes analysieren zu können, neben teilnehmender Beobachtung ebenso Experteninterviews und Sekundäranalysen durchgeführt. Die Analyse des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhangs rekurriert hingegen hauptsächlich auf Sekundäranalysen und Statistiken. Um subjektive Sichtweisen, biografische Konstruktionen zum Thema Arbeit erfassen zu können, boten sich narrative Interviews an. Verständigungsorientierte Praktiken beziehungsweise metakommunikative Prozesse wurden in Form von (Experten-)Interviews untersucht. Auf diese Weise konnten die Konzentration auf einzelne Aspekte und eine eindimensionale Sichtweise vermieden und die Zusammenhänge zwischen verschiedenen Dimensionen herausgearbeitet werden. Im Folgenden wird sich nun genauer mit der Feldforschung als Methode zur Erfassung gesellschaftlicher Konstellation beschäftigt.

3. Die Feldforschung als Methode

Die Methode der Feldforschung basiert primär auf der Rekonstruktion von Konstruktion. Das bedeutet, die Hauptaufgabe der qualitativen Studie liegt darin, 'Material' zu erheben, das anschließend überprüft beziehungsweise analysiert wird. Es kann auch gesagt werden, dass das soziale Handeln rekonstruiert werden muss. Die Rekonstruktion wird dabei verstanden als eine zeitlich versetzte Konstruktion von sozialem Handeln. Die Rekonstruktion des sozialen Handelns basiert dabei auf unterschiedlichen theoretischen und empirischen Voraussetzungen, die im weiteren Verlauf erläutert werden sollen. Die Rekonstruktion macht bereits deutlich, welchen Stellenwert der beziehungsweise die Forschende im Forschungsprozess innehat.

Zunächst wird es darum gehen, die Bedeutung der Theorie für die Forschung herauszuarbeiten, hierzu wurde einleitend bereits ein erster Schritt unternommen. Wichtig ist dabei auch das Verhältnis zwischen Theorie und Feldforschung (sergebnissen) festzuhalten, das ein

wechselseitiges ist. Weiterhin spielt für die Feldforschung die Formulierung eines Leitfragenkataloges eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Dies soll im weiteren Verlauf erläutert werden. Abschließend wird die Rolle des Forschenden innerhalb der Feldforschung und sein Einwirken auf den Forschungsgegenstand überprüft.

Einführend wurden bereits der gesellschaftliche Rahmen der Postmoderne, das dreidimensionale Handeln sowie der systemische Vorrang erläutert. Somit wurde das theoretische Konzept, das dieser Arbeit zugrunde liegt, eingeführt. Dieses theoretische Vorverständnis ist selbstverständlich in die Untersuchungsperspektive, die Interpretation und in die Rekonstruktion der metropolitanen Arbeitsgesellschaft mit eingeflossen. Denn trotz aller methodischen Kontrollen lässt sich nicht vermeiden, dass die Forschung und ihre Ergebnisse vom theoretischen Vorverständnis ebenso wie von den Interessen der Beteiligten mitbestimmt sind. Die theoretischen Vorüberlegungen sind als eine Art Denkwerkzeug beziehungsweise Interpretationsschablone zu verstehen. Trotz der induktiven Methode, die forschungstragend war, wurde die bereits skizzierte Theorie zum Ausgangspunkt der Forschung gemacht. Sie wurde gezielt eingesetzt und verfolgt. Der theoretische Background war somit sowohl bei der Formulierung von Fragestellungen und Hypothesen als auch bei der Deutung der Materialien wesentlich. Es entstand dabei ein wechselseitiges Verhältnis von Fragen und Analysieren, wobei das Ziel darin lag, zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Empirie und Theorie zu kommen. Dabei können die subjektiven Erfahrungen innerhalb der Forschungsphase ebenso wenig wie das persönliche Vorverständnis der Forschenden voneinander getrennt werden.

Wie steht es nun mit dem Verhältnis zwischen der Theorie und den Feldforschungsergebnissen? Im Forschungsprozess können und müssen die Erwartungen, die am Anfang stehen, jederzeit im Sinne einer Horizonterweiterung korrigierbar sein. Besonders auffallend und spürbar war dies in der zuvor erwähnten Rekonstruktion der Biografie von Camal Khaled, der trotz gemachter systemischer Exklusionen sich anders positioniert hat, als aufgrund des theoretischen und zugleich gesellschaftspolitischen Vorverständnisses zu erwarten wäre. Hierzu an gegebener Stelle mehr. Wichtig ist es deshalb innerhalb der Forschung darauf zu achten, dass die formulierten Theorien und Thesen vorläufigen Charakter besitzen. Andernfalls bedarfes keiner Empirie. Die Weiterentwicklung der Theorien durch gewonnene Erkenntnisse im Feld oder durch andere zuvor nicht bedachte Ereignisse, unerwartete Ergebnisse der Studie erweist sich als eine Verpflichtung. Auf diese Aspekte wird innerhalb der Schlussfolgerungen

dieser Dissertation noch genauer eingegangen werden. Theoretische Annahmen sind somit nichts anderes als vorläufige Versionen im Sinne eines sich verändernden Verständnisses. Im Laufe des Forschungsprozesses werden die Theorien reformuliert, ausgebaut, vielleicht sogar korrigiert. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn sich nicht ausschließlich auf quantitative Fragestellungen beschränkt wird, wirken diese doch oftmals recht theorienlos. Daher müssen Forscher(innen) offen für alle möglichen Entwicklungen der Feldforschung sein, so formuliert es zumindest Jean-Claude Kaufmann:

„Was bei der empirisch fundierten Theorie jedoch besonders zentral ist, ist die ständige Konfrontation zwischen lokalem Wissen (autochthone Kategorien) und globalem Wissen (abstrakte Konzepte).“ (1999:127)

Das bedeutet für diese Forschung das bereits Hervorgehobene: Das empirische Material hat Vorrang vor einem starren Theorienmodell. An manchen Stellen dieser Dissertation wird der Konflikt zwischen Theorie und Empirie deutlich. Diese Passagen werde ich zumindest benennen und so weit es möglich ist, wird der Konflikt aufgelöst.

Ein wichtiger Schritt in jeder Forschung, sei sie quantitativer oder qualitativer Art ist die Formulierung von Fragestellungen, wie dies ja innerhalb dieser Arbeit bereits einleitend geschehen ist. Doch gilt dies nicht nur für die Auswertungsphase, sondern bereits für den Beginn der Forschung und während der Forschung.

Entscheidend für die Forschung innerhalb des Quartiers Ehrenfeld und die Erforschung der In- und Exklusionsprozesse auf dem dortigen Arbeitsmarkt war zunächst eine konkrete Vorstellung von dem, was untersucht werden soll. Das bedeutet, am Anfang steht die Entwicklung der Fragestellung, die jedoch, ähnlich wie das bereits für das theoretische Konzept dargelegt wurde, offen bleiben muss für neue Erkenntnisse der Empirie. Diese Fragestellung – beziehungsweise viel eher das Forschungsinteresse – wurde einleitend bereits vorgestellt. Zwar geht die Festlegung auf eine Leitfragestellung einher mit einer Reduktion des empirischen Materials, doch bedeutet dies viel eher, dass bestimmte Aspekte des Feldes in den Vordergrund gerückt worden sind, während andere zunächst einmal in den Hintergrund verschwanden. Ohne einen solchen roten Faden, ohne Leitideen, kann keine Forschung durchgeführt werden. Das zeigt sich entsprechend auch in den Ergebnissen der Untersuchung. Zur Bedeutung von Fragestellungen innerhalb der Feldforschung notiert Wolfgang Kaschuba in seinem bereits zitierten Werk:

„Auch die Feldforschung, die scheinbar gerade die Möglichkeit schafft, in eine bereits vorhandene soziale Situation als Forscher einzutauchen, *konstruiert* sich tatsächlich diese Situation und damit

ihren Gegenstand neu. Vereinfacht gesagt, bedeutet dies, dass schon die Formulierung einer Fragestellung ein thematisches Profil schafft, das sich so in den anderen Erkenntnisbedingungen der untersuchten Alltagskultur nicht wieder findet. Denn mit diesem Thema greifen wir bewusst bestimmte Ausschnitte aus einem Feld heraus. Und bereits die Beschränkung auf dieses 'Feld' als gesellschaftlichen Ort formuliert Fragen und Blickrichtungen, die andere Bereiche unbeachtet lassen, verkürzen oder in neue Zusammenhänge stellen. Wir verleihen dem Gegenstand unserer Fragestellung eine Bedeutung, die außerhalb unserer Forschungswirklichkeit so nicht existiert, die wir aber zur 'sozialen Tatsache' erklären müssen, um überhaupt Ziele, Modelle und Hypothesen formulieren zu können.“ (1999:200)

Wie bereits zuvor erwähnt, kann Forschung nie zu hundert Prozent objektiv sein, sondern es fließen immer auch subjektive Erfahrungen mit ein. Es kann sogar gesagt werden, dass die qualitativ angelegte Forschung die Wirklichkeit mit konstruiert. Wie ist das zu verstehen? Einerseits konstruieren die Forschungssubjekte in der Forschungssituation, ob im Interview oder im biografischen Gespräch, ihre Wirklichkeit. Dasselbe Material kann einerseits unterschiedlich ausgewertet werden und andererseits wird ein Interview mit der gleichen interviewten Person, demselben Leitfaden, jedoch unterschiedlichen InterviewerInnen nie gleich verlaufen. So macht es ganz offensichtlich einen Unterschied, ob der Interviewende eine Frau oder ein Mann ist. Gleiches gilt selbstverständlich auch für unterschiedliche zeitliche und räumliche Gegebenheiten. Wird das Interview an einem für beide Beteiligte neutralen Ort geführt oder etwa in der Wohnung der interviewten Person, hat dies alles Auswirkungen auf die Interviewsituation. Die sozialwissenschaftliche Forschungspraxis steht, so kann verallgemeinert werden, grundsätzlich vor dem Problem, dass sie die Welt, die sie untersucht, immer nur so antrifft, wie diese Welt sie selbst antrifft. Beispielhaft hierfür sind insbesondere alle Formen von narrativen Interviews, in denen die Interviewte ihre Welt zunächst konstruiert um dann wiederum von der Forschenden rekonstruiert zu werden. Das bedeutet also, dass Subjekte über ihre Sicht der Dinge einen Ausschnitt ihrer Wirklichkeit konstruieren, ihre eigene, subjektive Sichtweise eben. Wirklichkeit, die in qualitativer Forschung untersucht wird, kann daher nicht als vorgegeben, sondern lediglich als eine Konstruktion gesehen werden.²⁰ Das bedeutet nicht, dass diese subjektive Sichtweise in irgendeiner Form anzweifelbar oder nicht repräsentativ sei. Die Aufgabe der qualitativen Sozialforschung liegt nun darin, vorinterpretierte Daten neu zu konstruieren und somit zu *rekonstruieren*. In diesem Kontext ist es geboten auf Peter L. Berger und Thomas Luckmann zu verweisen, die in ihrem sozial-

20 Gleichzeitig muss in diesem Kontext auch betont werden, dass dieses Phänomen eigentlich selbstverständlich ist angesichts der Tatsache, dass die Wirklichkeit immer konstruiert wird. Das, was wir als real verstehen, als die 'objektive Wahrheit' ist nichts anderes als die Konstruktion der Wirklichkeit.

wissenschaftlichen Klassiker „Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit“ die Notwendigkeit der Einbeziehung der Rekonstruktion von subjektiven Konstruktionen innerhalb der empirischen Sozialforschung hervorheben. Hierzu skizzieren sie wie folgt:

„Die phänomenologische Analyse der Alltagswelt beziehungsweise der subjektiven Erfahrung der Alltagswelt enthält sich jeder kausalen oder genetischen Hypothese und auch jeder Behauptung über den ontologischen Charakter der analysierten Phänomene. Daran zu erinnern ist nötig. Der Alltagsverstand hat unzählige prä- und quasi-wissenschaftliche Interpretationen der Alltagswelt zur Hand, welche er für gewiß hält. Wenn wir jedermanns Wirklichkeit beschreiben wollen, müssen wir uns mit jedermanns Interpretationen seiner Wirklichkeit auseinandersetzen und dem Charakter der ‘Gewißheit’ von jedermanns Wirklichkeit Rechnung tragen, wenngleich in phänomenologischen ‘Klammern’.“ (1998:23)

Die bisher skizzierte Konstruktion der Wirklichkeit des Forschungsgegenstandes ist jedoch lediglich eine Interventionsform der Forschenden. Verallgemeinern kann festgehalten werden, dass Forschung *immer* eine Intervention in das Forschungsfeld darstellt. Noch viel deutlicher als bei quantitativer Forschung wird bei qualitativen Methoden die Kommunikation der Forscher(innen) mit dem jeweiligen Feld und mit den Beteiligten zum wichtigen Bestandteil der Erkenntnis. Das bedeutet auch, dass die Reflexionen der Forscherin über ihr eigenes Handeln, über die Beobachtungen im Feld, ihre Eindrücke über den Untersuchungsgegenstand in Interpretation und Rekonstruktion mit einfließen. Dies bleibt nicht folgenlos, sondern vielmehr verändert sich in bestimmter Weise auch das Untersuchungsfeld, in dem vorliegenden Fall verändern sich das Stadtquartier und die dort interviewten Personen. Daraus resultiert dann eine Art dialektisches Verhältnis zwischen der Forscherin und dem Feld beziehungsweise den im Feld gewonnenen Erkenntnissen. Dem einerseits wird die Arbeitsmarktsituation innerhalb des Quartiers aus dem Blickwinkel und dem Vorverständnis der Forscherin heraus analysiert, andererseits aber auch aus der Sicht der im Stadtteil lebenden und arbeitenden Personen.

Bei einer solchermaßen angelegten Forschung ist es wichtig zu betonen, dass der Prozess der Interpretation von Handlungen nicht als abgeschlossen und endgültig fixierbar betrachtet werden kann, sondern immer wieder auch neue Interpretationsvarianten hervorbringt. Vielmehr wird der Alltag in diesem Zusammenhang im Sinne einer ununterbrochenen situativen Hervorbringung von immer neu gewichteter Wirklichkeit gedeutet.

4. Der Zugang zum Untersuchungsfeld

Der Zugang zum Untersuchungsfeld stellt zu Beginn der Forschung eine diffizile Aufgabe dar. Zunächst steht ja die Frage, was das Untersuchungsfeld sein kann, beziehungsweise welche Merkmale der Untersuchungsort aufweisen soll. Wichtig für den hier vorliegenden Zusammenhang war, entsprechend der theoretischen Basis der Arbeit (die postmoderne Gesellschaft zeigt sich in Form einer metropolitanen Gesellschaft), dass der Untersuchungsraum ein städtischer war. Hier zeigt sich, dass die Theorie auch grundlegende Wege für die empirische Untersuchung aufgezeigt hat.

Als Ort der Forschung wurde der Kölner Stadtteil Ehrenfeld ausgewählt. Dies nicht grundlos, denn das Thema Arbeit spielt bereits historisch betrachtet eine wesentliche Rolle für das Quartier, man könnte sogar sagen, dass die Existenz von Arbeit konstitutiv für den Stadtteil war. Bei Ehrenfeld handelt es sich, wie wir im weiteren Verlauf noch sehen werden, um ein altes Arbeiterviertel, das durch die Industrialisierung im 19. Jahrhundert entstanden ist. Darüber hinaus ist Ehrenfeld ein Stadtteil, der immer durch Migration im weitesten Sinne geprägt war. Auch heute noch bestimmen Mobilität und die auch dadurch entstehende Heterogenität den Stadtteil im weiten Maße. Diese Heterogenität, als ein Zeichen der Postmoderne, gekoppelt mit dem Status des Arbeiterviertels ließen die Wahl auf Ehrenfeld als Untersuchungsraum fallen. Im Laufe der empirischen Forschung wurde deutlich, dass der erste Eindruck uns nicht getäuscht hatte: Ehrenfeld zeigt sich in vielen Zügen als postmodernes Quartier.

Ein erster Schritt der Untersuchung lag darin, den Untersuchungsort kennen zu lernen, erste Kontakte zu knüpfen und die bereits vorher bestehenden Ortskenntnisse zu überprüfen, zu vervollständigen und zu vertiefen. Da die Untersuchung jedoch nicht ausschließlich eine Stadtteiluntersuchung ist, sondern zugleich auch eine Arbeitsmarktstudie, war es notwendig, das Thema Arbeit von vornherein mit zu bedenken. Deshalb wurden Methoden gesucht, die beiden Themenkomplexen, die sich ja zu einem Thema verknüpfen, gerecht werden können.

Zunächst wurden einige Ortserkundigungen eingezogen, um sich einen ersten Eindruck vom Untersuchungsfeld machen zu können. Neben individuell organisierten "Spaziergängen" nahm ich an Stadtteilführungen teil, die zum Teil themenspezifisch in Ehrenfeld angeboten werden. Einerseits konnten dadurch Informationen über das Quartier bekommen werden, über aktuelle Entwicklungen, Schließungen von Firmen, Eröffnungen von Einkaufszentren, aber ebenso wurden dort auch historische Gegebenheiten angeschnitten. Andererseits – und dies

war ein nicht zu vernachlässigender Aspekt – konnte direkter Kontakt zu Stadtteilbewohner(innen) aufgenommen werden. Somit war es möglich, Einschätzungen von Stadtteilbewohner(innen) direkt zu erhalten, andererseits konnten somit auch mögliche Interviewpartner(innen) rekrutiert werden. Bei den Stadttealführungen kam ich mit unterschiedlichen Leuten ins Gespräch. Mit Menschen, die erst seit kurzem im Quartier leben, mit solchen, die als alteingesessen bezeichnet werden können und sich einen Einblick über aktuelle Entwicklungen im Stadtteil verschaffen wollten.

Um die Feldforschung jedoch nicht auf diese eher zufällig gewählten Kontakte aufzubauen, suchte ich einige Einrichtungen, Initiativen, Institution und Gruppierungen auf, die sich explizit mit dem Thema Arbeit auseinandersetzen. Dort wurden dann gezielt Experteninterviews geführt. Experteninterviews sind eine Form von Leitfadeninterviews. Kennzeichen von Leitfadeninterviews wiederum ist, wie der Name bereits sagt, dass der Interviewer/die Interviewerin relativ offen gehaltene Fragen formuliert und mit in die Interviewsituation bringt. In Experteninterviews ist der Interviewte nicht als ganze Person, als Subjekt gefragt, sondern lediglich in seiner Funktion als Experte, beispielsweise als Arbeitgeber, Sozialarbeiter oder ähnliches. Dies schränkt natürlich die Informationsgabe ein, jedoch ist dies gerade ja auch der Sinn des Experteninterviews.

Parallel zu diesen direkt vor Ort vorgenommenen Untersuchungen sammelte ich statistisches Material über die Arbeitsmarktlage in dem genannten Gebiet ebenso wie weitere Daten des Amtes für Statistik, die Auskunft über die Stadtteil und den dort lebenden Menschen in quantitativer Art geben konnten. Ebenso wurden aktuelle Pressemeldungen und Literatur über das Quartier ausfindig gemacht. Forschungen im historischen Archiv der Stadt Köln dienten dazu, einen historischen Einblick in das Quartier gewinnen zu können. Somit gelang es, einen Einblick in die Sozialgeschichte Ehrenfelds, die ja auch mit dem Thema Arbeit korrespondiert, erhalten zu können. Genaueres über die Methodenwahl nun im nachfolgenden Kapitel.

5. Zur Methodenauswahl

Nachfolgend werden die Methoden, die den empirischen Teil dieser Arbeit geleitet haben und die während der Feldforschungsphase Anwendung fanden, näher erläutert. Die empirische Studie, die ebenso eine Stadtforschung – und somit eine Gesellschaftsanalyse – wie eine

Arbeitsmarktanalyse (unter einer spezifischen Fragestellung) darstellt, verlangt eine genaue Untersuchung. Die Arbeitsmarktsituation in einer Stadt, einem Stadtquartier, kann nicht untersucht werden, wird nicht auch ein genauer Blick auf die Situation in dem Stadtteil geworfen. Ein wesentliches Instrument der Feldforschung liegt in der teilnehmenden Beobachtung, die genau dieses ermöglicht, durch die nämlich die Situation innerhalb eines Quartiers in den verschiedensten Facetten erfasst werden kann. Sowohl für die Untersuchungen aus systemischer, lebensweltlicher als auch diskursiver Perspektive bildete die teilnehmende Beobachtung eine Methode *sine qua non*.

Teilnehmende Beobachtung gilt als das ethnografische Basisverhalten schlechthin. Sie dient dazu, Erfahrungen im Untersuchungsraum zu sammeln, Phänomene registrieren zu können und sich somit mit dem Untersuchungsgegenstand, hier dem Arbeitsmarkt innerhalb eines Stadtquartiers, vertraut zu machen. Sie ist eine Feldforschungsstrategie, die zugleich Interviews mit Interviewpartner(inne)n, direkte Teilnahme und Beobachtung sowie Dokumentenanalyse miteinander verbindet. Dabei geht es um eine spezifische Interaktion mit dem Feld. Deutlich wird das Zusammenwirken dieser unterschiedlichen Feldforschungsmethoden beispielsweise in der Analyse zweier kleiner Ehrenfelder Geschäfte.

Entsprechend dem theoretischen Modell, kann soziales Handeln aus drei Perspektiven gedeutet werden, aus der systemischen, der lebensweltlichen sowie der diskursiven Perspektive. Um den jeweils spezifischen Fragestellungen nachgehen zu können, haben sich in der Praxis der Feldforschung unterschiedliche Methoden angeboten, die im weiteren Verlauf analytisch voneinander getrennt in den jeweiligen Zusammenhang gestellt werden.

5.1. Untersuchungen im systemischen Zusammenhang

Bei der Rekonstruktion des urbanen Arbeitmarktes sowie der systemischen Zusammenhänge des Arbeitmarktes im Quartier kamen zunächst drei Methoden in Frage. Sie hoben zunächst darauf ab, die Möglichkeiten, die sich vom Einzel- oder im Teilsystem her im Quartier für den Arbeitsmarkt bieten, zu erfassen. Aufgrund der erfassten Daten war es dann möglich, die Anschlussfähigkeit des Einzelnen an die vor Ort existierenden Arbeitmarktsysteme zu erfassen und darüber hinaus existierende Inklusions- und Exklusionsmechanismen zu analysieren.

1. Zunächst wurde herausgearbeitet, welche möglichen Teilsysteme tatsächlich im Stadtteil vertreten sind. Dabei wurde sich nicht ausschließlich, jedoch primär auf arbeitsplatzrelevante Systeme konzentriert. Die kommunale Infrastruktur in Form von Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, Produktionsstätten, Handwerksbetriebe und Einzelhandel etc. wurde mit Hilfe von 'Stadtteilrundgängen' festgehalten. Im Laufe der Forschung, die sich über knapp zwei Jahre hinzog, wurde diese Methode immer wieder angewandt, um Transformationen innerhalb der kommunalen Infrastruktur festhalten zu können. Neben dem Wandel, den das Quartier im Laufe der Untersuchungsphase vollzog, konnten durch diese Methode der Feldforschung genauere Informationen über die unterschiedlichen Systeme gewonnen werden. Gleichzeitig war es so möglich, bestimmte Systeme auszuwählen, die einer genaueren Analyse unterzogen werden sollten.
2. Durch Experteninterviews mit den jeweiligen Mitarbeiter(inne)n sowie Kund(innen) und Nutzer(inn)en einer Institution und durch gezielte Rückfragen bei gegebenenfalls involvierten Ämtern sowie sonstigen Dienststellen konnten die in teilnehmender Beobachtung gewonnenen Erkenntnisse vertieft und ergänzt werden. Die Betonung liegt in diesem Zusammenhang auf *gezielten Rückfragen*, denn diese sind es auch, die das Experteninterview als Leitfadeninterview kennzeichnen. Nachdem im Rahmen einer ersten Untersuchungsphase geklärt wurde, welche Teilsysteme beziehungsweise Institutionen exemplarisch genauer untersucht werden sollten, wurde der Schwerpunkt der Arbeit auf diese Methode konzentriert, um die zuvor entwickelten Einzelfragen genauer abzuklären. Dazu waren selbstverständlich erste Kontakte notwendig, die jedoch bereits im Vorfeld der Untersuchung hergestellt wurden.
3. Als weiteres wichtiges Instrument der Forschung diente mir einerseits die Sekundäranalyse von Daten des Amtes für Statistik, andererseits die Dokumentenanalyse. Anhand der statistischen Daten über den Stadtteil Ehrenfeld konnte ich mich über die unterschiedlichsten Entwicklungen der Bevölkerung informieren, sei es die Altersentwicklung, den Bildungsstand oder die nationale Herkunft der Einwohner(innen). Ebenso wurde auf Daten zu kleinräumlichen Arbeitsmarktsituationen zurückgegriffen. Die Sekundäranalyse dieser Daten diente zunächst der Erfassung der Grundgesamtheit der in Ehrenfeld relevanten Systeme für den Arbeitsmarkt und konnte dann erneut bei der Analyse der ausgewählten Teilsysteme herangezogen werden.

Die Dokumentenanalyse als eine Methode der Sekundäranalyse bot sich als ein weiteres Erhebungsmittel aus systemischer Perspektive insbesondere für die Rekonstruktion der Ehrenfelder Geschichte an. In diesem Zusammenhang waren es speziell Dokumente des Kölner Stadtarchivs, die Auskunft über die Geschichte und insbesondere die Entstehungsgeschichte Ehrenfelds als Arbeiterviertel liefern. Ergänzend wurden hierzu literarische Dokumente über die Quartiersgeschichte hinzugezogen.

Einleitend in die vorliegende Dissertation wurden bereits die die Untersuchung aus systemischer Perspektive lenkenden Leitfragen aufgestellt. Diese werden an dieser Stelle nochmals aufgegriffen und ergänzt.

Für den systemischen Kontext sind die folgenden Fragen bestimmend:

- Nach welchen formalen Kriterien wird die Inklusion in den und die Exklusion aus dem Arbeitsmarkt geregelt?
- Unter welchen Bedingungen werden die formalen Inklusionsmodi in den Arbeitsmarkt ummantelt?
- Inwiefern spielen die sozialen Konstruktionen Geschlecht und Ethnizität eine Rolle bei Inklusionsverfahren in den Arbeitsmarkt?

Diesen Leitfragen wurde mit Hilfe der nachstehenden untersuchungsbestimmenden Fragen nachgegangen:

- Wie lässt sich die Struktur des Einzelsystems beschreiben und wie ist die Präsenz im Stadtteil?
- Nach welchen Kriterien wird die Rekrutierung beziehungsweise die Nutzung des Systems reguliert? Erfolgt die Rekrutierung unabhängig von individuellen Kriterien?
- Welcher sozialen Struktur entstammen die Nutzer(innen) sowie die Mitarbeiter(innen) des Teilsystems? Lassen sich Ausschlüsse von Gesellschaftsmitgliedern erkennen?
- Wie muss ein System ausgestaltet sein, damit eine systemische Inklusion des Einzelnen trotz lebensweltlicher Differenzen möglich ist?

5.2. Ergänzende Perspektive: Untersuchung lebensweltlicher Zusammenhänge

Im Kontrast zur Systemanalyse des Arbeitsmarktes kam es im lebensweltlichen Kontext auf die individuelle Bedeutung von Arbeit in der Biografie des Einzelnen an. Das Individuum und

sein Bezug zu Arbeit, seine Exklusionserfahrungen auf dem Arbeitsmarkt stehen im Mittelpunkt des Interesses aus lebensweltlicher Perspektive. Wird sich nun auf den lebensweltlichen Kontext konzentriert, so kann dies nicht bedeuten, dass lebensweltliche Komponenten gerade in Bezug auf Arbeitsmarktprozesse unabhängig von systemischen Prämissen gesehen werden können. Deshalb muss nochmals darauf hingewiesen werden, dass die Trennung der drei Perspektiven des sozialen Handelns, der systemischen, der lebensweltlichen und der diskursiven Perspektive, lediglich eine analytische Trennung darstellt, die – wie im theoretischen Rahmen bereits herausgearbeitet wurde – in der Realität doch meist verknüpft auftritt.

Im Zusammenhang der lebensweltlichen Untersuchungsperspektive wurde sich im Gegensatz zur systemischen Perspektive ausschließlich auf qualitative Methoden der Sozialforschung konzentriert. Dabei standen narrative, biografische Interviews im Mittelpunkt. Um die Bedeutung von Arbeit im Leben von einzelnen Stadtteilbewohner(inne)n zu erforschen, erschien es wenig sinnvoll Interviews genau mit der Thematik Arbeit zu führen. Viel eher interessierte mich, wie dieses Thema in die Konstruktion der Biografie eingebettet ist. Deshalb wurden keine speziellen Interviews über die Bedeutung von Arbeit und Arbeitslosigkeit geführt, sondern mit Hilfe der biografischen Methode konnte ganz gezielt die lebensweltliche Verankerung von Arbeit im Leben der Einzelnen herausgearbeitet werden. Wichtig in den Interviews war die ganz persönliche Einstellung des Gesprächspartners/der Gesprächspartnerin und die Frage, wie er/sie seine/ihre Position auch in Abgrenzung zu der von anderen sieht. In der Rekonstruktion der Biografien wurde dann jedoch nicht auf dieser individuellen, subjektzentrierten Ebene verhaftet, sondern es wurde versucht, wie anhand der Biografien noch nachzuvollziehen sein wird, eine Abkoppelung von der individuellen Lebensgeschichte herzustellen. Somit war es möglich, eine Intersubjektivität herzustellen, was bedeutet, dass mikro- mit makrosoziologischen Aspekten verbunden wurden. Zur Bedeutung der Biografieforschung in der heutigen Sozialforschung lässt sich Folgendes festhalten:

Die Biografieforschung entwickelte im Verlauf der Zeit zunächst ein ausgeprägt hermeneutisches Bewusstsein, was vor allem zu einer zunehmend ausgefeilteren methodischen Reflexion führte. Die Konzentration auf die individuelle Lebensgeschichte hat zu einer neuen Form der Sozialforschung geführt, die heute erstens charakterisiert ist durch eine spezifische Methode, nämlich die mikrosoziologiezentrierte Verknüpfung von Makro- und Mikrosoziologie, und zweitens durch eine spezifische Fassung von Vergesellschaftung, nämlich die Fokussierung auf individuelle oder lebenslauforientierte statt auf positionelle oder mitgliedschafts-

bezogene Vergesellschaftung (vgl. Martin Kohli 1988:33).

Die Biografieforschung bearbeitet also zunächst die Vergesellschaftung des Subjekts unter der Grundperspektive „was alles möglich ist“ – statt „was im Durchschnitt gilt“ – und zielt dabei auf ein Diesseits oder ein Unterhalb von Institutionen, wobei an Stelle von gruppen-, familien-, schichtspezifischen und anderen kollektiven Lagen der Lebenslauf mit seinen für ihn typischen Deutungsmustern zum ersten Bezugspunkt geworden ist. Gerade im Zuge der zunehmenden Individualisierung und Pluralisierung kommt der Biografieforschung, deren Bezugspunkt zunächst das Individuum ist, eine nicht zu vernachlässigende Bedeutung zu.

Aus lebensweltlicher Untersuchungsperspektive ergibt sich folgende Fragestellung:

- Wie richtet sich das Individuum vor dem Hintergrund einer sich zunehmend ausdifferenzierenden (Arbeits-)Gesellschaft ein?
- Wie ist der Umgang des Individuums mit Exklusionserfahrungen?

Diese Leitfragen werden durch weitere Fragen ergänzt, die untersuchungsleitend sind:

- Wie sind die ausgewählten Personen aus dem Stadtteil in den Arbeitsmarkt systemisch inkludiert oder ausgeschlossen?
- Wie korrespondiert die Entfaltung individueller Lebensstile mit systemischer In- und Exklusion?

5.3. Ergänzende Perspektive: Untersuchung diskursiver Zusammenhänge

Um den Stadtteil und den dort existierenden lokalen Arbeitsmarkt als eine vernetzte Kommunikationsgemeinschaft zu untersuchen, bot sich insbesondere eine Netzwerkanalyse und teilweise auch eine Diskursanalyse an. Die dort erzielten Ergebnisse wurden unterstützt durch Experteninterviews. Konzentriert wurde sich bei der Untersuchung speziell auf Gruppen, Initiativen und andere politische Vereinigungen, die sich in irgendeiner Form mit dem Thema Arbeit befassen.

Die Netzwerkanalyse als ein wissenschaftliches Konzept hat sich bewährt, um das Zusammenspiel von Sozialbeziehungen sowie die Multiplexität der Verbindungen von Personen zu analysieren. Ziel der Netzwerkanalyse ist es einerseits Netzwerke empirisch zu beschreiben und andererseits die Konsequenzen der Netzwerkstruktur für das Handeln der Akteure herzustellen. Dies, so wird sich zeigen, ist gerade für die Arbeitsmarktlage auf lokaler

Ebene und dort speziell für die Analyse der unterschiedlichsten Initiativen, die sich gegen Arbeitslosigkeit zu Wehr setzen, sehr aufschlussreich.

Neben der Netzwerkanalyse war ein wichtiges Instrument für die Analyse von Inklusions- und Exklusionsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt das Experteninterview. Innerhalb Kölns und speziell auch in Ehrenfeld existieren einige Initiativen und Vereine, die sich mit dem Thema Arbeitslosigkeit befassen. Mit MitarbeiterInnen dieser Organisationen wie dem KALZ²¹, der Job-Börse oder dem Kölner Appell wurden Interviews geführt, die die Ergebnisse der Netzwerkanalyse erweitern konnten.

Aus diskursiver Perspektive standen die folgenden Fragen im Fokus der Betrachtungen, zunächst die Leitfrage:

- Welche diskursiven Strategien haben die Gesellschaftsmitglieder entwickelt, um auf Exklusionen auf dem Arbeitsmarkt zu reagieren?

Ergänzend zu dieser Leitfrage sind die nachstehenden Fragen untersuchungsbestimmend:

- Welche Formen und Strukturen bilden sich aus verständigungsorientiertem Handeln zum Thema Arbeit in Ehrenfeld heraus?
- Welches sind die strukturellen Rahmenbedingungen (Zusammensetzung, gesetzliche Vorgaben, Aufgabenbereiche etc.)
- Verhindert die fehlende systemische Integration bestimmter Bevölkerungsgruppen deren verständigungsorientierte Praktiken?

Kapitel III

Arbeit in der Diskussion

1.	Einige einführende Bemerkungen	112
2.	Die Entwicklung der Arbeit als Erwerbsarbeit	113
2.1.	Arbeitslos. Was ist das?	123
2.2.	Arbeit und Geschlecht	125
3.	Arbeit im Quartier: Die urbane Arbeitsgesellschaft	128
3.1	Der Kölner Stadtteil Ehrenfeld – vom Arbeiterquartier zum postmodernen Stadtteil	128
3.2.	Die Geschichte des Quartiers	130
3.3.	Ehrenfeld und die Migration	134
3.4.	Ehrenfeld – ein Quartier im Wandel	136
3.4.1.	Die Wohnbausanierung in Ehrenfeld	138
3.4.2.	Die Straßensanierung und die Konsequenzen für das Quartier	143
3.5.	Ehrenfeld – ein heterogener Stadtteil	145
4.	Arbeitsstruktur im Quartier: Arbeitssituation Teil 1	148
4.1.	Zum Zusammenhang von lokalen und globalen Prozessen	148
4.2.	Der Arbeitsmarkt in Ehrenfeld – exemplarische Analysen	151
4.3.	Skizze des Arbeitsmarktes	151
4.4.	Beschäftigung im sekundären Bereich	156
4.5.	Selbständigkeit im Dienstleistungssektor	163
4.5.1.	Das Beispiel ‘Ehrenfelder Lädchen’	168
4.5.2.	Das Beispiel ‘Tarkan Market’	172
4.5.3.	Vergleichende Betrachtung	179
5.	Inklusion und Exklusion auf dem Arbeitsmarkt: Arbeitssituation Teil 2	182

5.1.	Abbau von Arbeitsplätzen – Veränderungen des Arbeitsmarktes	182
5.1.1.	Exkurs: Verschuldung – eine Konsequenz der Erwerbslosigkeit	184
5.2.	Die Frage der Kompetenzen	186
5.2.1.	Institutionen zur Beschaffung von Arbeitsplätzen	195
5.3.	Ethnizität auf dem Arbeitsmarkt	199
6.	Lebensweltliche Orientierung im Spannungsfeld zwischen Inklusion und Exklusion	208
6.1.	Arbeit im lebensweltlichen Kontext	209
6.2.	Arbeit innerhalb einer individualisierten Gesellschaft	212
6.3.	Biografische Blicke	220
6.3.1.	Frau Breuer – eine ganz normale Arbeitsbiografie	221
6.3.2.	Camal Khaled – eine Arbeitsbiografie im Kontext von Exklusionen	226
6.3.3.	Charlotte Lanfranchi – arbeiten, um leben zu können	230
6.3.4.	Sabine Fichte – arbeiten in einer individualisierenden Gesellschaft	234
6.4.	Vergleichende Betrachtungen	237
7.	Arbeit in politischen Diskussionen – Interventionsstrategien	242
7.1.	Zur Ausgangslage	242
7.2.	Fraglichwerden des Alltags	244
7.3.	Bearbeitungsstrategien	246

1. Einige einführende Bemerkungen

Betrachtet man die politischen, medialen und gesellschaftswissenschaftlichen Diskurse am Anfang des neuen Jahrtausends, so wird man feststellen, dass das Thema Arbeit immer wieder in den Fokus der Betrachtung gerückt wird: 'Arbeit zwischen Misere und Utopie' (André Gorz 1999), 'Hauptsache Arbeit?' (Thomas Gerstenkamp/Dieter Schnack 1996) und 'Schöne neue Arbeitswelt – Vision Weltbürgerschaft' (Ulrich Beck 1999) so lauten die Titel der Schriften, die zu diesem Thema verfasst worden sind. Die Diskussionen beschränken sich dabei in erster Linie auf die Erwerbsarbeit, also auf die Tätigkeiten, die entlohnt werden. Lediglich einige feministische Schriften, wie die von Gisela Notz, realisieren einen erweiterten Arbeitsbegriff, der sich nicht nur auf entlohnte Tätigkeiten bezieht.

Die Aufgabe dieses Kapitels wird es sein, Arbeit in all ihren Facetten zu analysieren sowie zu präsentieren. Dabei ist es zunächst einmal notwendig, eine Begriffsbestimmung von 'Arbeit' vorzunehmen. Denn dieser Begriff wird innerhalb von Diskussionen divergierend genutzt. Die einen setzen ihn mit Erwerbsarbeit gleich, andere wiederum plädieren dafür, die Reproduktionsarbeit auch als Arbeit zu benennen, wiederum andere glauben, lediglich die Arbeit, die mit dem 'ganzen Körpereinsatz' verbunden sei, könne als 'wirkliche' Arbeit deklariert werden. Um eine Positionierung für diese Forschungsarbeit festlegen zu können, wird deshalb eine historische Perspektive eingenommen, aus der die Relevanz von Arbeit für die heutige Gesellschaft untersucht wird. Dabei darf auch die Diskussion um die Vollbeschäftigung, die eine zentrale darstellt, nicht vernachlässigt werden: Bildet die Nichteinlösung der Vollbeschäftigung doch erst den grundlegenden Auslöser für die Arbeitslosigkeit und für die vorliegende Problemstellung der Ummantelung formaler Kompetenzen für spezifische „Gruppen“ und somit deren Ausschluss aus dem zentralen System des Arbeitsmarktes. Das soll heißen, dass dadurch, dass die Ressource Arbeit mit dem derzeitigen Anspruch einer Vollzeitstelle knapp ist, ein Regulationsbedarf besteht, der in der jetzigen Praxis mit Ausschlussverfahren verbunden ist. Ein besonderer Fokus wird deshalb auf die Frage der Exklusion aus dem Arbeitsmarkt gelegt und dort – spezifiziert – auf die Fragen, wann einerseits formale Kriterien zur Partizipation in den Arbeitsmarkt außer Kraft gesetzt werden und andererseits für wen sie keine Geltung (mehr) besitzen.

Eine Frage steht innerhalb aller Diskussionen rund um das Thema Arbeit immer wieder –

und auch zu Recht – im Vordergrund, nämlich die Frage der Exklusion aus dem Arbeitsmarkt, die Arbeitslosigkeit. Die monatliche Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen wird immer wieder als ein politisches Ereignis inszeniert, obwohl, wie wir neuerdings erleben mussten, der Wahrheitsgehalt dieser Statistiken eher fragwürdig ist. Dennoch: der politische Erfolg einer Regierung wird sowohl von der Opposition als auch den Medien – und auch von der Regierung selbst – in Relation zu gerade diesen Zahlen und den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt gesetzt.

Das vorliegende Kapitel ‘Arbeit in der Diskussion’ lässt sich in drei Teile differenzieren:

1. *Die gesellschaftswissenschaftliche Perspektive.* Hier wird zunächst eine makrosoziologische Perspektive eingenommen, indem die gesellschaftliche Bedeutung von Arbeit in abstrakter Form präsentiert wird. Dabei geht es zunächst um die Klärung des Arbeitsbegriffs und die Entwicklung von Arbeit aus historischer Perspektive.
2. *Die urbane Stadtgesellschaft* bildet den Referenzrahmen der empirischen Untersuchung der Dissertationsschrift. Denn die postmoderne Gesellschaft zeigt sich als eine metropolitane Gesellschaft. Innerhalb dieser Forschung werden die Inklusions- und Exklusionsverfahren innerhalb des Arbeitsmarktes eines spezifischen Kölner Stadtteils thematisiert und analysiert. Zunächst wird dieser Stadtteil vorgestellt und in Hinblick auf die Relevanz des Themas analysiert.
3. *Arbeit im Quartier.* Innerhalb dieses Abschnittes werden die empirischen Daten mit Blick auf die aufgestellte Leitfrage ausgewertet. Entsprechend dem dreidimensionalen Ansatz, der dieser Arbeit zugrunde liegt, wird das Thema Arbeit aus eben diesen drei Perspektiven, der systemischen, der lebensweltlichen und der metakommunikativen Perspektive behandelt. Aufgrund der existentiellen Notwendigkeit von Arbeit im gesellschaftlichen Kontext wird die systemische Analyse des Themas ‘Arbeit’ im Vordergrund stehen.

2. Die Entwicklung der Arbeit als Erwerbsarbeit

Bevor sich mit dem empirischen Material der Stadtteilstudie beschäftigt wird, wird es zunächst darum gehen, die Bedeutung von Arbeit im gesellschaftlichen Kontext herauszuarbeiten. Dabei wird aus gesellschaftspolitischer Perspektive in drei Schritten verfahren, indem

die Begriffe Arbeit, Vollbeschäftigung und Arbeitslosigkeit einer Analyse unterzogen werden. Dies erscheint wichtig, um die Relevanz des Themas hervorzuheben.

a) *Der Begriff der Arbeit*

Der Begriff der Arbeit wird in gesellschaftlichen Diskussionen in ganz unterschiedlicher Weise genutzt. Deshalb ist es für die vorliegende Dissertation notwendig, zunächst einmal eine Klärung des Begriffes *Arbeit* zu leisten. Wenn an dieser Stelle eine Begriffsbestimmung von Arbeit vorgenommen wird, so geschieht dies nicht vor dem Hintergrund sich in eine allgemeine, ideologische oder gar philosophische Debatte um das Thema Arbeit einzureihen, sondern viel eher geht es hier darum, einen für die Fragestellung sinnvollen, adäquaten Arbeitsbegriff zu schaffen.

Wird von Arbeit gesprochen, so wird damit zumeist die Lohnarbeit, die Erwerbsarbeit, die Arbeit, mit der der Lebensunterhalt sicher gestellt wird, gleichgesetzt. Das betrifft zumindest den bundesrepublikanischen Kontext. Dies geschieht auch in der vorliegenden Dissertation, obgleich ich es grundsätzlich für unabdingbar halte, den Arbeitsbegriff zu erweitern. Ich werde jedoch Schritt für Schritt vorgehen. Neben diesem auf Lohnarbeit zentrierten Arbeitsbegriff kann Arbeit jedoch noch in einem weiteren Sinne verstanden werden.

Arbeit in einem erweiterten Sinne meint alle Prozesse des täglichen Lebens, die zur Lebensführung und Lebensgestaltung notwendig sind und dies sind – aus feministischer Perspektive betrachtet – insbesondere die reproduktiven Tätigkeiten, die vornehmlich von Frauen im Familienverbund geleistet werden.

Innerhalb der gesellschaftlichen Realität von Arbeit gewinnt noch ein Aspekt an Bedeutung: Arbeit korreliert in hohem Maße mit der eigenen und der zugeschriebenen Wertschätzung. Die Identitätsbildung der Einzelnen scheint in Abhängigkeit zur geleisteten Arbeit zu stehen. Dies hat sicherlich historische und zugleich auch religiöse Wurzeln. Zur Konsequenz hat dieses Phänomen, dass der Begriff der Arbeit zur Bestimmung der unterschiedlichsten Tätigkeiten Anwendung gefunden hat. Zu denken ist beispielsweise an Begriffe wie Regenerationsarbeit, Körperarbeit – zur Bestimmung von sportlicher Anstrengung – Beziehungsarbeit oder sogar Erholungsarbeit. Hierzu formuliert Liessmann treffend:

„Auch wenn dies eine metaphorische Verwendung des Begriffs Arbeit ist, wird mit dieser Begriffstransformation mehrfaches signalisiert. Auf der einen Seite unterstreichen wir damit die

Universalisierung eines Begriffs, der uns ans Herz gewachsen zu sein scheint, und auf der anderen Seite verschwindet etwas: die Dimension einer Tätigkeit nämlich, die frei ist von dem, was untrennbar mit dem Begriff der Arbeit verbunden ist: Leistung in der Zeiteinheit. Denn erst dieses Maß erlaubt es, nach der Effektivität von Arbeit zu fragen und wir universalisierten den Arbeitsbegriff, so meine These, damit wir nach Effektivität fragen können. Durch dieses Maß an Effektivität in der Zeit werden Arbeiten unterschiedlichster Art erst miteinander vergleichbar, und diese Vergleichbarkeit ermöglicht die soziale Wertschätzung. (...) Ich nenne den soeben skizzierten Prozess die Laborisierung menschlicher Tätigkeiten seit dem 19. Jahrhundert.“ (2000:88)

Liessmann kritisiert die Überstrapazierung des Begriffs der Arbeit einerseits und die damit verbundene Koppelung von individueller Wertschätzung und Arbeit andererseits. Sicherlich hat er damit in gewisser Weise Recht. Doch wird im weiteren Verlauf der Dissertation noch deutlich werden, dass gerade der individuelle Umgang mit Arbeit gravierende Veränderungen erfahren hat. Mag die Sprache auch noch auf anderes hindeuten, so sind im Zuge der Individualisierung vielfältige Umgangsformen mit dem Thema Arbeit sichtbar. Die Erwerbsarbeit jedoch als einzige Form der Arbeit aufzufassen, so wie dies Konrad Paul Liessmann suggeriert, unterstützt meiner Auffassung nach den männlich geprägten Arbeitsbegriff und negiert machtspezifische Aspekte von Arbeit. Mir erscheint es sinnvoll, innerhalb der Definitionsbildung einen Mittelweg, einzuschlagen, einen Mittelweg der sich zwischen einem auf Lohnarbeit konzentrierten Begriff der Arbeit und einem universalisierten Arbeitsbegriff befinden kann.

Es bleibt also festzuhalten, dass Erwerbsarbeit lediglich einen Teil des Arbeitsbegriffes skizziert, wenn auch ohne Zweifel einen bedeutenden. Aufgrund des immer noch existierenden Zusammenhanges zwischen Erwerbsarbeit und systemischer Inklusion in die Gesellschaft bildet die Erwerbsarbeit eine Schlüsselkategorie unter den diversen Arbeitsformen. In dem hier vorliegenden Rahmen muss sich deshalb – unter Berücksichtigung aller kritischer Einwände – auf Erwerbsarbeit als eine Form der Arbeit konzentriert werden.

In Bezug auf die Erwerbsarbeit stehen wir vor (mindestens) zwei Problemen. Einerseits geht der Gesellschaft die bezahlte Arbeit aus, was in den verschiedensten Untersuchungen festgehalten wurde, andererseits – beziehungsweise darüber hinaus – wird diese Arbeit ungerecht verteilt. Ungerecht bedeutet erstens, dass der Inklusionsfaktor nicht ausschließlich formal-rationaler Natur ist, und zweitens, dass Erwerbsarbeit nicht für alle zum Lebensunterhalt ausreichend beiträgt.

Vor allem Ulrich Beck unternimmt unter anderem deshalb den Versuch, zusätzlich ein Modell der Bürgerarbeit zu entwickeln, das Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit zur Stärkung

beziehungsweise als einen Teil der Zivilgesellschaft fordert. Dieses Modell, dass in der bisherigen Ausarbeitung noch stark an das Ehrenamt erinnert, wird gerade von Feministinnen kritisiert, die hierin eine Revitalisierung veralteter Geschlechterordnungen sehen. Dies meines Erachtens nicht zu Unrecht. Dennoch – und dies muss in dem Rahmen dieser Arbeit diskutiert werden – müssen Alternativen zur bestehenden Erwerbsgesellschaft überlegt werden, weil das bestehende System in dieser Form nicht mehr so funktioniert, dass es inkludierenden Charakter besitzt. Alternative Überlegungen zur Erwerbsgesellschaft werden deshalb im Resümee dieser Arbeit thematisiert.

Nachdem nun einerseits die Erwerbsarbeit, andererseits das Modell der Bürgerarbeit erwähnt wurde, beides Arbeitsformen, die mal mehr, mal weniger entlohnt werden, nun ein Blick auf einen weiteren Aspekt von Arbeit. Innerhalb der Palette der Diskussionen über Arbeit werden die reproduktiven Arbeiten, die zumeist von Frauen geleistet werden, ebenso wie die unterschiedlichen Formen der so genannten ehrenamtlichen Tätigkeit, die die Gesellschaft und deren sozialstaatlichen Charakter entlasten und gleichzeitig unterstützen, oftmals vergessen. Das heißt, die geschlechtsspezifischen und zugleich geschlechtshierarchischen Momente, die den Begriff der Arbeit prägen, werden zumeist lediglich am Rande behandelt oder erst gar nicht mit in den Arbeitsbegriff eingeschlossen. Im weiteren Verlauf dieser Arbeit werden diese hierarchischen gesellschaftlichen Bedingungen immer wieder thematisiert werden.

b) Arbeit im historischen Kontext

Ein Begriff steht in den heutigen Diskussionen um das Thema Arbeit oftmals im Mittelpunkt und zwar der Begriff der Vollbeschäftigung. Vollbeschäftigung wird von vielen als das Ideal und Ziel der Arbeitsgesellschaft betrachtet. Gleichzeitig wird der Anschein erweckt, als hätte es diese Vollbeschäftigung immer gegeben und sei sie uns erst jetzt abhanden gekommen. Was verbirgt sich jedoch hinter der Vollbeschäftigung? Um eine genaue Analyse der Diskussion um die Vollbeschäftigung leisten zu können, wird zunächst ein historischer Schritt gewagt und Erwerbsarbeit sowie Vollbeschäftigung im historischen Kontext analysiert. Erst anschließend wird skizziert, was eine Vollbeschäftigungsgesellschaft auszeichnet und warum sie so bedeut-

sam für den Sozialstaat ist.

Insgesamt wird sich, wie zuvor bereits ausgeführt, in dieser Untersuchung primär auf die *Erwerbsarbeit* als eine Form der Arbeit konzentriert. Die moderne Arbeitsgesellschaft zeigt sich spätestens seit Beginn der Industrialisierung im Gewand der Erwerbsgesellschaft. Nur diejenigen Tätigkeiten, die entlohnt werden, werden als 'richtige' Arbeit, nämlich als Erwerbsarbeit bezeichnet. Zwar findet der Begriff der Arbeit Einzug in vielerlei Lebensbereiche, wie zuvor herausgearbeitet wurde, doch das Stichwort, das hier von Interesse ist, ist das der Lohnarbeit (vgl. Wolfgang Bonß 2000:327ff.). Die Vergesellschaftung der einzelnen Gesellschaftsmitglieder soll (!) in der Regel über Erwerbsarbeit geschehen. Der Lebensunterhalt wird in der Erwerbsgesellschaft mittels abhängiger und auch unabhängiger Arbeit gesichert. So zumindest entspricht es der Norm. Gerade der unabhängigen Form der Erwerbsarbeit wird neuerdings eine herausragende Position beigemessen. Die Neugründungen von Unternehmen und die politische und ökonomische Förderung dieser Arbeitsformen sind ein Beleg hierfür. Jedoch ist unübersehbar, dass dieser Vergesellschaftungstypus Lücken aufweist beziehungsweise nicht für alle gleich funktioniert. Wolfgang Bonß weist zu Recht darauf hin, dass das Konzept der Vergesellschaftung durch Arbeit lediglich ein halbiertes Vergesellschaftungsmodus ist:

„Gleichwohl wird das Konzept einer Vergesellschaftung durch die Erwerbsarbeit selbst in fortgeschrittenen Erwerbsgesellschaften meist nur in halbiertes Form realisiert. Denn bezogen auf die Gesamtbevölkerung waren und sind die Erwerbspersonen (= Erwerbstätige und Arbeitslose) in der Regel in der Minderheit. So kamen in der Bundesrepublik Ende 1996 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes auf 82 Mio. Einwohner insgesamt knapp 40 Mio Erwerbspersonen. (...) Da in kapitalistischen Erwerbsgesellschaften die Quote nie über 50 % steigt, ist die Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder von der Vergesellschaftung durch Erwerbsarbeit nur indirekt betroffen.“ (2000:335)

Lediglich in einer bestimmten Altersphase – in der heutigen Zeit ungefähr zwischen 18 und 65 Jahren – sind die Individuen potentiell berufstätig. Von diesen möglichen Erwerbsfähigen wiederum sind nur ungefähr 75 % im Erwerbsprozess verankert.

Während hier noch von Arbeit als inkludierendem Faktor ausgegangen wird, geht André Gorz noch einen Schritt weiter. Er bestreitet den integrativen Charakter von Arbeit und „begräbt“ die Arbeitsgesellschaft, indem er sagt, dass diese tot sei und nur noch als ein Phantom in den Köpfen der Gesellschaftsmitglieder weiterlebt (2000:82f.). Diese Annahme beruht auf der von Gorz entwickelten These, dass Arbeit eine Konstruktion des Kapitalismus sei. Dies führt er sehr prägnant aus, wenn er skizziert, warum dieselbe Tätigkeit einerseits als Arbeit anerkannt wird, andererseits jedoch nicht:

„ (...) Aber selbst wenn etwa die Mutter am heimischen Herd ein dem Gehalt einer Erzieherin entsprechendes Kindergeld erhielte, hätte sie immer noch keine »Arbeit«, auch dann nicht, wenn sie ein Diplom als Erzieherin hätte. Und warum nicht? Weil die »Arbeit« als *soziale* Aktivität definiert wird, die sich in den Strom des gesamtgesellschaftlichen Warenaustausches einfügt. Ihre Entlohnung ist Ausdruck dieser Einfügung, aber dennoch nicht das Wesentliche. Diese besteht in der *gesellschaftlich anerkannten und normierten Funktion, die »Arbeit« in der Produktion und der Reproduktion der Gesamtgesellschaft innehat*. Um aber eine gesellschaftlich anerkannte Funktion zu erfüllen, muss sie selbst als Ausübung gesellschaftlich festgelegter Kompetenzen, die mit gesellschaftlichen Verfahren übereinstimmen, anerkannt sein. Mit anderen Worten, sie muss ein »Beruf« sein, will heißen, die Ausübung von gemäß anerkannter Verfahren institutionell bestätigten Kompetenzen.“ (2000:11)

Diese Einschätzung von Andre Gorz macht mehreres deutlich. Zunächst einmal führt er den Begriff des *Berufes* als ein Synonym für Arbeit ein, der Beruf, der eng mit Kompetenzen verbunden ist. Darüber hinaus hat Arbeit eine bestimmte Funktion im gesellschaftlichen Kontext. Gorz beschreibt sie als eine soziale Aktivität. Anders formuliert könnte meines Erachtens auch gesagt werden, dass Arbeit, so wie sie von Andre Gorz als gesellschaftliche Konstruktion verstanden wird, die Trennung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Raum markiert. Die Tätigkeiten, die in der öffentlichen Meinung dem Privaten zugerechnet werden, werden dabei nicht als Arbeit verstanden. Dass Andre Gorz sich von dieser Konstruktion der Arbeit verabschieden will, kann aus meiner Perspektive unterstützt werden. Denn – und hierauf haben Feministinnen bereits vor dreißig Jahren hingewiesen – eine solche Konstruktion von Arbeit ist immer auch geschlechtssegregierend und hierarchisch organisiert.

Während Wolfgang Bonß in seiner richtigen gesellschaftlichen Analyse lediglich quantitativ und relativ neutral verfährt, wenn er die halbierte Vergesellschaftung benennt, stelle ich die These auf, dass es einen ‘halbierten Ausschluss’ aus dem Vergesellschaftungsmodus Arbeit gibt, von dem – wie noch zu zeigen sein wird – insbesondere Frauen und Allochthone betroffen sind, und dies, obwohl es deren Lebensplanung zum Teil widerspricht. Den Begriff der halbierten Gesellschaft verwende ich in Anlehnung an Elisabeth Beck-Gernsheim und Erol Yildiz. Beck-Gernsheim stellt innerhalb der reflexiven, postmodernen Gesellschaft eine ‘Halbierung’ fest, die durch die soziale Kategorie Geschlecht verläuft. Erol Yildiz sieht diese Halbierung in Bezug auf allochthone Bevölkerungsmitglieder (1997). Übertragen auf den Kontext des Arbeitsmarktes lautet meine Aussage, dass die Halbierung der Arbeitsgesellschaft nicht nach neutralen Aspekten geschieht, sondern hierarchisch organisiert wird. Mit der Halbierung ist dabei keine mathematische Halbierung gemeint, sondern eine gesellschaftspolitische und zugleich ökonomische Teilung der Gesellschaft nach einem konstruierten Verfahren. Dies wird auch durch die Argumentation von Andre Gorz unterstützt, die zuvor vorgestellt wurde.

An dieser Stelle werde ich einen kurzen Blick auf Erwerbsarbeit aus historischer Perspektive werfen. Erwerbsarbeit, wie wir sie kennen, ist ein relativ junges Phänomen. Diesbezüglich stellt Gerhard Willke in seinem Buch 'Die Zukunft der Arbeit' fest:

„Arbeit hat es immer gegeben, hingegen ist Erwerbsarbeit eine Erfindung der Moderne. Es wird bisweilen übersehen, 'dass im Mittelalter (vor allem wegen der Feiertage) die Arbeitszeit kürzer (und das Arbeitstempo geruhsamer) war als in der gepriesenen Epoche des Industrialismus'; die Jäger und Sammler der Vorzeit gingen nach neueren Forschungen maximal zwei bis vier Stunden am Tag einer Tätigkeit nach', die Arbeitscharakter hatte.“ (1998:17)

Bis zur Industriellen Revolution im 18. und 19. Jahrhundert existierte in Europa Arbeit primär in Form der Subsistenzarbeit. Die zum Lebenserhalt des Einzelnen, der Familienverbände usw. notwendigen Produkte wurden für den Eigenverbrauch hergestellt, wobei jedes Familienmitglied zu dieser Tätigkeit beitrug. Die von Martin Kohli (1988) festgestellte Unterteilung der Biografie in Arbeitszeit, Freizeit und Ruhestand und somit die Konzentration auf die Erwerbsarbeit, in der die ganze Lebenslaufbahn um die Erwerbsarbeit konstruiert wird, existierte bis zum 19. Jahrhundert noch nicht. Diese Sichtweise entstand erst mit der Mechanisierung der Arbeit und speziell der Erfindung der Fließbandarbeit, Fließbänder, die, damit sie ausgelastet waren, keinen Leerlauf haben durften. In dieser zeitlichen Periode findet eine Verschiebung der Einkommensart statt, weg von dem Natural- zum Geldeinkommen. Neben dem Geldkommen existiert im 19. Jahrhundert jedoch weiterhin die 'Quasi-Entlohnung' durch Naturalien. Bekannt sind diesbezüglich vor allem die Schrebergärten, die den Arbeiterfamilien von Seiten der Unternehmer zur Verfügung gestellt wurden, mit dem Ziel, den geringen Lohn mit angebauten Nahrungsmitteln zu kompensieren. Für diese Form der Familienarbeit waren zumeist die Frauen, aber auch die Kinder und Senioren zuständig. Grundvoraussetzung für dieses Prinzip des Income-Mixes waren erstens ein funktionierender Familienverbund und zweitens die Bereitschaft zur Umverteilung der unterschiedlichen Ressourcen innerhalb dieses Verbundes. Im Zuge dieser ökonomischen Transformation entwickelte sich eine neue bis dahin nicht praktizierte Form der geschlechtsspezifischen und zugleich hierarchischen Arbeitsteilung. Das Neue an den Prozessen der Industrialisierung war, dass die Erwerbsarbeit nicht mehr im eigenen Haus und den umliegenden Feldern erledigt werden konnte, sondern dass eine bewusste Trennung zwischen Arbeit und Familie stattfand. Die Erwerbsarbeit wurde ausgelagert. Es entstand im kapitalistischen Sinne ein Raum des Öffentlichen und des Privaten. Der Raum des Öffentlichen war der des männlichen Ernährers, der Raum des Privaten war der der Mutter und Hausfrau. Dieses Modell, in dem Frauen die Hausfrauenrolle übertragen wurde, setzte

sich zunächst in den bürgerlichen Familien fort, wurde jedoch auch das Ziel innerhalb der Arbeiterschicht, war eine Realisierung dort auch schwieriger.

Ein kurzer historischer Rückblick auf das Phänomen der Erwerbsarbeit ist angesichts der Brisanz der Diskussionen um die Bedeutung der Arbeit innerhalb der bundesrepublikanischen Gesellschaft von Interesse, wird der Arbeit doch fast eine natürliche Eigenschaft beigemessen, wobei dies historisch nicht belegt werden kann. Und auch hier entscheidet der Blickwinkel, aus dem das Thema Arbeit fokussiert wird. Aus systemischer Perspektive betrachtet, wird die Relevanz von Erwerbsarbeit als inkludierender Faktor zu Recht als sehr hoch bewertet. Aus lebensweltlicher Sicht hingegen gestaltet sich der Umgang mit Arbeit sehr heterogen. Das uns vorliegende empirische Material zeigt deutlich, dass Erwerbsarbeit nicht weiterhin uneingeschränkt als biografischer Mittelpunkt gesehen wird. Es scheint also, als würden wir uns diesbezüglich an einer gesellschaftlichen Wende befinden.

Der veränderte Stellenwert von Arbeit im Leben des Einzelnen wird relativiert angesichts der Tatsache, dass die Erwerbsarbeit, wie wir sie kennen, als eine männlich zentrierte Normbeziehungsweise Vollbeschäftigung ein relativ junges Phänomen ist. Diese Form der Erwerbsarbeit muss als eine Art Übergangsphänomen bezeichnet werden. Der Grundstein für diese geschlechtersegregierende Arbeitsteilung wurde im 19. Jahrhundert durch die Förderung der Fabrikanten von Frauen als 'Hausfrauen' gelegt. Hierzu bemerkt Georg Vobruda:

„Die Förderung kleinen Eigentums an Grund und Boden sowie eines geordneten Familienlebens der Arbeit hing – vermittelt über die Schlüsselstellung der Frauen – eng miteinander zusammen und erfolgte teils um diesen Aspekt der Existenzsicherung in den Familien zu verstärken – und nicht zuletzt um entsprechend an Lohnkosten zu sparen. ... Alles in allem kann also festgehalten werden, dass Familienarbeit diese Armutssituation einigermaßen erträglich gestaltete und dass mittels mehrerer Einkommensquellen das Risiko der Verelendung und einseitiger Abhängigkeiten reduziert wurde.“ (2000:21)

War diese Form der Arbeit, die Koppelung von Lohnarbeit und Naturaleinkommen, durchaus auch typisch für viele Arbeiterfamilien des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, so darf dies aber nicht den Blick dafür versperren, dass es natürlich auch Familien gab, in denen so wohl die Männer als auch Frauen erwerbstätig in Form des Lohnarbeitsverhältnisses waren. Frauen aus der Arbeiterschicht waren es gewohnt zu dem Familieneinkommen in Form eines Lohnarbeitsverhältnisses beizutragen und taten dies auch, wenn sie nicht durch eine oktroyierte Familienpolitik der Fabrikanten daran gehindert wurden. Mit dem Übergang zu einer geschlechtsspezifisch organisierten Arbeitsteilung und der Durchsetzung des bürgerlichen Ideals der Frau als Hausfrau und Mutter wurden Frauen immer mehr an das Haus gebunden. Das bewirkte, dass

sie sich in eine doppelte Abhängigkeit begaben. Zunächst waren sie abhängig von ihrem Ehemann – und mit diesem gemeinsam – von dem Arbeitgeber, bei dem der Mann beschäftigt war. Das Risiko arbeitslos zu werden und als Folge des Arbeitsverlustes auch die zusätzliche Einnahmequelle eines Schrebergartens zu verlieren war sehr hoch. Seit der Industrialisierung dienten Frauen immer wieder als eine Art ‘Reservearmee’ für den Arbeitsmarkt. Sobald ein Arbeitskräftemangel zu verzeichnen war, wurden Frauen animiert, eine Berufstätigkeit auszuüben. In Zeiten, in denen die bezahlte Arbeit knapp wird, waren und sind Frauen Verdrängungsprozessen ausgesetzt, mehr und mehr setzten sie sich jedoch gegen diese Verdrängungsversuche zur Wehr. Auffällig war ein solcher Verdrängungsprozess beispielsweise nach der Wiedervereinigung der BRD und der DDR im Jahre 1990. Während bis dahin die Frauen aus der ehemaligen DDR nahezu vollbeschäftigt waren, waren sie nach der Wende die Ersten, die von Entlassungen betroffen waren.

Trotz der Hervorhebung der relativ jungen Geschichte der Erwerbstätigkeit kann daraus nicht geschlossen werden, dass die Diskussionen um Arbeit, wie sie derzeit geführt werden, keine Relevanz besitzen würden, ganz im Gegenteil. So lange die finanzielle Absicherung des Einzelnen über Erwerbsarbeit gesichert werden muss, Arbeit also eines der wichtigsten inkludierenden Elemente für die Gesellschaft darstellt, Arbeit jedoch mit dem jetzigen Verteilungsmodus knapp ist, besteht die Notwendigkeit, dieses Thema auch weiterhin zu diskutieren. Nur so können Lösungsstrategien gegen die Erwerbslosigkeit entwickelt werden. Das bedeutet, dass die systemischen Verwerfungen benannt werden müssen, damit sie diskursiv bearbeitet und gelöst werden können. Die Lösungsstrategien als Ergebnis der geführten Diskurse müssen mit dem Ziel einer *gerechten* Verteilung von Arbeit verknüpft werden, da es ansonsten bei ungleichen und ungerechten Chancen und Ausgangslagen der Individuen auf dem Arbeitsmarkt bleiben wird.

c) *Die Frage der Vollbeschäftigungsgesellschaft*

Die Bundesrepublik Deutschland, ebenso wie andere westliche, fortgeschrittene Industriegesellschaften, befindet sich derzeit in einer Krise der Erwerbsarbeit. Diese zeigt sich derart, dass es – beginnend mit der Ölkrise in den Jahren 1973 und 1974 – zu einer strukturellen Arbeits-

losigkeit mit um die vier Millionen Arbeitssuchenden gekommen ist. Hierbei handelt es sich, wie oben bereits dargelegt wurde, lediglich um die offiziellen Zahlen der Erwerbslosen, die durch die Bundesanstalt für Arbeit herausgegeben werden. Nicht eingeschlossen sind dabei diejenigen, die sich schon gar nicht mehr auf Arbeitssuche begeben, da ihre Chance eine Arbeit zu finden sehr gering ist. Ebenso wenig werden hier diejenigen mitgezählt, die kurzfristig in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme beschäftigt sind, oder gar Frauen, die aufgrund von Kinderbetreuung und Familienaufgaben nicht erwerbstätig sind. Und auch diejenigen Allohtholen, denen eine Arbeitserlaubnis verweigert wird, werden nicht in die Statistiken der Arbeitssuchenden aufgenommen.

Seit dem Wirtschaftswunder in den 50er Jahren bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts war in der Bundesrepublik Deutschland eine Vollbeschäftigung gegeben. Der Begriff der Vollbeschäftigung wird in unterschiedlicher Weise definiert. Eine Definition besagt, dass Vollbeschäftigung dann besteht, wenn die Arbeitslosenquote geringer als zwei Prozent ist. Hiervon sind wir inzwischen weit entfernt.

Eine der aktuellsten Analysen zum Thema Vollbeschäftigung wurde von dem Soziologen Georg Vobruda vorgelegt. Unter Vollbeschäftigung versteht Vobruda:

„Mit ‘Vollbeschäftigungsgesellschaft’ meine ich, dass wichtige Institutionen, etwa das Steuerwesen und die Sozialpolitik, auf Vollbeschäftigung in Normalarbeitsverhältnissen aufbauen und dass das Normalmuster individueller Lebensläufe sich an abhängiger Erwerbsarbeit orientiert. Die Vollbeschäftigungsgesellschaft ist durch Vollbeschäftigung geprägt, ohne dass tatsächlich Vollbeschäftigung bestehen müsste. Im Gegenteil, die Charakteristika der Vollbeschäftigungsgesellschaft werden erst dadurch deutlich, wenn ihr die Vollbeschäftigung abhanden gekommen ist, wenn sie nur noch als Sollgröße hochgehalten wird. Gegenwärtig bezieht sich die Vollbeschäftigungsgesellschaft auf eine Fiktion – und genau deshalb zeitigt diese Fiktion reale Auswirkungen. Also: Die Arbeit bleibt, die Vollbeschäftigung ist vorbei.“ (2000:11)

Die Grundlagen der Vollbeschäftigungsgesellschaft sind durch die Bismarckschen Sozialgesetzgebungen gegeben, die erst einen Zusammenhang zwischen Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung festgelegt haben. Die finanzielle Absicherung in Zeiten der Erwerbslosigkeit und der Rente wurde in Korrelation zur Erwerbsarbeit gebracht. Dieses System konnte und kann selbstverständlich nur dann funktionieren, wenn annähernd eine Vollbeschäftigung gewährleistet ist. Bis heute hat sich dieses Gesellschaftsprinzip der lohnarbeitszentrierten Gesellschafts- und Sozialpolitik fortgesetzt, wenn es auch zunehmend wirkungsloser wird. Dies zeigt sich u.a. an den nicht mehr ‘sicheren Renten’, die durch private Vorsorge gestützt werden sollen, ebenso wie am Gesundheitswesen, das sich zu einem Mehrklassensystem entwickelt.

Der französische Soziologe Andre Gorz bringt einen neuen Aspekt in die Diskussion um

die Vollbeschäftigung ein. Er plädiert dafür, dass der Mythos des sozialen Bandes der Arbeit entzaubert werden muss, und sieht die Forderungen nach Vollbeschäftigung und festen Arbeitsplätzen als eine Forderung des 'Kapitals'. Er bemerkt zu Recht:

„Der herrschende, politisch und soziologisch korrekte Diskurs, der den festen Arbeitsplatz als dringendes Bedürfnis und heiliges Recht darstellt, nutzt schließlich vor allem der Herrschaftsstrategie des Kapitals: Er treibt alle dazu an, sich mit allen anderen im Konkurrenzkampf um immer knapper werdende Ressourcen dem Diktat der Arbeitgeber und des Marktes zu unterwerfen. Menschen werden im Wettbewerb um einen dieser Arbeitsplätze gegeneinander ausgespielt, und die Überzähligen gelten als Verlierer und minderwertig.“ (2000:83)

Sicherlich ist diese radikale, politische Sichtweise von Gorz eher gewöhnungsbedürftig, da die meisten von uns sich nicht von dem Gedanken der Vollbeschäftigungsgesellschaft verabschieden möchten.

2.1. Arbeitslos. Was ist das?

Wenn man sich mit dem Thema der Inklusion in den und der Exklusion aus dem Arbeitsmarkt beschäftigt, ist eine Bestimmung der wichtigsten Termini notwendig. Gerade der Ausschluss aus dem Arbeitsleben wird aus rechtlicher Perspektive unterschiedlich benannt. Da ist von Arbeitssuchenden, Erwerbslosen, verdeckter Arbeitslosigkeit und Arbeitslosen die Rede. Diese Begriffe haben ihre Bedeutung, wenn es um die monatlich veröffentlichten Daten zur Entwicklung des Arbeitsmarktes geht. Ebenso wird mit diesen Daten teilweise festgelegt, wer Anspruch auf Leistungen des Arbeitsamtes hat (Paul M. Schroeder 1999:31ff).

Als *Arbeitssuchende* im Sinne der Bundesanstalt für Arbeit gelten diejenigen, die eine versicherungspflichtige Arbeit an mindestens sieben Kalendertagen im Monat suchen. Diesbezüglich müssen sie Kontakt mit der Arbeitsvermittlung des Arbeitsamtes aufgenommen haben und sich arbeitssuchend gemeldet haben. Sie müssen in der Bundesrepublik Deutschland wohnen und das 15. Lebensjahr vollendet haben. Antragsteller(innen), die Arbeitslosengeld beziehungsweise Arbeitslosenhilfe beziehen, gelten für diesen Zeitraum als arbeitssuchend. Umgekehrt gilt, dass sie nur dann Anspruch auf Lohnersatzleistungen haben, wenn sie sich auch arbeitssuchend gemeldet haben. Diejenigen, die keine Lohnersatzleistungen beziehen, gelten zunächst für drei Monate als arbeitssuchend.

Als *arbeitslos* im Sinne der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit gelten die Arbeitssuchenden, die nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur geringfügig beschäftigt

sind. Gleichzeitig wird von ihnen erwartet, dass sie der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen und sich persönlich beim Arbeitsamt gemeldet haben. Darüber hinaus dürfen sie nicht älter als 65 Jahre sein und nicht arbeitsunfähig erkrankt sein. Arbeitslose können – müssen jedoch nicht unbedingt – Leistungen des Arbeitsamtes beziehen. Der Begriff des *Arbeitslosen* im Sinne der Bundesanstalt für Arbeit ist nicht äquivalent mit den Arbeitslosen im leistungsrechtlichen Sinne. So können beispielsweise unter bestimmten Umständen auch diejenigen Leistungen durch das Arbeitsamt beziehen, die dem Arbeitsmarkt nur bedingt zur Verfügung stehen, wie beispielsweise BezieherInnen von Altersübergangsgeld. Diese zählen jedoch nicht zu den Arbeitslosen der monatlich erscheinenden Statistik. Ebenso wie auch Frauen, die zwar eine abgeschlossene Berufsausbildung besitzen, aufgrund der Familienarbeit jedoch keiner entlohnten Tätigkeit nachgehen, nicht als arbeitslos im Sinne der Bundesanstalt für Arbeit gelten.

Gerade für die in dieser Dissertation vorgenommene Spezialisierung auf die Frage, inwieweit die Exklusion aus dem Arbeitsmarkt insbesondere für allochthone Bevölkerungsglieder gravierend ist, ist ein weiterer Begriff der Bundesanstalt für Arbeit interessant, und zwar der der *nicht arbeitslosen Arbeitssuchenden*. Zu den nicht arbeitslosen Arbeitssuchenden gehören zunächst einmal Erwerbstätige einschließlich Soldaten und Zivildienstleistenden sowie Beschäftigte in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Des weiteren zählen zu dieser Kategorie Schüler(innen) und StudentInnen, insofern sie mehr als 15 Stunden in der Woche arbeiten möchten, TeilnehmerInnen an Weiterbildungsmaßnahmen, Arbeitssuchende innerhalb einer Justizvollzugsanstalt sowie „Personen, die der Arbeitsvermittlung gemäß den jeweils geltenden Bestimmungen des Arbeitsförderungsrechts nicht zur Verfügung stehen“ (Paul M. Schroeder 1999: 33). Hierzu zählen einerseits diejenigen, denen die Arbeitserlaubnis verweigert wird; zu dieser Gruppe gehören arbeitserlaubnispflichtige allochthone ArbeitnehmerInnen, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, sowie Asylsuchende, die erstmals in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten möchten. Andererseits gehören dieser Gruppe diejenigen an, die nicht ‘arbeitsbereit’ oder ‘arbeitsfähig’ sind oder nicht bereit sind eine ihnen zumutbare Beschäftigung anzunehmen.

Insgesamt muss bei diesen Erläuterungen mit einbezogen werden, dass sich die Definitionen in unregelmäßigen Abständen ändern. Somit können Veränderungen in der Rechtslage auch die Arbeitslosenzahlen mit beeinflussen. Statistiken, die Begriffe dieser Art prägen,

können als eine Konstruktion gedeutet werden, somit also auch die monatlich erscheinenden Arbeitslosenzahlen. Trotz einiger Kritikpunkte und Einschränkungen ist es sinnvoll, die Begriffe Arbeitslose, Arbeitssuchende, nicht arbeitslos Arbeitssuchende in der Form zu verwenden, wie sie durch die Bundesanstalt für Arbeit bestimmt werden.

2.2. Arbeit und Geschlecht

Die Gesellschaft, in der wir leben, basiert strukturell in vielerlei Hinsicht auf einer geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Und so werden die unterschiedlichen Arbeiten und Verantwortlichkeiten nicht nur geschlechtsspezifisch, sondern zugleich geschlechtshierarchisch organisiert. Grundlegend für diese geschlechterdifferenzierende Arbeitsteilung sind die sozialen Geschlechtszuschreibungen von männlich und weiblich. Die an das zugeschriebene Geschlecht gebundene Differenzierung durchzieht weitere soziale Kategorien wie 'Klasse' und 'Ethnie'. Wie sich diese Ordnungsprinzipien verschränken und rassistische und sexistische Marginalisierungsformen auch auf dem Arbeitsmarkt ineinander greifen, wird im weiteren Verlauf der Arbeit, insbesondere anhand der Analyse des empirischen Materials diskutiert.

Vielfach wird sich in den Diskussionen um das Thema Arbeit lediglich auf einen männlich zentrierten Arbeitsbegriff beschränkt. Auch die wissenschaftlichen Diskussionen spiegeln diese männliche Perspektive wider. Dies wird von Karin Hausen zu Recht kritisiert:

„Die Verengung des Arbeitsbegriffs hat Fehlwahrnehmungen und Fehlbewertungen erleichtert, wenn nicht gar hervorgerufen. Bezahlte und unbezahlte Schattenarbeit und/oder Schwarzarbeit verflüchtigen sich zu irrlichtigen Randphänomenen; Arbeit, die wie Familienarbeit, Hausarbeit und ehrenamtliche Arbeit nicht bezahlt wird, erscheint nicht länger als Arbeit oder zumindest nicht als richtige Arbeit. Zur Arbeit im Sinne des Einsatzes von Zeit, Kraft und Können, um ein bestimmtes Ergebnis zu erreichen, zählte in früheren Zeiten selbst die Arbeit des Gebärens. Der auf Erwerbsarbeit eingeengte, statistisch nützliche Arbeitsbegriff schafft gegenüber einer Gemengelage von Phänomenen Klarheiten. Doch gleichzeitig bekräftigen die begrifflichen Grenzziehungen systematisch eine Abwertung der für Frauen und eine Aufwertung der für Männer ausgelegten Arbeit, denn 'richtige' Arbeit ist Männerarbeit: Diese wird in Geld vermessen und hierarchisch geordnet; sie wird nach Berufszweigen ausdifferenziert und professionalisiert; die Regulierung von Beschäftigungsverhältnissen und Beschäftigungszeiten produziert ein Verständnis von Normalarbeitsverhältnissen nebst Freizeit und Urlaub, die auf Kontinuität gestellt sind; in Relation zu dieser Normalarbeitszeit werden schließlich Überstundenarbeit, Teilzeitarbeit, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung als Sonderformen bezahlter Arbeit charakterisiert.“ (2000:346)

Die von Karin Hausen eingenommene Perspektive lässt den Blick insbesondere auf die Wertigkeit von Arbeit werfen. Diese Wertigkeit konzentriert sich im Speziellen auf die Fragestellung, welche Arbeit in welcher Form bezahlt werden soll, welche Arbeit dement-

sprechend in den ökonomischen Kreislauf aufgenommen wird. Haus- und Familienarbeit, Tätigkeiten, die auch heute noch bevorzugt von Frauen geleistet werden, liegen jenseits dieses ökonomischen Kreislaufes. Zwar wird die Hausarbeit zumeist von Frauen geleistet, doch bedeutet dies nicht, dass sich Frauen auf die Hausarbeit reduzieren ließen. Dies ist ein Mythos, der mit dem Entstehen der bürgerlichen Familie im 19. Jahrhundert Einzug in die deutsche Gesellschaft hielt.

An der Zuordnung der Haus- und Familienarbeit als 'Frauenarbeit' zeigt sich auch, dass die geschlechtsspezifische Teilung der Arbeit nicht gleichberechtigt verteilt wird, sondern ebenso wie die Gesellschaft durch eine geschlechtshierarchische Teilung organisiert wird, die zu Lasten der Frauen geht. Für Frauen hat diese geschlechtsspezifisch organisierte Gesellschaft zur Folge, dass sie sich – leider immer noch zu häufig – in Abhängigkeit von einem Mann, zumeist dem Ehemann begeben. Sie sind, wie Ilona Ostner dies treffend formuliert hat, 'einen Ehemann von der Armut entfernt' (1995).

Es wurde mehrfach festgehalten, dass Frauen zunehmend auf den Arbeitsmarkt drängen. Das heißt, dass nicht mehr nur gilt, dass die von Frauen geleistete Arbeit durch Nicht-Bezahlung gekennzeichnet ist, wie die Hausarbeit, sondern ebenso durch eine Unterbezahlung. Vergleicht man die Gehälter von Frauen mit denen von Männern, so wird zweierlei deutlich: Die gleichen geleisteten Tätigkeiten werden erstens unterschiedlich bezahlt, wobei Frauen im Durchschnitt weniger verdienen. Zum Zweiten finden sich Frauen kaum in den 'höheren' Etagen des Managements, der Universitäten usw. Das weist darauf hin, dass Frauen vornehmlich die Tätigkeiten ausüben, die mit weniger Macht und Verantwortung verbunden sind. Dass dies nicht mit mangelnder Bildung zusammenhängt, beweisen die Statistiken, nach denen inzwischen mehr junge Frauen als Männer Abitur machen, und dies sogar noch mit besseren Leistungen. Zu vergleichbaren Ergebnissen – die sich insbesondere auf die Qualität des Lernens beziehen – ist diesbezüglich auch die PISA-Studie gekommen.

Die feministischen Soziologinnen Maria Mies und Claudia von Werlhof haben die Unterbezahlung und Unterbewertung der Arbeit von Frauen Anfang der 80er Jahre als die *Hausfrauisierung* der Arbeit bezeichnet. Hausfrauisierung, so Maria Mies heißt nicht nur lohnlose, abhängige Hausarbeit, sondern zeigt sich auch als die strukturelle Bedingung für die Entwertung aller weiblicher Erwerbsarbeit (Maria Mies 1983).

Sicherlich haben sich in den letzten zwanzig Jahren in Blick auf die Erwerbstätigkeit von Frauen Veränderungen vollzogen. Frauen streben zunehmend eine berufliche Karriere an, sie lassen sich nicht mehr nur auf ihre Rolle als Mutter und Hausfrau reduzieren. Hierzu mit beigetragen haben – sicherlich unterstützt durch die Arbeit der Frauenbewegung – die unterschiedlichsten politischen Programme, die zunächst die Förderung der Frauen, dann der Geschlechter zum Ziel hatten. Vielversprechend für eine Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern ist die Strategie des ‘Gender Mainstreaming’, die im Jahre 1996 durch den Amsterdamer Vertrag als verbindliche EU-Richtlinie zur Herstellung der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern verabschiedet wurde.

„Gender Mainstreaming bezeichnet ein Programm staatlicher Politik, dessen grundlegendes Ziel darin besteht, zur Berücksichtigung von Geschlechterunterschieden in allen Bereichen und auf allen Ebenen politischer Entscheidungen im Interesse der Gleichheit zwischen den Geschlechtern beizutragen. Grundlage dessen sind Vereinbarungen auf der Ebene der europäischen Union, die nunmehr auch in der Bundesrepublik aufgegriffen werden. (...)“

Es geht im Rahmen von Gender Mainstreaming nicht mehr ‘nur’ um Frauenförderung, sondern um die Anerkennung von geschlechtsbezogenen Unterschieden und darauf bezogen von Benachteiligungen in den Lebensbedingungen und den Praktiken der Lebensführung zwischen Frauen *und* Männern, aber auch innerhalb der Geschlechter – z. B. zwischen eher karriereorientierten und eher familienorientierten Frauen und Männern.“ (Albert Scherr 2001:18)

Während Gender Mainstreaming auf einer parlamentarisch organisierten Politik basiert und von dieser initiiert wurde, entstehen daneben – jenseits der offiziellen Politik – zunehmend ‘autonome’ Formen der Unterstützung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Zu denken sei beispielsweise an die Mentoring-Programme, die seit Mitte der 90er Jahre in den verschiedensten Branchen, seien es Wirtschaftsunternehmen oder Universitäten, angeboten werden. Zwar gibt es auch hier zwischenzeitlich institutionalisierte Mentoringprogramme, wie beispielsweise das Ada-Lovelace-Programm an der Universität Koblenz/Landau, das mit dem Ziel angetreten ist, Frauen in den naturwissenschaftlichen Bereichen zu stützen; doch ist der Charakter von Gender Mainstreaming durch die rechtliche Grundlage anders einzuordnen. Die Basis der Mentoringprogramme liegt in der Unterstützung junger Frauen, die am Beginn ihrer Karriere stehen, durch Frauen, die bereits im Berufsleben Fuß gefasst haben. Mentoring dient sowohl der Karriereplanung als auch der Begleitung der Karriere von Frauen, dabei setzt Mentoring sowohl an einer inhaltlichen als auch einer psychischen Ebene an. Mentoring ist dabei nur eines von vielen politischen Programmen, die eingesetzt wurden, um Frauen den Weg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass es gerade die zivilgesellschaftlichen und alltagspolitischen Handlungen sind, die Frauen mit Blick auf den Arbeitsmarkt

stützten. Die Frauenbewegung hat hier viel geleistet. Doch bleiben diese politischen Aktionen wirkungslos, gehen sie nicht auch mit systemischen Veränderungen einher.

Hat sich auch in den letzten Jahrzehnten einiges auf dem Arbeitsmarkt für Frauen getan, so kann, wie wir auch anhand des empirischen Materials sehen können, von einer Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt noch nicht die Rede sein. Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt bedürfen nämlich sicherlich auch Änderungen der Familienstrukturen sowie staatlich organisierte Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

3. Arbeit im Quartier: Die urbane Arbeitsgesellschaft

Wie aus gesellschaftstheoretischer Perspektive analysiert wurde, zeigt sich die postmoderne Gesellschaft als eine metropolitane Gesellschaft. Innerhalb des städtischen Kontextes lassen sich drei unterschiedliche Handlungsebenen – die systemische, die lebensweltliche und die diskursive – finden, die ineinander verzahnt sind. Je nach Situation dominiert eine der drei genannten Perspektiven. In der postmodernen Stadt finden wir eine Dominanz des systemischen Handlungszusammenhangs. Das bedeutet, dass die funktionale Ausdifferenzierung der Gesellschaft in Systeme und Teilsysteme innerhalb der Stadt eine unverzichtbare Position einnimmt. Eine funktionierende kommunale Infrastruktur ist die Grundlage für Vielfalt in den unterschiedlichsten Zusammenhängen und die Ausgestaltung lebensweltlicher Prozesse. Dies betrifft erst recht die Situation des Arbeitsmarktes. Entsprechend muss der städtische Arbeitsmarkt so ausgestaltet sein, dass eine Teilhabe für die meisten BewohnerInnen ermöglicht wird. Darüber hinaus – und dies bildet einen der wesentlichen Grundzüge einer formal ausdifferenzierten Gesellschaft – ist es unabdingbar, dass die funktionale Ausdifferenzierung unabhängig von lebensweltlichen, ethnischen oder geschlechtsspezifischen Differenzen beziehungsweise entsprechenden Konstruktionen verwirklicht werden kann. Ein Handeln jenseits dieser Formalrationalität ist gleichzeitig ein Handeln jenseits postmoderner Vorstellungen. Wenden wir uns nun einem Kölner Stadtteil zu und analysieren dort den Arbeitsmarkt unter der entsprechenden Fragestellung.

3.1. Der Kölner Stadtteil Ehrenfeld – Vom Arbeiterquartier zum postmodernen Stadtteil

Im Fokus der Forschung stand der Kölner Stadtteil *Ehrenfeld*. Dieses Quartier bot sich mit Blick auf das bereits an anderer Stelle formulierte Forschungsinteresse aus mehreren Gründen an: Entstanden im Zuge der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts, hat sich Ehrenfeld zu einem in vielerlei Hinsicht vielfältigen, multikulturellen Stadtbezirk entwickelt, zu einem postmodernen Quartier. Das Thema Arbeit spielte aufgrund der Historie seit jeher eine besondere Rolle in diesem Stadtteil Kölns. Es stellt sich nun die Frage, inwieweit sich die

Integrationskraft von Arbeit im Wandel der Zeit von der Industriegesellschaft des 19. Jahrhunderts bis hin zur Postmoderne des 21. Jahrhunderts innerhalb dieses Stadtquartiers verändert hat.

Darüber hinaus wurde das Forschungsinteresse an dem untersuchten Stadtquartier durch einen weiteren Aspekt verstärkt, ein Aspekt, der sich auf die strukturelle Ausgestaltung postmoderner Großstädte bezieht. Hierzu schreiben die Stadtforscher Jens Dangschat und Jörg Blasius:

„Großstädtische Gesellschaften differenzieren sich offensichtlich mehr und mehr aus, werden extrovertierter; die Lust am demonstrativen Anderssein wird im städtischen Kontext zunehmend sichtbar, sie wird spürbar.“ (1994:11)

Dieser umrissene Differenzierungsprozess, so wird sich zeigen, ist auch in Ehrenfeld evident, was darauf hindeutet, dass das Quartier repräsentativen Charakter für postmoderne Städte besitzt. Dangschat und Blasius beziehen sich hier einerseits auf die funktionale Ausdifferenzierung der Gesellschaft, andererseits aber auch auf die dadurch entstehende Pluralisierung der Lebensstile. Die in Ehrenfeld relevanten Umstrukturierungsprozesse lassen sich unter dem Stichwort der Gentrifizierung subsumieren. Transformationen also, deren inhärenter Charakter mit dem Ziel der Aufwertung des Stadtteils verknüpft ist und die zudem mit einem strukturellen Bevölkerungsaustausch der Wohngebiete einhergehen. Diese Prozesse bedeuten auch, dass sich der Arbeitsmarkt innerhalb des Quartiers verändert und zugleich differenziert hat, was Auswirkungen auf den Umgang mit dem Thema Arbeit hat.

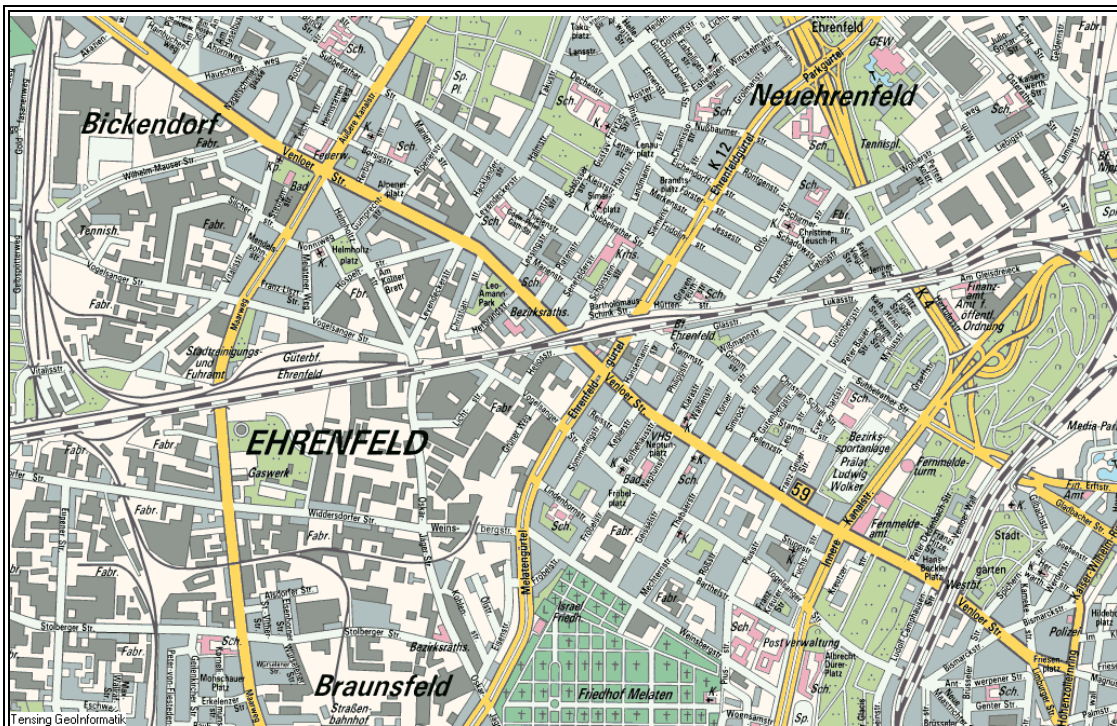
Bevor wir konkret zur Thematik der Forschung kommen, wird zunächst der Untersuchungsraum Ehrenfeld vorgestellt. Dies ist wichtig, um die theoretisch erarbeiteten Merkmale der metropolitanen Gesellschaft mit der Realität des Quartiers zu vergleichen. Dabei wird sich auf die Aspekte konzentriert, die in direkter Verbindung mit dem Thema der Dissertation korrelieren:

- Die Geschichte Ehrenfelds
- Ehrenfeld und die Migration
- Ehrenfeld – ein Quartier im Wandel
- Ehrenfeld – ein heterogener Stadtteil

Um den Stadtteil räumlich vorstellbar werden zu lassen, zunächst einige Vorbemerkungen zu dem Untersuchungsfeld:

Verwaltungstechnisch bezeichnet Ehrenfeld einerseits einen Kölner Stadtbezirk, andererseits

einen Kölner Stadtteil, der im Westen der Großstadt liegt. Seit 1975, im Zuge einer Gebietsreform, ist Ehrenfeld Namensgeber für den Stadtbezirk, der die Stadtteile Bickendorf, Neu-Ehrenfeld, Vogelsang, Bocklemünd und Ehrenfeld umfasst. In der vorliegenden Untersuchung wird sich auf den Stadtteil Ehrenfeld beschränkt. Die folgende Karte zeigt den Stadtteil Ehrenfeld.



3.2. Die Geschichte des Quartiers

Die Geschichte des Stadtteils Ehrenfeld zu rekonstruieren ist nicht nur aus rein wissenschaftlich-theoretischer Perspektive geboten, vielmehr hat sich innerhalb der Forschungsphase gezeigt, dass sowohl die EhrenfelderInnen selbst als auch die Kölner BürgerInnen ein starkes Interesse an ihrem Stadtteil, an ihrer Stadt und an der damit einhergehenden Geschichte haben. Dabei kann die Geschichte Ehrenfelds als die Geschichte eines Arbeiterquartiers gedeutet und analysiert werden. Exemplarisch für das Interesse, das die Ehrenfelder(innen) der Geschichte

des Quartiers entgegenbringen, sind die gut besuchten Stadtteilführungen. Diese werden von den Teilnehmer(inne)n nicht lediglich konsumiert, sondern auch genutzt, um eigene Erlebnisse und Erfahrungen zu vermitteln. Eine solche Auseinandersetzung mit der Ehrenfelder Geschichte kann als ‘erlebte’ und zugleich ‘lebendige’ Geschichte gedeutet werden. Auch in einigen der von mir geführten Interviews mit EhrenfelderInnen wurde die Geschichte des Quartiers – soweit sie in den Biografien der Einzelnen von Bedeutung war – thematisiert.

Neben dieser Form der Geschichtsvermittlung finden sich noch weitere, so kommt der historischen Literatur über das Quartier eine besondere Bedeutung zu. Diese Literatur hat ganz unterschiedlichen Charakter, sei sie themenspezifisch orientiert, bezogen auf eine Straße oder eher eine Konstruktion der eigenen Biografie.²² Darüber hinaus hat sich in Ehrenfeld das ‘Centrum Schwule Geschichte’ niedergelassen. Die Aufgaben und Ziele dieses Geschichtsvereins liegen darin, die Geschichte der Homosexuellen innerhalb Kölns erstmals sichtbar zu machen, den ‘Unsichtbaren’ somit ein Gesicht zu geben. Dies geschieht in Form des Aufbaus eines historischen Archivs, einer Bibliothek, der Erstellung und Herausgabe von Publikationen sowie der Durchführung von Informations- und Bildungsveranstaltungen. Außerhalb der ‘homosexuellen Community’ ist das Zentrum durch die Stadtführungen ‘Warme Meilen’ bekannt geworden.

Vergleicht man Ehrenfeld mit anderen Kölner Stadtteilen oder der Stadt Köln selbst, deren Wurzeln über 2.000 Jahre zurückgreifen, so wird deutlich, dass es sich um einen relativ jungen Ort handelt. Erwähnung erfährt diese Region erstmals im Jahr 1845. Vor dem Ehrentor in Köln, auf dem ‘Ehren-Felde’ wird eine neue Siedlung gegründet, die den gleichlautenden Namen erhält. Initiatoren dieser ‘Gründung’ waren private Unternehmer, die verschiedene Industriebetriebe in Ehrenfeld ansiedelten. Wenn in diesem Kontext von einer Gründung des Stadtteils gesprochen wird, so hat dies angesichts der detaillierten Planung des Quartiers seine Berechtigung. Da Ehrenfeld bis zu jenem Zeitpunkt lediglich aus drei Häusergruppen bestand – dem Subbelrather Hof, Mechternfeld und Ziegefeld – war es notwendig, Wohnraum für die Arbeiter(innen) und ihre Familien zu schaffen. Dieser Wohnraum entstand in Form von Betriebswohnungen, die zu den Fabriken hinzu gebaut wurden, was der damals üblichen räumlichen Nähe von Arbeits- und Wohnraum entsprach. Den neuen Firmen folgte der Zuzug

22 Vgl. zur Konstruktion der Biografien den Band von Barbara Becker-Jaki (1993): Ich habe Köln doch so geliebt. Lebensgeschichten von Kölnerinnen und Kölnern. Köln.

vieler Menschen, die in den Betrieben Arbeit suchten. Bis dahin hatten auf den drei Höfen des Gebietes lediglich 32 Menschen gelebt.

Ehrenfeld wurde systematisch aufgebaut, was auch heute noch an der klaren Strukturierung der Straßen sichtbar ist. Betrachtet man das Stadtbild des Viertels, so fallen einem die typischen Fassaden der dreifenstrigen Gründerzeithäuser auf, die auf den Bauboom hindeuten, der mit der Gründung des Deutschen Reiches im Jahr 1871 eingesetzt hatte.

Innerhalb zweier Jahrzehnte wurde aus der kleinen Siedlung am Rande der Stadt Köln eine selbständige Gemeinde; im Jahr 1878 erhält der Ort das Stadtrecht, bleibt jedoch an den Landkreis Köln gebunden. Das Stadtwappen Ehrenfelds – zwei Zahnräder – weist auf die Bedeutung dieses Quartiers als industrieller Ort hin; dieses Symbol hat der Stadtbezirk, um an seine historischen Wurzeln zu erinnern, bis zum heutigen Zeitpunkt beibehalten.

Erst im Jahre 1888 wurde die Stadt Ehrenfeld, die zu diesem Zeitpunkt bereits 15.000 Einwohnerinnen und Einwohner zählte, in die Stadt Köln eingemeindet. Damit verlor Ehrenfeld die kommunale Selbständigkeit, die es dreizehn Jahre lang besessen hatte.

Die Attraktivität des Ortes für Unternehmer lässt sich auf der einen Seite durch die damals vorzufindende große Anzahl freier Flächen, die für Industriezweige genutzt werden konnten, erklären, andererseits durch die bereits in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts existierende Anbindung an die Bahn. Diese Verkehrsanbindung führte im Westen sowohl nach Paris als auch nach Ostende, wodurch ein aktiver Handel mit England – das eine Vorreiterrolle in der industriellen Entwicklung des 19. Jahrhunderts spielte – ermöglicht wurde. Dem Import und Export von Gütern, unabdingbare Voraussetzungen für einen Wirtschaftsbetrieb, stand durch dieses gut ausgebaute Verkehrsnetz somit nichts im Wege (vgl. Stefan Padberg 1995). Die beiden genannten infrastrukturellen Gegebenheiten Ehrenfelds entsprachen den damaligen Notwendigkeiten des industriellen Gewerbes und machten die wirtschaftliche Anziehungskraft des Ortes aus. Die Standortfrage war für die Unternehmen des 19. Jahrhunderts eine ebenso entscheidende Frage, wie sie es heute noch ist.

Wie skizziert, verdankt Ehrenfeld seine Gründung und Existenz der Industrieansiedlung und den damit verbundenen Einwanderungen. Migration und somit eine Bereitschaft zur Mobilität war und ist für den Stadtteil konstitutiv, was durch eine Rekonstruktion der unterschiedlichen Migrationsbewegungen innerhalb der Geschichte Ehrenfelds skizziert und analysiert werden kann. Gleichzeitig wird durch diese Rekonstruktion die Bedeutung des Quartiers

als Arbeiterquartier hervorgehoben.

Nachdem das 19. Jahrhundert für Ehrenfeld einen wirtschaftlichen Aufschwung bedeutet hatte, zeichnete sich bereits Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts eine Wende ab, die mit wirtschaftlichen Einbußen einher ging. Dieser Prozess war unter anderem der Eingemeindung der Stadtteile Kalk und Mülheim in die Stadt Köln in den Jahren 1910 und 1914 geschuldet. Diese beiden rechtsrheinischen Stadtteile liegen – was für ihre industrielle Attraktivität ausschlaggebend war – direkt am Rhein und konnten den Unternehmen hierdurch eine attraktivere infrastrukturelle Anbindung bieten als Ehrenfeld, nämlich durch die Nutzung der Schifffahrt. Die Konsequenz der Standortverlagerung einiger Industriezweige in die rechtsrheinischen Stadtteile Kölns war für einige EhrenfelderInnen die Arbeitslosigkeit, für wiederum andere folgte eine berufliche Umorientierung, die ihren Niederschlag in dem Pendeln zwischen den verschiedenen Stadtteilen findet. Erstmals existiert eine Trennung von Berufs- und Wohnort. Ähnlich wie heute ökonomische Globalisierungsprozesse Auswirkungen auf die städtischen Strukturen und somit auch auf Ehrenfeld haben, hat sich in den 20er Jahren und speziell zu Beginn der 30er Jahre die Wirtschaftskrise auch in Ehrenfeld bemerkbar gemacht.

Die Ideologie des Nationalsozialismus und der damit verbundene Antisemitismus setzten sich seit der Machtübernahme Hitlers 1933 in Ehrenfeld durch. Am Boykott jüdischer Geschäfte seit April 1933 beteiligten sich auch die EhrenfelderInnen, hierzu schreibt Herbert Bluhm:

„Der Boykotttag nach der Machtergreifung am 1. April 1933 war dann für uns alle ganz einschneidend. Wir wohnten in der Gutenbergstraße 21 in Ehrenfeld. (...) Am Morgen sahen wir, daß alle jüdischen Geschäfte geschlossen hatten und überall vor den Geschäften Wachen standen, die große Schilder: »Kauft nicht bei Juden« trugen. Der Boykott dauerte dann, glaube ich, mehrere Tage. Viele Fensterscheiben, zum Beispiel bei Nachbarn in der Venloer Straße, wurden eingeschlagen, und auch bei uns zerstörte man einige Vitrinen. Die Bevölkerung sammelte sich vor den Schaufenstern an und wußte nicht, was eigentlich los war. Viele schüttelten den Kopf, und viele fluchten auf die Juden. (...)

In der folgenden Zeit ging es zunächst auf und ab, je nachdem ob die Welle des Antisemitismus sich gerade höher oder kleiner zeigte. Zeitweise blieb die Kundschaft weg, dann kam sie aber immer wieder. Eigentlich muß ich sagen, daß es mein Vater trotz allem noch weiter verstand, das Geschäft bis 1938 mit einigem Erfolg zu führen.“ (Becker-Jaki 1993:34)

Der Boykott der Geschäfte innerhalb des Quartiers war erst der Anfang der antisemitischen Pogrome in Ehrenfeld. Viele jüdische BewohnerInnen des Stadtteils wurden deportiert ebenso wie Arbeiter und Arbeiterinnen, die parteipolitisch beziehungsweise gewerkschaftlich organisiert waren. Doch während es zu Beginn des nationalsozialistischen Regimes im Jahr 1933 in Ehrenfeld eine starke Vertretung an Mitgliedern der kommunistischen Partei gab, minimierte

sich diese bald.

In der Pogromnacht 1938 wurde unter anderem die Synagoge in der Körnerstraße in Ehrenfeld in Brand gesteckt. Daneben gab es jedoch ebenso den Widerstand der sogenannten Edelweißpiraten. Im Kontrast zu anderen jugendlichen WiderstandskämpferInnen – wie beispielsweise diejenigen um die Geschwister Scholl in München – stammten die Edelweißpiraten primär aus der Arbeiterschicht. Dass diese Gruppe sich gerade in Ehrenfeld so intensiv formieren konnte, hängt mit dem Status Ehrenfelds als Arbeiterviertel zusammen (vgl. Dirk Hegemann 1996).

Der Nationalsozialismus und damit einhergehend der Zweite Weltkrieg hatte die Zerstörung großer Teile Ehrenfelds zur Folge. Innerhalb der Jahre 1940 bis 1945 ist Ehrenfeld 55 Mal das Hauptziel von Fliegerangriffen gewesen. Die Häufigkeit der Fliegerangriffe kann mit den im Quartier angesiedelten Industriebetrieben begründet werden; das bedeutet, mit Fabriken, die unter anderem auch an der Produktion 'kriegswichtiger' Güter beteiligt waren. Mit den Luftangriffen verbunden war die Zerstörung von mehr als 60 % der Wohnhäuser des Stadtteils.

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Zeit des Wiederaufbaus. Dieser Wiederaufbau bezieht sich nicht nur auf den zerstörten Wohnraum, sondern auch auf die zerstörten Fabriken. Das einstige Arbeiterviertel wird als solches wieder hergestellt und somit, wie bereits erläutert, zum Anziehungspunkt von Migranten und Migrantinnen, die hier Arbeit und Wohnung finden. Erst mit dem Anwerbestopp im Jahr 1973 wurde dieser Prozess unterbrochen. Die kommunale Infrastruktur des Stadtteils ist durch diese Migration stark geprägt worden; deutlich zu spüren ist dies an der Vielzahl der Geschäfte, Imbisse, Schneidereien u.ä., die durch Allochthone geführt werden.

3.3. Ehrenfeld und die Migration

Die Gründung Ehrenfelds und das stetige Wachsen des Stadtteils ist nicht ohne die Migrationsbewegungen, die dorthin geführt haben, zu denken. Im 19. Jahrhundert konzentrierte sich die Herkunft der Eingewanderten auf den innerdeutschen Raum; zunächst waren es Bewohner(innen) der umliegenden Regionen wie Westerwald oder Sauerland, die – auf der

Suche nach Arbeit – nach Ehrenfeld migriert sind. Sie erst haben zum Entstehen des Quartiers beigetragen und die Entwicklung der unterschiedlichsten Industriezweige in Köln ermöglicht. In Anbetracht der Mobilitätsmöglichkeiten im letzten Jahrhundert ist es gerechtfertigt von einer Migration, wenn auch einer Binnenmigration, zu sprechen. Der Begriff der Einwanderung ist nicht zuletzt deshalb zutreffend für diesen Prozess, da damit genau das gekennzeichnet wird, was die Situation Mitte des 19. Jahrhunderts ausmacht: Die Menschen sind nach Ehrenfeld gekommen, um sich hier eine neue Existenz aufzubauen, um hier zu leben. In den ländlichen Regionen des Sauerlandes, Westerwaldes und der Eifel war eine existenzsichernde Arbeit in der Landwirtschaft nicht mehr für alle BewohnerInnen gegeben, so dass von diesen – wie auch von anderen Orten – eine Landflucht einsetzte.

Eine zweite Migrationswelle war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erkennbar. Zu dieser Zeit waren es vor allem Menschen aus Ostpreußen, die in das Rheinland und das Ruhrgebiet gezogen sind. Motivation dieser Migration waren die mangelnden Arbeitsmöglichkeiten im ländlichen Raum bei gleichzeitigem Entstehen industrieller Zweige in den Städten und so setzte sich die bereits für die frühe Industriegesellschaft typische Landflucht fort. Die Stadt besitzt für viele eine magische Anziehungskraft und zudem hoffen die Menschen – ebenso wie sie dies heute tun – durch Mobilität einen Karriereschub zu erlangen. Selbst in den großen Romanen des 19. Jahrhunderts wird Mobilität als eine Chance thematisiert. Hierzu bemerkt Saskia Sassen:

„Die Literatur des 19. Jahrhunderts ist voll von solchen Figuren (Karriereemigranten C.N.), während Arbeiter, die aus wirtschaftlicher Verzweiflung zur Arbeit in Fabriken oder auf dem Bau in die Städte kamen, nur selten zu Helden literarischer Werke wurden.

Aber trotz solcher soziologischer Schwächen vermitteln diese Romane ein Gefühl für die Chancen in einer Welt, in der durch wirtschaftliche Expansion und den Ausbau der staatlichen Bürokratie ein beruflicher Aufstieg durch Mobilität möglich wurde und auch die Metaphorik der Großstadt mit ihren lockenden Lichtern ist in einer Realität verankert, in der Chancen, wenn überhaupt nur in den Städten zu finden sind, nicht auf dem Land.“ (1996:59)

Es ist evident, dass Mobilität und Migration keine Phänomene sind, die auf das ausgehende 20. Jahrhundert beschränkt bleiben, sondern sie waren bereits inhärentes Kennzeichen der frühen Industriegesellschaft und ebenso der Zeit davor; im Laufe des Jahrhunderts hat sich lediglich der Migrationsradius erweitert.

Die Einwanderung unterschiedlichster Menschen wurde nach dem Zweiten Weltkrieg, wenn auch zum Teil aus anderen Motivlagen, fortgeführt. Während Migration bisher primär aus ökonomischen Gründen stattgefunden hatte, kommen nun erstmals seit der Gründung Ehrenfelds politische Aspekte als Ursache hinzu. Denn in den Nachkriegsjahren waren es

speziell Flüchtlinge beziehungsweise 'Vertriebene' aus Schlesien, Ostpreußen und anderen östlichen Gebieten, die sich in diesem Quartier niedergelassen haben. Diese Einwanderung wird inzwischen innerhalb der Ehrenfelder Bevölkerung als selbstverständlich angenommen und weder diskutiert noch problematisiert, jedoch liegen mir keine Materialien darüber vor, wie in Köln in der damaligen Zeit auf die Flüchtlinge und 'Vertriebenen' reagiert wurde. Gerade aus ländlichen, dörflichen Gegenden ist jedoch bekannt, dass die Ostflüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur freundlich aufgenommen wurden, sondern dass ihnen auch mit Skepsis bis hin zur Feindschaft begegnet wurde. Damals wie heute machte sich diese Skepsis an den materiellen Leistungen, die die Flüchtlinge erhalten haben, fest.

Mit dem Beginn der 'Gastarbeiter'-Anwerbung in den 50er und 60er Jahre steigt die Zahl der allochthonen Bevölkerung in Ehrenfeld an – und dies ist dem Status Ehrenfelds als Arbeiterviertel zu verdanken. Einerseits gab es zu diesem Zeitpunkt noch ausreichend Arbeitsplätze im sekundären Bereich – in diesem Sektor hat der Großteil der angeworbenen Migranten und Migrantinnen gearbeitet –, andererseits verfügte der Stadtteil über genügend preiswerten Wohnraum. Ehrenfeld wurde dementsprechend sowohl als Wohn- und Lebensort gewählt als auch als Arbeitsort. Die Einwanderung in den Stadtteil setzte sich in den 80er Jahren mit dem Zuzug von Flüchtlingen und AussiedlerInnen fort, die entweder in Flüchtlings- oder Aussiedlerheimen untergebracht wurden und immer noch werden. Aufgrund der rechtlichen Bestimmungen, die die Einreise in die Bundesrepublik auf legalem Weg erschweren, lässt sich zwischenzeitlich eine Stagnation, wenn nicht gar ein Rückgang der Migration von Nicht-EU-Angehörigen feststellen.

Zu den arbeitsmarktbedingten Einwanderungen in das Quartier kam seit den 70er Jahren der Zuzug vieler Studenten und Studentinnen hinzu, für die Ehrenfeld (zeitweise) einen adäquaten Wohn- und Lebensraum bietet. Seit Beginn der 90er Jahre wird diese Entwicklung durch eine weitere Mobilitätswelle ergänzt, die eher gentrifizierenden Charakter besitzt; hierzu an späterer Stelle mehr.

Es zeigt sich, dass Migration konstitutiv für Ehrenfeld war und ist – sei es in Form der Binnenmigration im letzten Jahrhundert, der Migration vieler EinwanderInnen aus den unterschiedlichsten europäischen Ländern in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts oder der zunehmenden Mobilität der Individuen in den letzten Jahrzehnten. Dass Migration konstitutiv für die meisten Städte ist, unterstreicht auch Armin Nassehi, indem er sagt:

„Was wären die europäischen Großstädte ohne die Zuwanderung von Europäern und was etwa das Ruhrgebiet ohne die Arbeitsmigration aus Polen im vergangenen Jahrhundert? Ohne diese permanenten Zuwanderungen hätten jene industrielle Agglomerationsgebiete, die wir heute fast verniedlichend ‘Städte’ nennen, kaum entstehen können.“ (1999c:235)

3.4. Ehrenfeld – ein Quartier im Wandel

Wie bereits einleitend erwähnt, befindet sich der Stadtteil Ehrenfeld derzeit in einem Umstrukturierungsprozess, der einerseits aufwertenden Charakter besitzt und somit als Gentrifizierung bezeichnet werden kann, andererseits aber auch neue Ungleichheiten innerhalb der Bevölkerung provoziert. Auf jeden Fall geht er einher mit einer zunehmenden Heterogenisierung der Bevölkerung.

In Anlehnung an die Chicago School kann gesagt werden, dass Ehrenfeld im städtischen Gesamtzusammenhang der Stadt Köln nach dem Zweiten Weltkrieg den Charakter der ‚zone in transition‘ aufwies:

„Rund um den (...) (Stadtkern; die Verfäss.) erstreckt sich als zweite Zone die *Übergangszone* (zone in transition, Zone II). In ihr befinden sich Betriebe der Leichtindustrie und des Handwerks, Geschäfte und Vergnügungsbetriebe. In der Hauptsache handelt es sich jedoch um ein Wohngebiet, dessen Bevölkerung überwiegend aus alleinstehenden Erwachsenen, Studierenden, Angehörigen ethnischer und nationaler Minderheiten, im ganzen vorwiegend aus Unterschichtsangehörigen besteht. Es ist das Zielgebiet der Einwanderung in die Stadt (...).“ (Bernd Hamm/Ingo Neumann 1996:184)

Jedoch sind diesbezüglich Veränderungen erkennbar: Die derzeitigen Transformationen sind in vielerlei Hinsicht verortbar und verändern die Stadtteilstruktur grundsätzlich. Während das Viertel im Rahmen der Gesamtstadt Köln bisher primär durch Merkmale der ‚zone in transition‘ gekennzeichnet war, verliert eine solche recht starre Skizzierung zunehmend an Bedeutung, ein Zeichen dafür, dass sich der Wandel von einer Industriegesellschaft zu einer postmodernen Gesellschaft vollzieht.

Gentrifizierung, eine Definition der Stadtforschung, kennzeichnet Umstrukturierungen, aus denen die Aufwertung einer Stadt resultiert, wie die Deindustrialisierung eines Quartiers und die Verbesserung der kommunalen Infrastruktur. Der Begriff der kommunalen Infrastruktur benennt die gesamte Infrastruktur, alle Teilsysteme einer Stadt, angefangen vom Schulsystem, über die ökonomische Landschaft, die Anbindung an den Öffentlichen Nahverkehr bis hin zur Versorgung durch ein funktionierendes Rechts- und Gesundheitssystem, die Sanierung von Wohnraum sowie eine Veränderung der Einwohner(innen)struktur. Ins-

besondere seit den frühen achtziger Jahren lassen sich vielerorts diese Veränderungen erkennen. Ein Kennzeichen dieser Entwicklung ist ein 'Austausch' innerhalb der Bevölkerungsstruktur. Seit den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts bis in die achtziger Jahre hinein war in Köln, wie in anderen Städten auch, ein Trend zum außerstädtischen Wohnen erkennbar – zumindest bei den Menschen, die über die finanziellen Ressourcen für den Erwerb eines Eigenheimes verfügten. Das Leben am Rande der Großstadt, in neu entstandenen Wohnvierteln bot mehr Attraktivität als das Wohnen in der Innenstadt Kölns. Das 'Wirtschaftswunder', das in ideologischer Hinsicht mit dem Wiederaufleben bürgerlicher Ideale verbunden war, hat dem außerstädtischen Wohnen sicherlich Vorschub geleistet. Im Zuge der wachsenden Individualisierung und Pluralisierung der Gesellschaft der 90er Jahre erleben die innenstadtnahen Bezirke der Städte – so auch Ehrenfeld – eine Renaissance, die sich in Form der Gentrifizierung zeigt. Verbunden mit diesen Veränderungen ist eine deutlich erkennbare Heterogenität (bezogen auf die Bevölkerungsstruktur) des Stadtteils und darüber hinaus ein 'bunt' wirkendes Stadtbild. In anderen Kölner Stadtteilen hat sich eine solche Gentrifizierung bereits vollzogen, in Ehrenfeld ist diese Form der städtischen Transformation derzeit im Gange. Der Stadtteil folgt somit einem urbanen Trend und kann diesbezüglich als repräsentativ für innenstadtnahe Bezirke in Köln und anderenorts gesehen werden.

Neben diesen bevölkerungsstrukturellen Elementen konzentrieren sich die Umstrukturierungsprozesse innerhalb des Quartiers auf die Deindustrialisierung und den Arbeitsmarkt, Wohnbausanierung, Straßensanierung, Handel und Gewerbe, Anbindung an den Öffentlichen Nahverkehr ebenso wie den Öffentlichen Fernverkehr (Stichwort: Bahngleiserweiterung). Die Aufwertung des Quartiers erfährt Unterstützung durch die kommunale Bezirksregierung, die sich durch die Gentrifizierungsprozesse zugleich eine bessere ökonomische Situation für den Stadtteil verspricht (vgl. Bernd Hamm/Ingo Neumann 1996). Die Gentrifizierung zeigt sich nicht nur in Form struktureller Transformationen, sondern zunehmend lassen sich unterschiedliche Lebensstile innerhalb des Quartiers lokalisieren. Sie sind als ein Zeichen der wachsenden Pluralisierung zu deuten und symbolisieren die Heterogenität des Stadtteils.

Einige dieser Veränderungsprozesse werden im Folgenden diskutiert. Dies scheint gerade aus der systemischen Perspektive geboten, da die Transformationen mit systemischen Veränderungen korrespondieren, sei es in Form einer Ausdifferenzierung von Systemen oder der Auflösung von Teilsystemen. Daraus lässt sich ableiten, dass sich die Bedingungen und

Möglichkeiten einer erfolgreichen Inklusion in die Systeme modifizieren und dies wiederum bedeutet auch – wie noch zu zeigen sein wird – eine Veränderung der Lebenswelt.

3.4.1. Die Wohnbausanierung in Ehrenfeld

Wie aus historischer Perspektive bereits verdeutlicht wurde, ist der Stadtteil Ehrenfeld ebenso wie das übrige Köln während des Zweiten Weltkrieges stark zerstört wurden. Der Wiederaufbau des Quartiers war bis in die achtziger Jahre hinein noch nicht abgeschlossen, zerfallene Häuser bestimmten das Straßenbild. In diesen Zeitraum fallen auch die Besetzungen von Häusern in Ehrenfeld bevorzugt um das Gebiet der Marienstraße; einige dieser ehemals besetzten Häuser sind inzwischen als Spekulationsobjekte in Eigentumswohnungen umgewandelt und verkauft worden.

Anfang der neunziger Jahre änderte sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt in Ehrenfeld, die Stadt Köln erklärte einige Ehrenfelder Straßenzüge zum Sanierungsgebiet,²³ ein Sanierungsbüro wurde eröffnet, das den Bürger(innen) in Fragen der Sanierung Hilfe anbieten sollte. Ziel und Aufgabe der Sanierungskonzepte sollte es sein, eine Verbesserung der Wohnungen und des Wohnumfeldes zu erreichen. Gleichzeitig mussten die Bewohner und Bewohnerinnen des Stadtteils vor Verdrängung geschützt werden. So forderte die Stadtverwaltung, dass auch nach der Sanierung und Modernisierung der Altbausubstanz und der Bebauung von Neubauwohnungen diese für die Ehrenfelder Bevölkerung bezahlbar bleiben sollten.

Während die Verbesserung der Wohnbedingungen zumindest formal eingelöst wurde, bedeutete dies nicht den Erhalt bezahlbarer Wohnungen. Formal bedeutet in diesem Kontext, dass zwar tatsächlich Wohnraum restauriert und modernisiert wurde, damit jedoch die Konsequenz verbunden war, dass ein Teil der einstigen BewohnerInnen die erhöhten Mieten nicht mehr tragen konnte und somit die verbesserte Wohnqualität nicht nutzen kann. Die Restauration vieler Häuser wirkt zwar auf das äußerliche Stadtbild positiv; die Fassaden wurden und werden erneuert, Baulücken geschlossen, die Häuser nach Denkmalschutz-Aspekten restau-

23 Das Sanierungsgebiet Ehrenfeld-Ost sollte, so lautete die städtische Planung, innerhalb von 10-15 Jahren umstrukturiert werden. Hierfür standen zunächst 8.581.000 DM für die Gesamtkosten zur Verfügung, wobei davon 6 Mio DM auf Landeszuwendungen entfielen.

riert. Diese Sanierungen haben jedoch zur Konsequenz, dass sich einerseits die Mieten erhöhen, andererseits Wohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt und zum Verkauf angeboten werden. Als 'Ausweichquartiere' für diejenigen, die nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen, um weiterhin in den sanierten Wohnungen leben zu können, kommen primär innenstadtferne Stadtteile in Frage, die über eine vergleichsweise vergleichsweise weniger adäquat ausgebaute Infrastruktur verfügen und eher den Charakter von Satellitenstädten tragen. Eine Bewohnerin Ehrenfelds beschreibt die Situation wie folgt:

„Wir haben sämtliche Bahnanbindungen, sie haben alle Schulen hier im Umkreis von ein paar Kilometern, oder man kann eigentlich sagen, noch nicht mal, innerhalb eines Kilometers. Sie haben also auch immer ganz gute Geschäfte hier, obwohl also durch den U-Bahn Bau damals die Venloer Straßen umgebaut wurde und ein Teil unserer guten Geschäfte hier verloren gegangen sind. Aber es kommen langsam neue hin. Also so gern gehen die nicht. Die werden schon bleiben. Und auf keinen Fall Chorweiler [*Stadtteil am Rande Kölns, die Verf.*] oder in der Richtung. Also da, da können noch so viele Blumenpötte gepflanzt werden, da wollen die nicht hin.“ (Frau Breuer 1998:11)

Die Attraktivität des Quartiers ist – trotz struktureller Veränderungen – nicht mit der der Randgebiete Kölns vergleichbar, die als leblose Schlafstädte eingeschätzt werden. Für einige Ehrenfelder(innen) gibt es in Anbetracht der oben skizzierten Gründe jedoch keine Alternative zu dem Verlassen des Stadtteils. Dieser Prozess ist signifikant für Großstädte und unter dem bereits genannten Aspekt der Gentrifizierung zu subsumieren. Städte organisieren sich neu. Die Innenstädte werden mehr und mehr zu Orten der Dienstleistung und, um es prägnant zu beschreiben, zu Orten des Kapitals, zum zentralen Geschäftsbezirk. Ernest Burgess hat 1925 am Beispiel der Stadt Chicago das bereits an vorheriger Stelle zitierte Modell der konzentrischen Zonen entwickelt. Im Kern der Großstadt, wie er sie damals in den USA vorgefunden hat und wie sie sich auch in Europa entwickelt haben,

„liegt der zentrale Geschäftsbezirk mit den großen Kaufhäusern, spezialisierten Geschäften, Hotels, Restaurants, Unterhaltungsbetrieben und mit den Verwaltungsgebäuden der großen Banken und Versicherungen. In dieser Zone findet man die höchsten Bodenpreise.“ (Bernd Hamm/Ingo Neumann 1996:184)

Für Köln lässt sich dies in folgender Weise umreißen:

In der Innenstadt Kölns befinden sich exponierte Einkaufsstraßen,²⁴ Museen, Theater, Orte der Verwaltung und weitere zentrale Einrichtungen. Innerhalb des nächsten Ringes wird

24 Eine auch über die Stadtgrenzen hinaus bekannte Einkaufsstraße ist die Hohe Straße in unmittelbarer Nähe des Domes. Für die Kölner(innen) war diese Straße immer 'etwas Besonderes' und gilt immer noch als einer der ersten Anziehungspunkte für Besucher der Stadt Köln. Doch ebenso wie dies bei der größten Ehrenfelder Einkaufsstraße, der Venloer Straße, zu beobachten ist, wird auch bei dieser Straße unübersehbar, dass sie durch weltweite Billiganbieter an Qualität und somit an Repräsentation verliert.

bereits seit einem Jahrzehnt ein großes Medienzentrum, der *Media-Park*, gebaut. Der Medienbereich mit Angeboten von Film, Fernsehen, PR-Agenturen etc. wird als der zukunftsweisende und Arbeitsplätze schaffende Sektor für die Stadt angesehen. Köln soll mit diesem Bereich zu einer international anerkannten und attraktiven Medienstadt avancieren. Der Stadtteil Ehrenfeld wiederum grenzt unmittelbar an den Media-Park und bietet für die dort Beschäftigten aufgrund der strukturellen wohnbaulichen Veränderungen einen interessanten Wohnsitz. Hier lässt sich ein direkter Zusammenhang zwischen der ökonomischen Expansion des Medienbereiches und einer steigenden Nachfrage nach 'exklusivem' Wohnraum durch eben jene Beschäftigte der Medienbranche erkennen. Ebenso wie im 19. Jahrhundert adäquater Wohnraum für die ArbeiterInnen geschaffen werden mußte, wird auf die neuen Arbeitssektoren und deren Beschäftigte mit angemessenem Wohnraum reagiert. Innerhalb des Quartiers ist dementsprechend ein neuer Trend spürbar. Während Alt-Ehrenfeld bisher primär Wohnsitz für diejenigen Bevölkerungsgruppen war, die bedingt durch begrenzte finanzielle Möglichkeiten keine anderen Wohnungen gefunden haben oder bereits seit Generationen mit diesem Quartier verbunden waren, etabliert sich der Stadtteil zu einem Ort einer neuen 'Mittelschicht', bestehend aus Künstlern und Künstlerinnen, Medienfachleuten und Akademiker(innen). Ein für Gentrifizierungsprozesse signifikanter Wechsel der Bevölkerungsstruktur vollzieht sich demnach im Quartier.

Die skizzierte Aufwertung des Stadtteils aufgrund von Sanierungen ist jedoch nur eine der zu beobachtenden Tendenzen. Denn sind einerseits Prozesse der Gentrifizierung zu beobachten, werden auf der anderen Seite durchaus andere Formen der strukturellen Veränderungen erkennbar. So sind in einigen Wohngebieten Ehrenfelds die Sanierungen rein äußerlicher Art, was bedeutet, dass zwar die Fassaden der Häuser saniert beziehungsweise aufwändig gestrichen werden, nicht jedoch die Wohnungen selbst. Exemplarisch hierfür sind die Häuser der Hüttenstraße, deren Fassaden zwar erneuert wurden, deren Wohnungen jedoch in ihrem desolaten Zustand gelassen wurden. Diese Straße ist lediglich einseitig bebaut, die andere Seite wird durch die Bahn begrenzt. Hier wurden alle Häuser im Stil der dreifenstrigen Gründerzeithäusern von außen aufwändig verschönert, was die äußere Attraktivität hat steigen lassen.

Die Wohnungen dieser Straße werden vorzugsweise von Allochthonen bewohnt, und dies nicht zuletzt deshalb, weil ein Großteil der autochthonen Bevölkerung die Straße aufgrund der

zu erwartenden Verschlechterung der Wohnqualität durch Bahnerweiterung verlassen hat. Zur Erklärung: Die Bahn plant den Ausbau der Bahnstrecke nach Paris, was in Ehrenfeld eine Erweiterung der Bahntrasse nötig macht. Diese Erweiterung wiederum verschlechtert die Wohnsituation in den angrenzenden Straßenzügen. Bis dahin bot die Straße neben allochthonen BewohnerInnen und 'Unterschichtsangehörigen' vielen StudentInnen günstigen Wohnraum. Während sowohl der Großteil der StudentInnen als auch der 'Unterschichtsangehörigen' seine Wohnungen verlassen haben, bleibt die allochthone Bevölkerung bisher hier wohnen; denn sie hat oftmals, will sie in Ehrenfeld bleiben, kaum Chancen, eine qualitativ bessere Wohnung zu finden. Dies ist einerseits den Vorbehalten der VermieterInnen geschuldet, die ihre Wohnungen zum Teil nicht an MigrantInnen vermieten, andererseits bedingt durch eine zu geringe finanzielle Absicherung der Allochthonen selbst, die eine höhere Mietbelastung nicht erlaubt. Dieser Aspekt lenkt das Augenmerk auf die systemischen Inklusionsmöglichkeiten des Wohnungsmarktes:

Fehlende finanzielle Möglichkeiten für das Mieten einer adäquaten Wohnung sind nicht ausschließlich ein Problem von ethnischen Minderheiten. Viel eher muß in diesem Zusammenhang zunächst rein ökonomisch gedacht werden. Sobald der städtische Wohnraum knapp wird, steigen die Mieten und es finden Selektionsprozesse innerhalb der Bevölkerung statt. Wohnungsprobleme sind in diesem Sinne zunächst schichtgebunden, da es um ein ökonomisches Phänomen geht, andererseits sind sie ethniengebunden, da sie dazu gemacht werden. Aus systemischer Perspektive argumentierend,²⁵ kann gesagt werden, dass ethnische Kategorien dann an Bedeutung gewinnen und genutzt werden, wenn die kommunale Infrastruktur – in diesem Fall gegeben durch preisgünstige und zugleich attraktive Wohnungen – in nicht ausreichendem Maße vorhanden ist. Das lässt sich in Ehrenfeld erkennen; die strukturellen Veränderungen des Wohnungsmarktes haben innerhalb des Quartiers zur Konsequenz, dass verstärkt auf In- und Exklusionsformen zurückgegriffen wird, die entlang einer ethnischen Grenze verlaufen.

Neben der Modernisierung von bereits bestehenden Wohnungen schließt das Sanierungskonzept der Stadt die Schaffung neuen Wohnraums mit ein. Hierzu heißt es:

„Die Schaffung neuer Wohnungen zu bezahlbaren Mieten ist die notwendige Voraussetzung, um

25 Der Begriff der Schicht verliert im Zuge der Pluralisierung und Individualisierung der Gesellschaft zunehmend an Bedeutung. In dieser Passage soll viel eher auf den Zusammenhang zwischen finanziellen Möglichkeiten und Wohnraumnutzung verwiesen werden.

einerseits den Sanierungsbetroffenen Umsetzwohnungen im Viertel anzubieten, andererseits mit der Modernisierung und Instandsetzung der oft mangelhaft ausgestatteten Altbauwohnungen beginnen zu können. Daher lauten die vorrangigen Ziele der Sanierungstätigkeit in Ehrenfeld/Ost: die zahlreichen mindergenutzten Grundstücke aufzustocken bzw. vorhandene Baulücken zu schließen, die Instandsetzung und Modernisierung der vorhandenen Altbausubstanz durch städtische Dienstleistungsangebote zu schließen
die Instandsetzung und Modernisierung der vorhandenen Altbausubstanz durch städtische Dienstleistungsangebote zu initiieren (...) Durch Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten sollen die Wohnbedingungen, die größtenteils von mangelnder Ausstattung (Ofenheizung, Ein fachverglasung, defekte Elektroinstallationen etc.) und fehlenden sanitären Einrichtungen gekennzeichnet sind, zu einem für die Bewohner finanziell tragbaren Rahmen verbessert werden.“ (LEG NRW 1995:9)

Auf den zuletzt genannten Aspekt ist bereits weitestgehend eingegangen worden. Die Schaffung neuen Wohnraums, sei es in Form von Aufstockungen von Wohnhäusern, der Nutzbarmachung alter Produktionsstätten als Wohnraum lässt sich innerhalb des Quartiers insbesondere auf der Venloer Straße beobachten. Beispielhaft hervorzuheben ist hierfür der Umbau des alten Bürogebäudes der Firma ‘Muelhens’²⁶ in Mietwohnungen. Doch auch hier gilt wiederum, dass zwar Wohnraum geschaffen wurde, dieser jedoch im Vergleich zu den ehemaligen Ehrenfelder Gegebenheiten zu hohe Preise hat. Die Deindustrialisierung Ehrenfelds, die durch das angegebene Beispiel erwähnt wurde, kann als eine Schlüsselveränderung für das Quartier dargestellt werden und so stellt die Nutzbarmachung der Produktionsstätten einen positiven Aspekt der ansonsten für das Quartier nicht ausschließlich positiv wirkenden Umstrukturierung dar.

Das Sanierungsziel beschränkt sich nicht ausschließlich auf den Wohnraum, sondern setzt sich in der städtebaulichen Straßengestaltung und der Ausdifferenzierung der Infrastruktur fort. Das Straßenbild wurde verändert, verkehrsberuhigte Zonen sind eingeführt worden und Spielplätze wurden gebaut. Soweit dies die geringen Freiflächen erlaubten, entstanden neue Grünflächen, die ein „kinderfreundliches Wohnen“ innerhalb des Quartiers ermöglichen sollen. Diese Maßnahme lässt einen Blick auf eine Form der Umstrukturierung werfen, nämlich die Straßensanierung innerhalb des Quartiers.

Wurde sich mit Blick auf die Sanierung ganz speziell auf einen Stadtteil beschränkt, so muss jedoch betont werden, dass Ehrenfeld keinen Einzelfall innerhalb Kölns darstellt. Zwischenzeitlich existieren Konzepte, die die Gentrifizierungsmodelle für das rechtsrheinische Köln und die dortigen ehemaligen Arbeiterbezirke vorsehen. Ehrenfeld nimmt somit lediglich eine Vorreiterrolle innerhalb der städtischen Veränderungen ein.

26 Die Firma ‘Muelhens’ ist das Unternehmen, das durch die Produktion von ‘4711-Echt kölnisch Wasser’ weit über die Stadtgrenzen Kölns bekannt wurde.

3.4.2. Die Straßenbausanierung und die Konsequenzen für das Quartier

Aspekte der Straßenbausanierung und die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr werden gemeinsam diskutiert, da die eine Veränderung unmittelbar mit der anderen korrespondiert. So waren die Erweiterung der U-Bahn und die Verbesserung des Öffentlichen Nahverkehrs in Ehrenfeld mit einer veränderten Straßenführung verbunden.

Der Bau der U-Bahn ist in unserem Kontext von Interesse, da er unterschiedliche Konsequenzen systemischer Art und speziell auf dem Arbeitsmarkt bewirkte, was sich beispielsweise am Einzelhandel aufzeigen lässt, der bedingt durch die neue Straßenführung erhebliche Einbußen zu verzeichnen hat.

In Ehrenfeld wurde in den 80er Jahren mit Straßenbausanierungen begonnen, mit dem Ziel einer Aufwertung der Einkaufsstraße, wie dies in den Stadtteilen Lindenthal und Nippes bereits der Fall war. In Ehrenfeld hingegen blieb der gewünschte Effekt aus. Die Erneuerung der Venloer Straße ging einher mit dem Bau der U-Bahn unter derselbigen Straße. Bis ins Jahr 1990 fuhr die Bahn aus der Innenstadt in Richtung Bocklemünd und die anderen westlichen Kölner Stadtteile oberirdisch auf der Venloer Straße. Innerhalb des Bezirkszentrums Ehrenfeld, insbesondere zwischen der Inneren Kanalstraße und dem Gürtel,²⁷ befand sich bis zum Bau der U-Bahn ein leistungsfähiges Einkaufszentrum mit einem ausgewählten, hochwertigen Angebot des Einzelhandels sowie des Handwerks. Es bot für viele KölnerInnen insbesondere der westlichen Stadtbezirke und auch der EinwohnerInnen außenliegender Ortschaften, wie beispielsweise Pulheim, eine Alternative zur Kölner Innenstadt. Das Angebot des Einzelhandels und des einzelhandelsorientierten Handwerks war so hochwertig, dass die Venloer Straße als Ergänzungsangebot zur City gelten konnte. Weiterhin förderten die überirdischen Straßenbahnen die hohe Besucherfrequenz des Stadtteils. Neue städteplanerische Untersuchungen belegen die negativen Auswirkungen der U-Bahn:

„Mit dem in offener Bauweise begonnenen Bau der U-Bahn Trasse begannen 1983 die Probleme der Venloer Straße: Die Straßenbahnlinien wurden während der Bauzeit in die Subbelrather Straße verlegt und dadurch ein Teil der Nachfrage in diese Richtung verschoben. Der Ersatz der Anbindung mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln konnte diesen Verlust nicht ausgleichen.“ (LEG NRW 1995:8)

Nicht nur die Pendler(innen), sondern auch der Einzelhandel, die Handwerksbetriebe und die

27 Vgl. die Karte des Stadtteils.

Bewohner(innen) des Quartiers fühlten sich von dem U-Bahn Bau belästigt und sehen in diesem die Ursache für die Entwertung der Venloer Straße als hochwertige Einkaufsstraße. Hier sprechen die Zahlen der Umsatzeinbrüche für sich, sie betragen zum Teil bis zu 50 %. Die Konsequenz ist die Geschäftsaufgabe einiger renommierter Läden und ein qualitativer Wechsel innerhalb der Geschäftslandschaft.

Selbst nach der Fertigstellung der U-Bahn und dem Rückbau der Venloer Straße wird diese nicht wieder für Pendler(innen) des Individualverkehrs genutzt. Ausgenommen bleiben die Bewohner(innen) des Quartiers. Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig, neben dem bereits erwähnten Verlust der Venloer Straße an attraktiven Einzelhandelsgeschäften verdient ein weiterer Aspekt an Aufmerksamkeit: Während die Straßenführung der Venloer Straße bis zum Bau der U-Bahn vierspurig verlief, sind nach dem Bau lediglich noch zwei Spuren für den Autoverkehr frei gegeben. Mag eine Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs²⁸ aus ökologischen Gründen zu befürworten sein, so muss jedoch hinzugefügt werden, dass die ökonomische Situation des Quartiers entsprechende Alternativen gefordert hätte.

Im Kontext der veränderten Einzelhandelsituation dürfen jedoch einige weitere Momente nicht vernachlässigt werden. Neben dem Umbau der Venloer Straße durch den U-Bahn-Bau hat sich ein struktureller Wandel der Geschäftslandschaft durch die Eröffnung des 'Barthonia-Forums' ergeben. 'Barthonia-Forum', dahinter verbirgt sich ein Einkaufszentrum mit 10.000 qm² Verkaufsfläche, das 1995 auf dem ehemaligen Gelände von 'Muelhens' gebaut wurde.²⁹ Hinsichtlich dieses Zentrums bestehen innerhalb des Quartiers divergierende und ambivalente Einschätzungen. Hauptkritik kommt von Seiten vieler kleiner Einzelhandelsgeschäfte, die aufgrund der Konkurrenz des Einkaufszentrums schließen mussten. Eine positivere Sicht bezüglich des 'Barthonia-Forums' und seiner Wirkung auf die Stadtstruktur Ehrenfelds und dessen Bedeutung für den Einzelhandel ergibt sich aus einer im Jahr 1996 durchgeführten Studie der Handwerkskammer in Köln. Dort heißt es:

„Es stellt sich die Frage, ob die Ansiedlung eines neuen Magneten mit dem Barthonia-Center an östlichen Ende des Bezirkszentrums auf dem ehemaligen 4711-Gelände und dem angrenzenden

28 Im öffentlichen Personennahverkehr ist die Venloer Straße über zwei U-Bahnlinien (3 und 4) zum einen an die City und zum anderen in Richtung Nordwesten an Bocklemünd angeschlossen. Diese Linien kreuzen im Bereich des Ehrenfeldgürtels die ringförmig verlaufende Gürtelbahn (Linie 13) zwischen Mülheim und Klettenberg.

29 Das Nachfragepotential für den Einzelhandel ist nicht zuletzt auch bedingt durch die Abnahme der Produktionsstätten innerhalb des Quartiers gesunken. So gehörten beispielsweise die Beschäftigten der Firma 'Muelhens' zum Kundenstamm der umliegenden Einzelhandelsgeschäfte.

Neubau sich tatsächlich so negativ auswirkt, wie dies seitens der bereits ansässigen Einzelhändler vor allem aufgrund des Angebots an kostenlosen Parkplätzen befürchtet wird. Die Ansiedlung eines SB-Warenhauses und weiterer Fachmärkte sowie Einzelhandelseinrichtungen mit einer Größenordnung von rund 10.000 qm Verkaufsfläche in diesem Bereich kann auch durch die Anziehung neuer Kunden zu einer Steigerung der Attraktivität des gesamten Bezirkszentrums führen. Voraussetzung ist allerdings, dass es gelingt, den Kunden aus dem Center auf die Venloer Straße zu locken und zwischen den beiden Bereichen eine attraktive Verbindung zu schaffen.“ (1996:5)

Es wurde deutlich, dass die Umstrukturierungen innerhalb des Quartiers sehr vielschichtig gelagert sind und dies selbstverständlich auch mit Konsequenzen auf dem Arbeitsmarkt verbunden ist. Ebenso verhält es sich, wie gezeigt wurde, mit der Einschätzung der Transformationen durch die Ehrenfelder Bevölkerung und durch Experten und Expertinnen wie Städteplaner(innen) oder Handwerkskammer. Was jedoch von allen Seiten betont wird, ist die wachsende Heterogenität des Quartiers. Diese wird im Zentrum der weiteren Ausführungen stehen.

3.5. Ehrenfeld – ein heterogener Stadtteil

Die vorangegangene Rekonstruktion der Quartiersgeschichte hat gezeigt, dass es sich bei Ehrenfeld um einen in vielerlei Hinsicht heterogenen Stadtteil handelt. Entstanden durch Zuwanderung, spielte Migration und Mobilität seit Anbeginn für die Dynamik des Quartiers eine wesentliche Rolle. Man könnte sogar sagen, dass der Stadtteil seine Entwicklung der Zuwanderung zu verdanken hat. Ehrenfeld wurde systematisch als Industriestandort konzipiert, es kamen viele Menschen, um dort zu arbeiten und zu leben. Wenn es auch heute oft negiert wird, hat die Vielfalt doch das Gesicht des Viertels immer schon geprägt, Pluralität war immer ein Fundament der Stadtentwicklung. Diese Pluralität zeigt sich anhand des unterschiedlichen Bildungsniveaus, der Nationalitätszugehörigkeit, des Alters usw.

An dieser Stelle soll nun beispielhaft vorgegangen werden und es wird sich auf zwei Aspekte konzentriert, einerseits auf die Vielfalt der Staatsangehörigkeiten der in Ehrenfeld Lebenden und andererseits auf das Bildungsniveau.

Die Einwohnerzahl des Stadtteils Ehrenfeld beträgt entsprechend den Aussagen des Amtes für Statistik im Jahr 1999 34.775 Personen. Von diesen besitzen 23.705 einen deutschen Pass. Unter den BürgerInnen allochthoner Herkunft befinden sich Personen griechischer, italienischer, spanischer, portugiesischer und türkischer Herkunft, ebenso Menschen aus dem

ehemaligen Jugoslawien und der ehemaligen Sowjetunion. Angaben über die Herkunft der unterschiedlichen Asylsuchenden werden durch das Amt für Statistik der Stadt Köln nicht gemacht, doch ist zu vermuten, dass hierdurch ein noch differenteres Bild der BewohnerInnen des Quartiers entstehen würde. Die unterschiedlichen Staatsangehörigkeiten der Ehrenfelder Bevölkerung sind nur eines von vielen Merkmalen, die ein plurales Stadtquartier kennzeichnen. Weitere Aspekte, die auf Ehrenfeld als ein heterogenes Stadtviertel verweisen, konzentrieren sich auf Fragen der Bildung und der Situation auf dem Arbeitsmarkt. Auch in diesem Kontext kann auf die Bedeutung der Mobilitätsbewegungen verwiesen werden: Migration und die bereits ausführlich erläuterten Deindustrialisierungsprozesse haben mit dazu beigetragen, dass die Struktur des Arbeiterviertels nach und nach verschwunden ist und die relative Homogenität dieses Sektors einer zunehmenden Heterogenität gewichen ist. Überregionale und globale Entwicklungen in diesem Bereich haben zur Konsequenz, dass sich in Ehrenfeld der Arbeitsmarkt ausdifferenziert und schließlich zur Vielfalt des Quartiers mit beiträgt. Bezogen auf die Bildungsstruktur der in Ehrenfeld lebenden Menschen ist diese Veränderung evident. Bis in die 80er Jahre hinein war bei der Ehrenfelder Bevölkerung der vorherrschende Bildungsabschluss der der Hauptschule. Bedingt durch das Phänomen des von Ulrich Beck skizzierten 'Fahrstuhleffekts' einerseits und durch Transformationen in der Bevölkerungszusammensetzung andererseits hat sich das schulische Bildungsniveau der EhrenfelderInnen mittlerweile verändert (1986:114). Es ist heterogener geworden und gleicht sich diesbezüglich der Stadt Köln an.

Die strukturelle Heterogenität ist jedoch noch weitreichender als bisher vorgestellt. Denn die kontinuierliche funktionale Ausdifferenzierung der Gesellschaft und somit das Entstehen von weitreichenden Systemen und Teilsystemen bleibt nicht auf die genannten Felder beschränkt, sondern bezieht sich auf alle gesellschaftlichen Systeme. Es entstehen einerseits neue systemische Netzwerke und andererseits nehmen die Individuen eine Vielzahl von Rollen und Positionen innerhalb der Gesellschaftssysteme ein. Konstruktivisten reden von den Komponentenrollen, d.h. die Individuen werden als Komponente von Systemen betrachtet, sei es als SchülerIn, als Kunde oder KundIn oder als ArbeitnehmerIn. Das bedeutet, dass in einer funktional ausdifferenzierten Gesellschaft die Einzelnen verstärkt Rechte auf Zugang und Teilnahme (strukturelle Koppelung) an Teil- oder Subsystemen erhalten, so wie dies bereits aus theoretischer Perspektive erläutert wurde. Für die Gesellschaftsmitglieder vervielfältigen

sich damit Organisationsmitgliedschaften, vergrößern und ergänzen sich die Optionsspielräume. Umgekehrt bedeutet dies jedoch auch, dass eine unzureichende formale Integration die Optionsmöglichkeiten der Individuen beeinträchtigt. Darüber hinaus wird das Recht zur Teilhabe an Teilsystemen – und dies betrifft speziell auch die Teilhabe am Arbeitsmarkt – nicht immer eingelöst, was darauf hindeutet, dass die Systeme nicht immer nach formal-rationalen Kriterien ausgestattet sind.

4. Arbeitsstruktur im Quartier: Arbeitssituation Teil 1

Innerhalb einer jeden Gesellschaft bildet Arbeit einen entscheidenden Faktor, über den die Inklusion in die Gesellschaft primär geregelt wird. Dies wurde bereits sowohl im theoretischen Teil (Die postmoderne Gesellschaft und ihre Inklusionsfähigkeit) als auch im gesellschaftspolitischen Teil (Arbeit im bundesrepublikanischen Diskurs) der Dissertation ausführlich thematisiert. Entsprechend dem dreidimensionalen Ansatz, der dieser Arbeit zugrunde liegt, wird das Thema Arbeit aus eben diesen drei Perspektiven, der systemischen, der lebensweltlichen und der metakommunikativen Perspektive behandelt. Dass dabei die Frage der systemischen Inklusion auch aus empirischer Sicht eine besondere Position innehat, ergibt sich einerseits aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Hintergrund, der besagt, dass in der postmodernen Stadt die systemische Inklusionsfähigkeit eine herausragende Position einnimmt, andererseits durch die gesellschaftliche Bedeutung von Arbeit. Denn da die Inklusion in den Arbeitsmarkt eine notwendige Voraussetzung für die gesellschaftliche Inklusion darstellt, bedeutet ein Ausschluss aus dem Arbeitsleben gleichzeitig eine gravierende Exklusion. Ausgehend davon, dass ebenso wie die Inklusion in den Arbeitsmarkt auch die Exklusion aus demselbigen nach formalen Kriterien geregelt sein muss, vertrete ich die These, dass genau dies nicht geschieht. Hierzu gleich mehr.

4.1. Zum Zusammenhang von lokalen und globalen Prozessen

Nähert man sich dem Thema Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland, so wird schnell deutlich, dass die öffentliche Diskussion primär durch die Zahlen der Erwerbslosen geprägt ist, also negativ bestimmt wird. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit hat die Zahl der Erwerbslosen im Dezember 1997 den Höchststand erreicht, es wurde von 4,5 Millionen Arbeitslosen entsprochen, was einer Quote von fast 11 % entspricht. Seitdem hat sich die Situation etwas stabilisiert und die Arbeitslosenquote hatte sich bei etwa 9 % eingependelt, von einem wirklichen Aufschwung kann jedoch nicht die Rede sein. Ganz im Gegenteil. Das Jahr 2001 konnte als ein Jahr der Rezessionen beschrieben werden, und dies nicht erst in der Folge des 11. Septembers. Dass die Arbeitslosenzahlen jedoch qualitativ wenig aussagekräftig

sind, wurde im vorangegangenen Kapitel (Arbeit im Diskurs) bereits analysiert. Neben dieser eher negativen Sichtweise auf das Thema Arbeit, die selbstverständlich ihre Berechtigung hat, ist es sinnvoll, sich ein Bild über die Entwicklung von Arbeit in all ihren Facetten zu verschaffen. Der bundesrepublikanische Diskurs wurde bereits ausführlich thematisiert, der makrosoziologische Blick wurde eingenommen. Nun muss es darum gehen, den Fokus auf den lokalen Arbeitsmarkt der metropolitanen Stadtgesellschaft zu werfen und dabei, wie methodisch ausformuliert, mikrosoziologisch zu verfahren.

Der lokale Arbeitsmarkt kann nicht als ein in sich geschlossenes System betrachtet werden, sondern muss in einem Gesamtzusammenhang, dem der Bundesrepublik Deutschland und der weltweiten Globalisierungsprozesse, gestellt und analysiert werden. Mit dieser Sichtweise erst wird es möglich, die Prozesse der lokalen Arbeitsmarktebene plausibel zu machen. Gerade die Veränderungen, die entlang der Standortdebatte markiert werden, sind in dem von mir untersuchten Quartier evident und weisen auf die Verquickung von Globalisierung einerseits und (G)lokalisierung andererseits hin (Roland Robertson 1998:1993). Verlagerungen von Firmen ins Ausland aufgrund der dort existierenden günstigeren Produktionsbedingungen, damit einhergehend der Verlust von Arbeitsplätzen im Stadtteil, tragen mit dazu bei, dass Teile der Ehrenfelder Bevölkerung verarmen. Denkt man im globalen Zusammenhang, bedeutet eine solche Entwicklung jedoch auch, dass anderenorts Arbeitsplätze entstehen. Über die Qualität dieser verlagerten Arbeitsplätze kann zunächst nichts gesagt werden, ist auch zu vermuten, dass sie mit Ausbeutungsverhältnissen zuungunsten von ArbeiterInnen verbunden sind.

Wenn man sich mit Prozessen des lokalen Arbeitsmarktes beschäftigt, wird einem schnell bewusst, dass im Zuge von Mobilisierungsprozessen Wohnort und Arbeitsort nicht übereinstimmen müssen. Selbstverständlich sind EhrenfelderInnen nicht ausschließlich im Quartier beschäftigt und ebenso arbeiten in Ehrenfeld auch BewohnerInnen anderer Kölner Stadtteile und der Region. Veränderungen des Ehrenfelder Arbeitsmarktes, Schließung von Firmen, Entlassungen usw. schließen somit andere Stadtteile und Regionen ein. Aufgrund der Verzahnung lokaler, regionaler, nationaler wie auch globaler Faktoren innerhalb des Arbeitsmarktes wird es notwendig, all diese Faktoren – die in weiten Teilen bereits aus theoretischer und gesellschaftswissenschaftlicher Perspektive beleuchtet wurden – mit in die Analyse einzubeziehen. Und das bedeutet auch, dass der Begriff der Globalisierung neutral und nicht ausschließ-

lich negativ betrachtet wird. Diese Negativbetrachtung ist angesichts der Unwiederbringlichkeit von Globalität lediglich destruktiv. Und selbst die Standortdebatte kann in einem anderen Licht gesehen werden, als dies oftmals geschieht. Nimmt man den Blickwinkel von Orten ein, in die Unternehmen abwandern, so wird von dieser Perspektive die Standortdebatte anders geführt.

Der Blickwinkel der systemischen Perspektive konzentriert sich auf unterschiedliche Prozesse in Verbindung mit Arbeit. Zunächst wird der derzeitige Status quo des Ehrenfelder Arbeitsmarktes skizziert. In welche Sektoren gliedert sich der Arbeitsmarkt, welcher Wandel zeichnet sich diesbezüglich ab? Im Kontrast zur Analyse aus lebensweltlicher Sicht, in der StadtteilbewohnerInnen und ihr Umgang mit Arbeit in den Vordergrund gerückt werden, werden hier zunächst die strukturellen Gegebenheiten und Veränderungen im Mittelpunkt stehen. Aktuelle Diskussionen, wie beispielsweise die wachsende Zahl an Existenzgründungen, werden ebenfalls auf ihre Relevanz für die BewohnerInnen des Stadtteils überprüft. Bietet die Selbständigkeit eine Alternative zum Angestelltenverhältnis oder zur Erwerbslosigkeit und für wen bietet sie eine Chance? Daneben werden die formalen Voraussetzungen für die Teilnahme am Arbeitsmarkt diskutiert. Dies zielt auf Fragestellungen in Bezug auf die Inklusion in den Arbeitsmarkt ebenso wie auf die Exklusion aus dem Arbeitsmarkt. Welche Zugangskriterien existieren für den Arbeitsmarkt und wer kann diese Kriterien erfüllen? Aber ebenso gilt es die Frage zu klären, inwieweit trotz der Erfüllung von formalen Zugangsvoraussetzungen die Eingliederung in den Arbeitsmarkt nicht gelingt. Dies zielt nicht ausschließlich auf den Ausschluss aufgrund zu geringer Anzahl an Arbeitsplätzen, sondern viel eher auf die Ummantelung von formalen Kriterien zugunsten eher lebensweltlich bedeutsamer Kategorien. Diese Fragestellung bildet zugleich die Leitfrage der Untersuchung. Das Augenmerk soll in diesem Zusammenhang auf formale institutionalisierte Formen der Diskriminierungen, wie sie beispielsweise durch die existierende Rechtssituation gegeben sind, gerichtet werden. Das heißt, es gilt die Frage zu klären, inwieweit die formalen Einschränkungen, wie sie durch das Ausländerrecht beziehungsweise die Asylgesetzgebung gegeben sind, Auswirkungen auf die allochthone Bevölkerung innerhalb Ehrenfelds haben.

Auf der einen Seite stehen somit die systemischen Gegebenheiten in Form von strukturellen, z.B. rechtlichen Voraussetzungen auf der anderen Seite werden die individuellen, formalen Voraussetzungen diskutiert, die jeder Einzelne mitbringen muss, um am Arbeitsmarkt partizi-

pieren zu können. Diese Voraussetzungen können als Kompetenzen formuliert werden, sei es Bildung, Ausbildung etc. Beide Aspekte gemeinsam sind Teile dessen, was als formale Bedingungen zur Partizipation auf dem Arbeitsmarkt beschrieben werden kann.

In Ehrenfeld existieren einige Institutionen, die mit der Zielsetzung arbeiten, Kompetenzen, die einen Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern, zu vermitteln und Wege aus der Erwerbslosigkeit aufzuzeigen. Diese Institutionen werden auf ihre Relevanz für den Stadtteil und die dortige Arbeitsmarktsituation hin überprüft. Ableitend aus der Fragestellung ergeben sich dann aus dem systemischen Blickwinkel folgende zu untersuchende Aspekte:

- Skizze des Ehrenfelder Arbeitsmarktes
- Lokale Auswirkungen globaler Prozesse
- Inklusions- und Exklusionsprozesse auf dem Arbeitsmarkt
- Ethnizität auf dem Arbeitsmarkt.

Die folgenden Ausführungen zu den Arbeitsmarktprozessen innerhalb des Stadtquartiers basieren auf mehreren Experteninterviews sowie Daten des Statistischen Amtes der Stadt Köln. Die Experteninterviews wurden mit GeschäftsinhaberInnen, einem Mitarbeiter eines mittelständischen Unternehmens, den MitarbeiterInnen und dem Geschäftsführer von Arbeitsloseninitiativen geführt. Durch diesen Zugang konnten unterschiedliche Positionen zum Thema berücksichtigt werden. Daneben wurden innerhalb zweier kleiner Geschäfte teilnehmende Beobachtungen gemacht, deren Ergebnisse hier vorgestellt werden.

4.2. Der Arbeitsmarkt in Ehrenfeld – exemplarische Analysen

Nachdem bereits einige Tendenzen des bundesrepublikanischen Arbeitsmarktes und des Diskurses um das Thema Arbeit skizziert worden sind, wird es im Folgenden um eine Analyse des Ehrenfelder Arbeitsmarktes gehen. Inwieweit lassen sich die bundesrepublikanischen Tendenzen innerhalb des Quartiers wiederfinden, wo lassen sich andere Trends beobachten? Bei der Analyse stehen zunächst die Umstrukturierungen des lokalen Arbeitsmarktes im Vordergrund. Diese werden in einem globalen Kontext diskutiert. Darauf aufbauend wird die Frage nach Exklusionsprozessen aus dem Arbeitsmarkt gestellt und analysiert.

4.3. Skizze des Arbeitsmarktes

Die Skizze des Ehrenfelder Arbeitsmarktes gibt einen Überblick über Angebot und Nachfrage des Arbeitsmarktes im Stadtteil. Welches Bild kann für den Arbeitsmarkt im Quartier gezeichnet werden? Inhaltlich sind dabei sowohl quantitative als auch qualitative Aspekte relevant. Hieraus ergibt sich dann zugleich die methodische Herangehensweise. Auf der einen Seite waren es Daten des Amtes für Statistik, die Aufschluss über Anzahl und Art der Betriebe geben konnten. Auf der anderen Seite standen Experteninterviews, wie beispielsweise das mit dem Geschäftsführer des Kölner Arbeitslosenzentrums, der die Entwicklung auf dem Kölner Arbeitsmarkt beleuchtete, Formen der Diskriminierung aufzeigte, aber gleichzeitig auch Handlungsstrategien in Krisensituationen und somit Möglichkeiten der politischen Partizipation präsentierte.

Wie in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt ist auch die Arbeitsmarktsituation in dem untersuchten Stadtteil Ehrenfeld als sehr angespannt zu bezeichnen. Der Arbeitsmarkt in Köln unterliegt großen strukturellen Veränderungen, von dem Ehrenfeld als ehemals klassisches Arbeiterviertel in einem besonderem Maße betroffen ist. Ursachen hierfür sind, wie anderenorts auch, die Reduzierung von Unternehmen der verarbeitenden Industrie, sei es durch Rationalisierungen, sei es durch Standortverlagerungen. In anderen Bereichen, wie beispielsweise dem städtischen Dienstleistungssektor, entfallen Arbeitsplätze aufgrund finanzieller Engpässe der Kommunen. Der Einstellungsstopp umfasst inzwischen alle städtischen Bereiche, angefangen von ErzieherInnen in Kindertagesstätten bis hin zur Müllabfuhr. Ein anderer Trend zeigt sich lediglich im Dienstleistungssektor und dort speziell im Bereich der Film- und Fernsehbranche sowie der IT- und Kommunikationsbranche. Durch von der Stadt gezielt vorgenommene Förderprogramme entwickelt sich Köln zu einem großen Medienzentrum, in dem neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Beispielhaft hierfür ist die Gründung der Medienhochschule, die Entstehung des Mediaparks oder das im Ehrenfelder Stadtbezirk liegende Coloneum, das insbesondere der Filmbranche als öffentlicher Ort dient. Diese Entwicklung zeigt wichtige Tendenzen, die auch Aussagen über die Aufgabenverteilung der Kommunen zulassen. Während also der Erziehungs- und Bildungssektor finanzielle Kürzungen erfahren muss, wird der Bereich, der die Repräsentation der Stadt steigen lässt, gefördert.

Als einstiges Randgebiet von Köln war Ehrenfeld bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein ein Ort, in dem die verschiedenen Industriezweige der verarbeitenden Industrie Hauptarbeitgeber waren. Angefangen von der Glasindustrie über eine Leuchtröhrenfabrik bis hin zur metallverarbeitenden Industrie hatten viele Unternehmen ihre Produktionsstätten in diesem Quartier. Von 1970 bis 1994 hat sich die Zahl der in der verarbeitenden Industrie, dem sekundären Sektor, Beschäftigten im Bezirk Ehrenfeld von 66,1 Prozent auf 50,9 Prozent reduziert. Damit stellt der sekundäre Bereich in Ehrenfeld zwar immer noch mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze, doch ist der Verlust, den die verarbeitende Industrie zu verzeichnen hat, unübersehbar. Vergleicht man die oben genannten Daten mit den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Stadt Köln, so wird einem die Relevanz von Ehrenfeld als Industriestandort bewusst: In Köln betrug die Zahl der im sekundären Bereich Beschäftigten in den gleichen Jahren (1970) 47,4 Prozent und (1994) 28,6 Prozent (vgl. Stefan Padberg 1995). Der prozentuale Anteil der im verarbeitenden Sektor Beschäftigten ist in Ehrenfeld wesentlich größer, nämlich 22 Prozent höher (für das Jahr 1994) als im Kölner Durchschnitt. Für das Jahr 1995 musste konstatiert werden, dass 26,7 Prozent der verlorenen Arbeitsplätze aus dem Bereich des Maschinenbaus kamen, 38,3 Prozent aus den Gießereien und 21 Prozent aus der chemischen Industrie.³⁰ Neben Ehrenfeld sind von den Deindustrialisierungsprozessen speziell die rechtsrheinischen Stadtteile wie Kalk, Mülheim und Deutz betroffen. Die in Köln stattfindenden Transformationen des Arbeitsmarktbereiches, die mit Verlusten in den „typischen Arbeiterberufen“ korrelieren, sind Entwicklungen, die sich an allen Orten in Deutschland wiederfinden lassen. Zu denken ist nur an die strukturellen Veränderungen im Ruhrgebiet, die Schließung von Zechen, der gleichzeitige Wegfall des ‘Kohlepfefferns’ usw.

Andererseits ist der Anteil der in Ehrenfeld im tertiären Bereich Beschäftigten im Zeitraum zwischen 1980 und 1994 kontinuierlich angestiegen, ein Zeichen für die Bedeutungsveränderungen der Beschäftigungssektoren – weg von der verarbeitenden Industrie hin zum Dienstleistungssektor –, ein Trend, der ebenso für die Situation in der Bundesrepublik Deutschland gilt. Der Geschäftsführer des Kölner Arbeitslosenzentrums hat diesen Prozess in einem Interview mit einigen Beispielen skizziert:

„Das, was es in Ehrenfeld noch an klassischem Produktionssektor gab, ist sukzessiv abgebaut worden. Also, man durfte ja neulich lesen, dass die Firma Kolb jetzt wider Erwarten überlebt hat, aber Ehrenfeld ist ja ein typisches kölnisches Strukturwandelgebiet, also Abbau von Arbeitsplätzen

30 Informationen des Kölner Arbeitslosenzentrums.

im Sekundärbereich und dann natürlich, das können Sie so langsam sehen, wenn Sie hier um die Ecke gehen, wie sich hier so in den alten Industrieorten Dienstleistungsunternehmen ansiedeln. So, was wir hier haben, ist Marketing und die ganzen Geschichten, Hightech, Marketing, Verkauf, Mode, Kunst, Kultur, das siedelt sich alles hier so an. Und da haben wir das sogenannte Problem des Job-miss-Matches oder dass die hier nicht kompatibel sind, wie man sagt, dass dann halt die Dienstler vom Kolb nicht in den neuen Betrieben arbeiten können.“ (Münch 1998:8)

Ein anderer Aspekt wird hier verdeutlicht. Für die durch die Schließung von Unternehmen der verarbeitenden Industrie arbeitslos gewordenen Menschen stehen keine adäquaten Arbeitsplätze in Köln zur Verfügung. Viel mehr noch: Aufgrund des überregionalen strukturellen Wandels wird es für die Betroffenen auch in anderen Regionen kaum Arbeitsmöglichkeiten geben. Hier stößt die oftmals geforderte Mobilität an ihre Grenzen, beziehungsweise es wird weder von politischer, wirtschaftlicher noch individueller Seite genügend angemessen auf die Veränderungen reagiert. Eine angemessene Reaktion könnte die flächendeckende Förderung von Weiterbildungs- und Umschulmaßnahmen für Arbeitslose sein.

Mehrere Faktoren spielen bei der Deindustrialisierung Ehrenfelds eine Rolle. Einerseits verringerte sich die Zahl der Flächen, die in diesem Quartier für industrielle Nutzung zur Verfügung stehen. Mitverantwortlich hierfür sind strengere Umweltauflagen, die eine Trennung von Industrie- und Wohngebieten fordern. Diese strengeren Umweltauflagen sind positiv zu bewerten, wenn sie auch zur Konsequenz haben, dass Firmen oftmals in Länder abwandern, in denen es solche Vorschriften nicht gibt. Die Verknappung der Flächen hat zur Folge, dass die gegebenen Grundstücke einen hohen Quadratmeterpreis haben, einen Preis, den die produktionsverarbeitenden Gewerbe nicht zahlen können. Hinzu kommt, dass in Ehrenfeld einige ehemalige Industriegelände, die zum Kauf angeboten werden, bereits durch industrielle Verschmutzung verseucht sind und deshalb keine Käufer gefunden werden. Ehrenfeld ist deshalb lediglich für die Betriebe attraktiv, die nicht auf großflächige Grundstücke angewiesen sind beziehungsweise deren Gewinnspanne sehr hoch ist. Dies gilt beispielsweise für den von der Stadt Köln geförderten High-Tech- und Mediensektor. Während dieser Sektor einerseits starke kommunale Unterstützung erfährt, verhält es sich für das produzierende Gewerbe in Ehrenfeld anders.

Ist die Deindustrialisierung Ehrenfelds zunächst auch mit dem Verlust von Arbeitsplätzen verbunden, so kann sie auch positiv bewertet werden. Angesichts der ökologischen Belastungen, die durch die verschiedenen Industriezweige gegeben waren, ist eine Trennung von Industrie und Wohnraum zu befürworten. In diesem Kontext ist es wichtig, auf die Risiken zu verweisen, die von der Industrie ausgingen und vielfach noch ausgehen. Dass es sich bei

diesem Prozess der Deindustrialisierung um eine Verlagerung von Risiken handelt, hat Ulrich Beck bereits 1986 beispielhaft an den grenzüberschreitenden Folgen von Tschernobyl aufgezeigt.

Bei den Transformationen innerhalb des Arbeitsmarktes und der Errichtung neuer Industrieansiedlungen wird innerhalb der Stadt Köln und auch Ehrenfelds ein „harter Kampf“ um freie Flächen geführt. Und dies scheint kein spezifisches Problem von Ehrenfeld darzustellen, sondern wird in der Stadtsoziologie als ein typisches Phänomen der Großstädte beschrieben:

„Um zentrale Standorte in großen Städten wird in der Tat mit harten Bandagen gekämpft. (...) Es hat auch zur Folge, dass sich vor allem Filialen transnationaler Konzerne durchsetzen, die auf die großen Mittel der Konzernmütter (oder verbündeter Banken) zurückgreifen und notfalls auch eine zeitlang mit Verlust wirtschaften können (...) Die Kommunalverwaltungen sind an diesem Vorgang durchaus auch in eigenem Interesse beteiligt, weil die Einnahmen aus der Gewerbesteuer immer noch einen erheblichen Teil der kommunalen Gesamteinnahmen ausmachen.“ (Bernd Hamm/Stefan Neumann 1996:199)

Die Medienindustrie mit ihren internationalen Verbindungen erweist sich als einer der hier skizzierten finanzstarken Sektoren. Köln etabliert sich zusehends zu einem internationalen Medienzentrum. Innerhalb des Stadtbezirks Ehrenfelds haben sich bereits einige Fernsehproduktionsfirmen niedergelassen. 1999 eröffnete hier auch das große Medienzentrum Coloneum die Pforten. In der Nähe Ehrenfelds befindet sich darüber hinaus der Media-Park mit seinen vielfältigen Unternehmen aus der Medienbranche. Durch all diese neuen Unternehmen wird eine Aufwertung des Stadtbezirks erreicht. Dass damit auch Verdrängungsprozesse verbunden sind, wurde bereits betont. Ähnliche Entwicklungen werden neuerdings für die rechtsrheinischen Gebiete prognostiziert.

Die politisch geförderte Deindustrialisierung des Quartiers, einhergehend mit wirtschaftlichen Rezessionen hat zur Folge, dass Betriebe ihre Produktionsstätten entweder in die Randgebiete Kölns verlegen, wie beispielsweise die Firma ‘Muelhens’, Produzent von ‘4711-Echt Kölnisch Wasser’, die von der Firma ‘Wella’ aufgekauft wurde, oder aber ins Ausland gehen. Damit folgen sie dem eingangs bereits umrissenen Trend der Standortverschiebungen in Gegenden, in denen günstiger produziert werden kann. Dies kann ein lokaler wie auch ein transnationaler Standortwechsel sein. Letzteren Weg wählte die Firma ‘Daimon’, die ihre Betrieb von Köln nach Belgien verlagert hat. Hier lassen sich allgemeine globale Entwicklungen wiederfinden, nämlich der Abzug von Betrieben in Länder, in denen zu ökonomisch günstigeren Bedingungen produziert werden kann.

Neben den bereits genannten Firmen haben in den letzten Jahren die Firmen „Moll“ sowie die „Rhenania Brauerei“ den Stadtteil verlassen, weitere folgen. Die Schließung der Firma ‘Philipps’ im Jahr 1994 bedeutete den Wegfall von 250 Arbeitsplätzen, der Standortwechsel der Firma ‘Ostermann’, einer Schiffsschraubenfabrik von Köln in die neuen Bundesländer, bewirkte den Verlust von 100 Arbeitsstellen entsprechend den Angaben des ‘Kalz’. Für viele Beschäftigte der verarbeitenden Industrie wurden keine vergleichbaren Stellen gefunden. Hier bestätigt sich das von dem Geschäftsführer des Kölner Arbeitslosenzentrums genannte Argument der ‘nicht-kompatiblen Ausbildungen’.

Verbunden mit den betrieblichen Veränderungen im sekundären Bereich, ist eine Umgestaltung der Beschäftigungsverhältnisse zugunsten des Dienstleistungsgewerbes sichtbar. Die vielen kleinen Geschäfte und Unternehmen resultieren potentiell aus dem Abbau von Arbeitsplätzen im sekundären Sektor. Denn ein Weg, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, kann darin liegen, sich in die Selbständigkeit zu begeben. Da dieser Weg politisch und ökonomisch gefördert und forciert wird, liegt hierin sicherlich ein Anreiz für eine Unternehmensgründung. Sowohl in der Zunahme des Dienstleistungssektors als auch in den steigenden Existenzgründungen werden in dem von uns untersuchten Quartier Prozesse deutlich, die typisch für den Strukturwandel des Arbeitsmarktes sind.

In Ehrenfeld zeigen sich Prozesse, die auch auf bundesrepublikanischer Ebene die Entwicklungen des Arbeitsmarktes kennzeichnen, hierzu Hansjürgen Daheim:

„In modernen kapitalistischen Gesellschaften ist unter Überschriften wie ‘Erosion des Normalarbeitsverhältnisses’ oder ‘Deregulierung’ die Rede von Maßnahmen der Flexibilisierung des Arbeitskräfteeinsatzes. In Deutschland wurden dabei Ersatzweisen wie die Befristung von Arbeitsverträgen, Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Schein-Selbständigkeit usw. als Formen der Dekomposition abhängiger Erwerbsarbeit analysiert. Der Rahmen ist zumeist die ‘Krise’ oder gar das ‘Ende der Arbeitsgesellschaft’: Zentrale Elemente sind die Rationalisierung der Arbeit mittels der ‘neuen Technologien’ mit der Folge einer überproportionalen Freisetzung von Arbeitskraft, die neue internationale Arbeitsteilung auf der Grundlage eines Lohngefälles und weltweiter Kommunikation, der Abbau sozialstaatlicher Regulierungen des Arbeitskräfteeinsatzes und darauf bezogener sozialer Absicherungen.“
(1993:13ff.)

Hauptmerkmal dieser Umstrukturierung sind die Deindustrialisierung sowie die Rationalisierung von Arbeitsplätzen. Während der Wegfall von Arbeitsplätzen im primären Bereich in Ehrenfeld bereits mit der Entstehung des Quartiers im Zuge der Industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts verbunden war, zeichnet sich das beginnende 21. Jahrhundert durch den Abbau des sekundären Bereiches aus. Die westlichen Gesellschaften – und somit auch der Stadtbezirk Ehrenfeld als Teil dieser postmodernen Gesellschaften – sind verstärkt durch den

Dienstleistungs- und den Wissenssektor geprägt. Das Quartier symbolisiert mit dieser Entwicklung eine typisch postmoderne urbane Struktur.

4.4. Beschäftigung im sekundären Bereich

Die Transformationsprozesse des sekundären Bereiches lassen sich anhand eines Ehrenfelder Betriebes verdeutlichen. Die Analyse dieses Betriebes geschieht unter dem Vorzeichen der aufgestellten Leitfrage, inwieweit das Unternehmen die formale Anschlussfähigkeit des Einzelnen unabhängig von lebensweltlichen Unterschieden garantiert beziehungsweise daran anschließend, wann es zu einem Ausschluss aufgrund lebensweltlicher Aspekte kommt. Im Mittelpunkt des Interesses stehen Kriterien der Auswahl des Personals, die Bedeutung des Betriebes für das Quartier und die strukturellen Veränderungsprozesse, die innerhalb der Firma sichtbar werden. Dabei werden ebenfalls Fragen von ökonomischen Globalisierungsprozessen diskutiert. Die Analyse umfasst mehrere Schritte, wobei sich zunächst auf die Struktur des Unternehmens konzentriert wird, auf deren Basis die anderen Fragestellungen bearbeitet werden können.

Die Firma 'Lohhaus', ein mittelständisches Unternehmen des Werkzeugmaschinenbaus, befindet sich seit über 90 Jahren in Ehrenfeld und ist seitdem im Besitz der gleichnamigen Familie. Zum Zeitpunkt der Untersuchung beschäftigt das Unternehmen ungefähr fünfzig Personen, bis Ende der 80er Jahre war die Belegschaft doppelt so hoch, also hundert MitarbeiterInnen. Die Ursachen für die Verringerung des Personals sind vielschichtig. Zunächst einmal ließ die hohe Altersstruktur innerhalb des Unternehmens einen Art 'natürlichen Schwund' verzeichnen. Für diese in den Ruhestand gegangenen Personen wurden kaum neue eingestellt. Gründe hierfür liegen in der schlechten Auftragslage des Betriebes. Die Arbeitsprozesse des Betriebes sind so gestaltet, dass erst dann produziert werden kann, wenn ein Auftrag vorliegt. Bis zum Jahr 1991 existierte ein Großauftraggeber, der regelmäßig Werkzeugmaschinen anforderte – die Sowjetunion. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist dieser Auftrag verloren gegangen, was zu einem wirtschaftlichen Einbruch im Unternehmen führte. Zeitlich war der Auftragsverlust gekoppelt an den Tod des Seniorchefs. Letzterer hatte den Betrieb mit großem Einsatz und Energie geführt. Die Erben des Betriebes hingegen sind

in anderen Berufsbranchen beschäftigt, womit sie zum einen weder die nötige Zeit noch die Motivation oder gar die Kompetenz mitbringen, das Unternehmen adäquat weiterleiten zu können. Beide Ergebnisse gemeinsam hatten zur Konsequenz, dass der Umsatz des Betriebes rapide gesunken ist, was wiederum zur Folge hatte, dass zunächst über Kurzarbeit versucht wurde, die Arbeitsplätze zu erhalten, dann jedoch dennoch 30 % der MitarbeiterInnen entlassen werden mussten. Diese beiden Aspekte werden durch fehlende Investitionen und keinerlei Modernisierungen verstärkt, was Herr Theiss, ein Mitarbeiter der Firma und gleichzeitig Mitglied des Betriebsrates wie folgt beschreibt:

„Aber es ist seit Jahren nicht mehr investiert worden. Also ich habe angefangen vor zehn Jahren, da ist die letzte Maschine – oder vor neun Jahren – ist die letzte Maschine angeschafft worden, die damals schon am unteren Level dessen, was die Technik anbietet, war (...) und die auch ne Fehl-investition war.“ (Thiess 1998:4)

Ließ sich ein Teil des Gewinns bisher durch die Maschinen erzielen, die seit Jahren bereits abgeschrieben waren und mit denen somit ein reiner Gewinn erzielt werden konnte, zeichnen sich diesbezüglich Veränderungen ab. Obwohl die Gewinnspanne bisher sehr groß war, konnte dies nicht verhindern, dass durch die starke Konkurrenz ausländische Unternehmen der Umsatz und somit zugleich der Gewinn minimiert wurde. Die einstige Marktnische ist im Zuge der Globalisierung verschwunden.

„Aber jetzt ist diese kleine Marktnische, wo sie sich mit ihren alten Maschinen halten konnten, geschlossen worden. Diese Produkte, die die Firma anbietet, die kannst du von anderen Firmen aus anderen Ländern aus anderen Ländern quasi vom Katalog her bestellen. Dadurch ist das Unternehmen in eine tiefe strukturelle Krise gerutscht. Da gibt es bestimmt Hunderte von ähnlichen Werkzeugmaschinenfirmen, dass die gute deutsche Wertarbeit, mit dem sie ihr Image und ihren Marktanteil verteidigen konnten über Jahrzehnte, das ist heute nichts mehr wert auf dieser Welt.“ (Thiess 1998:8)

Hier zeigen sich ganz deutlich die Folgen der ökonomischen Globalisierung für den Betrieb. Durch einen internationalen Warenmarkt ist es inzwischen möglich geworden, dass Produkte in kürzester Zeit über die ganze Welt hinweg an KundInnen geliefert werden können. Somit hat jeder einzelne Kunde die Möglichkeit, Angebote weltweit einzuholen und das kostengünstigste – vielleicht von einem weit entfernten Ort – auszuwählen; per Internet und dem dort angegliederten E-Commerce-Markt geschieht dies ja bereits vielerorts. Was für die unterschiedlichen Betriebe der verarbeitenden Industrie gilt, erlangt inzwischen auch für den Einzelhandel immer mehr Bedeutung und Gültigkeit. Auch er wird ortsunabhängiger und

findet mehr und mehr in den virtuellen Räumen des Internets statt.³¹

Zwar genießen die in der Bundesrepublik Deutschland hergestellten Produkte aufgrund der ihnen zugeschriebenen guten Qualität einen hohen Stellenwert, doch reduziert sich der Wert dieser Arbeit – um wieder auf das Unternehmen ‘Lohhaus’ zurückzukommen – innerhalb eines Betriebes, der mit überalterten Maschinen hergestellte Produkte zu einem überhöhten Preis anbietet. Zusammenfassend lassen sich demnach mehrere Punkte für die wirtschaftliche Rezession des Betriebes benennen:

- Verlust des größten, langfristigen Auftrags durch den Zusammenbruch der Sowjetunion
- Tod des Seniorchefs und somit der Verlust fachlicher Kompetenz und Einsatzbereitschaft
- zu geringe Investitionen
- Globalisierung und hierdurch eine größer werdende Konkurrenz

Diese Faktoren der wirtschaftlichen Rezession weisen zugleich auf die formalen Voraussetzungen hin, einen Betrieb ökonomisch erfolgreich führen zu können. Die schwierige ökonomische Situation, einhergehend mit steigenden Sozialabgaben in Form von erhöhten Rentenbeiträgen, Solidaritätszuschlag, Pflegeversicherung und ähnlichem, hatte in den letzten Jahren zur Konsequenz, dass der Reallohn der MitarbeiterInnen stark gesunken ist. Herr Thieß spricht in diesem Zusammenhang von einem 20-prozentigen Rückgang. Hinzu kommt eine Inflationsrate, die den Wert des Geldes permanent schwächt. Nach der Einführung des Euros ist dies überall spürbar. Während bis zum Jahr 1991 der Betrieb im Vergleich zu anderen Kölner Unternehmen überdurchschnittlich hohe Löhne zahlte, hat sich seitdem die Situation verändert. Alle übertariflichen Leistungen und Erfolgsprämien sind gestrichen worden, zudem sind einige MitarbeiterInnen in niedrigere Lohngruppen abgestuft worden. Lohnkürzungen, zumindest des Reallohnes wie im skizzierten Fall, sind im Zuge der veränderten Arbeitsmarktsituation in vielen Unternehmen erkennbar. Hier sind Politik und Gewerkschaften gefragt, um diesem Trend entgegenzuwirken. Die Aufgaben beider muss darin liegen, neue Arbeitsmodelle zu entwickeln. Um nicht in der Bundesrepublik Deutschland amerikanische Verhältnisse bezüglich der Unterbezahlung von Erwerbsarbeit zu erreichen, wie dies jüngst von Ulrich

31 Begonnen haben diese Prozesse mit den Versandhäusern in den 50er Jahren. Einkäufe werden teilweise auch in anderen Ländern vollzogen, wie dies in grenznahen Städten für den Lebensmittelbereich schon seit langem gilt. Auch bei Autokäufen über das Internet können neuerdings Kosten gegenüber dem direkten Verkauf eingespart werden. Die Produktpalette der Internetangebote ist inzwischen unüberschaubar und vergrößert sich permanent.

Beck prophezeit wurde, wird es für die Gewerkschaften zugleich notwendig, Tarifverträge immer wieder neu auszuhandeln.³²

Einer geringen Anzahl offener Stellen auf dem Arbeitsmarkt steht eine hohe Zahl an Erwerbslosen gegenüber. Die Folgen dieses Überangebots an Arbeitssuchenden ermöglicht es den ArbeitgeberInnen, auch gut qualifizierte Fachkräfte untertariflich zu entlohnen. Sonderleistungen, wie zusätzliche Altersvorsorge, Beteiligung an Lebensversicherungen, Entlohnung der Überstunden für die Mitarbeitenden schrumpfen vielerorts zunehmend.

Speziell der Begriff der Überstunden deutet auf ein weiteres Phänomen des Arbeitsmarktes hin. In vielen Unternehmen werden von den MitarbeiterInnen zum Teil bezahlte, zum Teil unbezahlte Überstunden angehäuft. Untersuchungen im bundesrepublikanischen Zusammenhang haben gezeigt, dass eine Umverteilung der Arbeit(szeit) mehrere zehntausend neue Arbeitsplätze schaffen könnte. Jedoch ist zweifelhaft, ob dies in einem postfordistischen Zeitalter, in dem die ArbeitnehmerInnen immer mehr finanziell und emotional an ihr Unternehmen gekoppelt sind, gewünscht und somit gelingen wird.

Sowohl der Abbau von Arbeitsplätzen als auch der reduzierte Lohn verringern die Bindekraft und die systemische Integration in das Unternehmen. Es bleibt in Anbetracht der multiplen Ursachen der Rezession des untersuchten Betriebes fraglich, inwiefern die Inklusion durch eine verstärkte gesellschaftliche, politische Partizipation wieder hergestellt werden kann. Denn überlebensnotwendig für das Unternehmen wäre eine Anpassung des technischen Standards an die globalen Entwicklungen. Hierfür sind jedoch umfangreiche Investitionen erforderlich, die der Betrieb aus eigener ökonomischer Kraft wahrscheinlich nicht aufbringen wird, hierzu wären staatliche Investitionen notwendig. Dennoch bestünde eine mögliche Form der Partizipation der MitarbeiterInnen in Form von Betriebsrats- oder Gewerkschaftsarbeit, die sich jedoch in der untersuchten Firma verringert. Während sich die älteren Mitarbeiter zumeist traditionell gewerkschaftlich verbunden gefühlt haben, gilt dies für die jüngeren Mitarbeiter nicht mehr. Hier wird ein Trend sichtbar, der auch für andere Branchen gilt, nämlich dass die gewerkschaftliche Arbeit für viele Industriezweige an Bedeutung verliert und nicht mehr auf die breiten Massen an Gewerkschaftsmitglieder zurückgegriffen werden kann – und dies, obwohl die Arbeitssituation für viele einer Veränderung bedarf. Vielleicht aber hat

32 Vgl. Ulrich Beck (1999): *Schöne neue Arbeitswelt*. München. Ulrich Beck geht in seiner Analyse sogar noch einen Schritt weiter. Er spricht nicht nur von einer Amerikanisierung, sondern sogar von einer Brasilianisierung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt.

diese alte Form der gewerkschaftlichen Arbeit auch ausgedient und es muss nach neuen erfolgsversprechenderen Partizipationsformen gesucht werden.

Zur Sozialstruktur der MitarbeiterInnen und den Kriterien der Mitarbeiterauswahl lässt sich Folgendes skizzieren: Im Gespräch mit Herrn Thiess, dem Betriebsratsvorsitzenden der untersuchten Firma, entwirft dieser ein Bild der Sozialstruktur der beschäftigten MitarbeiterInnen. Die Mitarbeiterschaft – im Produktionsbereich sind es ausschließlich männliche Arbeitnehmer – zeichnet sich durch ihre hohe Altersstruktur aus. Ein Viertel der Arbeitnehmer ist über fünfzig Jahre alt. Hier spiegelt sich ein Bild wider, das die strukturelle Situation der Werkzeugmaschinenproduktion kennzeichnet. Das Interesse an einer Ausbildung in diesem Sektor ist rückläufig, nicht zuletzt auch deshalb weil die Berufsaussichten in der Bundesrepublik Deutschland nachlassen. Denn hier wirken Prozesse der Internationalisierung und Globalisierung, die die Bedeutung von ausländischen Unternehmen ansteigen lässt. Dadurch verliert der Produktionsbereich des Werkzeugmaschinenbaus in der Bundesrepublik an Bedeutung.

Innerhalb des Ehrenfelder Betriebes lässt sich ein weiterer struktureller Transformationsprozess beobachten, ein Aspekt, der ganz speziell die Fragestellung der vorliegenden Dissertation betrifft. Bisher waren in dieser Firma ausschließlich autochthone Mitarbeiter beschäftigt, was für die Werkzeugmaschinenindustrie lange Jahre kennzeichnend war. Doch zeigen sich nun Veränderungen:

„Wenn wir hier mal Arbeitskräfte bekommen, dann melden sich schon überwiegend ausländische (...) Da merkt man eine Veränderung, also der Produktionsbereich Werkzeugbau, das ist nicht mehr in deutscher Hand. Was neu kommt, das sind keine deutschen Arbeitskräfte mehr, auch mit Facharbeiterbrief, Facharbeiter kommen noch nicht mal Deutsche. Die sind alle Deutsche und entsprechend vom Bewusstsein her typische Deutsche. Sie sind gut organisiert fast alle in der Gewerkschaft.“ (Thiess 1998:1)

Transformationen wirken sich dahingehend aus, dass heute primär allochthone MitarbeiterInnen eingestellt werden. Ist dieser Aspekt aus formalen Gründen auch unbedeutsam für den Betrieb – denn aus der Perspektive des Unternehmens ist lediglich die geleistete Arbeit ein entscheidendes Kriterium –, zeichnet sich in diesem Faktum dennoch ein gesellschaftlicher Prozess ab, der nicht zu vernachlässigen ist. So ist zu vermuten, dass aufgrund der wirtschaftlichen Rezessionen und der damit einhergehenden Unsicherheit in diesem Industriezweig dieser von potentiellen autochthonen Arbeitnehmern gemieden wird. Soweit dies möglich war und ist, haben sich autochthone MitarbeiterInnen neue, ‘sichere’ Arbeitsplätze gesucht. Das Bedürfnis nach einem sicheren Arbeitsplatz ist zwar auch für die allochthone Bevölkerung

gegeben, doch hat diese aufgrund rechtlicher und alltäglicher rassistischer Diskriminierungen vergleichbar weniger Inklusionsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt. In diesem Punkt liegt ein Hinweis dafür vor, dass der Arbeitsmarkt punktuell ethnisch organisiert wird.

Auch in anderer Hinsicht lassen sich bezüglich der Beschäftigten Veränderungen erkennen, die den Blick auf das Leben in einer sowohl systemisch als auch lebensweltlich ausdifferenzierten Stadt lenken. Der Lebensmittelpunkt eines Großteils der in der Firma 'Lohhaus' Beschäftigten hat sich von Ehrenfeld in die Außenbezirke Kölns verlagert, ihre räumliche Mobilität ist gewachsen, was den Anforderungen innerhalb einer systemisch ausdifferenzierten Gesellschaft entspricht.

Die Einstellungskriterien des Betriebes gestalten sich sehr different. Auf der einen Seite existiert das Kriterium der formalen Ausbildung, die Mitarbeiter müssen über eine fachliche Qualifikation verfügen. Diese fachliche Qualifikation muss nicht primär durch eine Ausbildung nachgewiesen werden, vielmehr orientiert sich die Kompetenz der Mitarbeiter auch im Umgang mit den 'alten, klapprigen Maschinen' und dem 'nicht nach neuesten technischen Kriterien durchorganisierten Betriebsablauf' (Thiess 1998:6). Hier steht nicht die formale Ausbildung als Einstellungskriterium im Vordergrund, sondern viel eher eine Kompetenz, wie sie durch Berufserfahrung erlernt werden kann. Aus diesem Grund werden bei der Firma Lohhaus gerne Personen eingestellt, die bereits in dieser Branche oder sogar in demselben Betrieb Erfahrungen sammeln konnten. Das Kriterium der beruflichen Kompetenz ist innerhalb vieler Betriebe ein übliches Einstellungsverfahren und gleichzeitig wird somit nach formalen Kriterien verfahren, denn ausschlaggebend für die Einstellung ist die Kompetenz in Hinblick auf die zu verrichtende Arbeit.

Anders verhält es sich mit den Einstellungen von Arbeitnehmern in den Betrieb, die aufgrund familiärer beziehungsweise persönlicher Kontakte zu Stande kommen. Herr Thiess erwähnte in diesem Zusammenhang, dass in den letzten Jahren lediglich ein Bewerber über den ganz formalen Weg in die Firma eingestellt wurde. Innerhalb des Unternehmens 'Lohhaus' ist es viel mehr Usus geworden, freie Stellen erst einmal intern auszuschreiben, um somit innerbetriebliche Aufstiegsmöglichkeiten zu gewährleisten. Die Grenzen zu filzokratischen Netzen oder Klüngel, wie der Kölner sagt, sind in den Fällen, in denen persönliche Beziehungen das entscheidende Einstellungskriterium darstellen, fließend. Zumindest – und das ist das Entscheidende – wird in diesen Fällen nicht ausschließlich nach formal-rationalen Regeln ent-

schieden. Die Anschlussmöglichkeit des Einzelnen – unabhängig von lebensweltlichen Unterschieden – ist in diesem Unternehmen durch das angesprochene Verfahren nicht gewährleistet. Jedoch sollte hervorgehoben werden, dass dieses Prozedere zum einen in vielen Betrieben Usus ist (wodurch es nicht ‘besser’ wird), zum anderen kann somit eine hohe Bindungskraft des Einzelnen an das Unternehmen erreicht werden. Letzteres kann sowohl für die MitarbeiterInnen als auch die ArbeitgeberInnen vorteilhaft sein. Das erwähnte Prozedere der Neueinstellungen kann somit durchaus den formalen Anforderungen des Betriebes genügen, wird auch auf familiäre, private Kontakte zurückgegriffen und somit eine Verbindung zwischen lebensweltlichen und systemischen Interessen hergestellt.

Es wurde deutlich, dass die Situation der Firma ‘Lohhaus’, und diese ist repräsentativ für viele weitere mittelständische Unternehmen innerhalb Ehrenfelds, Kölns und wahrscheinlich auch anderer städtischer Zentren in den westlichen Industrieländern, mehr als prekär ist. Die Möglichkeit hoher Umsätze und Gewinne für mittelständische Unternehmen der verarbeitenden Industrie ist durch die zunehmenden ökonomischen Globalisierungstendenzen immer geringer geworden. Standorte, neue technologische Entwicklungen, Löhne und Absatzmärkte bestimmen hier den Erfolg. Für das Quartier Ehrenfeld muss festgehalten werden, dass der sekundäre Sektor immer weniger als inkludierender Bereich für ArbeitnehmerInnen gelten kann. Letztere müssen, um überhaupt Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben, sich anders orientieren, weiterbilden und wahrscheinlich den Weg in den Dienstleistungssektor suchen. Hierzu müssen ihnen von systemischer Seite jedoch Angebote offeriert werden.

4.5. Selbständigkeit im Dienstleistungssektor

In der Öffentlichkeit wird die Unternehmensgründung derzeit in den Medien, der Politik und der Wirtschaft als ein positiver Weg aus der Erwerbslosigkeit postuliert (Gudrun Hoffmanns/ Claudia Nikodem 1998:107ff.). Die finanzielle Förderung von Existenzgründungen seitens des Staates bei gleichzeitiger Beschwörung derselben als erfolgsversprechende Alternativen zur Erwerbslosigkeit hat auch in Ehrenfeld zu immer neuen Kleinunternehmen geführt. Viele dieser Unternehmensgründungen geschehen innerhalb des Dienstleistungssektors, wobei der Handel dabei eine besondere Position einnimmt. Deshalb folgt an dieser Stelle zunächst ein

Überblick über die kommunale Infrastruktur des Handelns und Gewerbes in Ehrenfeld.

Im Quartier lassen sich viele Kleinstunternehmen finden, die zumeist als Familienbetrieb arbeiten. Vor allem das Dienstleistungsgewerbe, die Lebensmittelbranche sowie die Gastronomie bilden die zentralen Bereiche der kleinen selbständigen Unternehmen im Quartier. Somit folgt Ehrenfeld dem eingangs bereits umrissenen Trend der Zunahme der Arbeitsmöglichkeiten im Dienstleistungssektor, eine Zunahme, die die Struktur des bundesrepublikanischen Arbeitsmarktes derzeit kennzeichnet. Die Sozialstruktur der Ehrenfelder UnternehmerInnen lässt sich – in aller Kürze – wie folgt skizzieren: Bei einem Teil der Betriebe handelt es sich um solche, deren BesitzerInnen sogenannte alteingesessene EhrenfelderInnen sind, ein anderer Teil wird durch EhrenfelderInnen allochthoner Herkunft bestritten, wobei natürlich auch letztere Alteingesessene in dem Sinne sein können, dass sie bereits seit Jahrzehnten im Stadtteil leben.

Die Unternehmensstruktur des Quartiers ist so heterogen wie Ehrenfeld selbst, was ein Überblick über den Handel im Stadtteil verdeutlicht. Exemplarisch für den Handel werden deshalb zwei kleine Ehrenfelder Geschäfte aus struktureller Hinsicht diskutiert, das ‘Ehrenfelder Lädchen’ und der ‘Tarkan Market’. Die Analyse der Läden aus systemischer Perspektive wird sich auf die Fragen konzentrieren, wie die Geschäfte strukturell organisiert werden und inwieweit diese Struktur nach formal-rationalen Kriterien ausgerichtet ist und somit den Ehrenfelder BürgerInnen die Anschlussfähigkeit unabhängig von lebensweltlichen Differenzen ermöglicht. Und gleichzeitig ging es darum zu erkunden, inwieweit die einzelnen EhrenfelderInnen entsprechend ihren eigenen (finanziellen) Möglichkeiten in der Lage sind, sich als Kunden an die Geschäfte anzukoppeln.

Für die Rekonstruktion der in Ehrenfeld existierenden ökonomischen Infrastruktur kam der Beobachtung eine wichtige Bedeutung zu. Das Interesse galt zunächst dem Status quo des Handels im Quartier: Welche Geschäfte, Handwerksbetriebe, Banken usw. haben ihren Standort im Stadtteil? Wie sieht das Warenangebot aus? Welche Transformationen lassen sich erkennen? Um diese Fragen beantworten zu können, wurde die Einkaufsstraße des Quartiers immer wieder aufgesucht, wobei die Beobachtungen sich über zwei Jahre erstreckten. Neueröffnungen und Schließungen von Geschäften ebenso wie Renovierungen oder Veränderungen bezüglich der angebotenen Waren konnten während dieser Zeitperiode verfolgt werden.

‘Herzstück’ Ehrenfelds ist die Venloer Straße, die von Osten nach Westen allein zwei Kilo-

meter durch den Stadtteil führt. Sie gilt als die längste Einkaufsstraße innerhalb Kölns. In den letzten Jahrzehnten ist sie zu der Einkaufsstraße Ehrenfelds avanciert, obwohl die Qualität der Geschäftslandschaft aus unterschiedlichen Gründen nachgelassen hat. Auch wenn die Venloer Straße seit ihrem Bestehen immer schon das Handelszentrum Ehrenfelds darstellte, so gab es dennoch bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein daneben noch viele so genannte Tante-Emma-Läden in den benachbarten Seitenstraßen. Dort befanden sich alle Geschäfte des täglichen Bedarfs, seien es Bäckereien, Metzgereien oder Obst- und Gemüsehändler. Teilweise – wie beispielsweise in der Glasstraße – lassen sich an den Häuserwänden noch Inschriften wie ‘Ochsenmetzgerei’ oder ‘Bäckerei’ erkennen. Die Bedeutung der Venloer Straße für den Handel lässt sich auch quantitativ belegen.³³ Auf dieser Straße befinden sich

- 32 Bekleidungsgeschäfte
- 14 Lebensmittelgeschäfte
- 12 Friseure
- 40 Kneipen beziehungsweise Restaurants

Zum einen handelt es sich bei den Geschäften um alteingesessene Läden, deren BesitzerInnen seit Generationen in Ehrenfeld beheimatet sind, wie beispielsweise ein Haushaltswarengeschäft, in dem sogar noch jede Schraube einzeln zu kaufen ist. Gerade diese traditionellen Geschäfte sind jedoch von der Schließung bedroht, da sich vermehrt große Handelsketten in Ehrenfeld niederlassen. Zwar haben sich einige InhaberInnen dieser Geschäfte zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen, um für ihre Existenz zu kämpfen, doch sind die Möglichkeiten sich gegen die Entscheidung der Verwaltung zu wehren eher gering einzuschätzen. Dennoch bietet diese Form der Partizipation und Interessenvertretung eine wichtige Möglichkeit für KleinunternehmerInnen auf dem ökonomischen Markt weiterhin teilhaben zu können.

Die Kölner Verwaltung hat andererseits in den letzten Jahren mehreren Einzelhandelsketten die Niederlassung in Ehrenfeld gewährt. Beispiele hierfür sind zahlreiche Geschäfte innerhalb des Barthonia-Forums und ein großer Baumarkt. Die Besitzerin des erwähnten Haushaltswarengeschäftes schien in einem mit ihr geführten Gespräch kaum Hoffnungen auf Veränderungen zugunsten der kleinen Läden zu haben. Dennoch versuchte sie weiterhin mit anderen GeschäftsinhaberInnen in Form von diskursiven Prozessen die eigenen Belange zu

33 Die Daten basieren auf Untersuchungen im Jahr 1999.

vertreten. Im Sommer 1999 musste ihr traditionelles Geschäft in Ehrenfeld schließen, da es der Konkurrenz nicht mehr gewachsen war. In diesem Zusammenhang ist es sicherlich zu kurz gegriffen, für diese Situation primär die Verwaltung verantwortlich zu machen, wie dies die Ladenbesitzerin in ihrer Argumentation tat. Viel eher müssen diese Transformationen auch unter dem Blickwinkel der zunehmenden Globalisierung betrachtet werden, die den Konkurrenzdruck auch auf lokaler Ebene forciert. Was bedeutet diese Situation nun für die Individuen? Für die KleinunternehmerInnen ist die Schließung ihrer Geschäfte zunächst einmal mit einer Exklusion verbunden. Das heißt, sie sind aus dem Funktionssystem Ökonomie und dem System Arbeit zumindest teilexkludiert worden. Hiermit lehne ich mich an Markus Schroer an, der für eine Differenzierung innerhalb der Inklusions- und Exklusionsdebatte plädiert. Die Teilinklusion beziehungsweise Teilexklusion wird als eine 'normale Lebenslage' bezeichnet. Ausgehend davon, dass eine Totalinklusion beziehungsweise ein vollständige Inklusion in alle Funktionssysteme eher einen virtuellen als einen realen Charakter besitzt, kann diesen Definitionen und Einschätzungen von Schroer zugestimmt werden (Markus Schroer 2001:33ff.). Armin Nassehi schlägt hingegen vor, den Exklusionsbegriff bei einer solchen Analyse nicht zu verwenden, da er zu unscharf ist:

„Wie unplausibel ein gradueller Inklusionsbegriff ist, mag folgende Überlegung zeigen: Ein von Armut Betroffener ist keineswegs *weniger* in das Wirtschaftssystem inkludiert als jemand mit hohem Geldvermögen. Wenn Inklusion bedeutet, von sozialen Systemen, hier: Funktionssystemen bezeichnet zu werden, wird sich jemand mit Schulden oder ein Zahlungsunfähiger geradezu zwangsthematisiert vorfinden. Gerade die Inklusion ins Wirtschaftssystem zeigt, dass eine explizite Zahlungsunfähigkeit eine ganz und gar unhintergehbare Form der Inklusion in das Wirtschaftssystem ist, wenn man unter Inklusion keine soziale Heimstatt versteht, sondern nur der Thematisierbarkeit von Menschen als Personen und Akteure. Nicht zahlen kann man nur in Kontext von Zahlungen, also dort, wo Zahlungen als Knappheitsausgleich erwartet werden können. Zur Exklusion kommt es erst dann, wenn man nicht einmal nicht zahlen kann, wenn also Geld nicht einmal im Horizont von Möglichkeiten steht...“ (2000:8f.)

Diese theoretischen Differenzierungen zwischen Markus Schroer und Armin Nassehi, die ja beide nicht unabhängig voneinander forschen, mögen zwar auf theoretischer Ebene Relevanz besitzen, doch kommen sie in empirischer Hinsicht zum gleichen Ergebnis, in dem hier vorliegenden Fall zum Verlust von Arbeit.

Innerhalb des Quartiers findet sich eine breite Auswahl an Geschäften, angefangen vom Bioladen bis hin zu Ketten wie 'Kamps' oder 'Kaufhalle'. Für viele EhrenfelderInnen hat die Attraktivität der Einkaufsstraße trotz der Quantität der Geschäfte nachgelassen. Geschuldet ist dies nach Auffassung von ExpertInnen und Ehrenfelder BürgerInnen primär dem Bau der U-Bahn, ein Phänomen, das bereits an anderer Stelle ausführlich diskutiert wurde. Die ent-

standene U-Bahn hat das Straßenbild des Quartiers in großen Teilen verändert. Im Untersuchungszeitraum ließen sich jedoch noch weitere Phänomene beobachten. Zusehends öffnen und schließen Läden, die primär Billigprodukte, sei es aus dem Bekleidungsbereich, seien es Haushaltswaren, anbieten. Die dort Beschäftigten sind von dieser Situation sehr bedroht, da sie jederzeit damit konfrontiert werden können, ihre Stelle zu verlieren und somit aus dem Arbeitsprozess ausgeschlossen zu werden.

Für die Infrastruktur des Handels und Gewerbes lassen sich aus den bisherigen Betrachtungen verschiedenen Aspekte erkennen. Im Café- und Gaststättenbereich existieren viele Wirtschaften 'an der Ecke'. Fast an jeder zweiten Straßenecke befindet sich eine traditionelle Kölsch-Kneipe, die teilweise auch über einen Restaurant-Betrieb verfügt. Einige dieser gastronomischen Betriebe sind gekoppelt an Karnevalsvereine, Kegelveine oder ähnliches, womit dann gleichzeitig auch ein Teil des Publikums dieser Gaststätten umrissen ist. Neben dem Genuss von „Kölsch“ sind diese Kneipen sicherlich auch Orte, an denen ein reges Vereinsleben stattfindet, indem beispielsweise die nächste Karnevalssaison vorbereitet wird.

Innerhalb des Gastronomie-sektors gibt es einige Gaststätten, die eher dem alternativen Milieu zuzuordnen sind. Zu diesen zählen das 'Café Demmer' auf der Subbelrather Straße oder das 'Café Sehnsucht' in der Körner-Straße. Ein Ort, der jüngeres Publikum anzieht, ist das 'Underground', eine Musikkneipe, mit angeschlossenem Biergarten und einer dazugehörenden Autowerkstatt. Als sehr beliebter Ort für kulturelle Veranstaltungen gilt das am Rande des Quartiers gelegene 'Bel Air'. Dort finden Theater- und Musikveranstaltungen statt, darüber hinaus sind an das 'Bel Air' eine Schreinerei sowie eine Metallwerkstatt gebunden. Insgesamt hat der Besitzer fast 80 Angestellte beschäftigt, die zum Teil geringfügig, zum Teil vollbeschäftigt werden. Dort wurden speziell ArbeitnehmerInnen eingestellt, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt kaum Chancen haben, sei es, dass ihr Lebensstil mit einem regelmäßigen Arbeitsrhythmus nicht korrespondiert, sei es, dass sie nach formalen Aspekten über nicht-adäquate Ausbildungen verfügen. Damit bietet der Betrieb für die ArbeitnehmerInnen eine positive Möglichkeit, einem Erwerbsarbeitsverhältnis nachzugehen. Da sich die Gebäude des Unternehmens auf einem Grundstück befinden, das mit Wohnhäusern bebaut werden soll, ist die Zukunft der Arbeitsplätze ungewiss. Wahrscheinlich wird das 'Bel air' langfristig abgerissen, die Arbeitsplätze werden dadurch wegfallen und ein in Köln verankertes Klein-

kunsttheater wird schließen.³⁴ Dieser Prozess, dem 80 Arbeitnehmer – was einem mittelständischem Unternehmen entspricht – zum Opfer fallen würden, wird von der Verwaltung der Stadt Köln nicht nur befürwortet, sondern sogar forciert (Driesch 1998:8). Die Schließung des Betriebes aufgrund verwaltungstechnischer Einwände ist ein relativ untypischer Fall des kommunalen Handelns, haben die Kommunen doch oftmals ein starkes Interesse an den Einnahmen, die sie durch die Gewerbesteuer erzielen können. Charakteristisch für Städteentwicklung ist jedoch das Abwägen zwischen der Nutzung des Bodens für Gewerbe einerseits und Wohnraum andererseits.

In Ehrenfeld haben sich weiterhin viele Allochthone als Unternehmer niedergelassen. Innerhalb des Quartiers existieren im Gaststättengewerbe einige Restaurants und Kneipen mit internationaler Küche, daneben findet man hier zudem einige Tante-Emma-Läden, deren Besitzer Allochthone sind. Im Gastronomiebereich sind diesbezüglich der ‘Aksus Imbiß’ oder der ‘Alekos Imbiß’ zu nennen. Die Kundschaft dieser beiden kleinen Restaurants kann nicht ethnienpezifisch eingeordnet werden; vielmehr entspricht die Kundschaft der in diesem Stadtteil vorzufindenden Sozialstruktur.

Wie sichtbar wurde, spielt der Handel eine bedeutende Rolle in Ehrenfeld. Ein nicht geringer Anteil der KölnerInnen bestreitet mit dieser Dienstleistung seinen Lebensunterhalt. Es zeigt sich, dass im Arbeitsmarktbereich – und dies gilt in besonderem Maße für die Selbständigkeit – ein zunehmend großer Einsatz sowie Risikobereitschaft von den Individuen gefordert wird. Weiterhin ist zu konstatieren, dass trotz gut ausgebauter Infrastruktur sich viele Ehrenfelder Geschäfte nicht mehr halten können. Eine Ursache hierfür ist die schon erwähnte Veränderung durch den Bau der U-Bahn und die Eröffnung des Barthonia-Forums. Ein weiterer Grund für das Schließen einiger Geschäfte ist in der mangelnden bzw. abnehmenden Kaufkraft einiger EhrenfelderInnen zu suchen. Deshalb muss das Augenmerk auch auf die potentiellen KundInnen und deren ökonomische Ressourcen geworfen werden. Sobald Teile der Bevölkerung nicht in das System Arbeit eingebunden sind, sinken die systemischen Integrationsmöglichkeiten in den Handel aufgrund mangelnder finanzieller Absicherung.

Auf der einen Seite ist innerhalb Ehrenfelds eine infrastrukturelle Aufwertung des Stadtteils erkennbar, beispielsweise in Form vermehrter Eigentumswohnungen oder neuer Ge-

34 Die Schließung des ‘Bel Air’ geschah nach Beendigung dieser Untersuchung, im Sommer 2000.

schäfte, auf der anderen Seite ist die Tendenz der Verarmung einiger Bevölkerungsteile in Ehrenfeld unüberschbar. Wie eine Schere klafft das Verhältnis von Reichtum einerseits und Armut andererseits in diesem Quartier auseinander.

Wie skizziert hat der Dienstleistungsbereich, und hier speziell der Einzelhandel, eine spezifische Bedeutung für den Stadtteil. Deshalb werden nun zwei Einzelhandelsgeschäfte des Quartiers präziser analysiert.

4.5.1. Das Beispiel ‘Ehrenfelder Lädchen’

Zunächst einige methodische Vorbemerkungen: Um ein Geschäft aus systemischer Perspektive analysieren zu können, bietet die teilnehmende Beobachtung mit zusätzlichen informellen Gesprächen eine gute Basis. Die gewählte Form der Beobachtung diene zudem dazu, einen Eindruck über den Handlungskontext ‘Geschäft’ zu erhalten. In Anlehnung an Bärbel Schöler-Macher (1994) kann in diesem Sinne von einer ‘impressionistischen Studie’ gesprochen werden.

Warum aber – so stellt sich die Frage – wurde gerade ein Laden des Einzelhandels und speziell der ausgewählte Laden ‘Ehrenfelder Lädchen’ als Untersuchungsgegenstand gewählt? Hier lassen sich mehrere Gründe nennen: Wie bereits erläutert, hat der Handel in Ehrenfeld eine herausragende Position durch seine quantitativ weite Verbreitung. Der Einzelhandel dient den einen zur Realisierung der Selbständigkeit, andere finden dort einen Ort der Erwerbstätigkeit in Form des Angestelltenverhältnisses, wiederum andere nutzen den Handel im täglichen Leben als Kunde oder Kundin. Somit besitzt für jeden Bewohner, jede Bewohnerin der Einzelhandel im Alltag eine nicht zu vernachlässigende Relevanz. Dieser spezielle Laden ist deshalb ins Zentrum der Untersuchung gestellt worden, da in informellen Gesprächen mit EhrenfelderInnen immer wieder auf dieses Geschäft als Ort der Kommunikation hingewiesen wurde.

Was den systemischen Kontext anbelangt, sind die Struktur des Geschäftes, die Kundenschaft, BesitzerInnen, Präsenz im Stadtteil und die Vernetzung mit anderen Systemen des Quartiers von Bedeutung. Mit Blick auf den Arbeitsmarktsektor ergibt sich daraus die Frage, inwieweit das Geschäft Arbeitsplätze schaffen konnte und inwiefern das Geschäft für die BesitzerInnen zu einer Alternative zum Angestelltenverhältnis geworden ist. Inwiefern ‘lohnt’

sich das Unternehmertum, ist die Frage die hier dahinter steckt. Bei den Untersuchungen des Ladens durfte nicht die Leitfrage der systemischen Perspektive vergessen werden. Inwieweit garantiert das ‘Ehrenfelder Lädchen’ den in Ehrenfeld Lebenden die Anschlussfähigkeit unabhängig von lebensweltlichen Differenzen?

- Zur Struktur des Geschäftes

Das ‘Ehrenfelder Lädchen’ kann als Tante-Emma- Laden bezeichnet werden. Er befindet sich seit 1976 in einem der ärmeren Teile Ehrenfelds, in dem viele StudentInnen, Alteingesessene und Ehrenfelder allochthoner Herkunft leben.³⁵ Innerhalb diese Quartiers hat sich das „Ehrenfelder Lädchen“ zu einer Art Institution entwickelt. Geführt wird der Laden von dem Ehepaar Moll, das von morgens 6.00 Uhr bis abends 19.00 Uhr dort beschäftigt ist. Dabei hat sich zwischen den beiden eine Arbeitsteilung ergeben: Frau Moll ist primär für den Verkauf zuständig, ihr Mann für den Einkauf und die Getränkelieferung beziehungsweise die Hausanlieferung von Lebensmitteln.

Frau Moll war bis zu der Eröffnung des Ladens im Jahr 1976 in einer traditionsreichen Gaststätte in Ehrenfeld angestellt. Da sie drei Kinder zu versorgen hatte, von denen das jüngste gerade geboren war, erwies sich die Berufstätigkeit in Form des Angestelltenverhältnisses zunehmend als schwierig. Herr Moll war als Maler beschäftigt, was jedoch nicht zur vollständigen Absicherung der Familie ausreichte. So beschloss das Ehepaar den Schritt in die Selbständigkeit. In dieser Phase der Existenzgründung waren beide einer Doppelbelastung ausgesetzt, für Herrn Moll ergab sich diese, da er teilweise noch den Malertätigkeiten nachging – dies war notwendig, da die Umsätze des Ladens anfangs minimal waren. Hinzu kommt, dass das Inventar des Geschäftes eigens angefertigt werden musste, was enorme Kosten verursachte. Auch Frau Moll war sehr lange mehrfachbelastet, der ‘dritte Arbeitsmarkt’ – Haushalt und Kinder – wurde von ihr versorgt. Ihr jüngstes Kind, so sagte sie im Gespräch, sei im Laden aufgewachsen. Trotz der hohen Belastung konstatieren beide, dass nur durch das Geschäft der Lebensunterhalt für die Familie gesichert werden konnte – ein Kleinunternehmen also als Alternative zum Angestelltenverhältnis beziehungsweise als Alternative zu einem

35 Aus Altersgründen haben Herr und Frau Moll das Geschäft im Jahr 2001, nach Beendigung dieser empirischen Untersuchung geschlossen.

Leben in Armut.

Es wird deutlich, dass die systemische Inklusion in den Arbeitsmarkt, die durch die Selbständigkeit gegeben ist, große Einbußen verlangt; die Selbständigkeit erfordert demnach ein hohes Maß an Durchhaltevermögen als Kompetenz. In Anbetracht der eher geringen Gewinnspanne in der Lebensmittelbranche erstaunt es, dass die Familie einen solch langen Arbeitstag in Kauf nimmt und das bereits seit einem Vierteljahrhundert.

- Der Verkauf

Das Warenangebot des Geschäftes reicht von Lebensmitteln des täglichen Bedarfs, Kaffee, Brötchen, Obst über Tageszeitungen, Süßigkeiten bis hin zu Postkarten, Schnürsenkeln, Mottenkugeln und ähnlichem. Das Hauptgeschäft wird mit den Lebensmitteln gemacht. Neben diesem Verkauf bietet der Laden noch einige zusätzliche Dienstleistungen an, die die Attraktivität des Geschäftes erhöhen. So werden zehn Kindergärten der Umgebung mit Getränken beliefert, der benachbarte Kindergarten kauft alle nötigen Lebensmittel in dem Geschäft, ebenso erhalten einige Gaststätten des Quartiers einen Teil ihrer Waren aus dem „Ehrenfelder Lädchen“. Daneben beliefert der Laden KundInnen auch im Krankheitsfall.

Neben diesen ‘Großkunden’ ist der Kundenstamm insgesamt heterogen zusammengesetzt, vergleichbar mit der Bevölkerungsstruktur des Viertels. Ein Großteil besteht aus sozial benachteiligten Personen, die zumeist in diesem Laden die kleineren Einkäufe erledigen, nur einige ältere KundInnen decken dort ihren ganzen Lebensmittelbedarf ab. Auf die Wünsche der KundInnen bezüglich eines veränderten Warenangebotes wird zumeist positiv reagiert und so können spezielle Wünsche oft kurzfristig erfüllt werden.

Der Umgang mit der Kundschaft kann als sehr persönlich bezeichnet werden. Die meisten Kunden und Kundinnen werden mit Namen angesprochen, es werden Gespräche geführt, Kochrezepte ausgetauscht und über Ereignisse im Quartier diskutiert. Der Unterschiedlichkeit der KundInnen begegnet Frau Moll mit gleichbleibender Freundlichkeit. Dabei scheinen ethnische Herkunft, Geschlecht oder soziale Positionen der KundInnen für Frau Moll im Kontakt zu diesen nicht relevant zu sein.

Hier ist es keine implizite Eigenschaft des Systems, die die Integration vieler unterschiedlicher Personen fördert, sondern eher die Persönlichkeit von Frau Moll, die in vielerlei Hinsicht als *tolerant* bezeichnet werden kann. Dennoch steckt hinter dieser Toleranz und

Offenheit auch eine Geschäftsphilosophie der Inhaberin, die zu einer Art Grundprinzip der Geschäftsführung geworden ist. Nicht zuletzt durch die private, offene Atmosphäre, die in diesem Geschäft aufzufinden ist, einhergehend mit den beschriebenen Dienstleistungen, hat der Laden eine Nische innerhalb Ehrenfelds gefunden, die von keinem weiteren Laden ausgefüllt wird.

Die Kommunikationsbereitschaft der Inhaberin, ihr Eingebundensein in den Stadtteil haben zur Konsequenz, dass sich der Laden – neben den alltäglichen persönlichen Gesprächen, die dort stattfinden – zu einem Ort entwickelt hat, an dem metakommunikative Prozesse stattfinden, seien es Diskussionen um ein neu eröffnetes Einkaufszentrum, die Bahnerweiterung oder andere – zumeist lokale – Ereignisse.

Um die aufgestellte Leitfrage, inwieweit das Geschäft Moll den Ehrenfelder BürgerInnen die formale Anschlussfähigkeit garantiert, beantworten zu können, wird der Blick auf einen weiteren Aspekt gelenkt. Ist die formale Anschlussmöglichkeit für den Einzelnen – wie exemplarisch gezeigt werden konnte – unabhängig von den lebensweltlichen Differenzen durch den Laden 'Ehrenfelder Lädchen' zunächst einmal gesichert, ist damit noch nicht ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt. Denn ein Großteil der KundInnen lebt am Rande beziehungsweise unter der Armutsgrenze. Gespräche zwischen Frau Moll und ihren KundInnen haben die soziale Situation immer wieder beleuchtet: SozialhilfeempfängerInnen, Arbeitslose, RentnerInnen haben keine Möglichkeit (mehr) an einem wichtigen Sektor des ökonomischen Bereiches zu partizipieren, dem Arbeitsmarkt. Die Exklusion aus dem Arbeitsmarkt hat zur Folge, dass einige KundInnen nur über geringe finanzielle Ressourcen verfügen, eine vollständige Integration in den Handelsbereich somit nicht ermöglicht wird, es fehlt die notwendige Kaufkraft. Somit besteht diesbezüglich keine Chancengleichheit. Dies weist darauf hin, dass die systemische Inklusion in den Laden 'Ehrenfelder Lädchen' formal gegeben ist, andere Exklusionen – die aus dem Arbeitsmarkt – jedoch vorrangig behandelt werden müssen. Durch den informellen Austausch innerhalb des Geschäftes kann zwar keine Partizipationsmöglichkeit in den Arbeitsmarkt eröffnet werden, aber dennoch kann ein Weg aufgezeigt werden, wie mit der Situation der Erwerbslosigkeit umgegangen, wie sie bearbeitet werden kann.

4.5.2. Das Beispiel 'Tarkan Market'

Im Vergleich mit dem oben skizzierten Einzelhandelsgeschäft soll ein weiterer Laden vorgestellt werden, ein kleines Lebensmittelgeschäft in Alt-Ehrenfeld, 'Tarkan Market'. Die Untersuchung dieses Geschäftes ergab sich vor dem Hintergrund der einführend bereits angedeuteten Fragestellung, inwieweit die Selbständigkeit eine Alternative zum Angestelltenverhältnis insbesondere für die allochthone Bevölkerung darstellt.

Innerhalb der Migrationsforschung werden differente Deutungsmuster bezüglich kleiner selbständiger allochthoner Unternehmen diskutiert. Diese Blickwinkel, so unterschiedlich sie sind, haben doch eines gemeinsam. Sie sehen in der Selbständigkeit allochthoner Bevölkerungsteile etwas Besonderes, Fragwürdiges, das gezielt untersucht und problematisiert werden sollte. Hierzu schreibt Wolf-Dietrich Bukow:

„Die kleinen Unternehmer sind ein Teil der Minderheiten, einfach weil sie als Teil davon behandelt werden – und sie sich so verhalten. Jedenfalls weist darauf etwa das Phänomen hin, dass in dieser Sache praktisch wie theoretisch stets aus einer bestimmten Perspektive, aus der eines skeptischen, ja ablehnenden Einheimischen gefragt und gehandelt wird. Stets spielt die Frage eine zentrale Rolle, ob sich hier etwa jemand endgültig niederlassen und arrangieren wolle. Und das wird problematisiert. Ein Beobachter, der ansonsten vielleicht eine 'neutrale' Antwort für angemessen hielte, muß wohl insbesondere im Blick auf die Bundesrepublik fragen, was nun an den kleinen 'ausländischen' Selbständigen so besonderes ist, dass sie eine derart negativ ausgerichtete Aufmerksamkeit bis hin zu ausgemachter Feindseligkeit auf sich lenken.“ (1993:119)

Daraus lässt sich schlussfolgern, dass die Problematisierung von Unternehmensgründungen Allochthoner, sei es in Alltagsdiskursen, sei es in wissenschaftlichen oder politischen Diskursen, eine Ethnisierung darstellt. Obwohl die systemische Integration in die bundesrepublikanische Wirtschaft und somit in die Gesellschaft durch Unternehmensgründungen gefördert wird, richtet sich diese Form der Ethnisierung gegen die systemische Inklusion Allochthoner in die bundesrepublikanische Gesellschaft.

Es gibt sehr differente Deutungsmöglichkeiten für Existenzgründungen; diese wurden an anderer Stelle bereits analysiert (Wolf-Dietrich Bukow 1993). Für Bukow ist die Selbständigkeit von MigrantInnen vor allem als eine 'normale Handlung', eine 'neutrale Antwort' zu verstehen in einer Zeit, in der die Zahl der Unternehmen innerhalb der Bevölkerung rapide ansteigt. Die Zunahme der kleinen Unternehmen hat ihren Ursprung sicherlich in der gerade von Politik und Wirtschaft entwickelten Lobby für Selbständigkeit. Nicht zu übersehen sind derzeit die verschiedenartigen Unterstützungen, gerade auch in finanzieller Hinsicht, die für ExistenzgründerInnen geschaffen werden.

Vor diesem Hintergrund lässt sich auch der an dieser Stelle gewählte Untersuchungsansatz verstehen, bei dem das Augenmerk nicht gezielt auf *den Allochthonen* gerichtet wird,

sondern vielmehr gesamtgesellschaftliche Prozesse in den Blick genommen werden. Innerhalb fortgeschrittener Industriegesellschaften, in denen Selbständigkeit gefordert wird, scheint die Existenzgründung eine angemessene Reaktion auf die Situation innerhalb der Gesellschaft und dort speziell auf die Situation des Arbeitsmarktes. Um mit Ursula Apitzsch zu argumentieren, könnte in diesem Zusammenhang sogar von einem Modernisierungsvorsprung gesprochen werden, den Minderheitenangehörige aufzuweisen haben (2001:44ff.). Denn sie reagieren auf die Anforderungen innerhalb der Arbeitsgesellschaft durch ihre Unternehmensgründung höchst modern und gleichzeitig individuell und nehmen somit ebenso wie autochthone UnternehmerInnen ein enormes Risiko auf sich. Durch diese individuelle Handlung bewegen sie sich innerhalb des postmodernen Rahmens. Dorothea Schmitt argumentiert in diesem Kontext ähnlich wie Ursula Apitzsch, bemerkt jedoch darüber hinaus, dass aufgrund von systemischen Exklusionen die Unternehmensgründungen eine Möglichkeit symbolisieren, den Anschluss an den Arbeitsmarkt zu sichern. Dies geschieht, trotz gesellschaftlicher Widerstände:

„Heutige Migrantengruppen sind gegenüber Hugenotten und Juden in vieler Hinsicht in einer anderen Situation. Zwar halten in Deutschland verbeamtete Politiker gerne denjenigen, die den Sprung ins kalte Wasser einer Existenzgründung scheuen, ihre Versorgungsmentalität, ihr Beharren auf alte Sicherheiten oder ihre fehlende Risikobereitschaft vor, doch sind es in diesem Fall nicht gerade Ausländer, von denen man sich den Zündfunken für eine neue ‘Gründeroffensive’ erwartet. Ihnen, die in der Bundesrepublik seit den Fünfzigerjahren allenfalls als unselbständige Arbeitskräfte rekrutiert werden, legten nicht nur das Ausländerrecht, sondern auch spezifische Regelungen wie die deutsche Handwerksordnung bisher zahlreiche Steine in den Weg, wenn sie ihre Arbeit aufnehmen wollten. Wenn dies in den letzten Jahrzehnten dennoch in zunehmendem Maß der Fall war, dann sicherlich nicht, weil es besonders positive Anreize von öffentlichen Stellen, Handelskammern oder ähnlichen Einrichtungen gegeben hätte, sondern weil die drückende Arbeitslosigkeit in ihren Reihen sie dazu veranlasste oder weil Wünsche nach Unabhängigkeit oder sozialem Aufstieg selbst ohne Unterstützung von diesen Seiten durchgesetzt wurden.“ (Dorothea Schmidt 2000:355)

Es zeigt sich – und dies stützt auch die Argumentation von Dorothea Schmidt –, dass es dennoch eine spezifische Motivation von Allochthonen gibt, sich für eine Unternehmensgründung auszusprechen. Diese (mögliche) Motivation steht in Verbindung mit dem Status der Allochthonen als Ausländer im Sinne des Staatsangehörigkeitsrechtes. Sobald MigrantInnen auf Sozialhilfe angewiesen sind, verschlechtert sich ihre rechtliche Situation in der Bundesrepublik. SozialhilfeempfängerInnen haben keine Möglichkeit, den deutschen Pass zu erhalten und werden auch in dem von der SPD und Bündnis 90/Die Grünen formulierten Gesetzesentwurf zur doppelten Staatsbürgerschaft – das zwischenzeitlich in Kraft getreten ist – außen vor gelassen, ihnen wird der deutsche Pass nicht gewährt. „Wer deutsch sein will, darf nicht arm sein“, so formulierte es die taz provokativ (14.1.1999). Um sich im Fall einer Arbeitslosigkeit vor dem Verlust der Aufenthaltserlaubnis und einer möglichen Ausweisung zu

schützen, wird der Weg in die Selbständigkeit gewählt. Sicher wäre es interessant zu untersuchen, inwiefern Allochthone auf ihren Anspruch auf Sozialhilfe verzichten, um nicht ausgewiesen zu werden.

Eine hohe Konzentration allochthoner Kleingewerbe scheint für Großstädte ein typisches Merkmal zu sein. So hat Blaschke für Berlin festgestellt:

„ (...) und indem wir in Berlin in den 80er Jahren eine Infrastruktur an Kleingewerbe aufgebaut haben, die hauptsächlich von Immigrantinnen getragen wurde. Der dynamische Wirtschaftssektor in Berlin ist das ethnische Kleingewerbe. Das ist der Sektor, der die meisten Arbeitsplätze schafft, der die meisten Betriebsgründungen schafft.“ (Jochen Blaschke 1995)

Ursachen hierfür sieht Jochen Blaschke in der seit 1989 zunehmenden Arbeitslosigkeit von MigrantInnen. Während bis dahin die Arbeitslosenquote von Autochthonen und Allochthonen vergleichbar war, klafft sie seitdem wie eine Schere auseinander. Freie Stellen werden in Berlin seit dem Fall der Mauer nun vornehmlich mit Autochthonen aus West und Ost besetzt. Die Unternehmensgründung speziell von Allochthonen ist somit für diese, wie oben bereits beschrieben, eine Alternative zur Erwerbslosigkeit.

Ziel der Untersuchung des ‘Tarkan Market’ wird es (auch) sein, anhand der strukturellen Gegebenheiten dieses Ladens ein weiteres Deutungsmuster über Selbständigkeit innerhalb eines Quartiers zu erhalten. Interessant scheint in diesem Kontext der Vergleich mit dem oben skizzierten Geschäft ‘Ehrenfelder Lädchen’. Wie unterscheiden sich die Interessen der BesitzerInnen der Läden, wo lassen sich Parallelen finden, die auf die systemischen Voraussetzungen zur Führung eines Einzelhandelsgeschäftes schließen lassen?

Methodisch wurde in ähnlicher Weise verfahren wie in der vorangegangenen Analyse. Teilnehmende Beobachtung, verbunden mit informellen Gesprächen, bildete den methodischen Schwerpunkt.

- Zur Struktur des Geschäftes

Analog zur Analyse des ‘Ehrenfelder Lädchens’ wird zunächst ein Überblick über die Struktur des Geschäftes ‘Tarkan Market’ gegeben.

Der Laden befindet sich in Alt-Ehrenfeld, in vergleichbarer Lage wie das ‘Ehrenfelder

Lädchen'. Das Ladenlokal des 'Tarkan Market' verfügt über eine Größe von ungefähr 180 m². Über dem Geschäft befindet sich die Wohnung der Familie. Beides, Wohnung und Ladenlokal ist von ihnen angemietet worden. Geführt wird das Geschäft von dem Ehepaar Tarkan, das aus der Türkei migriert ist. Herr Tarkan lebt seit 1980, Frau Tarkan seit 1989 in Köln. Das Geschäft betreiben die beiden seit 1991, zuvor war Herr Tarkan in unterschiedlichen Bereichen, vorwiegend in gastronomischen Familienbetrieben tätig. Den Lebensmittelladen hat er von einem Familienmitglied übernommen und weiter ausgebaut.

Mehrere Motivlagen lassen sich bei den InhaberInnen für die Eröffnung dieses Lebensmittelgeschäftes feststellen: Herr Tarkan hat seine Schul- und Berufsausbildung in der Türkei abgeschlossen. Da diese Ausbildung in der Bundesrepublik jedoch nicht anerkannt wird, hat er keine Möglichkeit in seinem erlernten Beruf tätig zu sein. Bereits aus (ausländer-)rechtlichen Gründen bleibt ihm somit ein für ihn entscheidender Teil des Arbeitsmarktes verschlossen. Das bedeutet, dass die formalen Voraussetzungen für eine Inklusion in den Arbeitsmarkt nicht gegeben sind, präziser formuliert: Zwar verfügt Herr Tarkan über die Kompetenz, einen spezifischen Beruf auszuüben, doch wird diese Kompetenz per Gesetzeslage negiert. Somit ist diese Gesetzeslage nicht ausschließlich nach formalen – die Berufsausübung stützenden – Aspekten ausgerichtet, was, wie gezeigt werden wird, kein Einzelphänomen darstellt. Für Herrn Tarkan hat dies Konsequenzen, bleibt ihm somit doch nur die Entscheidung zwischen einer Stelle als ungelernete Kraft und der Selbständigkeit. Herr Tarkan wählt letztere. Wie oben bereits erwähnt, arbeitete Herr Tarkan zunächst in Familienbetrieben, in denen er die notwendigen Kompetenzen erwarb, um selbst ein Geschäft führen zu können.

Mit der Unternehmensgründung treffen die Tarkans den 'Nerv der Zeit' und entsprechen mit dieser individualistischen Orientierung den postmodernen Gegebenheiten. Dabei kam ihnen zweierlei zugute. Zum einen besitzt zumindest Herr Tarkan die Kompetenz und das Know-how einen Laden zu führen, zum anderen haben die beiden mit ihrem Warenangebot eine Nische gefunden. Diese individuellen Kompetenzen, gekoppelt mit den ökonomischen Voraussetzungen, tragen zum Erfolg des Geschäftes im Quartier bei.

Da das Geschäft – insbesondere zum Wochenende hin – sehr gut frequentiert ist, war das Ehepaar lange mit der Arbeit überlastet. Das hat sie dazu bewogen, eine Auszubildende einzustellen. Die junge Frau ist zu diesem Zeitpunkt 18 Jahre und hatte ihre Schulausbildung – den Realschulabschluss – bereits zwei Jahre zuvor an einer Kölner Schule absolviert. Obwohl sie über die formalen Kriterien für eine solche Ausbildung verfügt, hat sie sich über

zwei Jahre lang erfolglos bewerben müssen. Die Zeit überbrückte sie, indem sie aushilfsweise in einem Geschäft in der Kölner Weidengasse arbeitete.³⁶ Die Ursache für die Schwierigkeit einen Ausbildungsplatz zu finden sieht sie nicht in fehlenden Kompetenzen, schlechter schulischer Ausbildung oder ähnlichem, sondern in dem Umstand, dass sie auf Grund ihres Glaubens ein Kopftuch trägt, ein religiöses und damit lebensweltliches Symbol.

Auch andere muslimische Frauen, die ein Kopftuch tragen, erzählten mir von ihren Erfahrungen mit potentiellen Arbeitgebern. In vielen Fällen ist das Tragen des Kopftuches der Grund, warum Frauen der Arbeitsplatz verweigert wird. Zu beachten ist in diesem Kontext auch das Urteil, das im Sommer 1998 in Baden-Württemberg und darüber hinaus für Schlagzeilen sorgte: Einer Lehrerin wurde trotz guter Zeugnisse die Anstellung an einer Schule versagt. Vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe wurde dieses Urteil 2002 nochmals bestätigt. Das weist darauf hin, dass im Hinblick auf das Tragen des Kopftuches neben den alltäglichen, individuellen Diskriminierungen auch strukturelle, rechtliche Barrieren existieren, die ausschließlich Frauen betreffen. Neben eine ethnische Diskriminierung tritt somit eine geschlechtsspezifische Diskriminierung. Im Fall der Lehrerin ist das Vorgehen deshalb besonders brisant. Hier wurde nämlich so argumentiert, dass das Kopftuch ein frauenunterdrückendes Symbol sei, dass mit demokratischen Werten nicht vereinbar sei. Eine Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt aufgrund lebensweltlich zuzuordnender Symbole – wie dies im Fall der Lehrerein geschehen ist – scheint andererseits jedoch den demokratischen Werten nicht entgegengesetzt zu sein. Dennoch bleibt selbstverständlich die Frage, inwieweit religiöse Symbole in der Schule von LehrerInnen aufgrund der Trennung von Religion und Staat getragen werden dürfen, eine noch zu diskutierende Fragestellung. Dies betrifft aber *alle* Religionen und *beide* Geschlechter.

Die Exklusion beziehungsweise die verweigerte Inklusion in den Arbeitsmarkt geschieht dieser Deutung nach zu urteilen aufgrund lebensweltlicher Aspekte und nicht nach formalen Kriterien. Aus der feministischen Migrationsforschung ist bekannt, dass insbesondere türkische, beziehungsweise muslimische Frauen als vormodern konstruiert werden.³⁷ In ihrer Studie über die Chancen von Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt konnten Iman Attila und Helga Marburger nachweisen, dass speziell türkische Frauen kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt eingeräumt werden, da sie als primär familienorientiert betrachtet würden und somit für das Arbeits-

36 Die Weidengasse in Köln liegt im Eigelstein viertel in der Nähe des Hauptbahnhofes. Ein Großteil der dort wohnenden Menschen sind Allochthone. Ebenso sind viele der dortigen Geschäfte im Besitz von Menschen mit Migrationshintergrund.

37 Beispielhaft für diese Diskussion sind folgende Texte zu nennen Irmgard Pinn/Marlies Wehner (1995): Europhantasien. Die muslimische Frau aus westlicher Sicht. Duisburg. Birgit Rommelspacher (1995): Dominanzkultur. Berlin sowie Helma Lutz (1990): Welten verbinden. Türkische Sozialarbeiterinnen in den Niederlanden und der Bundesrepublik. Frankfurt am Main.

leben 'nicht geeignet' seien.

„So wird Migrantenjugendlichen oftmals generell ein ernsthaftes Interesse an einer Berufsausbildung abgesprochen, oder ihr Engagement für einen bestimmten Beruf wird bezweifelt. (...) Gegenüber weiblichen nicht-deutschen Bewerbern potenzieren sich diese generellen Vorbehalte. Ihnen unterstellt man eine nahezu völlige Abhängigkeit von der Familie. Ihre berufliche Ausbildung wurde als nicht besonders wichtig angesehen. Fehlzeiten seien vorprogrammiert, da sie immer wieder 'Geschwister hüten' oder im 'Haushalt helfen' müßten. Besonders junge Türkinnen gelten in dieser Hinsicht als 'problematisch'. (...)

In zahlreichen in ihre Intimsphäre ungebührlich eindringenden Fragen wird sie (die Bewerberin, die Verf.) nach der eigenen Familie und deren religiösen Traditionen, nach Heirats- oder Rückkehrplänen gefragt, wird sie auf ihr 'Türkisch sein' fixiert.“ (Attia Iman/Helga Marburger 1998)

Zurück zum 'Tarkan Market': Seine Öffnungszeiten entsprechen denen des Einzelhandels in Ehrenfeld, von 9.00 bis 18.30 Uhr. In dieser Zeit sind zum größten Teil alle drei Beschäftigten im Laden tätig, wobei Frau Tarkan einen Teil ihrer Zeit, den Mittag und den Nachmittag für die Aufgaben im privaten Haushalt benötigt und damit einer doppelten Belastung ausgesetzt ist. Durch die Option der freien Zeiteinteilung ebenso wie die Nähe zur Privatwohnung kann Frau Tarkan jedoch Beruf und Familie vereinbaren, setzt sie sich damit auch einer großen Belastung aus. Innerhalb des Geschäftes haben alle drei Beschäftigte spezielle Aufgabengebiete, wobei Herr Tarkan primär für den Einkauf der Waren zuständig ist. Die Einkäufe werden in den umliegenden Großmärkten getätigt. Dabei wird sowohl auf den Preis als auch auf die Qualität der Produkte Wert gelegt. Die Fleischwaren werden, aufgrund der dort vorzufindenden guten Qualität, aus Bayern importiert.

Insgesamt zeigt sich, dass Herr und Frau Tarkan durch die Selbständigkeit zeitlich stark eingebunden sind, nicht vergleichbar mit einem Angestelltenverhältnis. Der Tag beginnt für beide morgens um 6.00 Uhr und ist auch nach Ladenschluss noch nicht beendet. Dann beginnen die Abrechnungen, das Säubern des Ladenlokals etc. Ein ähnliches Bild wie das, was bereits in Hinblick auf Herrn und Frau Moll gezeichnet wurde, wird sichtbar: Das Führen eines Unternehmens erfordert die höchste Einsatzbereitschaft.

- Der Verkauf

Das Angebot des Ladens beschränkt sich ausschließlich auf Lebensmittel, lediglich einige wenige Toilettenartikel weichen von dieser Produktpalette ab. Dabei hat sich das Geschäft auf ein internationales Warenangebot spezialisiert. Lebensmittel, die ursprünglich der türkischen,

italienischen und iranischen Küche zuzurechnen sind, bilden den Schwerpunkt des Angebots. Bekannt – bis über die Stadtgrenzen Kölns hinaus – ist der Laden für seine Fleischprodukte. Durch dieses umfangreiche, qualitativ hochwertige, ausgewählte Warenangebot hat der Laden eine Marktlücke in Ehrenfeld schließen können. Nur dieser Produktpalette ist es zu verdanken, dass das Unternehmen der Konkurrenz mit dem ‘Kaufland’, einem großen Supermarkt innerhalb des ‘Barthonia Forums’, nicht völlig ausgeliefert ist.

Die Kundschaft des Ladens lässt sich in zwei Gruppierungen teilen. Auf der einen Seite stehen die Kunden, die speziell dieses Warenangebot schätzen und beispielsweise aufgrund der guten Fleischwaren den Laden aufsuchen und zu diesem Zweck auch weite Anfahrtswege in Kauf nehmen. Dieser Teil der Kundschaft bietet die Haupteinnahmequelle für das Geschäft; die Einnahmen konzentrieren sich zeitlich auf Freitag und Samstag. An diesen Tagen kommt die Kundschaft sogar aus den umliegenden Ortschaften, um im ‘Tarkan Market’ die Wochen Einkäufe zu erledigen. Den anderen, geringeren Teil der Kundschaft bildet die sogenannte Laufkundschaft. Hierbei handelt es sich um Menschen des Quartiers, die in unmittelbarer Umgebung des Ladens leben. Diese Kunden sind in ihren Kaufwünschen nicht so sehr auf die Spezialitäten konzentriert, wie das zuvor beschrieben wurde. Vielmehr sind es die Dinge des täglichen Lebens, die dort gekauft werden, sei es Obst, Gemüse, Getränke oder Vergleichbares. Diese Kunden erledigen lediglich einen Teil ihrer Einkäufe im ‘Tarkan Market’, die Großeinkäufe werden in den umliegenden Supermärkten getätigt. Daneben gibt es auch viele StudentInnen, die das Geschäft aufgrund der dort vorzufindenden Produktauswahl frequentieren. Das liegt sicherlich auch daran, dass gerade das studentische Publikum einen Lebensstil bevorzugt, in dem es als ‘chic’ und ‘modern’ gilt, die Essgewohnheiten international auszurichten.

4.5.3. Vergleichende Betrachtung

Ein struktureller Vergleich zwischen den beiden Lebensmittelgeschäften ‘Ehrenfelder Lädchen’ und ‘Tarkan Market’ zeigt einige Parallelen. Diese sollen nun nochmals kurz

aufgegriffen werden, wobei exemplarisch anhand zweier Themenkomplexe verfahren wird.

- Motivation zur Gründung des Geschäfts
- Die Bedeutung des Familienverbundes
- Ursachen des Erfolgs/Kundschaft

Wie die Fallbeispiele zeigen, ist die Motivation ein Geschäft zu gründen bei den Ehepaaren Moll und Tarkan ähnlich gelagert. Bei beiden Existenzgründungen – liegen zwischen ihnen auch einige Jahre – geht es darum, eine Alternative zur Erwerbstätigkeit im Angestelltenverhältnis zu erreichen und hierdurch unabhängig zu sein. Weder Herrn und Frau Moll noch dem Ehepaar Tarkan ist es durch ihre vorherige Erwerbstätigkeit möglich gewesen, den Lebensunterhalt der Familie zufriedenstellend zu sichern. Die Inhaberin des ersten Geschäftes musste ihre Berufstätigkeit – sie war im Gaststättengewerbe tätig – zum Zeitpunkt der Geburt des dritten Kindes aufgeben. Das Gehalt des Mannes, er war als Maler tätig, war zu gering, als dass damit eine Existenzsicherung gewährleistet gewesen wäre. Ein wesentlicher Punkt, der die Motivation zur Geschäftsgründung verstärkt haben könnte, kommt bei Herrn Tarkan hinzu. Seine Ausbildung wird in der Bundesrepublik Deutschland nicht anerkannt. Somit bietet die Selbständigkeit, will er sich nicht nur auf Aushilfstätigkeiten beschränken, eine Möglichkeit am Arbeitsplatz teilzuhaben. Selbst in den Berufsbereichen, die bisher traditionell allochthonen BürgerInnen zugewiesen wurden, wie beispielsweise die Arbeit bei der Müllentsorgung oder – in Köln – die Arbeit bei den Fordwerken, ist es für Allochthone zunehmend schwieriger geworden, dort Fuß zu fassen. Denn auch in diesen Sektoren gilt das Ausländergesetz, das zunächst die Einstellung von Deutschen beziehungsweise EU-Angehörigen vorsieht. Die gewählte Lösung scheint auch deshalb angemessen, da Allochthone zu vielen Weiterbildungs- und Fortbildungsprogrammen nur schwer Zugang erhalten. Diese These wird in Wolf-Dietrich Bukows Untersuchung zu kleinen Untemehmern gestützt.

„An Maßnahmen, Arbeitslosigkeit abzuwenden, sind ‚Ausländer‘ deutlich weniger beteiligt als Einheimische (..) Und dies gilt, obgleich die hier benachteiligte Gruppe gleichzeitig vorrangig von Arbeitslosigkeit betroffen ist: Einwanderer haben weniger Möglichkeiten zur Wiedergewinnung eines Arbeitsplatzes auch durch Fördermaßnahmen.“ (1993:137)

In Zeiten, in denen das berufliche Fortkommen stagniert, wählen sowohl die Ehepaare Moll als auch Tarkan die Selbständigkeit als Alternative. Die rechtliche Benachteiligung Herrn Tarkans durch die Nichtanerkennung der Ausbildung stellt eine weitere Barriere für die Inklusion in den Arbeitsmarkt dar und verstärkt somit die Entscheidung zur Selbständigkeit. Doch auch diesbezüglich müssen MigrantInnen mit Benachteiligungen rechnen, da sie insbesondere durch

die Handwerksordnung mit Diskriminierungen konfrontiert werden (Dorothea Schmidt 2000:355). Die Selbständigkeit ist jedoch verbunden mit einer starken zeitlichen Beanspruchung, im Gegensatz zu einem Angestelltenverhältnis besteht kein geregelter Arbeitstag mit festen Arbeitszeiten.³⁸

Der Familienverbund spielt bei beiden Existenzgründungen eine bedeutende Rolle. Die Selbständigkeit ist nur dadurch realisierbar, dass die ganze Familie in die Arbeit mit eingebunden wird. Dies scheint ein typisches Phänomen für Kleinunternehmen zu sein, wird MigrantInnen in diesem Zusammenhang auch oftmals der Vorwurf einer auf familiären Netzwerken basierenden 'ethnischen Ökonomie' gemacht (Elisabeth Timm 2000:363ff.). Die hier analysierten beiden Beispiele weisen jedoch auf ähnliche familiäre und ökonomische Strukturen hin. Dies entspricht, so Dorothea Schmidt den meisten Kleinbetrieben:

„Auch die familiäre Basis der Netzwerke von Minderheiten steht nicht in einem diametralen Gegensatz zu den Strukturen in der sonstigen Wirtschaft. Es wird geschätzt, dass der größte Teil der deutsche Klein- und Mittelunternehmen familiär geführt wird. So besteht etwa im Handwerk nach wie vor häufig eine Arbeitsteilung zwischen Ehepaaren, wobei der Mann die eigentliche handwerkliche Arbeit ausführt, die Frau hingegen Büroarbeit und Kundenkontakte pflegt.“ (2000:352)

Es kann also nicht die Rede davon sein, dass es einen strukturellen Unterschied in der Geschäftsführung und der Verquickung von familiären und geschäftlichen Interessen gibt, die abhängig von möglichen ethnischen oder kulturellen Unterschieden wäre. Dies zeigt sich in der Analyse der beiden Geschäfte beispielsweise auch daran, dass die Aufgabenverteilung innerhalb des Betriebes in beiden Fällen geschlechtsspezifisch, wenn nicht gar geschlechtshierarchisch organisiert ist. So sind in beiden Geschäften die Männer für den 'Außenbereich' zuständig, d.h. *sie* entscheiden über die Großeinkäufe, tätigen diese und führen somit den größten organisatorischen und hierdurch entscheidungsbesetzten Bereich aus. Die Frauen sind in beiden Geschäften für den 'Innenbereich', den Verkauf zuständig. Die geschlechtsspezifische Organisation der Gesellschaft, die sich in einen 'öffentlichen' und einen 'privaten' Bereich trennen lässt,³⁹ wird hier, wenn auch in veränderter Form praktiziert. Dies kann – vage formuliert – als ein Zeichen gedeutet werden, dass die geschlechtsspezifische und zugleich hierarchische Organisation der Gesellschaft nicht in direkter Korrelation zu der ethnischen

38 Hier ist zu bedenken, dass sich auch die Arbeitszeiten in der abhängigen Beschäftigung flexibilisiert haben. Dies oftmals zum Nachteil der Angestellten.

39 Ich bin mir dessen bewusst, dass die Trennung der symbolischen Räume des Privaten und Öffentlichen sehr fragwürdig ist. Dies wurde bereits durch die Neue Frauenbewegung genau analysiert. Jedoch würde es meines Erachtens an dieser Stelle zu weit führen, die Begriffe intensiver zu diskutieren.

Herkunft steht. Vielmehr ist sie grenzüberschreitend.

Parallelen zeigen sich zwischen den Geschäften zudem im Hinblick auf die Ursachen des Erfolgs. Die Frage nach dem Geschäftserfolg scheint gerade im Kontext der hohen Fluktuationsrate innerhalb der Ehrenfelder Geschäftslandschaft interessant zu sein. Zudem sind die angebotenen Waren sowohl im 'Ehrenfelder Lädchen' als auch im 'Tarkan Market' verglichen mit anderen Geschäften nicht gerade preisgünstig. Es müssen demnach andere Gründe vorliegen, die die Attraktivität der Läden ausmachen: Beide Geschäfte überzeugen ihre KundInnen entweder durch ein spezielles Warenangebot oder durch besondere Dienstleistungen. Beim 'Ehrenfelder Lädchen' überwiegen die Dienstleistungen, wie das Liefern im Krankheitsfall oder die Getränkelieferung frei Haus. Im 'Tarkan Market' ist sicherlich das Warenangebot der entscheidende Faktor, der die KundInnen anzieht, so dass diese sogar weite Strecken in Kauf nehmen. Gemeinsam haben beide Läden eines: Sie sind stark kundenorientiert. 'Der Kunde ist König', so könnte das Erfolgsrezept der beiden Läden beschrieben werden.

Es zeigt sich, dass sowohl das 'Ehrenfelder Lädchen' als auch der 'Tarkan Market' eine Nische innerhalb des Quartiers ausfüllen, indem sie auf die speziellen Bedürfnisse der KundInnen reagieren. Für die Analyse des 'Tarkan Market' ist es aufgrund der Argumentationslinie belanglos, sich auf die Herkunft der BesitzerInnen oder der KundInnen zu konzentrieren, vielmehr ist das Entscheidende in diesem Laden, ebenso wie beim 'Ehrenfelder Lädchen', den Geschäftserfolg mit der Bedürfnisbefriedigung der KundInnen zu sichern. Formale Kriterien bilden somit den Ausschlag für die erfolgreiche Geschäftsführung beider Kleinunternehmen.

5. Inklusion und Exklusion auf dem Arbeitsmarkt: Arbeitssituation Teil 2

Der Stadtteil und das Leben in diesem Quartier ist nicht unabhängig von gesellschaftlichen Aspekten zu sehen. Das bedeutet auch, dass globale Veränderungen, seien sie politischer oder ökonomischer Natur, ihren Niederschlag im urbanen Kontext finden. Analysiert wird dieser Zusammenhang nachfolgend an Beispielen des Ehrenfelder Arbeitsmarktes.

5.1. Abbau von Arbeitsplätzen – Veränderungen des Arbeitsmarktes

Der Arbeitsmarkt und die Arbeitsmarktsituation und ebenso die Frage der Inklusions- und Exklusionsstrategien können nicht hinreichend analysiert werden, wird nicht auch über Erwerbslosigkeit diskutiert. Denn die Erwerbslosigkeit stellt nichts anderes als eine Exklusion aus dem Arbeitsmarkt dar. Deutlich geworden ist, dass Umstrukturierungsmaßnahmen innerhalb des Quartiers zu großen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt geführt haben. Analysiert wurden bereits die Umstrukturierungen des Stadtteils von einem Arbeiterviertel hin zu einem Stadtteil, in dem der Dienstleistungssektor an Bedeutung gewinnt. Wie auch an anderer Stelle bereits thematisiert, sind von der Schließung beziehungsweise Rationalisierung Ehrenfelder Fabriken nicht nur EhrenfelderInnen betroffen und umgekehrt gilt auch, dass EhrenfelderInnen die Folgen der Schließung von Unternehmen mittragen, die außerhalb des Quartiers liegen. Exemplarisch können hier die Rationalisierungsmaßnahmen der Firma 'Klöckner und Möller' genannt werden, einem Unternehmen aus dem rechtsrheinischen Köln.

Damit bildet der Stadtteil Ehrenfeld lediglich ein Beispiel für Entwicklungen, die sich seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland vielerorts bemerkbar gemacht haben und in Folge der zunehmenden Globalisierung und der damit korrespondierenden Standortfrage immer mehr an Brisanz gewinnen. Nicht nur die Globalisierungsdebatte ist es, die die Aktualität des Themas ausmacht, sondern vielmehr sind es die realen Zustände, die in den Städten vorherrschen. Auf der einen Seite finden sich zwar im Zuge der Gentrifizierung innerhalb des untersuchten Quartiers zunehmend mehr finanziell abgesicherte EinwohnerInnen, doch zählt Ehrenfeld innerhalb Kölns neben Chorweiler und Kalk mit zu den ärmsten Stadtteile. Indikator

für die Feststellung von Armut ist der Bezug von Sozialhilfe.⁴⁰ Die MitarbeiterInnen des Kölner Arbeitslosenzentrums (KALZ) sprechen davon, dass sich die Zahl derjenigen, die als arm zu bezeichnen sind, in den letzten fünf Jahren verdoppelt habe. In Ehrenfeld bezogen im Jahr 1997 8,9 % der BürgerInnen Sozialhilfe und dies mit steigender Tendenz. Als Hauptursache für den Bezug von Sozialhilfe ist in Ehrenfeld die Arbeitslosigkeit zu nennen. Laut Statistischem Amt der Stadt Köln liegen die Ursachen für den Bezug von Sozialhilfe in der Arbeitslosigkeit der EmpfängerInnen begründet – 18,1 % in häuslicher Bindung, was der Erziehung von Kindern entspricht, 7,1 % in Krankheit und Behinderung 6,1 % in unzureichenden Einkommen und 7,1 % in Unterhaltspflicht.

1996 wurden in Köln erstmals kleinräumige Arbeitsmarktbeobachtungen durchgeführt. Ehrenfeld weist hier eine weit höhere Arbeitslosigkeit auf als der bundesrepublikanische Durchschnitt im gleichen Zeitraum.

Bezugnehmend auf die Leitfrage der systemischen Perspektive, ob und inwieweit die Inklusion in den Arbeitsmarkt für alle möglich ist, muss diese Frage konsequenterweise negativ beantwortet werden. Die Inklusion scheitert bereits an den nicht vorhandenen Arbeitsplätzen in Ehrenfeld, Köln und der gesamten Bundesrepublik. Die systemische Bindekraft des Faktors Arbeit ist nicht in ausreichendem Maß gegeben. Aus lebensweltlicher Perspektive wäre hier anknüpfend zu fragen, wie die BürgerInnen den Stadtteils mögliche Exklusionen aus dem Arbeitsmarkt individuell bewerten. Das heißt, wie wirken sich systemische Exklusionsprozesse auf die Lebensform des Einzelnen aus?

Wie wir bereits gesehen haben, hat Arbeitslosigkeit – beziehungsweise, systemisch gesprochen, die Exklusion aus dem Arbeitsmarkt – vielerlei Auswirkungen auf die Betroffenen. So ist für viele EhrenfelderInnen die Teilnahme am ökonomischen Geschehen beeinträchtigt, was bereits in Bezug auf die Analyse des 'Ehrenfelder Lädchen' thematisiert wurde.

Eine für das Individuum weitaus gravierendere Auswirkung der Arbeitslosigkeit liegt in der Verschuldung, die nun thematisiert werden wird.

40 Es besteht jedoch eine Differenz zwischen denjenigen, die ein Anrecht auf Sozialhilfe haben, und denen, die Sozialhilfe beziehen. Somit liegt auch die Zahl derjenigen, die als arm zu bezeichnen sind, höher, als die Zahl derjenigen, die Sozialhilfe erhalten.

5.1.1. Exkurs: Verschuldung – eine Konsequenz der Erwerbslosigkeit

Eine Folge der Erwerbslosigkeit kann in der Verschuldung liegen. Zwar gilt der Verlust von Arbeit nicht als ein ausschließlicher Faktor für Verschuldung, dennoch wird sich an dieser Stelle auf diesen Aspekt – auf der Basis von Informationen der Sozialberatung für Schuldner – konzentriert.

Die Sozialberatung für Schuldner ist ein Beratungsangebot der Caritas, die im Zuge der psycho-sozialen Beratung 1987 gegründet wurde, nachdem immer mehr Anfragen von Personen mit Schulden an die Caritas herangetragen wurden. In der Schuldnerberatung der Caritas arbeiten derzeit drei SozialarbeiterInnen.

Neben der Beratung, die auf das Abtragen von Schulden zielt, liegt ein weiterer Aufgabenbereich von Frau Solms und ihren KollegInnen in der psycho-sozialen Beratung der KlientInnen. Ein wichtiger Schritt besteht in der Vermittlung von Kompetenzen, die sich auf den Umgang, beziehungsweise das Haushalten mit Geld beziehen. Daneben werden Fragen geklärt, welche finanziellen Ansprüche an den Schuldner oder die Schuldnerin bestehen, welche Spielräume in der privaten Haushaltsführung noch offen stehen und wie auf dieser Basis die finanziellen Probleme minimiert werden können. Eine weitere Aufgabe liegt in Verhandlungen mit den GläubigerInnen mit dem Ziel, eine geeignete Regulierungsform der notwendigen Rückzahlungen zu finden. Die Bandbreite der Regulierungen reicht von Erhöhung der Pfändungsfreigrenze, Ruhen der Lohnpfändung, Stundung, befristete Niederschlagung, Ratenzahlungsvergleich bis hin zu einem Erlass der Schulden. In den meisten Fällen kommt es zwischen SchuldnerInnen und GläubigerInnen zu einer Ratenzahlungsvereinbarung. Die hauswirtschaftliche Beratung kann als eine Hilfe zur Selbsthilfe verstanden werden, dabei hebt Frau Solms hervor, dass in den wenigsten Fällen lediglich ein Gläubiger Ansprüche an die Betroffenen hätte. In den Fällen, in denen SchuldnerInnen aufgrund mangelnder Kompetenzen nicht in der Lage sind, Verhandlungen über einen Zahlungsaufschub oder die Festsetzung der Zahlungsmodalitäten zu führen, wird dies von der Sozialberatung für Schuldner übernommen.

Betreffen die Aufgaben der Schuldnerberatung primär den individuellen Umgang mit Geld, so darf doch der Blick nicht vor den Gründen der Verschuldung verschlossen werden, die systemisch verortet sein können. Gerade im Hinblick auf den Kontext Arbeitsmarkt ist die

Untersuchung der Ursachen für Verschuldung ein wichtiger Aspekt. Entgegen der in der Öffentlichkeit zum Teil behaupteten Selbstverursachung sind die Ursachen der Verschuldung eher different.

Dieser Vielschichtigkeit wird in der nachfolgenden Analyse Rechnung getragen. Darüber hinaus wird ein Blick auf die Sozialstruktur der SchuldnerInnen geworfen. Denn es ist zu vermuten, dass die Verschuldung in einer Abhängigkeit zu der 'Schichtzugehörigkeit' stehen wird. Die hier genannten Daten basieren auf den statistischen Angaben der Sozialberatung für Schuldner. Das bedeutet, es können keine absoluten Zahlen über die Situation der SchuldnerInnen in Ehrenfeld und der Stadt Köln gegeben werden, sondern es können lediglich die Personen erfasst werden, die die Beratung für SchuldnerInnen aufsuchen.

In dem angegebenen Zeitraum (1998) haben 135 Personen die Beratungsstelle in Anspruch genommen und dort eine Kurzberatung, die in der Regel ein bis vier Sitzungen umfasst, erhalten. Die meisten von ihnen, nämlich 86 %, sind durch andere Stellen vermittelt worden, meist durch kirchliche oder andere soziale Beratungseinrichtungen. Auffallend viele junge Menschen verschulden sich – so waren 51 % derjenigen, die die Beratungsstelle aufgesucht haben, unter 30 Jahren. Dabei hält sich der Anteil männlicher und weiblicher SchuldnerInnen die Waage. Bei den Frauen sind es insbesondere Alleinstehende, die verschuldet sind, wobei bei Männern die Anzahl der verheirateten, beziehungsweise der in einer Partnerschaft Lebenden überwiegt. Ein Großteil der SchuldnerInnen hat nach dem Besuch der Hauptschule eine Berufsausbildung abgeschlossen.

Viele SchuldnerInnen sind erwerbslos oder von Kurzarbeit betroffen, Frau Solms nennt in diesen Kontext mehrere Kölner Firmen, die in den letzten Jahren Stellen abgebaut haben bzw. regelmäßig Kurzarbeit anbieten müssen.

„Es gibt auch größere Firmen hier im Umfeld, die auch Probleme hatten, gerade auch in Ehrenfeld (...) Wird sicherlich auch ein Teil nach der Firma Ford fahren, zum Beispiel, und da war es ja vor Jahren, dass es so gegen Ende des Jahres da Kurzarbeit gab. Und wenn man sich schon mal drei oder vier Monate strecken muss, da kann das auch schon sehr massiv werden, also es sind oft ganz profane Dinge, die mit einer Rolle spielen oder Firma Hertie hat abgebaut oder Firma Dyckhoff ist jetzt in Konkurs gegangen.“ (Solms 1998:4)

Neben Angestellten und ArbeiterInnen, so betonte die Sozialarbeiterin, seien es aber auch KleinunternehmerInnen, die in Konkurs gingen und anschließend zum Teil hoch verschuldet seien. In Bezug auf die Untersuchung des Handels und Gewerbes in Ehrenfeld wurde bereits auf die hohe Fluktuationsrate dieser Betriebe hingewiesen. Im Gespräch mit einer Ladenbesitzerin, die auf die zunehmende Konkurrenz innerhalb Ehrenfelds mit der Schließung eines

ihrer beiden Geschäfte reagieren musste, kristallisierte sich heraus, dass bei einem Teil der BesitzerInnen – insbesondere alteingesessener Läden – Resignation vorherrschend ist und sie deshalb kaum noch kommunikationsbereit sind. Denn den UnternehmerInnen fehlt nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern gleichzeitig übernehmen sie aus ihren Betrieben Schulden, die sie abtragen müssen. Gerade in Ehrenfeld ist hiermit ein deutliches Problemfeld skizziert. Entstanden als eine Alternative zur Erwerbslosigkeit, ist die Selbständigkeit für einige UnternehmerInnen zu einem Weg in die Verschuldung geworden. Gerade die Schuldenbelastung von ehemaligen UnternehmerInnen liegt, verglichen mit Privathaushalten, besonders hoch. Während sich die Schulden der anderen Kölner Bevölkerungsteile bei maximal 20.000 DM einpendeln, liegt die Last von UnternehmerInnen zum Teil über 100.000 DM.

Hoffnungen wurden von einigen SchuldnerInnen in das 1998 in Kraft getretene Insolvenzgesetz gesetzt. Dieses Gesetz erlaubt es nun auch Privatpersonen, 'Konkurs' anzumelden. Praktisch bedeutet das, dass ein Schuldenrückzahlplan für eine Zeitdauer von sieben Jahren aufgebaut wird, an den sich die Betroffenen halten müssen. Für diese sieben Jahre ist das Einkommen der SchuldnerInnen an den Sozialhilfesatz gekoppelt. Alle darüber hinaus gehenden Einnahmen müssen an die GläubigerInnen abgezahlt werden. Nach diesem Zeitraum werden die verbliebenen Schulden erlassen.

Als Prognose für die Zukunft zeichnet die Sozialarbeiterin ein eher düsteres Bild – sie rechnet mit einer zunehmenden Verschuldung der KölnerInnen. Einerseits fallen viele ArbeitnehmerInnen den Rationalisierungsmaßnahmen zum Opfer, andererseits werden die sozialstaatlichen Maßnahmen zunehmend verringert. Änderungen werden nur dann erreicht werden können, wenn ein struktureller Wandel auf dem Arbeitsmarkt zu verzeichnen ist. Hierzu bedarf es jedoch einer neuen Arbeitsmarktpolitik. Darüber hinaus ist es notwendig, eine vom Arbeitsmarkt unabhängige Grundsicherung einzufordern.

5.2. Die Frage der Kompetenzen

Der Arbeitsmarkt tritt mit den unterschiedlichen Anforderungen an den Einzelnen heran: Die Inklusion in den Arbeitsmarkt ist unter anderem von den individuellen Kompetenzen abhängig, die von der Arbeitgeberseite formuliert werden. Deshalb ist es zunächst notwendig, einen

Blick auf genau diese Kompetenzen zu werfen. Wie sehen die Anforderungen aus, die eine Inklusion in den Arbeitsmarkt erleichtern? Dies ist eine der zentralen Fragen, die hier gestellt werden muss. Anschließend gilt es zu analysieren, welche Möglichkeiten Ehrenfelder BürgerInnen offen stehen, diese Kompetenzen zu entwickeln beziehungsweise zu erwerben. Das zielt auf die Frage der strukturellen Gegebenheiten in Ehrenfeld, aber auch der über den Stadtteil und die Stadt Köln hinausgehenden Infrastrukturen, die die Kompetenzbildung fördern. Hierzu zählen die allgemeinbildenden Schulen, Volkshochschulen und andere Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen. Im Zeichen der geforderten Mobilität wird vorausgesetzt, dass Arbeitssuchende bereit sind, ihre Arbeits- beziehungsweise Ausbildungsstelle auch in weiterer Entfernung vom Wohnort anzutreten.

Der Arbeitsmarkt tritt mit unterschiedlichen formalen Anforderungen an die Arbeitssuchenden und ArbeitnehmerInnen heran. Eine der notwendigen Kompetenzen ist eine fachliche Qualifikation, die zunächst die erfolgreich abgeschlossene Schulausbildung umfasst. Neben einem adäquaten Abschluss erwarten ArbeitgeberInnen aber ebenso soziale Kompetenzen von den BewerberInnen. Teilweise ist es gerade diese Kompetenz, an der es den Arbeitssuchenden mangelt; dieser Eindruck konnte u. a. in einem Interview mit der Rektorin einer Ehrenfelder Hauptschule gewonnen werden. So erwähnte Frau Gillinger, die Rektorin der Schule, dass sie ihre Aufgabe besonders darin sehe, den SchülerInnen die sozialen Kompetenzen zu vermitteln, die sie zu Hause nicht erlernen. Das Elternhaus vieler Jugendlicher, die die genannte Hauptschule des Quartiers besuchen, wirke auf die Vermittlung sozialer Verhaltensformen eher kontraproduktiv, so die Aussage der Rektorin. Oftmals mangle es den Jugendlichen nicht primär an fachlichen Qualifikationen, sondern viel eher stehe der Mangel an sozialer Kompetenz der Chance auf einen Ausbildungsplatz entgegen. Hierzu die Lehrerin:

„Die Betriebe wollen Menschen, die das grundlegende Sozialverhalten zeigen, die arbeitswillig sind, die ehrlich sind, die pünktlich sind. Und wenn wir es schaffen, denen dann einen Grundstock an Basiswissen beizubringen, dann haben die durchaus Chancen. Das ist denen mittlerweile lieber als ein Gymnasiast, der nach der Klasse 10 abgeht, weil das für die irgendwo ein Schulabbrecher ist.“
(Gillinger 1998:2)

Statt jedoch Wege zu finden, wie gerade die sozialen Kompetenzen der Einzelnen gestärkt werden können, wird in der Öffentlichkeit viel eher die Forderung nach höheren Bildungsmöglichkeiten publik gemacht. Im pädagogischen Bereich wird dies mit dem Prozess des lebenslangen Lernens umschrieben. Die Konsequenz dieser Forderung ist, dass in den letzten Jahrzehnten die Bildungsbereitschaft in der Bundesrepublik stetig gewachsen ist. Ulrich Beck

spricht in diesem Zusammenhang davon, dass die Individualisierung des 20. Jahrhunderts innerhalb der BRD eine 'Arbeitsmarkt-Individualisierung' hervorgebracht hat, die sich auch in erhöhten Bildungsabschlüssen zeigt, die jedoch nicht immer zu dem gewünschten Ziel des adäquaten Arbeitsplatzes führen (1994:47).

Denn der adäquate Abschluss ist zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Inklusion in den Arbeitsmarkt. Der Wunsch nach höherer Schulbildung wurde von den LehrerInnen zweier Schulen im Quartier, einer Haupt- und einer Realschule, eher kritisch eingeschätzt und als ein gesellschaftliches Problem gesehen. Sowohl an der untersuchten Hauptschule als auch an der Realschule wird von vielen SchülerInnen nach der erfolgreichen Beendigung der Schule eine weitere Schule besucht und dies sogar in den Fällen, in denen die Jugendlichen die Möglichkeit einer Ausbildung haben. Dies kann der in der Öffentlichkeit geführten Bildungsdiskussion geschuldet sein, die einer möglichst hohen Schulbildung den Vorzug gibt, wobei gleichzeitig über die Schaffung neuer Lehrstellen und Arbeitsplätzen nachgedacht wird, jedoch nicht darüber, wie das Interesse der Jugendlichen und deren Kompetenzen – jenseits der schulischen Bildung – gestärkt werden können.

Dennoch zeigt die im Dezember 2001 veröffentlichte PISA-Studie, dass gerade in der Bundesrepublik Deutschland darüber nachgedacht werden muss, inwieweit das Schulsystem und die dort erworbene Bildung verbessert werden können. SchülerInnen an deutschen Schulen verfügen kaum über das, was als reflexive Bildung bezeichnet werden kann. Sowohl das Vermögen sprachliche als auch mathematischen Fähigkeiten zu entwickeln wird an deutschen Schulen nur unzureichend vermittelt. Das hat Auswirkungen auf alle SchülerInnen, wobei sich im internationalen Vergleich jedoch zeigt, dass die Bildung in Deutschland in auffälliger Weise mit dem Bildungsgrad und dem sozialen Status korreliert. Dies betrifft insbesondere die Förderung von SchülerInnen mit Migrationshintergrund, die im internationalen Vergleich in der Bundesrepublik über besonders schlechte Leistungen verfügen. Schulen in Deutschland, so das Ergebniss der PISA-Studie, unterstützen die bestehenden Diskrepanzen zwischen SchülerInnen unterschiedlicher sozialer Herkunft. Zu vergleichbaren Ergebnissen kam es auch in der Stadtteiluntersuchung „Die multikulturelle Stadt. Von der Selbstverständlichkeit im städtischen Alltag“ in Bezug auf das Bildungssystem (2001a:243ff.). In dieser Untersuchung wurde herausgearbeitet, dass die Schulen im Quartier zwar prinzipiell nach formal-rationalen Kriterien ausgerichtet sind, dass dieses Prinzip jedoch teilweise in

Bezug auf allochthone SchülerInnen nicht mehr zum Tragen kommt. Grundsätzlich sind die Schulen zwar in der Lage, die lebensweltlichen Aspekte von Jugendlichen – und hierzu zählt in gewisser Weise auch die ethnische Herkunft – weitgehend auszublenden. Sie werden (prinzipiell) in erster Linie gemäß der Leitdifferenz der Schule nach formal-rationalen Kriterien als SchülerInnen wahrgenommen. Für SchülerInnen mit Migrationshintergrund, so zeigt sich durch die PISA-Studie ebenso wie durch die erwähnte Stadtteilstudie, hat die Ummantelung formaler Kriterien innerhalb der Schule Auswirkungen auf die berufliche Gestaltung. Dass hier ein systemisches und nicht etwa ein individuelles, den Allochthonen selbst zuzuschreibendes Manko vorliegt, wurde auch durch andere Befunde deutlich. So konnte in Beobachtungsphasen in der städtischen Stadtteilbibliothek festgestellt werden, dass diese insbesondere von MigrantInnen frequentiert wird. Der Wunsch nach systemischer Einbindung in das Bildungssystem, symbolisiert durch Bibliothekbesuche, ist bei MigrantInnen besonders ausgeprägt. Die Bereitschaft sich weiterzubilden steht zum Teil in einem Widerspruch zu den systemischen Möglichkeiten.

Darüber hinaus werden weitere Anforderungen an den Einzelnen gestellt, die sich im Rahmen der Individualisierungsprozesse der letzten Jahre einerseits und der Globalisierung andererseits erhöht haben. Zu diesen zählt beispielsweise die Bereitschaft zu Mobilität und Flexibilität. Das trifft speziell auf Firmen zu, die über mehrere Standorte verfügen beziehungsweise deren Aufgaben an bestimmte Aufträge gebunden sind, wie dies beispielsweise für die Bauindustrie gilt. Gerade für Berufssparten, in denen eine hohe fachliche Qualifikation erforderlich ist, existieren auf EU-Ebene bereits Programme, die einen Austausch der Fachkräfte fördern:

„In bestimmten Branchen und Berufsgruppen ist eine Erhöhung der Mobilität bei qualifizierten Fachkräften zu verzeichnen, für welche die EU zunehmend einen gemeinsamen Arbeitsmarkt bildet. Hierzu tragen die Mobilitäts- und Partnerschaftsprogramme im Bildungs- und Ausbildungswesen ebenso bei wie die zunehmende Vergleichbarkeit der Ausbildungs- und Qualifizierungssysteme bzw. die sich angleichenden Rekrutierungsmuster der Unternehmen, die mehr und mehr EU-weit verflochten sind.“ (Burkhart Sellin 1995:18)

Die genannten Voraussetzungen fallen in den Bereich der formalen Qualifikationen, die unabhängig von lebensweltlichen Aspekten Relevanz besitzen. Soweit die skizzierten und eventuell zusätzliche Kompetenzen bei der Entscheidung über die Vergabe einer Stelle Bedeutung erlangen, kann von einer formalen Chancengleichheit nicht die Rede sein. Neben den formalen Kriterien zur Besetzung einer Arbeitsstelle existieren jedoch auch informelle aufgrund privater Beziehungen.

Bei diesen Verflechtungen werden lebensweltliche Aspekte in den Mittelpunkt der Entscheidung und des Handelns gerückt, von formal-rationalen Kriterien wird Abstand genommen. So wird in diesem Zusammenhang von dem nötigen 'Vitamin B' gesprochen, also Beziehungen, die notwendig sind, um beispielsweise eine bestimmte berufliche Position unabhängig von den individuellen, formalen Fähigkeiten zu erhalten.

Der nächste Schritt wird nun darin liegen zu überprüfen, inwieweit die EhrenfelderInnen innerhalb ihres Quartiers die Möglichkeit haben, die formalen Voraussetzungen zu erlangen, die ihnen die Teilnahme am Arbeitsmarkt ermöglichen. Wie gezeigt, handelt es sich bei den aus systemischer Perspektive Bedeutung erlangenden Kompetenzen um solche, die auf der einen Seite in Form von fachlichen Qualifikationen erworben werden können und auf der anderen Seite als soziale Kompetenzen gesehen werden können.

Die Frage, wie der Erwerb sozialer Kompetenzen ausgestaltet werden kann, ist nicht leicht zu beantworten. Aus pädagogischer Sicht können die Instanzen der primären und sekundären Sozialisation mit den Aufgaben der Kompetenzerlangung in Verbindung gebracht werden. Hier sind demnach sowohl das familiäre Umfeld als auch Kindergärten und Schulen gefordert. Da in Familien die Vermittlung von sozialen Kompetenzen nicht immer gesichert ist, verstärken sich die Aufgaben der pädagogischen Einrichtungen wie beispielsweise der Schule in diesem Bereich. Dies m. E. auch zu Recht. In den Gesprächen mit den RektorInnen zweier Schulen des Quartiers wurde explizit auf Vermittlung sozialer Kompetenzen innerhalb der Schulen hingewiesen. Doch wurde gleichzeitig deutlich, dass es den Schulen nicht möglich ist, die Defizite der Familienziehung auszugleichen. An dieser Stelle glaube ich jedoch, dass ein Umdenken in der Bildungspolitik unumgänglich ist. Gerade für SchulabgängerInnen wird der Start ins Berufsleben erschwert, wenn keine effektiven gesellschafts-politischen Möglichkeiten angeboten werden, die 'notwendigen Verhaltensweisen' zu erlernen. Lebenslanges Lernen, fachliche Qualifikation ist zudem nur dann möglich, wenn ArbeitnehmerInnen den Anspruch auf Weiterbildungsurlaub nutzen können. Weiterbildung darf also nicht ausschließlich in den Freizeitbereich verlagert werden.

Hierin schließt sich die Frage an, wie die infrastrukturellen Gegebenheiten zur Erlangung fachspezifischer Kompetenzen in Ehrenfeld und in der Stadt Köln aussehen. Im Zuge der Individualisierungsprozesse wird auf dem Arbeitsmarkt von den Individuen eine hohe Bereit-

schaft zur Mobilität erwartet, die diese mehrheitlich auch erbringen. Für unsere Untersuchung bedeutet dies, dass auch die Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen außerhalb Ehrenfelds einbezogen werden müssen. Denn auch diese werden von EhrenfelderInnen genutzt.

Köln verfügt über ein weit ausdifferenziertes Bildungs-, Fort- und Weiterbildungssystem, das sich über die ganze Stadt verteilt. Eines der grundlegenden Elemente für den Erwerb von Kompetenzen liegt in der schulischen Bildung. An dieser Stelle kann keine qualitative Analyse des Schulsystems innerhalb Kölns geleistet werden, doch kann festgestellt werden, dass die Aspekte, die in der PISA-Studie herausgearbeitet wurden, vielfach auch für die Situation innerhalb Kölns gelten:⁴¹ Menschen mit Migrationshintergrund sind bereits in der schulischen Bildung benachteiligt. Dies lässt sich unter anderem an ihrer Unterrepräsentation innerhalb des Gymnasiums feststellen. Für Kölner MigrantInnen bedeutet dies, dass sie trotz einer Repräsentanz von 26 % der Schüler lediglich zu 15 % das Gymnasium besuchen. Für Ehrenfeld zeichnet sich für das Jahr 1998 folgendes Bild ab:⁴² In Ehrenfeld besuchen im Jahr 1999 9.458 Kinder und Jugendliche die Schule, hiervon sind 2.924 allochthone Kinder. Von diesen Kindern besuchen 1.239 das Gymnasium, was einem Anteil von 30,9 % entspricht, von denen 234, das entspricht 18,9 %, Allochthone sind. Eine solche Unterrepräsentanz hat Auswirkungen auf die Chancengleichheit innerhalb des Arbeitsmarktsektors. Der erste Schritt für ein Ausschließungsverfahren von Allochthonen wird hier bereits vollzogen und dies ist ein Hinweis für Ethnizität des Arbeitsmarktes. Aufgrund ihrer Aktualität und ihrer Brisanz für das vorliegende Thema wird die PISA-Studie in aller Kürze vorgestellt.

*Exkurs: Die PISA-Studie*⁴³

Die PISA-Studie wurde mit dem Anliegen durchgeführt, die basalen Kompetenzen Jugendlicher in den Mitgliedstaaten der OECD zu untersuchen. Das Ziel ist es, auf Basis der Ergeb-

41 Verweisen möchte ich in diesem Zusammenhang auch auf die ausführlichen Ergebnisse innerhalb der Studie „Die multikulturelle Stadt. Von der Selbstverständlichkeit im städtischen Alltag“ unter dem Titel „Heranwachsen im Quartier“. Wolf-Dietrich-Bukow/Claudia Nikodem/Erika Schulze/Erol Yildiz. (2001). S. 243-291.

42 Stadt Köln, Amt für Stadtentwicklung und Statistik.

43 OECD (2001): PISA PROGRAMME FOR INTERNATIONAL STUDENT ASSESSMENT. Schülerleistungen im Vergleich. Im Auftrag der Kultusminister in der Bundesrepublik und in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung.

nisse das Bildungssystem, angefangen von der Einzelschule über die Lehrerbildung bis hin zur Schulberatung, zu unterstützen.

Inhaltlich umfasst PISA drei Bereiche. Es wurden die Lesekompetenz, die mathematische Grundbildung sowie die naturwissenschaftliche Grundbildung von 15-jährigen SchülerInnen erfasst. Dabei ging es nicht nur um die

„Beherrschung des im Curriculum vorgesehenen Lehrstoffs, sondern auch um wichtige Kenntnisse und Fähigkeiten, die man im Erwachsenenleben benötigt. Die Untersuchung von fächerübergreifenden Kompetenzen ist integraler Bestandteil von PISA.“ (OECD 2001:4)

Das reflektierte Denken stellte eine Schlüsselkategorie innerhalb der Studie dar. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Ergebnisse der Studie für die Bildung der SchülerInnen in Deutschland erschreckend sind. In allen drei Bereichen der Grundbildung platzieren sich deutsche SchülerInnen beziehungsweise SchülerInnen aus deutschen Schulen im internationalen Vergleich im unteren Drittel. So gibt es laut Untersuchung keine Hinweise auf einen überdurchschnittlich hohen Anteil von SchülerInnen, die Spitzenleistungen erbringen oder einer Elite zuzurechnen wären. Bedeutender für die hier vorliegende Fragestellung der Inklusions- und Exklusionsprozesse auf dem Arbeitsmarkt – deren Basis ja bereits in der schulischen Bildung liegt – zeigt sich, dass Bildung in Korrelation zur sozialen und zur ethnischen Herkunft zu betrachten ist. Zunächst einmal gelingt es dem deutschen Schulsystem vergleichend mit anderen Ländern nicht, schwache SchülerInnen zu fördern. ‘Schwache’ SchülerInnen entstammen vor allem der Arbeiterschicht. Diese weisen Schwächen in elementaren Kenntnissen auf. Hierzu heißt es in der PISA-Untersuchung:

„Auffällig und bedenklicher ist aber das große sozial bedingte Gefälle im Anteil derjenigen Jugendlichen, die nicht über die erste, elementare Kompetenzstufe hinauskommen. Das Erreichen der Stufe I garantiert ausschließlich das Verständnis einfachster Texte. Der Anteil schwacher Leser, die Kompetenzstufe I nicht überschreiten, liegt in den sozialen Klassen III, V-VI und VII zwischen 25 und knapp 40 Prozent. (...)“

Die Analysen belegen einen straffen Zusammenhang zwischen Sozialschichtzugehörigkeit und erworbenen Kompetenzen über alle untersuchten Domänen hinweg. Im Unterschied zu früheren Studien, die in der Regel einen besonders starken Einfluss der sozialen Herkunft auf sprachliche Leistungen berichten, fällt in PISA bei Verwendung der internationalen Leistungsmaße der Zusammenhang zwischen Schichtzugehörigkeit und Lesekompetenz bzw. mathematischer Kompetenz gleich straff aus. Benutzt man den nationalen, weniger sprachabhängigen Mathematiktest als Referenz, wird der Zusammenhang etwas lockerer. Folgt man der in PISA vertretenen didaktischen Konzeption, in der Mathematisierung den Kern des Mathematikunterrichts zu sehen und damit Anwendungsorientierung und Modellbildung in dem Mittelpunkt zu stellen, erhalten die umgangssprachliche Kommunikation und das Leseverständnis größere Bedeutung. In diesem Fall muss man wahrscheinlich auch mit einer zumindest vorübergehenden Öffnung der Leistungsschere zwischen sozialen Schichten rechnen.“ (OECD 2001:36)

Die Lesekompetenz scheint laut PISA auch für alle weiteren Kompetenzen unbedingte Voraussetzung zu sein. Das bedeutet auch, dass der deutschen Sprachkompetenz eine be-

sondere Bedeutung beigemessen werden muss. Die Fähigkeiten einer Mehrsprachigkeit beziehungsweise einer anderen Sprachkompetenz wurden nicht untersucht. Für Jugendliche mit Migrationshintergrund scheint dies eine der entscheidenden Barrieren zu sein. Nach den Befunden scheinen sich sprachliche Defizite kumulativ in Sachfächern auszuwirken, so dass Personen mit unzureichendem Leseverständnis in allen akademischen Bereichen in ihrem Kompetenzerwerb beeinträchtigt sind.

Insgesamt kommt die PISA-Studie bezüglich der sozialen Herkunft zu dem Ergebnis, dass in Deutschland die Kopplung von sozialer Lage der Herkunftsfamilie und dem Kompetenzerwerb der SchülerInnen sehr stark gegeben ist. In anderen Staaten, die eine ähnliche Sozialstruktur aufweisen, sieht das Bild anders aus. In der Regel ist es dort möglich, die Förderung von Jugendlichen aus sozial schwächeren Familien so zu gestalten, dass ihnen der Erwerb von notwendigen Bildungskompetenzen möglich wird. Weiterhin hat die Untersuchung ergeben, dass eine Entkoppelung von sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb maßgeblich mit dazu beiträgt, dass das Gesamtbildungsniveau steigt und keine Nachteile bei den leistungsstarken SchülerInnen zu verzeichnen ist.

In welcher Korrelation stehen nun die Ergebnisse von PISA zu der hier vorliegenden Fragestellung? Zunächst einmal muss festgehalten werden, dass das Bildungssystem, das die Kinder und Jugendliche für den Beruf und ihr Leben vorbereiten soll, versagt hat. Die Kompetenzbildung hat nicht den gewünschten Erfolg, nicht das Bildungsniveau, das erwartet wurde. Dies betrifft erst einmal *alle* SchülerInnen. Das zeigt sich daran, dass selbst eine außerschulische, individualisierte Förderung der SchülerInnen, wie sie oftmals innerhalb der 'Mittel- und Oberschicht' angeboten wird, nicht zu den erwarteten Ergebnissen führt, wenn nicht auch die Schule zu reflexivem Lernen anregt. Dies lässt den Schluss zu, dass die schulische Bildung nicht zum eigenständigen Lernen – und um dieses ging es in der Untersuchung – anleitet. Kann somit abgeleitet werden, dass die Schule ihren Aufgaben nicht gerecht wird, muss dieses Ergebnis jedoch noch präzisiert werden. Die Schulen in Deutschland – diese Verallgemeinerung erlaube ich mir aufgrund der Repräsentanz der PISA-Studie – beachten nicht die formale Gleichheit aller SchülerInnen. Die Tatsache, dass die sprachlichen Defizite sowie die Schwächen der Lesekompetenzen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und Jugendlichen aus

sozial schwachen Familien nicht aufgehoben werden können, hat zur Folge, dass die Diskrepanz zwischen den Schichten beziehungsweise – um diesen alten Begriff zu vermeiden – den unterschiedlichen Milieus verstärkt wird. Diese soziale Segregation wird durch das dreigliedrige Schulsystem unterstützt und wirkt sich selbstverständlich auf die Anknüpfung der Jugendlichen an den Arbeitsmarkt entweder unterstützend oder blockierend aus. Ein Bildungssystem, das darauf aufbaut, dass lediglich diejenigen unterstützt werden, die bereits aufgrund ihres familiären Hintergrundes individuell gefördert werden, kommt nicht dem allgemeinen Bildungsauftrag nach und fördert hierdurch die systemische Marginalisierung bestimmter sozialer Gruppen. Dass diese Prozesse innerhalb Ehrenfelds zu beobachten sind, zeigt sich wenn man die Transformationen und Gentrifizierungsprozesse innerhalb des Quartiers sieht, die sich auf dem Arbeitsmarkt zeigen, indem die Differenz zwischen Armut und Reichtum bedingt durch berufliche Positionen immer größer wird. Dass hierfür der Grundstein in der schulischen Ausbildung gelegt wird, zeigt meines Erachtens PISA.

Nun zurück zu den Bildungsmöglichkeiten beziehungsweise den Arbeitsmarktprogrammen innerhalb Kölns. Auf der einen Seite existieren staatliche Programme und Angebote, auf der anderen Seite nutzen jedoch auch viele freie Träger die Möglichkeit, insbesondere im Bereich der neuen Medien Weiterbildungsangebote zu schaffen. In dem hier vorliegenden Rahmen sind speziell die Maßnahmen der öffentlichen Trägern von Interesse.

Im Rahmen des Bündnisses für Arbeit ist ein Sofortmaßnahmeprogramm für arbeitslose Jugendliche geschaffen worden, das mit Beginn des Jahres 1999 Jugendliche ohne Arbeit für ein Jahr mit einem Ausbildungs- oder Qualifizierungsprogramm fördert. In Köln wurde dieses Programm im Jahr 1999 allein von knapp 1.400 jungen Erwachsenen genutzt, wobei insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund dieses Angebot wahrnehmen (vgl. Klaus Novy Institut 2001). Auf Bundesebene hat sich für das Jahr 1999 gezeigt, dass aufgrund dieses Förderprogramms 30 % der Jugendlichen in den ersten Arbeitsmarkt übernommen werden konnten.

Ein weiteres Angebot für Jugendliche stellt die Landesinitiative 'Jugend in Arbeit' dar, die seit 1998 in NRW durchgeführt wird. Dieses Programm richtet sich ebenso wie 'JUMP' an Langzeitarbeitslose. Der Ansatz dieses Projektes ist es, den Arbeitslosen eine individuelle und langfristige Beratung anbieten zu können, die sowohl die soziale als auch die arbeitsmarkt-

bezogene Kompetenz erhöht. ‘Jugend in Arbeit’ wurde mit ähnlichem Erfolg wie ‘JUMP’ durchgeführt.

Bis ins Jahr 2000 gab es, gefördert durch die EU, spezielle Angebote, die sich an Jugendliche mit Migrationshintergrund gerichtet haben. In Köln waren dies die Programme ‘El Elle – Wege in die betriebliche Praxis’ und ‘Berufliche Propädeutik – Integrations- und Qualifizierungsprojekt für die Zielgruppe der MigrantInnen’. Innerhalb Kölns zeigt sich dennoch, dass es weiterhin einen Bedarf der spezifischen Qualifizierung von MigrantInnen für den Arbeitsmarkt gibt. Dieser Bedarf muss mit einer entsprechenden Infrastruktur auch zukünftig gedeckt werden.

Dies sind nur einige Programme, die die Förderung von Arbeitslosen zum Ziel haben. Es werden regelmäßig neue entwickelt und insbesondere im Frühjahr 2001 werden von Seiten der Bundesregierung wieder neue Vorschläge gemacht, wie mangelnder Qualifikation begegnet werden kann und darüber hinaus neue Stellen geschaffen werden können.

5.2.1. Institutionen zur Beschaffung von Arbeit

Wurden bisher überregionale Beschäftigungsprogramme, und hier speziell für jugendliche Arbeitslose vorgestellt, soll sich nun auf spezifische Kölner Organisationen konzentriert werden.

Innerhalb Kölns existieren einige Institutionen wie das ‘Kölner Arbeitslosenzentrum’ (KALZ), der ‘Ehrenfelder Verein für Arbeitsbeschaffung’ (EVA) und die ‘Job-Börse’, die das Thema der Erwerbslosigkeit aufgreifen. Die Zielsetzung dieser Einrichtungen liegt darin, Schritte gegen Erwerbslosigkeit innerhalb der Kölner Bevölkerung zu unternehmen, dabei verfolgen sie jeweils divergierende Vorstellungen und Interessen, so ist beispielsweise die ‘Job-Börse’ direkt an das Sozialamt gekoppelt und von dieser abhängig. Die Angebotspalette beginnt mit individueller Hilfestellung in Form von Bewerbungstraining über Arbeitsplatzsuche und Sozialberatung bis hin zu politischen Aktionen, wie sie beispielsweise vom ‘KALZ’ durchgeführt werden.

Älteste dieser Einrichtungen ist ‘EVA’. Gegründet Anfang der 80er Jahre, hat es sich dieser Beschäftigungsträger zur Aufgabe gemacht, Erwerbslose für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Insbesondere werden in den angebotenen Maßnahmen handwerkliche Berufe

erlernt, wobei 'EVA' gemeinwesenorientiert arbeitet. Es werden beispielsweise Kindergärten, Schulen und andere Einrichtungen renoviert und restauriert. Im Oktober 1997 hat der Verein 'EVA' in Kooperation mit dem Arbeitsamt und dem Ehrenfelder Sozialamt die 'Job-Börse' gegründet.⁴⁴ Das Konzept der Job-Börse sieht es vor, erwerbslose SozialhilfeempfängerInnen in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Aus systemischer Perspektive könnte gesagt werden, es soll eine Integration von Exkludierten vorgenommen werden. Für jeden vermittelten Arbeitslosen in eine feste Stelle erhält der Verein vom Sozialamt eine Prämie in Höhe von 4.000 DM.

Der etablierteste Verein innerhalb Kölns, der die Belange der Erwerbslosen in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellt, ist das 'Kölner Arbeitslosenzentrum'. Das 'KALZ' soll in diesem Kontext näher vorgestellt werden, da diese Einrichtung einen maßgeblichen Anteil daran hat, Menschen am existentiellen System des Arbeitsmarktes wieder teilhaben zu lassen. Entstanden aus einer Initiative arbeitsloser Männer und Frauen im Jahr 1983 wurde das 'KALZ' 1986 als Verein gegründet. Die Aufgaben des Vereins umschreibt Thomas Münch, der Geschäftsführer des Vereins in folgender Weise:

„Wir haben heute ein relativ genaues Angebot, was wir tun und was wir nicht tun. Unser wichtigstes Standbein ist, sagen wir, beraten in und aus der Arbeitslosigkeit. Wobei uns wichtig ist zu sagen, in und aus der Arbeitslosigkeit. Das heißt, wir beraten in allen Fragen, die mit dem Bezug von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Umschulung, Fortbildung, Sozialhilfebezug, ABM, erster Arbeitsmarkt usw. zusammenhängen. Beratung aus der Arbeitslosigkeit heißt, wir kennen die Kölner Struktur, die im zweiten Arbeitsmarkt sich bewegt, und sagen, da ist ein Angebot für dich, das könnte passen. Und wir haben jetzt seit Januar dieses Jahres eine neue Geschichte, wir nennen das Club der Arbeitssuchenden, wo wir sagen, Sie suchen eine Stelle, wir helfen Ihnen dabei.“ (Münch 1998:8)

In der Beratung geht es den MitarbeiterInnen in erster Linie um die Vermittlung von Kompetenzen an die Erwerbslosen. Systemisch gesprochen heißt das: Sobald eine Person aus dem System des Arbeitsmarktes aufgrund des Arbeitsplatzverlustes ausgeschlossen ist, wird sie in ein neues System inkludiert, das in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der Sozialversicherungssysteme noch gegeben ist. Um die Leistungen, die einem in diesem System zustehen, erhalten zu können, bedarf es einiger Informationen darüber, wie diese Ansprüche geltend gemacht werden können. In diesen Fragen beraten die MitarbeiterInnen des 'KALZ'. Aber auch in Bezug auf Wege aus der Arbeitslosigkeit heraus besteht die Aufgabe des 'KALZ' vor allem in einer konsequenten individuellen Beratung. Hier stehen die individuellen Fähigkeiten des Einzelnen im Fokus. Welche Ausbildung ist vorhanden? Wie sieht die Berufs-

44 Zwischenzeitlich hat die Job-Börse in mehreren Kölnern Quartieren ihre Arbeit aufgenommen.

erfahrung aus? Sind die Bewerbungsunterlagen vollständig? Welche beruflichen Chancen und Möglichkeiten sind mit den Vorkenntnissen gegeben? Wo ist eventuell eine Fortbildung notwendig?

Darüber hinaus arbeitet das 'KALZ' als Beschäftigungsprojekt. Gezielt werden Erwerbslose wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert. Das Beschäftigungsprojekt des 'KALZ' ist das erste Kölner Restaurant für Obdachlose, das 'Lobby-Restaurant LORE', das sich in der Kölner Innenstadt befindet. Die politische Zielsetzung, die mit dem Restaurant verbunden ist, besteht in der Idee, Lobby-Arbeit für Berber zu machen. Hierzu werden prominente KölnerInnen gesucht, die die Arbeit des Lokals unterstützen.⁴⁵ In diesem Obdachlosenrestaurant arbeiten ausschließlich ehemalige Berber. Dies hat mehrere Gründe: Herr Münch betont in diesem Kontext, dass die MitarbeiterInnen das Leben auf der Straße am besten kennen und somit über eine individuelle Kompetenz verfügen, die die Arbeit mit Obdachlosen erfordert. Diese Arbeit basiere zu einem großen Teil auf Vertrauen, das eher zwischen Obdachlosen und ehemaligen Obdachlosen als zwischen 'Berbern' und SozialarbeiterInnen gegeben sei. Weiterhin habe das Lobby-Restaurant in dieser Form eine hohe Integrationskraft. Obdachlose, deren Chance, in den Arbeitsmarkt und somit auch in die Gesellschaft wieder integriert zu werden, sehr gering ist, erhalten hier diese Möglichkeit. Zwar hat jeder Arbeitgeber nach formalen Aspekten die Möglichkeit, einen Obdachlosen einzustellen, doch zeigt die Praxis, dass dieser Spielraum in den seltensten Fällen wirklich genutzt wird. In dieser Form ist das 'KALZ' sicherlich einzigartig in Köln.

Aber nicht nur im Lobby-Restaurant fördert das Arbeitslosenzentrum die Integration von Erwerbslosen. Im 'KALZ' selbst wird diese Konzeption fortgeführt. Nicht allein die formalen Voraussetzungen wie Schulabschluss, Bildung etc. sind allein entscheidend bei einer Einstellung, sondern es gelten weitere Kriterien. Lediglich einige MitarbeiterInnen in der Beratungsarbeit können auf eine formale Qualifikation verweisen, andere wiederum haben vor ihrer entlohnten Tätigkeit im 'KALZ' ehrenamtlich dort mitgearbeitet. Und in autodidaktischer Weise beziehungsweise im 'Learning by Doing' die Kompetenzen eines Sozialarbeiters erworben. Besitzen letztere auch keinen formalen Abschluss, so verfügen sie aber aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen als Erwerbslose über die nötigen Kompetenzen, die zu einer

45 Zu den bekanntesten Lobbyisten zählt die Kölner Mundartband 'De Höhner', die eigens für das 'LORE' ein Lied komponiert und gesungen hat.

Beratung notwendig sind, indem sie sozusagen 'aus erster Hand' über die Rechte und Pflichten von Erwerbslosen informiert sind. Gerade die Praxiserfahrung ist es, die auch in anderen Berufszweigen als eine notwendige Qualifikation von MitarbeiterInnen gefördert wird.

Das 'KALZ' konzentriert sich in seiner Arbeit außerdem auf soziale Minderheiten, deren Chancen, eine Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden, als gering einzuschätzen sind. Gerade in Bezug auf Obdachlose hat die Inklusion in den Arbeitsmarkt noch eine weitere Komponente, die nicht außer Acht gelassen werden darf. Denn diese Inklusion bedeutet zugleich die Möglichkeit der Inklusion in andere existentielle Teilbereiche der Gesellschaft. So erleichtert die aufgenommene Arbeit die Wohnungssuche und ermöglicht somit ein Leben jenseits der Straße. Sowohl die materielle als auch die physische wie psychische Versorgung, wobei letztere als besonders notwendig angesehen werden kann, ist für Obdachlose erst wieder durch Erwerbsarbeit realisierbar.⁴⁶

Insgesamt bildet die Beratung und Unterstützung aus der Arbeitslosigkeit heraus für viele Arbeitssuchende einen ersten Schritt ein vor allem finanziell unabhängiges Leben führen zu können und somit in weitere gesellschaftliche Teilsysteme integriert zu werden.

Habe ich mich in der bisherigen Analyse des Kölner Arbeitslosenzentrums primär auf die Funktion des Zentrums in der individuellen Beratung konzentriert – obwohl gerade die Unterstützung von Obdachlosen auch eine hohe gesellschaftspolitische Dimension aufweist –, so sollte der Beitrag des Zentrums zur politischen Diskussion um das Thema Arbeit nicht vernachlässigt werden. In politischer Hinsicht arbeitet das 'KALZ' zunächst stadtorientiert, bezieht dann aber auch bundesdeutsche Diskurse mit in die Auseinandersetzung ein. Die politische Orientierung des Arbeitslosenzentrums hat ihren Ursprung in den sozialen Bewegungen der 80er Jahre, wobei die Tradition der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaft weiter zurückgreift und ihren Ursprung in der Geschichte des Stadtteils als Arbeiterviertel hat. Somit hat das Kölner Arbeitslosenzentrum, wenn auch die Arbeit über das ganze Stadtgebiet reicht, einen konzentrierten Bezug zum Quartier, in dem es ansässig ist. Die sozial-politischen Aufgaben des Vereins schätzt der Leiter des Arbeitslosenzentrums hoch ein, ebenso verweist er auf die enge Verbindung zum Stadtteil.

„Drittes Standbein ist, dass wir sagen, wir haben auch eine eindeutig sozial-politische Funktion. (...)

46 Dass Erwerbsarbeit für die physische und psychische Gesundheit nicht nur für Obdachlose von Bedeutung ist, haben inzwischen auch Krankenkassen erkannt, die in einigen Städten Arbeitsloseninitiativen finanziell unterstützen.

Wir sind, wir werden gesehen schon als eine Einrichtung des Stadtteils und das ist auch gut so und wenn es was zu machen gibt, da sind wir auch dabei. Unsere eigentlichen Kooperationspartner sind natürlich auf Stadtebene. Ich sag mal, wir kooperieren natürlich von unserer Geschichte her eng mit der evangelischen Kirche, wir kooperieren eng mit den Wohlfahrtsverbänden, mit Gewerkschaften. Wir haben gemeinsame Kooperationsprojekte mit der ÖTV und jetzt vielleicht mit dem DGB. Also mit der IG-Medien haben wir zusammen eine Arbeitslosengruppe (...), natürlich mit den Trägern des zweiten Arbeitsmarktes und mit der Arbeitsverwaltung also bis hin, dass wir mit dem örtlichen Sozialamt regen Kontakt haben.“ (Münch 1998:4)

Die Kooperation mit den genannten Partnern geschieht speziell in Form von politischen Diskussionen, in der gemeinsamen Organisation von Tagungen, Workshops und Diskussionsforen innerhalb Ehrenfelds und der Stadt Köln. So wurden allein in der ersten Hälfte des Jahres 1999 gemeinsam mit dem 'Kölner Appell gegen Rassismus' und dem Arbeitsamt zwei große öffentliche Veranstaltungen zu den Themen Arbeit und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen organisiert. Für die Arbeit des Kölner Arbeitslosenzentrums gilt jedoch, wie dies insgesamt bereits für die Situation auf dem Arbeitsmarkt skizziert wurde, dass es nicht allein ausreicht, sich ausschließlich auf lokale Ereignisse zu konzentrieren, vielmehr müssen globale Aspekte mit in die Betrachtung einbezogen werden. Dennoch bleibt das Aktionsfeld politischer Handlungen lokal auf Köln begrenzt:

„Wir verstehen uns natürlich als jemand, der sich in all die Punkte einmisch, wo wir denken, dass kommunale Sozialpolitik, Richtungen und Wege gehen, die wir (...) falsch finden. Wir nehmen zum Beispiel auch Stellung dazu, wenn die Bundesregierung mal wieder Hinz und Kunz sagt und wenn das Arbeitsamt, sag ich mal, die monatlichen Arbeitslosenzahlen bekannt gibt, stehen wir natürlich auch immer mit vor dem Arbeitsamt. Also auch so allgemein öffentliche Aussagen, nur also unser eigentliches Feld ist die kommunale Sozialpolitik. (...) Also wir sehen unsere eigene Aufgabe immer da drin, als wir sehen, wir haben kein Mandat für Arbeitslose und Arme zu sprechen, weil uns das niemand gegeben hat. Wir nehmen uns aber das Recht raus, den Stummen eine Stimme zu geben und das zu sagen, was wir für falsch halten, also wenn es Arbeitslose betrifft, wenn es Sozialhilfempfänger betrifft. Also dieses Spektrum der Themen Armut, Arbeitslosigkeit, da nehmen wir Stellung zu.“ (Münch 1998:8)

Leisten die vorgestellten Vereine und Institutionen auch einen positiven Beitrag, so kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein ist, wenn in Zukunft nicht grundsätzlichere Strukturveränderungen stattfinden. Denn die Anschlussfähigkeit des Einzelnen an den Arbeitsmarkt kann durch diese Arbeit nur punktuell erreicht werden. Solche Strukturveränderungen können beispielsweise in Hinblick auf existenzsichernde flexible Arbeitszeiten bestehen oder aber in Grundversicherungssystemen, die unabhängig vom Sozialversicherungsverhältnis gestaltet werden könnten.

Die Kompetenzen der Arbeitssuchenden können generell als Fähigkeiten beschrieben werden, die nach formal-rationalen Kriterien die Grundvoraussetzung für eine Partizipation am Arbeitsmarkt liefern. Das bedeutet, dass der Besitz von Kompetenzen in Form von Aus-

bildung, sozialer Kompetenz, fachlicher Qualifikation und ähnlichem ein Kriterium darstellt, das für die Einstellung in ein Unternehmen entscheidend ist, beziehungsweise entscheidend sein sollte. Diese normativ formulierte Aussage bedeutet bereits an, dass innerhalb der Praxis bei der Vergabe von Arbeitsplätzen partiell andere Kriterien, lebensweltliche Aspekte an Bedeutung gewinnen.

5.3. Ethnizität auf dem Arbeitsmarkt

‘Ethnizität auf dem Arbeitsmarkt’, unter dieser Überschrift versteckt sich bereits die These, dass der Arbeitsmarkt nicht ausschließlich nach formalen Aspekten organisiert wird, sondern dass auch andere – nämlich ethnische Kriterien – als entscheidende Kategorie auf dem Arbeitsmarkt herangezogen werden. Die Begriffe ‘ethnisch’ ebenso wie ‘Ethnizität’ sind jedoch mit Vorsicht zu verwenden, unterstellen sie doch das Vorhandensein von feststehenden ethnischen Gruppen. Diese erachte ich jedoch als Konstruktion. Dass ‘konstruierte ethnische Kriterien’ auf dem Arbeitsmarkt auch empirisch nachprüfbar sind, wurde in der vorliegenden Dissertation punktuell immer wieder nachgewiesen. An dieser Stelle wird jedoch noch einmal konzentriert verfahren und sich dem Thema in direkter Weise genähert. Unter ‘Ethnizität’ auf dem Arbeitsmarkt wird verstanden, dass jenseits der formalen Inklusionskriterien, die eine Partizipation am Arbeitsmarkt ermöglichen, andere, nämlich ethnische Kriterien herangezogen werden, um die Inklusion zu fördern oder zu verhindern. Dies geschieht einerseits – wie gezeigt wird – auf juristischer Ebene, andererseits aber auch im Alltag, wenn beispielweise bevorzugt allochthone Frauen als Dienstmädchen eingestellt werden oder allochthonen Jugendlichen der Start in das Berufsleben erschwert wird.⁴⁷ Beide Aspekte werde ich im Folgenden thematisieren, beginnend mit den rechtlichen Bedingungen zur Partizipation.

Die Inklusion in den Arbeitsmarkt ist an rechtliche Voraussetzungen geknüpft, die sich insbesondere für Allochthone als Barrieren herauskristallisieren. Solche Barrieren, die eine Partizipation auf dem Arbeitsmarkt erschweren, sind insbesondere durch das Ausländergesetz

47 Zu der ‘neuen Dienstmädchenfrage’ forscht derzeit Helma Lutz. Vgl. Helma Lutz (2000): In fremden Diensten. Die neue Dienstmädchenfrage als Herausforderung für die Migrations- und Genderforschung. www.hgdoe.de/pol./lutz06-01.htm

und das Asylgesetz gegeben, die zugleich als Grundlage für das Arbeitsförderungsgesetz gelten. Somit ergibt sich die Notwendigkeit einer Analyse dieser drei Gesetzestexte. Vorausgreifend kann formuliert werden, dass die in der Bundesrepublik Deutschland existierenden rechtlichen Voraussetzungen, die die Partizipationsmöglichkeiten am Arbeitsmarkt regulieren, nicht den formal-rationalen Kriterien, den gleichen Zugangskriterien zum Arbeitsmarkt für alle Arbeitssuchenden entsprechen.

Um einen Maßstab für die Integration in den Arbeitsmarkt zu erhalten, ist zunächst einmal die Überlegung wichtig, welche formalen Kriterien für die Stellenvergabe existieren. Als formale Qualifikationskriterien gelten Schulbildung, Fachausbildung, Berufserfahrung und alle weiteren Kriterien, die unter dem Stichwort der fachlichen Kompetenz subsumiert werden können. Neben diesen fachlichen Qualifikationen stehen soziale Kompetenzen, die der Einzelne mitbringen muss, um den formalen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes gerecht werden zu können. Sind diese beiden Aspekte Grundlage für die Vergabe von Arbeitsplätzen und somit der Inklusion in den Arbeitsmarkt, so ist die Anschlussfähigkeit des Einzelnen unabhängig von lebensweltlichen Komponenten gewährleistet. Meine These lautet, dass bereits aufgrund der bestehenden Ausländergesetze die formale Anschlussfähigkeit nicht gegeben ist. Wie sieht nun die rechtliche Situation für Nicht-Deutsche auf dem Arbeitsmarkt aus?

Die Erwerbstätigkeit von ausländischen⁴⁸ StaatsbürgerInnen erfolgt bereits auf rechtlicher Ebene nicht ausschließlich nach den formal-rationalen Regeln der Arbeitsgesellschaft. In seiner Einführung zum Ausländerrecht führt Wolfgang Rittstieg aus:

„Die Erwerbstätigkeit von Ausländern unterliegt der doppelten Reglementierung durch Auflagen zur Aufenthaltsgenehmigung sowie durch die Erfordernis einer Genehmigung zur Beschäftigung als Arbeitnehmer. Ohne diese Genehmigung ist die abhängige Erwerbstätigkeit illegal. Die einschlägigen Vorschriften wurden in §§ 284-288 SGB III (Nr. 5) und der Arbeitsgenehmigungsverordnung neu gefasst. Einer Genehmigung für die Beschäftigung als Arbeitnehmer bedürfen danach unter anderen nicht EG-Staatsangehörige, Inhaber einer Aufenthaltsberechtigung oder einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis.“ (Deutsches Ausländerrecht 2001:XVII)

Allochthone benötigen um in der Bundesrepublik Deutschland einer Erwerbsarbeit nachgehen zu können eine Arbeitserlaubnis. Ausgeschlossen von dieser Regelung sind EU-BürgerInnen. Eine Erlaubnis wird vom Arbeitsamt für eine konkrete dem Allochthonen angebotene Stelle eines bestimmten Unternehmens erteilt. Sobald eine Aufenthaltsberechtigung gegeben ist, sind die Arbeitssuchenden von der Erfordernis der Arbeitserlaubnis befreit (vgl. Deutsches Aus-

48 Die Begriffe des *Ausländers*, der *Ausländerin* beziehungsweise *ausländisch*, werden ausschließlich im juristischen Sinne des Nicht-Deutschen verwendet.

länderrecht 1996/2001). Hier werden zwei Aspekte institutionell verankerter Diskriminierung deutlich: Erstens existieren spezielle Hürden bezüglich der Aufenthaltsberechtigung und der damit einhergehenden Arbeitserlaubnis für Nicht-EU-BürgerInnen. Zweitens sind EU-BürgerInnen Deutschen in Hinblick auf die Arbeitserlaubnis gleichgestellt.⁴⁹

Die Frage, wer deutscher Staatsangehöriger ist, wird im Wesentlichen immer noch durch das Reichs- und Staatsangehörigkeitsrecht von 1913 geregelt. In diesem ist das Abstammungsrecht, das *ius sanguinis*, das ausschlaggebende Kriterium für die Staatszugehörigkeit:

„Nach § 1 der Ru StAG ist Deutscher, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat (§§ 3 bis 32) oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§§ 33 bis 35) besitzt.“ (Kay Hailbronner/Günter Renner 1998:358)

Daneben existiert der Begriff des ‘Statusdeutschen’.⁵⁰ Das Staatsangehörigkeitsgesetz wurde zwar immer wieder erneuert, zuletzt mit Wirkung zum 1. Januar 2000, als der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit modifiziert wurde, doch in der Grundtendenz bleibt dieses Staatsangehörigkeitsgesetz dem *ius sanguinis* verhaftet.

Bezüglich der Erwerbstätigkeit ergibt sich für deutsche ‘Volkszugehörige’ (Artikel 116 Abs. 1 GG) eine Ausnahmeregelung für die Erteilung der Arbeitserlaubnis. In § 10 der Verordnung über Ausnahmeregelungen für die Erteilung einer Arbeitserlaubnis an neu einreisende ausländische (potentielle) ArbeitnehmerInnen heißt es:

„*Erwerbstätigkeit von deutschen Volkszugehörigen*. Deutschen Volkzugehörigen, die einen Aufnahmebescheid nach dem Bundesvertriebenengesetz besitzen, sowie ehemaligen Deutschen und Kindern ehemaliger Deutscher mit ausreichenden Kenntnissen der deutschen Sprache kann abweichend von den §§ 2 bis 8 eine Arbeitserlaubnis erteilt werden.“ (Deutsches Ausländerrecht 2001:102)

Es wird deutlich, dass durch das Abstammungsrecht auf dem Arbeitsmarkt Prioritäten gesetzt werden, die sich nach ethnischen Kriterien richten. Darüber hinaus genießen ausländische Staatsangehörige einen unterschiedlichen Status in Hinblick auf ihre Integrationsmöglichkeiten in den bundesdeutschen Arbeitsmarkt.

Bezüglich der allgemeinen Arbeitserlaubnis kann konstatiert werden, dass diese an noch weitere Bedingungen geknüpft ist, nämlich dass kein Deutscher beziehungsweise ihm Gleich-

49 Dies betrifft lediglich die Arbeitserlaubnis. Im empirischen Teil der Arbeit wird das Beispiel der aus Italien stammenden Charlotte analysiert. Deren in Italien erworbener Schulabschluss wurde in der Bundesrepublik Deutschland nur partiell anerkannt, was ihre Berufswahl deutlich einschränkte.

50 Art. 116 Abs: 1 des Grundgesetzes besagt: „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“

gestellter für diese Tätigkeit gefunden werden kann:

„Die Arbeitserlaubnis kann erteilt werden, wenn

1. sich durch die Beschäftigung von Ausländern nachteilige Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, insbesondere hinsichtlich der Beschäftigungsstruktur, der Regionen und der Wirtschaftszweige nicht ergeben.
2. für die Beschäftigung deutsche Arbeitnehmer sowie Ausländer, die diesen hinsichtlich der Arbeitsaufnahme rechtlich gleichgestellt sind, nicht zur Verfügung stehen, und
3. der Ausländer nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer beschäftigt wird.“ (Deutsches Ausländerrecht 2001:85)

Durch die allgemeine Arbeitserlaubnis werden die Möglichkeiten für Nicht-Deutsche oder ‘ihnen Gleichgestellte’, am Arbeitsmarkt zu partizipieren, eingeschränkt; ihre systemische Integration ist nicht formal-rechtlich gewährleistet.

Gleichgestellt mit Deutschen sind zum einen EU-Angehörige und diejenigen, die über eine besondere Arbeitserlaubnis verfügen. Die allgemeine Arbeitserlaubnis wird lediglich für eine ganz spezifische Arbeit in einem ausgesuchten Unternehmen ausgestellt. Das bedeutet auch, dass die allgemeine Arbeitserlaubnis eng an dieses Unternehmen gebunden ist und für den Fall, dass das Unternehmen den Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin entlässt, diese/r die allgemeine Arbeitserlaubnis verliert. Hier besteht die Gefahr, dass ein ohnehin zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehendes Abhängigkeitsverhältnis noch verstärkt wird. Arbeitnehmer, deren Arbeitserlaubnis an einen Betrieb gekoppelt ist, werden sich wahrscheinlich viel eher auf Kompromisse – beispielsweise hinsichtlich der Entlohnung der Arbeit oder der Arbeitszeiten – einlassen. Das hat zur Konsequenz, dass innerhalb dieser rechtlichen Voraussetzungen Diskriminierungen im Arbeitsverhältnis verstärkt werden können.

Anders verhält es sich mit der besonderen Arbeitserlaubnis. Diese ist nicht an eine ausgesuchte Tätigkeit innerhalb eines bestimmten Betriebes gebunden. Jedoch hat sich auch im Fall der besonderen Arbeitserlaubnis die unterschiedliche Behandlung von EU-Angehörigen einerseits und türkischen Staatsangehörigen, die die Mehrheit der Eingewanderten ausmachen, verdeutlicht. Für türkische Staatsangehörige wird die besondere Arbeitserlaubnis erst nach vier Jahren erteilt. Ihren EhepartnerInnen wird diese Form der Arbeitserlaubnis nach fünf Jahren gewährt. Erst beim Erhalt der *Arbeitsberechtigung* besteht ein von der Arbeitsmarktlage und der Herkunft unabhängiger Anspruch auf Arbeit. Die Arbeitsberechtigung kann dann erteilt werden, wenn der Allochthone sechs Jahre in der BRD lebt, er eine Aufenthaltsbefugnis beziehungsweise Aufenthaltserlaubnis besitzt oder einer versicherungspflichtigen Berufstätigkeit nachgeht. Diese Arbeitsberechtigung eröffnet nicht nur den generellen Zugang zum Arbeitsmarkt, sondern stellt Allochthone mit EU-Angehörigen sowie Deutschen auf dem

Arbeitsmarkt gleich. Von besonderer Bedeutung ist der Erhalt der Arbeitsberechtigung für türkische Staatsangehörige, da sie quantitativ am meisten von der Arbeitsberechtigung tangiert sind.

Es muss somit festgehalten werden, dass die formalen Bedingungen, auf die ein Rechtsstaat aufbaut, bereits in sich exkludierenden Charakter besitzen. Die Gestaltungsmöglichkeiten, die ein Arbeitgeber hat, um einen Allochthonen einzustellen, basieren auf genau diesen Gesetzesgrundlagen. Formale Qualifikationskriterien wie Schulabschluss und Bildung bei der Auswahl von BewerberInnen für eine Stelle verlieren ihre Bedeutung angesichts bereits rechtlicher Barrieren, denen nicht-deutsche Staatsangehörige ausgesetzt sind. Unabhängig von möglichen alltagsrassistisch motivierten Vorbehalten gegenüber ArbeitnehmerInnen allochthoner Herkunft wiegen die rechtlichen Barrieren noch gravierender, da diese die Anschlussfähigkeit in den Arbeitsmarkt per se verhindern.

Innerhalb der Gesetzesgrundlagen lässt sich darüber hinaus eine Rangfolge bezüglich der Nationalität feststellen, nach der im Fall der Vergabe eines Arbeitsplatzes entschieden wird. Diese Rangfolge bevorzugt Deutsche gegenüber EU-Angehörigen, EU-Angehörige gegenüber Staatsbürgern aus der Türkei und Türken gegenüber allen restlichen Staatsangehörigen. Hierzu kann im Ausländerrecht (Beschluss Nr. 1/80 des Assoziationsrats EWG-Türkei über die Entwicklung der Assoziation) nachgelesen werden.

„Kapitel II. Soziale Bestimmungen. Artikel 8 (1): Kann in der Gemeinschaft eine offene Stelle nicht durch die auf dem Arbeitsmarkt der Mitgliedstaaten verfügbaren Arbeitskräften besetzt werden und beschließen die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu gestatten, dass zur Besetzung dieser Stelle Arbeitnehmer eingestellt werden, die nicht Staatsangehörige eines Mitgliedstaates sind, so bemühen sich die Mitgliedstaaten, den türkischen Arbeitnehmern in diesem Fall den Vorrang einzuräumen.“ (2001:128)

Diese Vereinbarung zwischen den EU-Staaten und der Türkei wurde mit dem Ziel verfasst, türkischen Staatsangehörigen eine Sonderstellung auf dem Arbeitsmarkt in den EU-Ländern einzuräumen, ein politisches Abkommen, das die Position der Türken gegenüber anderen Staatsangehörigen stärken soll. Gleichzeitig sollen türkische Staatsangehörige jedoch auch vor Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt geschützt werden. Dies liest sich in Artikel 10 (1) des Beschlusses der Assoziation wie folgt:

„Die Mitgliedschaften der Gemeinschaft räumen den türkischen Arbeitnehmern, die ihrem regulären Arbeitsmarkt angehören, eine Regelung ein, die gegenüber den Arbeitnehmern aus der Gemeinschaft hinsichtlich des Arbeitsentgeltes und der sonstigen Arbeitsbedingungen jede Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit ausschließt.“ (Deutsches Ausländerrecht 2001:129)

Dies, was sich zunächst als positiv für türkische Staatsangehörige erweist, ist jedoch immer

auch abhängig von der wirtschaftlichen Situation des EU-Landes und speziell auch der Bundesrepublik Deutschland. Denn für alle arbeitsrechtlichen Bestimmungen für Allochthone gilt, das sobald nachteilige Wirkungen für das Land, für die deutsche Arbeitsbevölkerung festgestellt werden, die Arbeitsmarktbeitilgung von Allochthonen verweigert wird. Dies zeigt sich beispielsweise anhand der hier vorgestellten Erteilung der Arbeitserlaubnis ebenso wie an dem Beschluss des Assoziationsrates EU und Türkei. Doch nicht nur diesbezüglich wird deutlich, in welcher Korrelation die Beschäftigung von Allochthonen und die Wirtschaftslage stehen. Aktuellstes Beispiel ist die Diskussion und schließlich die Einführung der – in Anlehnung an das US-amerikanische Modell – so genannten „Greencard“. Während die US-amerikanische Greencard mit einer unbefristeten Einwanderung gleichzusetzen ist, verhält es sich mit dem bundesrepublikanischen Modell jedoch anders. Grundlage in der Bundesrepublik Deutschland ist ein temporärer Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften in der IT-Branche. Um diesem Mangel entgegenwirken zu können hat die Bundesregierung mit Wirkung zum 1. August 2000 einerseits die ‘Verordnung über Aufenthaltserlaubnisse für hochqualifizierte ausländische Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie’ erlassen und darüber hinaus eine ‘Verordnung über die Arbeitsgenehmigung für hochqualifizierte ausländische Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie’. Innerhalb dieser Gesetzgebungen wird bestimmt, dass zur Deckung des aktuellen, vorübergehenden Bedarfs an qualifizierten Fachkräften in der IT-Branche, ausgewiesene Fachkräfte, die mindestens ein Jahresgehalt von 100.000 DM erhalten, eine Arbeitserlaubnis für die spezifische Arbeit in der Informations- und Kommunikationstechnologie erhalten. Die Zahl der Arbeitserlaubnisse wird auf maximal 20.000 Personen festgelegt. Die Erlaubnis gilt dabei höchstens fünf Jahre (vgl. Deutsches Ausländerrecht 2001:105f.). Diese rechtliche und gesellschaftliche Situation erinnert an die Anwerbung von AusländerInnen vor 40 Jahren, als aufgrund von Arbeitskraftmangel die ersten so genannten ‘Gastarbeiter’ angeworben wurden.

Die rechtlichen Benachteiligungen von MigrantInnen bleiben nicht auf die aktive Zeit des Arbeitslebens beschränkt, sondern setzen sich darüber hinaus im Sozialversicherungsrecht fort. Hierzu schreiben Nora Räthzel und Ülkü Sarica in ihrer Studie:

„Das Rentenversicherungsrecht behandelt Ausländer bezüglich der Rente wegen Berufsunfähigkeit nur solange mit Deutschen gleich, als die Ausländer ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik haben. Nur unter erschwerten Bedingungen können Ausländer ihre Rente wegen Berufsunfähigkeit im Ausland beziehen (§1321 Abs. 1 Satz 1 RVO). Kein Rechtsanspruch besteht, wenn die Berufsunfähigkeit erst im Ausland eingetreten ist (§ 1321 Abs. 1 Satz 2). Rehabilitationsmaßnahmen erhalten Ausländer nur noch im Inland. Freiwillig weiterversichern können sich gemäß § 1233 RVO

nur Deutsche mit ausländischem Wohnsitz, nicht dagegen Ausländer mit ausländischem Wohnsitz. Die Beitragsrenten außerhalb des Geltungsbereichs werden nur bei der Auslandsrente von Deutschen anerkannt (§1319, 1320 RVO). Bei Aufenthalt im Ausland erhalten rentenberechtigte Ausländer im Gegensatz zu Deutschen nur 70 % des Rentenbetrages“ (Nora Rätzkel/Ülkü Sarica 1994)

Es wird deutlich, dass AusländerInnen im Sinne des Staatsbürgerschaftsrecht auch durch das Rentenversicherungsgesetz institutionell ausgegrenzt werden. Obwohl allochthone ArbeitnehmerInnen den hundertprozentigen Beitragssatz an Sozialversicherungen zahlen, erhalten sie für den Fall, dass sie die Bundesrepublik Deutschland verlassen, lediglich 70 % des Rentenbetrages, den sie bei Verbleib in der Bundesrepublik erhalten würden. In Anbetracht der Tatsache, dass MigrantInnen auch von institutioneller, politischer Seite dazu ermutigt werden, in ihr Herkunftsland zurückzukehren, ist eine solche Rechtssituation um so mehr als eine formale Diskriminierung zu begreifen.

Nicht nur das Ausländergesetz, sondern auch das Asylbewerbergesetz legt einen Rahmen für die Erwerbstätigkeit von Allochthonen fest. Ebenso wie dies auch für andere Allochthone gilt, ist die Arbeitserlaubnis von Asylsuchenden an die Aufenthaltserlaubnis gebunden. Sobald ein Asylbewerber eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhält, gilt die Rechtsordnung des Ausländergesetzes. Laut Asylverfahrensgesetz wird die unbefristete Aufenthaltserlaubnis dann erteilt, wenn der Asylsuchende als Asylberechtigter anerkannt wird. Bis dahin gilt der Aufenthalt lediglich als 'erlaubt'. Die Anerkennung als Asylberechtigter wiederum geschieht auf der Basis umfangreicher Gesetzgebungen, die an dieser Stelle nicht weiter erläutert werden können. Die Erwerbstätigkeit von noch nicht anerkannten Asylsuchenden ist ausgeschlossen, hierzu heißt es in den entsprechenden Artikeln des Asylverfahrensgesetzes:

„§ 61 Erwerbstätigkeit (1): Für die Dauer der Pflicht, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, darf der Ausländer keine Erwerbstätigkeit ausüben.

(2): Die Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit darf nicht durch eine Auflage ausgeschlossen werden, sofern das Bundesamt den Ausländer als Asylberechtigten anerkennt oder ein Gericht das Bundesamt zur Anerkennung verpflichtet hat, auch wenn die Entscheidung noch unanfechtbar ist.“ (Deutsches Ausländerrecht 2001:172)

Sowohl für Asylsuchende als auch für Ausländer im Sinne des Staatsangehörigkeitsrechts gilt, dass sie von einigen Berufssparten ganz ausgeschlossen sind. So haben sie weder die Möglichkeit in den Beamten- oder Richterstatus zu gelangen, was ihnen eine Vielzahl an Berufsmöglichkeiten, die an das Beamtenverhältnis gekoppelt sind, verschließt.

Mehrere Aspekte wurden deutlich: Innerhalb der Bundesrepublik Deutschland existieren Rechtsgrundlagen, die für Allochthone unter anderem für ihre Situation auf dem Arbeitsmarkt exkludierende Wirkung besitzen. Die Gesetze basieren zunächst auf dem Staatsangehörigkeits-

recht. Dieses Gesetz, dessen Grundlagen bis auf das Jahr 1913 zurückreichen, baut auf dem Prinzip des *ius sanguinis* auf. Das *ius sanguinis* – das Abstammungsrecht – besagt, dass die Zugehörigkeit zur Nation und somit auch zum Staat vom ‘Blut’ d. h. von der biologischen Abstammung abhängig ist. Doch auch hier lassen sich partiell Veränderungen erkennen. Durch das erneuerte Staatsangehörigkeitsgesetz, das zum 1. Januar 2000 in Kraft getreten ist, setzen sich in der Bundesrepublik Deutschland auch Prinzipien des *ius soli* durch. Das *ius soli*, das als Basis zum Erwerb der Staatsangehörigkeit den Geburtsort hat, kann in der BRD seitdem für Kinder von Allochthonen unter bestimmten Voraussetzungen zur Geltung gelangen (vgl. zu den genauen Bestimmungen: Staatsangehörigkeitsgesetz §§ 3 und 4).

Trotz dieses veränderten Staatsangehörigkeitsgesetzes ist die Einbürgerung in die Bundesrepublik im Vergleich zu der in andere Länder mit großen Hindernissen verbunden (vgl. Saskia Sassen 1996:133f.). Das nach biologischen Kriterien organisierte Abstammungsprinzip ist bereits in sich diskriminierend und hat, wie gezeigt wurde, Auswirkungen auf die rechtliche Situation von Allochthonen auf dem Arbeitsmarkt. Die Ausländergesetze führen dazu, dass die Vergabe von Arbeitsplätzen nach der Staatsangehörigkeit geregelt wird. Dabei verläuft die Hierarchie von Deutschen beziehungsweise ihnen rechtlich gleichgestellten EU-Bürgern, über türkische Staatsangehörige und Nicht-EU-Angehörige zu Asylberechtigten.

Die Beschäftigungsmöglichkeiten für EU-Bürger sind in den Verträgen von Maastricht und Amsterdam festgelegt worden.⁵¹ Diese Verträge basieren auf ökonomischen Grundlagen, Kriterien für die EU-Mitgliedschaft sind ökonomischer Art – ein von den EU-Staaten festgelegter wirtschaftlicher Status wird für eine Mitgliedschaft erwartet. Länder wie die Türkei können diese Kriterien nicht erfüllen, was wiederum dazu führt, dass türkische Staatsangehörige geringere Chancen haben, eine Arbeitsberechtigung zu erhalten. Hier ist das Exklusionskriterium kein primär nationalstaatliches, sondern ihm liegt viel eher eine ökonomische Abgrenzung und somit Vormachtstellung gegenüber anderen Staaten zu Grunde.

Die skizzierten Rechtsgrundlagen entsprechen nicht formalen Kriterien, die für eine Stellenvergabe notwendig sind. Nicht etwa Qualifikation, Berufserfahrung oder Schulausbildung sind das entscheidende Kriterium für die Inklusion in den Arbeitsmarkt, sondern

51 Die Beschäftigungsmöglichkeiten von Türken in der EU sind durch einen Beschluss des Assoziationsrats EWG-Türkei über die Entwicklung der Assoziation aus dem Jahr 1981 geregelt. Dieser Beschluss beschäftigt sich unter anderem mit „Fragen betreffend der Beschäftigung und die Freizügigkeit der Arbeitnehmer“. Vgl. hier zu Deutsches Ausländerrecht. a. a.O. S. 127 ff.

vielmehr Rechte, die eine nationale, ökonomische Vorherrschaft implizit befürworten. Gerade in Bezug auf die überall geführte Globalisierungsdebatte scheint diese Rückbesinnung auf eine nationale Identität äußerst widersprüchlich. Während auf der einen Seite die globale Vernetzung gepriesen wird, ist auf der anderen Seite der Trend zur Renationalisierung unübersehbar.

Die systemische Inklusion in den Arbeitsmarkt, so konnte gesehen werden, die nach formalen Kriterien geregelt wird, ist durch die genannten Gesetzesgrundlagen für einen Teil der Bevölkerung behindert. Denn diese werden nicht mehr als Rollenträger, das heißt in Bezug auf den Arbeitsmarkt als potentielle ArbeitnehmerInnen gesehen, sondern als Allochthone.

6. Lebensweltliche Orientierung im Spannungsfeld zwischen Inklusion und Exklusion

Die Untersuchungen zum Thema Arbeit nähern sich – im Vergleich zu denen des systemischen Kontextes – aus einer anderen Perspektive so wie mit einer differentiellen ‘inneren Logik’ dem thematischen Komplex an. Nicht die systemischen Gegebenheiten stehen hier im Fokus der Betrachtung, sondern die einzelnen Ehrenfelder Bürger(innen) und ihr spezifischer Umgang mit Arbeit. Während zuvor die primäre Inklusionsform in den Arbeitsmarkt, die systemische Inklusion, diskutiert wurde, steht nun der individuelle Umgang mit Arbeit im Vordergrund des Interesses. Diese Herangehensweise erst ermöglicht es zu analysieren, welcher Zusammenhang zwischen systemischer Inklusion in den Arbeitsmarkt beziehungsweise Exklusion aus dem Arbeitsmarkt (Arbeitslosigkeit) und den individuellen Reaktionen auf diese Prozesse besteht. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Lebenswelt nicht nur der Bereich ist, in dem das Alltagsleben von den Individuen entfaltet wird, sondern zugleich auch der Bereich, um mit Wolfgang Kaschuba zu sprechen,

„in den auch die ‘großen Strukturen’ von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hineinwirken. Lebenswelt meint kein exterritoriales Spielfeld der Subjekte, sondern einen gesellschaftlichen Raum, dessen Horizont im übrigen auch längst durch Wirkung der Medien erweitert und entgrenzt ist.“
(1999)

Dieser Einwand ist wichtig, wird hier doch deutlich, dass ein Zusammenspiel zwischen lebensweltlichen, systemischen und diskursiven Momenten des sozialen Agierens festzustellen ist. Prozesse auf dem Arbeitsmarkt haben demzufolge auch Auswirkungen auf den Alltag der Individuen und finden dort in den unterschiedlichsten Varianten ihren Niederschlag. Das, was für die postmoderne Gesellschaft im Allgemeinen formuliert wurde, nämlich ein Dependenzverhältnis zwischen systemischen und lebensweltlichen Gegebenheiten, ist auch im Kontext von Arbeit sichtbar. Gerade im Bezug auf die Arbeitslosigkeit glaubt man diese These nicht mehr diskutieren zu müssen, da vermutet werden könnte, dass Arbeitslosigkeit von jedem Individuum als ein negativer Einschnitt in der Biografie markiert wird. Doch zeigt sich, dass die Exklusionen aus dem Arbeitsmarkt ganz unterschiedlich und divergierend von den Individuen bearbeitet werden.

6.1. Arbeit im lebensweltlichen Kontext

Zunächst zwei Vorbemerkungen: Insgesamt stehen im lebensweltlichen Untersuchungsteil einzelne im Stadtteil lebende Menschen in ihrem umfassenden Lebenskontext im Zentrum der Betrachtungen. Demzufolge bildet der Themenbereich 'Arbeit' zwar zumeist einen integralen Bestandteil der geführten Interviews – weil er nämlich für die meisten Menschen einen wesentlichen Aspekt in der Lebensplanung bildet –, jedoch wurden aus lebensweltlicher Planung keine spezifischen Interviews zur Bedeutung von Arbeit innerhalb der eigenen Biografie geführt. Erst dann, wenn das Thema Arbeit von den Interviewten angesprochen wurde, ist genauer 'nachgefragt' worden. Dies war, wie sich zeigen wird, jedoch fast immer der Fall. Darüber hinaus stellte die wohnliche Verortung im Stadtteil das grundlegende Auswahlkriterium für die Interviewpartner(innen) dar. Dabei zeichnet sich im allgemeinen bei den Stadtteilm Bewohner(innen) eine hohe geografische Mobilität ab, der 'klassische' Quartiersbezug existiert nicht mehr beziehungsweise bildet eine Ausnahme. Es bilden sich für die einzelnen Bewohner(innen) vielmehr ganz unterschiedlich organisierte Quartiersbezüge. Im Stadtteil zu wohnen bedeutet nicht unbedingt, dort auch seinen Lebensmittelpunkt, seine Freunde/Freundinnen, seine Freizeitorte, seine Arbeit zu haben. Häufig werden zentrale Lebensbereiche interlokal organisiert, es entstehen qualitativ und quantitativ neue Zusammenhänge und Vernetzungen. Auf den Bereich der Erwerbsarbeit übersetzt bedeutet dies, dass die Mehrheit der im Stadtteil lebenden, von uns interviewten Personen außerhalb arbeitet oder arbeitete – bis zur Rente oder dem Zeitpunkt der Arbeitslosigkeit –, das heißt, in anderen Kölner Stadtteilen oder in umliegenden Städten. Und umgekehrt wohnen beispielsweise viele der von Betriebsschließungen betroffenen Menschen in anderen Stadtteilen oder sogar Städten. Damit spiegelt sich die oben bereits diskutierte Unmöglichkeit, den Blick ausschließlich auf den lokalen Arbeitsmarkt zu lenken, noch einmal auf einer anderen Ebene wider und ebenso wird deutlich, dass die Menschen im Quartier in der Lage sind, mit den Anforderungen, die eine pluralisierte Gesellschaft an sie stellt, nämlich flexibel und mobil zu sein, umzugehen. Gleichzeitig ist dies auch ein Beleg dafür, dass Mobilität in den unterschiedlichsten Formen als Kennzeichen der Postmoderne zum Alltag des Arbeitsmarktes gehört.

In Bezug auf den lebensweltlichen Untersuchungskontext sind mehrere Tendenzen gesellschaftlicher Veränderungen in den westlichen Industriegesellschaften von Bedeutung, die

hier kurz skizziert werden sollen. Auf der einen Seite ist – wie bereits erläutert – ein Bedeutungswandel von Erwerbsarbeit im Zuge umfassender Pluralisierungs- und Individualisierungsprozesse zu beobachten. Für Frauen bedeutet dieser Strukturwandel eine Chance, ihre Position auf dem Arbeitsmarkt positiv verändern zu können. Mit dem Anspruch auf ‘ein eigenes Stück Leben’ ist für Frauen eine qualifizierte Ausbildung und die Erwerbstätigkeit gerade auch nach der Geburt von Kindern zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Dennoch bleibt diese Berufstätigkeit oftmals und speziell bei Müttern auf eine Halbtagsposition beschränkt, die kaum Raum für eine Karriere, die vergleichbar mit der von Männern wäre, bietet. Dies ist sicherlich ideologischen Gründen geschuldet, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen immer noch negativ bewerten. Dies scheint, wenn man einen europäischen Vergleich wagt, ein bundesdeutsches Phänomen zu sein. Darüber hinaus ist es aber eine fehlende staatliche Infrastruktur an Kinderbetreuungsangeboten, die es Frauen ermöglichen könnte, ‘Karriere zu machen’. Es muss entsprechend den Aussagen von Barbara Vinken davon ausgegangen werden, dass ein direkter Zusammenhang zwischen der Ideologie der ‘deutschen Mutter’ und der fehlenden systemischen Infrastruktur an guten Kinderbetreuungsmöglichkeiten besteht.⁵² Dennoch: Für die meisten Frauen hat sich die ‘Tür zur Arbeit’ trotz den kurz skizzierten Barrieren geöffnet, gleichzeitig lässt sich in der gesamten Gesellschaft ein Wandel der Haltung zur Arbeit, von dem insbesondere auch der männliche Teil der Bevölkerung ‘betroffen’ ist, erkennen. Der individualisierte Mensch ist weniger umstandslos bereit, sein Privatleben zugunsten der Erwerbsarbeit, einer möglichen Karriere zurückzustellen, und versucht Privates und Berufstätigkeit auszubalancieren. Das bedeutet jedoch nicht, dass es immer gelingt, eine solche Balance herzustellen, oder dass es gar gewünscht wird, eine solche zu erhalten. Gerade Männer konzentrieren sich vielfach eher darauf, die berufliche Laufbahn zu realisieren, als die privaten Kontakte zu pflegen. Dies nicht zuletzt auch deshalb – und hier zeigt sich ein weiterer Aspekt –, weil der Konkurrenzdruck wesentlich angestiegen ist und gleichzeitig im postfordistischen Zeitalter der Arbeit nicht nur die Arbeitskraft, sondern ‘die ganze Person’ gefragt ist. Der Bedeutungswandel von Arbeit zeigt sich auch darin, dass die Erwartung an die eigene Erwerbstätigkeit gestiegen ist. Hier scheint ein Widerspruch zu dem zuvor konstatierten

52 Barbara Vinken (2001) hat in ihrem Buch ‘Die deutsche Mutter’ eine gute Analyse zu dem Thema Mutterbild in der deutschen Geschichte geliefert. Dort ist auch nachzulesen, warum trotz Frauenbewegung und zunehmender Individualisierungsprozesse Frauen in vielen beruflichen Bereichen unterrepräsentiert sind.

Bedeutungs‘verlust‘ von Arbeit vorzuliegen, doch ist dies eher ein Zeichen dafür, wie differenziert das Thema Erwerbsarbeit betrachtet werden muss. Die Erwerbstätigkeit – und dies zeigt sich in all den geführten Interviews – dient nicht ausschließlich dem Lebensunterhalt, hierzu bemerkt Helen Wilkinson:

„wenngleich der Lohn wichtig bleibt, werden andere Faktoren ausschlaggebend – Anzeichen für die eher postmateriellen Werte, die mit der Selbstbestimmung einhergehen.“ (1997:87)

Die Bedeutung von postmateriellen Werten wurde auch im Rahmen der Postmoderne-Diskussion herausgearbeitet. Inglehart sieht ein Zeichen der Postmoderne darin, dass sich materielle Werte zugunsten immaterieller Werte verschoben haben. Dies zeigt sich tendenziell auch in Bezug auf Arbeit. Der Wandel der Arbeit hat jedoch nicht dazu geführt, dass die Erwerbsarbeit jenseits des kulturellen Normgefüges verbannt wurde, ganz im Gegenteil. Jürgen Kocka und Claus Offe gelangen vielmehr zur folgenden Einschätzung:

„Die (erwachsenen) Angehörigen moderner Gesellschaften ‘sollen’ und ‘wollen’ auch arbeiten.; das schreiben ihnen (u.a. auch theologisch fundierte) Pflichtenethiken und geltende Normalitätsvorstellungen vor. Als Norm und als Realität ist Erwerbsarbeit zentral für die Kultur und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Umgekehrt wird der lebenslängliche Verzicht auf die bzw. der Ausschluss von der Erwerbsarbeit (etwa der ‚Nur-Hausfrau‘) heute als eine ebenso rückständige wie riskante Lebensform betrachtet. Entsprechend positiv wird ‚Erwerbsarbeit‘ in der Regel gewertet: als Mittel der Daseinsvorsorge, als Inhalt sinnvoller Lebensgestaltung, als Wert und als Sinn, obwohl in der Einschätzung von Arbeit auch weiterhin – wie seit Menschengedenken – die Momente von Mühe, Unlust und Last nicht fehlen und Nicht-Arbeit (Freizeit) ein begehrtes Gut ist.“(2000:10)

Die beiden Autoren weisen noch einmal deutlich auf die Vielschichtigkeit von Arbeit im gesellschaftlichen Kontext hin. Parallel zu diesen eher individuell zuzuordnenden Bedeutungen von Arbeit haben globale, aber auch lokale Umstrukturierungen zu Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt geführt. Die lineare Erwerbsbiografie wird zunehmend zu einem Ausnahmefall, Diskontinuitäten, aber auch langfristige Exklusionen durch Arbeitslosigkeit zur Normalität. Das erfordert von den Individuen neue Strategien für ihre Erwerbsbiografie, sie müssen ihr Arbeitsleben selbst konstruieren und können dabei kaum noch auf bestehende Muster zurückgreifen. Hinzu kommt eine immer weiter fortschreitende Ausdifferenzierung des Arbeitsmarktes, die ganz neue Berufsfelder entstehen lässt. Auch hierauf müssen die Individuen neu reagieren. Diese Ausdifferenzierung des Arbeitsmarktes bedeutet Chance und Risiko zugleich; zumindest eröffnet sie jedoch für den Einzelnen einen größeren Handlungsspielraum.

Vor dem Hintergrund dieser sich wechselseitig beeinflussenden, miteinander verzahnenden Entwicklungen wird der Themenkomplex ‘Arbeit’ hier untersucht, wobei ein facettenreiches Bild lebensweltlicher Strategien und biografischer Entwürfe im urbanen Alltag entsteht. Zu fragen ist nun, welche Bedeutung Arbeit für den Einzelnen hat und wie sie in das Alltags-

leben und die Gesamtbiografie integriert wird. Welche Konsequenzen hat dies für den lebensweltlichen metropolitanen Zusammenhang? Hierbei sind insbesondere auch die oben bereits diskutierten Momente beruflicher wie geografischer Mobilität von Bedeutung. Daneben stehen in Anknüpfung an den systemischen Untersuchungskontext insbesondere Aspekte der möglichen Exklusion im Zentrum des Interesses: Gibt es einen Zusammenhang zwischen lebensweltlich zu verortenden Einstellungen und Exklusionserfahrungen? Welche lebensweltlichen Konsequenzen folgen aus der Erwerbslosigkeit, wie wird sie biografisch verarbeitet? Vorwegnehmend kann bereits hier festgehalten werden, dass sehr differente Muster der Gestaltung drohender oder existenzierender Arbeitslosigkeit sichtbar werden: Sie wird 'erlitten', Diskontinuitäten werden als Freiraum und Chance wahrgenommen, Menschen aktivieren soziale Netzwerke, um die Folgen aufzufangen, suchen nach Alternativen außerhalb des Erwerbssystems, wählen kollektive Wege politischer Veränderungen. Gerade hier stellt sich die Frage nach den sichtbar werdenden lebensweltlichen Kompetenzen und ihrer Bedeutung für das Zusammenleben innerhalb der Gesellschaft.

Der hier vorgenommene individuelle Blick auf das Thema Arbeit, die individuellen Biografien müssen in einen engen Zusammenhang mit den sozio-strukturellen Rahmenbedingungen gestellt werden. Innerhalb dieser Arbeit wurde bereits deutlich, dass die funktionale, systemische Ausdifferenzierung in manchen Fällen – beispielsweise in Bezug auf Allochthone – unterwandert wird. Beispiele hierfür sind die Diskriminierungen der allochthonen Bevölkerung durch das Ausländer- und Asylrecht. Hier gilt es die Frage zu beantworten, welche lebensweltlichen Konsequenzen diese systemisch bedingten Diskriminierungen für die Einzelnen haben. Dieser erweiterte Blick erst ermöglicht ein klareres Bild der gesellschaftlichen Situation.

6.2. Arbeit innerhalb einer individualisierten Gesellschaft

Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft und die gleichzeitigen Tendenzen zur (strukturellen) Pluralisierung und Individualisierung führen zu veränderten Bedingungen für eine Partizipation auf dem Arbeitsmarkt. Die Handlungsspielräume der Einzelnen sind nicht mehr durch die Klassen- und Schichtzugehörigkeit geprägt und können sich somit innerhalb der pluralisierten

Gesellschaft erweitern. Dies hat nicht zuletzt auch für Frauen zu einem Gewinn an Freiheit geführt, die sich auch im Umgang mit Arbeit zeigt. Wie aus systemischer Perspektive erläutert wurde, ist das 20. Jahrhundert geprägt durch einen männlich dominierten Arbeitsbegriff, der sich erst in den letzten 20 Jahren aufzulösen beginnt. Dies betrifft die ideelle Seite ebenso wie die empirische. Auf der einen Seite strömen immer mehr Frauen auf den Arbeitsmarkt, sie geben sich nicht mehr mit der ihnen zugedachten Rolle als Hausfrau und Mutter zufrieden, sondern sehen in der Erwerbstätigkeit eine Möglichkeit der Lebensgestaltung, die sie unabhängiger von dem Ehemann, dem Partner macht. Frauen möchten nicht mehr „einen Ehemann von der Armut entfernt sein“ (vgl. Ilona Ostner 1995). Aber auch unabhängig von der privaten Lebensgemeinschaft wollen Frauen entsprechend ihrer Bildung arbeiten (vgl. Angelika Diezinger 1991).

Daneben hat die Rationalisierung und Technisierung der Arbeitsprozesse, so wie sie geschildert wurde, zur Konsequenz, dass Arbeit effektiver gestaltet werden kann, was dazu führt, dass weniger Arbeitskräfte und qualitativ andere von den Unternehmen benötigt werden. Das Resultat aus diesen beiden Transformationen ist, dass immer mehr Menschen, nämlich Männer und Frauen, sich um immer weniger werdende Arbeitsplätze bemühen, was eine Umverteilung der Arbeit notwendig macht. Die Situation lässt Diskontinuitäten im Arbeitsleben zur Normalität werden. Ulrich Beck vergleicht die neuen Formen der Arbeitsgesellschaft skeptischerweise mit denen der ‘3. Welt-Länder’:

„Das Herausragende ist die Ähnlichkeit von Entwicklungsprofilen der Erwerbsarbeit in der so genannten ersten und der so genannten dritten Welt. Es ist der Einbruch des Prekären, Diskontinuierlichen, Flockigen, Informellen in die westlichen Bastionen der Vollbeschäftigungsgesellschaft. Damit breitet sich im Zentrum des Westens der sozialstrukturellen Flickenteppich aus, will sagen: die Vielfalt, Unübersichtlichkeit und Unsicherheit von Arbeits-, Biografie- und Lebensformen des Südens.“ (1999:8)

Ulrich Beck zeichnet die Arbeitsgesellschaft in düsteren Farben und bewertet die Diversität und Vielfalt der Arbeitsformen eher skeptisch. Dies ist seinem Blickwinkel geschuldet, der von einem stark systemisch gesteuerten Arbeitsmarkt ausgeht. Doch selbst aus dieser systemischen Perspektive heraus – die ja auch der vorliegenden Arbeit zugrunde liegt – grenzt der von Ulrich Beck vorgenommene Vergleich des westeuropäischen Arbeitsmarktes mit dem des Trikont bereits an Zynismus, zumindest was die reale Lebenssituation der Bewohner(innen) des Trikont anbelangt. Dass ein solcher Vergleich von Ulrich Beck hinkt, bedeutet jedoch nicht, dass nicht von einer Unsicherheit auf dem westlichen, bundesrepublikanischen Arbeitsmarkt gesprochen werden kann. Dass der Unsicherheit der Arbeitsbiografien etwas ent-

gegengesetzt werden muss, ist eine der wichtigsten sozialpolitischen Aufgaben der postmodernen Gegenwart. Bereits aus der Psychologie ist bekannt, dass Unsicherheiten nur abgebaut werden können, wenn der Realität ins Auge gesehen wird. Ein erster Schritt muss deshalb darin liegen, dass sich von der Idee der vielfach erwähnten Arbeitsgesellschaft, die auf Vollbeschäftigung basiert, verabschiedet werden muss und andererseits Diskontinuitäten im Erwerbsleben anerkannt und nicht als Makel deklariert werden. Eine Vollbeschäftigungsgesellschaft – und darauf wurde bereits an anderer Stelle verwiesen – weist dabei mehrere Aspekte auf: Einerseits ist sie geprägt durch einen geringen Anteil Arbeitsloser, andererseits sind in der Vollbeschäftigungsgesellschaft wichtige Institutionen wie etwa das Steuerwesen und die Sozialpolitik, auf Vollbeschäftigung in Normalarbeitsverhältnissen aufgebaut und das Normalmuster individueller Lebensführung orientiert sich an abhängiger Erwerbstätigkeit (vgl. Georg Vobruda 2000). Hier wird deutlich, dass die Voraussetzungen für Vollbeschäftigung weder von systemischer noch von individueller Seite erfüllt werden. Gleichzeitig müssen politische Überlegungen darauf zielen, die finanzielle Absicherung der einzelnen Bürger(innen) auch für den Fall einer flexiblen Arbeitsform zu gewährleisten. Ulrich Beck nennt in diesem Kontext die Notwendigkeit der Anerkennung des ‘Rechts auf diskontinuierliche Erwerbsarbeit’, die jedoch tariflich abgesichert sein muss.

„Nur wenn es gelingt, das neue Prekäre der Beschäftigungsformen in ein Recht auf diskontinuierliche Erwerbstätigkeit, ein Recht auf wählbare Zeit, auf eine in tarifliche Rahmenbedingungen eingebettete neue Arbeitszeit-Souveränität umzuwandeln, können neue Freiräume in der Abstimmung von Arbeit, Leben und politischem Handeln entstehen und gesichert werden.“ (Ulrich Beck 1999:13)

Das hier erwähnte Recht auf zeitliche Freiräume innerhalb der Erwerbsbiografie scheint eine der bedeutendsten Forderungen zu sein, die speziell von Unternehmer(innen) anerkannt werden müssen. Gerade bei Einstellungen von neuen Mitarbeiter(innen) achten Personalchefs vielfach auf eine lückenlose Berufslaufbahn, ‘Frei-Zeiten’ werden negativ bewertet und können sich kontraproduktiv auf einen Arbeitsvertrag auswirken. Ausnahmen bilden Frauen, denen eine gewisse ‘Auszeit’ aufgrund von Familienarbeit und Kindererziehung zugebilligt wird. Doch auch dies nur insoweit, als dass sie die notwendigen beruflichen Kompetenzen beibehalten und sich auch während der Familienphase nicht ganz beruflich zurückziehen. Lücken in der Berufsbioografie sind in den meisten Fällen mit finanziellen Einbußen und Rückschlägen in der Karriere verbunden. Für Frauen liegen diesbezüglich einige Untersuchungen vor (vgl. Karin Hausen 2001:343ff). An diesem Sachverhalt zeigt sich, dass die gängige Einstellungspraxis an

einem veralteten Arbeitsbegriff verhaftet geblieben ist, der von einer ununterbrochenen Berufstätigkeit ausgeht.

Unumgänglich ist das Recht auf Diskontinuitäten in der Erwerbsbiografie nicht zuletzt deshalb, weil gerade auch die quantitative Abnahme von Arbeitsplätzen dies erfordert. Wie paradox sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt gestaltet, hat Viviane Forrester in ihrem Buch 'Terror der Ökonomie' verdeutlicht (1997). Auf der einen Seite wird ein kontinuierliches Arbeitsleben gefordert, auf der anderen Seite sind keine entsprechenden Arbeitsstellen vorhanden. Noch extremer sieht die Situation für Erwerbslose aus, die Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe haben. Von ihnen wird gefordert – wollen sie nicht den Anspruch auf die Zahlungen des Arbeitsamtes (und zumindest bei dem Arbeitslosengeld handelt es sich um eine Versicherungsleistung, für die der Arbeitslose bereits Geldleistungen erbracht hat) verlieren –, dass sie eine bestimmte Anzahl von Bewerbungen vorweisen müssen. Sie müssen sich auf die Suche nach Arbeitsplätzen begeben, die es – überpointiert formuliert – nicht gibt. Auf die 'Lächerlichkeit' und 'Grausamkeit' eines solchen Unterfangens weist wiederum Viviane Forrester hin.

„Man weiß nicht, ob es angesichts eines andauernden, nicht zu behebbenden und wachsenden Mangels an Arbeitsplätzen lächerlich ist oder eher grausig, jedem der nach Millionen zählenden Arbeitslosen eine 'nachweisbare und ständige' Suche vorzuschreiben (und zwar an jedem Werktag jeder Woche, in jedem Monat, Jahr für Jahr) – nach einer Arbeit, die es nicht gibt. Ihn zu verpflichten, tagelang, wochenlang, monatelang und manchmal über Jahre hinweg seine Zeit damit zu verbringen, sich täglich, jede Woche, jeden Monat und jedes Jahr vergeblich anzubieten – ein Unterfangen, das die Statistiken ihm bereits im voraus als aussichtslos erklären.“ (1997:17)

In diesem Kontext sind auch die Vorstöße von PolitikerInnen jeglicher Couleur und dem Arbeitgeberpräsidenten zu verstehen, die das Arbeitslosengeld kürzen beziehungsweise streichen wollen, sobald der Arbeitssuchende eine ihm angebotene Stelle ablehnt.

Jedoch gilt es an dieser Stelle nicht ausschließlich auf die Unzulänglichkeiten der systemischen Arbeitsmarktstrukturen zu verweisen, vielmehr sollte auch die gesellschaftliche Bedeutung von Arbeit – insbesondere auch aus lebensweltlicher Perspektive – hervorgehoben werden. Denn vielfach definieren sich die Menschen – und dies gilt bei weitem mehr für Männer als für Frauen – über ihre Arbeit und den Wert ihrer Arbeit. Erwerbsarbeit trägt im Zuge der Individualisierung zunehmend einen identitätsstiftenden sowie persönlichkeitsbildenden Charakter. Es wird also nicht ausschließlich aus ökonomischen Gründen gearbeitet, sondern auch aus Interesse. Dies betrifft zunächst die individuelle Innenperspektive; darüber hinaus werden die Individuen vielfach auch von der Umwelt über ihre berufliche Aufgabe

positioniert. Diese Sichtweise erscheint konsequent angesichts der seit fast zwei Jahrhunderten bestehenden Arbeitsgesellschaft. Immer noch wird das Leben rund um die Erwerbsarbeit definiert und konstruiert, zu dieser Erkenntnis kommt Martin Kohli, in dem er formuliert:

„Der Lebenslauf ist Dimension, in der sich Erwerbsarbeit zeitlich gliedert: sich entfaltet und zugleich ihre Grenzen findet. Arbeitsorganisation ist deshalb über weite Strecken auch Lebenslauforganisation, Arbeitspolitik ist Lebenslaufpolitik.“ (2000:362)

Damit einher geht die Tatsache, dass der Lebenslauf in drei Phasen geteilt wird, die sich um die Erwerbsarbeit zentrieren, die den aktiven Part dieses Phasenmodells darstellt. Die Lebensphasen beginnen mit dem Kindergarten und der Schule, die beide mit dem Ziel verbunden sind, auf das Berufsleben vorzubereiten. Nach der Ausbildung erfolgt der Beruf, bis zum 60., 65. oder 70. Lebensjahr, je nach Arbeitsmarktlage und Bevölkerungssituation, um nach ‘getaner Arbeit’ in den wohlverdienten Ruhestand zu wechseln. Der Erwerbszeit ist nach oben hin eine Grenze gesetzt, die – von PolitikerInnen einmal abgesehen – kaum überschritten werden kann. Diese zeitliche Einbettung in den Lebenslauf ist ein Merkmal für das, was als Normarbeitsleben deklariert wird. Selbst die Sprache hat sich der Vorstellung der Arbeitsgesellschaft angepasst. Die Zeit, die nicht mit Arbeit verbracht wird, wird als *Freizeit* oder Urlaub bezeichnet. Es zeigt sich, dass die Integrationskraft von Arbeit nicht allein aufgrund der bereits aus systemischer Perspektive umrissenen finanziellen Absicherung durch Erwerbsarbeit existiert, sondern auch aus dem historischen und ideellen Wert, den Arbeit umgibt, deklariert wird.

Nun zeichnet sich die postmoderne, pluralisierte Gesellschaft jedoch dadurch aus, dass der Integrationsmodus in die Gesellschaft nicht über gleiche Werte gestaltet wird, sondern über die Integration in Systeme. Insbesondere was den Arbeitsmarkt betrifft, hat eine starke Ausdifferenzierung der Systeme eingesetzt, die eine Vielfalt an Integrationsmöglichkeiten für den Einzelnen offen lässt. Innerhalb des Arbeitsmarktes kann sich eine Vielzahl neuer Arbeitsformen etablieren, die – entgegen der von Ulrich Beck vorgenommenen Analyse – auch mit positiven Aspekten für die Individuen einhergehen können. Denn so eröffnen neue Arbeitszeitmodelle, Mobilität und Flexibilität auch Chancen und nicht nur Unsicherheit für die Beschäftigten. Gerade die neuerdings in einigen Betrieben eingerichteten Arbeitszeitkonten bieten den Freiraum, die Arbeitszeiten den individuellen Bedürfnissen anzupassen, um beispielsweise durch die Ansammlung von Überstunden zu anderen Zeiten im Jahr einen Urlaub machen zu können, Zeit für die Familie oder andere private Bedürfnisse zur Verfügung zu haben. Arbeits- beziehungsweise Zeitkonten bestehen in der Bundesrepublik Deutschland in vielen Unternehmen in unterschiedlichen Varianten. Ziel ist es, die Arbeitszeiten flexibler zu

gestalten. So werden mit den MitarbeiterInnen Wochen-, Monats- oder Jahresarbeitszeiten vereinbart, die dann entsprechend abgearbeitet werden können. Während in den meisten Fällen die Arbeitszeitkonten auf die untere und mittlere Ebene der Betriebe konzentriert blieb, werden inzwischen in einigen Betrieben auch auf Managerebene langfristige Zeitkonten eingerichtet, um somit einem Burnout-Effekt vorbeugen zu können. Systemische Notwendigkeiten und lebensweltliche Wünsche ergänzen sich in diesen Situationen. Diese neuen Arbeitsformen kommen somit sowohl ArbeitgeberInnen als auch ArbeitnehmerInnen entgegen. Während das Ziel der Unternehmen darin besteht, möglichst zufriedene und hierdurch leistungsstarke MitarbeiterInnen zu beschäftigen, besteht das Interesse der ArbeitnehmerInnen darin, die Arbeitszeit den eigenen Bedürfnissen besser anpassen zu können. Hierin könnte auch – zumindest theoretisch – eine Chance für die Umverteilung der Arbeit liegen. Denn wenn die Flexibilisierung der Arbeit nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer zu einer Selbstverständlichkeit wird, haben letztere die Möglichkeit, die reproduktiven Aufgaben im Haushalt und der Kindererziehung ebenso zu übernehmen, wie dies von Frauen erwartet wird. Voraussetzungen für dieses Konzept bleibt jedoch, dass die finanzielle Absicherung der Einzelnen gewährleistet wird.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Modernisierungsschub, der sich mit dem Stichwort der pluralisierten und individualisierten Gesellschaft verbindet, für den Einzelnen, der mit seinen Bedürfnissen auf den Arbeitsmarkt trifft, sowohl mit Chancen als auch mit Risiken verknüpft ist. Das Risiko beziehungsweise die Bürde liegt darin, dass die Eigenverantwortlichkeit des Individuums auf dem Arbeitsmarkt zusehends gefordert ist. Einerseits kann davon ausgegangen werden, dass nicht alle Menschen in der Lage sind, mit diesem in Anlehnung an Jean-Paul Sartre und Ulrich Beck so benannten ‘Zwang zur Freiheit’ entsprechend umzugehen, auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass eine mögliche Arbeitslosigkeit von Politik und Wirtschaft als ausschließlich selbstverschuldet deklariert werden kann und somit individualisiert wird. Die systemisch zu verortende Verantwortung einer funktionierenden Arbeitsmarktpolitik wird zugunsten einer ‘mangelnden individuellen Kompetenz’ verschoben. Die Chance einer Pluralisierung des Arbeitsmarktes liegt darin, dass den Individuen in einem weiten Umfeld die Möglichkeit geboten wird, ihre individuellen Fähigkeiten und Bedürfnisse einzusetzen, beziehungsweise zu befriedigen. Gerade was die Vereinbarkeit von

Beruf und Familie anbelangt, wäre durch die Flexibilisierung der Arbeitswelt ein Fortschritt erreicht, der es sowohl Frauen als auch Männern erlaubte, Familie und Beruf, Privates und Berufliches besser miteinander zu verbinden. Jedoch darf das nicht darüber hinweg täuschen, dass im Zuge der steigenden Arbeitslosigkeit ein anderer Trend beobachtbar ist. So klammern sich viele ArbeitnehmerInnen aus Angst den Arbeitsplatz verlieren zu können an ihre (noch) vorhandene Arbeitsstelle, leisten dort bezahlt oder unbezahlt Überstunden und sind weit entfernt von einem Leben, das Arbeit und Privates adäquat miteinander verbindet und darüber hinaus auch eine Umverteilung der Arbeit auf einen größeren Personenkreis fördern würde. Thomas Gerstenkamp und Dieter Schnack sehen in dieser "freiwilligen" Mehrarbeit ein Indiz dafür, dass in absehbarer Zeit sich kaum Männer für eine flexible, kürzere Arbeitszeit entscheiden werden (1996).

Aufgrund der kaum noch normierten kontinuierlichen Berufsbiografie ist der Einzelne zum Gestalter seiner eigenen Erwerbsbiografie geworden, in der maximal die Ein- und Austrittsdaten (Ruhestand) markiert sind. Dies verlangt von ihm, wie bereits ausgeführt, ein hohes Maß an Eigenverantwortung und Eigeninitiative und bedeutet gleichzeitig auch, sich einem Lernprozess zu unterziehen, der ihn befähigt, mit Exklusionen, sprich mit Arbeitslosigkeit umzugehen. So hat sich gezeigt, dass in dem Quartier Ehrenfeld die systemische Bindekraft des Faktors Arbeit nicht mehr gewährleistet ist. Die Einbettung in diesen systemischen Kontext erweist sich jedoch als Voraussetzung zur Ausgestaltung der Lebensstile. Ulrich Beck und Marten Hajer u.a. beschreiben diese Notwendigkeit der materiellen Absicherung als Basis für das, was sie 'kulturelle Demokratisierung' nennen und was in dem vorliegenden theoretischen Rahmen als 'Ausgestaltung der Lebensstile' bezeichnet werden kann:

„Vereinfacht gesprochen gehen wir von folgender Annahme aus: Kulturelle Demokratisierung setzt in gewisser Weise politische und soziale Demokratisierung voraus. Vielleicht können die Ansprüche und Wertideen kultureller Demokratisierung auch außerhalb parlamentarischer Demokratien und wohlfahrtsstaatlicher Modernisierung geltend gemacht werden? Wenn allerdings politische Freiheitsrechte verinnerlicht, d.h. zum integralen Selbstverständnis der Person geworden sind, und wenn die Menschen zugleich gegen die materiellen Risiken des Arbeitsmarktes elementar abgesichert sind, entfaltet sich (...) mit der 'Eigenlogik' kultureller Demokratisierung die experimentelle Vielfalt der Lebensformen und Lebenswelten im Sinne alltagspolitischer und subpolitisch gewendeter Individualisierung.“ (1999:16)

Soziale Demokratisierung kann in dem hier thematisierten Kontext als eine gerechte Verteilung der Arbeit verstanden werden. Das bedeutet, wie einleitend bereits angekündigt, dass die Inklusion in den Arbeitsmarkt als eine unbedingte Voraussetzung für eine zufriedenstellende Ausgestaltung des Lebens verstanden werden muss. Zumindest gilt dies,

solange die unabhängige Existenzsicherung (fast) ausschließlich über Erwerbstätigkeit gewährleistet wird. Es sollte deshalb gefragt werden, welche Auswirkungen die systemischen Verwerfungen – entstanden durch Arbeitslosigkeit – für die Einzelnen in dem untersuchten Stadtteil Ehrenfeld haben. Unterschieden wird dabei zwischen einer unfreiwilligen und einer freiwilligen Exklusion aus den Arbeitsmarkt. Denn nicht alle erleben die Arbeitslosigkeit als ein Risiko, sondern für einige – auch der hier vorgestellten Personen – ist eine (zeitweilige) Erwerbslosigkeit durchaus mit einem Freiraum verbunden, um beispielsweise anderen Interessen nachgehen zu können. Ich werde in diesem Zusammenhang versuchen, ein möglichst breites Bild des Umgangs mit Arbeit zu zeichnen, wobei sich jedoch immer wieder auf die unfreiwillige Arbeitslosigkeit und deren lebensweltlichen Niederschlag konzentriert werden muss. In Ehrenfeld konnten diesbezüglich folgende Menschen und Situationen festgemacht werden, die teilweise bereits aus der systemischen Analyse des Kontextes Arbeit diskutiert worden sind:

- Die etwa 45-jährige Frau, die bereits morgens um sieben Uhr einen Tante-Emma-Laden aufsucht, um dort über die Schwierigkeiten zu sprechen, ihre Telefonrechnung o.ä. zu begleichen. Sie kann lediglich die notwendigsten Lebensmittel erwerben, teilweise schenken ihr die LadeninhaberInnen etwas. Die Situation scheint für sie so aussichtslos zu sein, dass sie versucht ihr mit Hilfe von Alkohol zu entkommen.
- Der junge Mann allochthoner Herkunft (Camal Khaled), der – wie viele andere Jugendliche auch – eine Karriere in der Musikbranche anstrebt. Seine Wünsche unterscheiden sich demnach nicht von denen anderer Gleichaltriger, jedoch sind die Realisierungschancen aufgrund rechtlicher Bestimmungen schlechter. Da er keine Arbeitserlaubnis erhält, muss er eine ihm angebotene Stelle in einem Tontechnikstudio ablehnen. Auf Camal Khaled werde ich im nächsten Abschnitt noch zu sprechen kommen.
- Die Sozialberatungsstelle für SchuldnerInnen in Ehrenfeld, die mit ihrer Arbeit überlastet ist. Immer mehr KölnerInnen wollen von dem neuen Insolvenzrecht Gebrauch machen, da sie ihren finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können.

Deutlich wurde, dass die Arbeitslosigkeit mit Exklusionen aus anderen infrastrukturellen Systemen einhergeht und der Mangel an finanziellen Ressourcen sich auf weite Teile der Lebenswelt auswirkt. Um dem entgegen wirken zu können, muss auf die Transformationen des Arbeitsmarktes mit politischen Diskursen reagiert werden, da nur so Konzepte gegen die Arbeitslosigkeit entwickelt werden können. Innerhalb der Stadt Köln werden unterschiedliche

Diskurse zum Thema Arbeit geführt, die teilweise vernetzt werden, teils jedoch auch so konträre Positionen beinhalten, dass eine Vernetzung nicht fruchtbar wäre. Neben den parteipolitischen Diskussionen auf kommunaler Ebene und den offiziellen Debatten des Arbeitsamtes werden gleichzeitig zivilgesellschaftliche, basisorientierte Konzepte entwickelt. Diese werden aus diskursiver Perspektive noch genauer analysiert.

Inklusions- und Exklusionsprozesse werden im Rahmen der nun folgenden ausgewählten Biografien diskutiert. Dabei wird deutlich, dass auch der Bereich der Exklusionen aus dem Arbeitsmarkt sehr differenziert betrachtet werden muss.

6.3. Biografische Blicke

Der 'normale' Berufslebenslauf, der von einer 40-jährigen Arbeitszeit in einer Vollzeitbeschäftigung geprägt war, verliert aus unterschiedlichen, schon analysierten Gründen zunehmend an Relevanz. Bedingt durch Individualisierungsprozesse sowie Pluralisierung und Ausdifferenzierung der Systeme – wie beispielsweise des Bildungssystems mit Schulen, Universitäten usw. – haben sich die gesellschaftlichen Spielräume, die Partizipationsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt verändert. Wie bereits aus systemischer Perspektive erläutert, gestalten sich die Partizipationsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt in unterschiedlicher Weise, die Inklusionsmöglichkeiten sind vielschichtig. Angefangen von langfristigen Vollzeitstellen innerhalb desselben Betriebes über Teilzeitstellen und Scheinselbständigkeit bis zu seriellen Beschäftigungen über Zeitarbeitsfirmen oder weiteren Varianten.

Die im Rahmen dieser Studie untersuchten Personen haben für sich ganz unterschiedliche Formen gefunden, Erwerbsarbeit in ihren Lebenslauf zu integrieren. Teilweise beruht die noch zu erläuternde Einbindung der Erwerbsarbeit auf 'freien' Entscheidungen, zum Teil hat sich die Arbeitsform 'einfach ergeben', teils liegt jedoch auch ein unfreiwilliger Ausschluss aus dem Arbeitsleben vor, der nur wenig Spielraum für eine individuelle Berufslaufbahnplanung lässt und der in engem Zusammenhang mit der Ummantelung systemischer Bedingungen steht. Und solche Prozesse – die der Ummantelung formaler, systemischer Prinzipien – bilden den Mittelpunkt des Interesses der vorliegenden Arbeit.

Methodisch wurde bei den Interviews wie folgt verfahren: Mit den Gesprächspartner(innen) wurden biografische Interviews geführt.⁵³ Dabei wurden keine direkten Fragen zur Bedeutung von Arbeit im Leben des Einzelnen geführt, vielmehr haben die Interviewten das Thema selbst angesprochen. Diese methodische Herangehensweise hat den Vorteil, dass der Stellenwert von Arbeit, die Bedeutung, die Arbeit für die Individuen hat, wesentlich 'neutraler' und genauer erfasst werden kann, als dies bei einer direkten Thematisierung des Themas Arbeit der Fall wäre.

Wie unterschiedlich der Umgang mit Arbeit ist, wie sehr die lebensweltliche Einstellung mit den systemischen Voraussetzungen korrespondiert, soll an einigen Biografien sichtbar gemacht werden. Entsprechend einer heterogenen Gesellschaft sind auch die Biografien der hier vorgestellten Ehrenfelder(innen) sehr different, speziell auch was die Bedeutung von Arbeit im Leben der Einzelnen anbelangt. Der Frage der Inklusion in den und der Exklusion aus dem Arbeitsmarkt kommt innerhalb der Analyse der Biografien eine besondere Bedeutung zu.

6.3.1. Frau Breuer – eine ganz normale Arbeitsbiografie⁵⁴

Frau Breuer wurde 1941 geboren. Ihre Familie mütterlicherseits lebt seit mehreren Generationen in Ehrenfeld, ihr Vater stammt aus Wismar. Nach ihrer Heirat lebten ihre Eltern zunächst in Köln, gingen dann nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nach Wismar, wo 1941 sie, 1944 ihr Bruder geboren wurde. 1945 kehrte die Familie nach Köln-Ehrenfeld zurück, wo Frau Breuer seitdem lebt. Sie ist verheiratet und hat zwei inzwischen erwachsene Söhne. Letztere wohnen weiterhin in ihrem Elternhaus – seit längerem jedoch in separaten Wohnungen. So viel zunächst zu den Eckdaten von Frau Breuers Leben.

Meine Interviewpartnerin blickte zum Zeitpunkt des Interviews auf eine mehr als vierzigjährige Berufslaufbahn zurück, die lediglich durch die Erziehungsphase unterbrochen wurde. Für meine Informantin spielte die eigene Berufstätigkeit, die Berufsausübung der Eltern und Großeltern ebenso wie die der beiden Söhne eine bedeutende Rolle in der Rekonstruktion ihres Lebens. Dies wird deutlich angesichts der Tatsache, dass sie ihre erzählte Biografie damit

53 Vgl. zu der methodischen Vorgehensweise auch den Teil "Methodischer Rahmen" der Dissertationsschrift.

54 Die Namen sind anonymisiert.

beginnt, dass sie auf die Berufe ihres Vater und Großvaters verweist. Innerhalb des Interviews nimmt Frau Breuer immer wieder punktuell Bezug auf den Themenkomplex Arbeit, sei es auf die eigene Berufstätigkeit, die ihres Mannes, ihres Vaters oder der Kinder. Wie kommt es zu dieser Bedeutung von Arbeit im Lebenszusammenhang von Frau Breuer?

Frau Breuer, aufgewachsen in der Nachkriegszeit in Köln, hat bereits früh gelernt, dass eine gute Bildung und Arbeit eines der wesentlichen Ziele sind, die es zu erreichen gilt, gerade für Mädchen und Frauen. Sie, ebenso wie ihre Mutter, hat sowohl in der Kriegs- als auch der Nachkriegszeit die Abwesenheit der Männer erlebt. In dieser Zeit stellte die Berufstätigkeit der Frauen eine Notwendigkeit dar, Frauen bildeten die so genannte 'Reservearmee'. In ihrer Kindheit und Jugend, die Zeit, in der sich die Berufswahl entwickelt und verfestigt, stellte die Berufstätigkeit von Frauen eine Selbstverständlichkeit dar. Gerade auch in einer durch den Krieg zerstörten Stadt wie Köln war das Arbeiten von Frauen unverzichtbar, man denke nur an das Bild der arbeitenden Trümmerfrauen.

Frau Breuers Mutter hat trotz des Widerstandes ihres Mannes das Schulgeld für den Besuch der Realschule aufgebracht, damit Frau Breuer diese besuchen konnte. Als Kind und Mädchen ihrer sozialen Klasse – Frau Breuers Vater arbeitete als Elektromeister – war es eher unüblich einen anderen Abschluss als den der Volksschule zu machen. Mit dem Besuch der Realschule werden die bestehenden gesellschaftlichen Normen überschritten. Bildung wird in den fünfziger und auch sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts noch stark geschlechtsspezifisch organisiert. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil viele Menschen nach den Leiden des Krieges nun eine Renaissance des im 19. Jahrhundert entstandenen bürgerlichen Ideals der im Haus präsenten Frau wünschten. Die Perspektive einer dauerhaften und existenzsichernden Berufstätigkeit von Mädchen und Frauen bildete gesellschaftlich eine Ausnahme. Hier entwickelt sich ein Widerspruch zwischen dem, was Frau Breuer in ihrer Kindheit erlebt hat, nämlich arbeitende Frauen, und dem gesellschaftlichen Bild, das bedingt durch das sogenannte Wirtschaftswunder der 50er Jahre eine Renaissance erfährt: die Frau als Hausfrau und Mutter. Dieses Bild wird manifestiert durch die rechtlichen Bedingungen in der Bundesrepublik Deutschland, die eine Berufstätigkeit von (Ehe-)Frauen abhängig von der Zustimmung des Ehemannes macht. Ideelle und systemische Bedingungen ergänzen sich hier.

Neben diese skizzierte geschlechtsspezifische Organisation von Bildung tritt die klassenspezifische. Erst langsam beginnt in den 50er Jahren der Prozess, der von Ulrich Beck als

Fahrstuhleffekt deklariert wurde, ein Bildungsschub gekoppelt mit einem sozialen Aufstieg, der einen Großteil der Bevölkerung betrifft.

Frau Breuers Mutter erzieht ihre Tochter zur Autonomie, was eine Berufsausbildung einschließt. Doch spätestens bei der Berufswahl wird offensichtlich, dass die Arbeitsgesellschaft männlich und die ganz normale Arbeitsbiografie eine männlich geprägte Erscheinung ist, die Frauen, zumindest vor knapp fünfzig Jahren kaum mehr aus- als einschloss. Frau Breuer stößt auf die Grenzen des Arbeitsmarktes, sie kann weder ihren Traumberuf der Archäologin noch den der technischen Zeichnerin noch den der Bankkauffrau verwirklichen. Einerseits scheitert dieser Wunsch an dem nicht vorhandenen Abitur, das sie aufgrund des väterlichen Widerstandes nicht ablegen durfte, andererseits waren diese Berufssparten lange Zeit Männern vorbehalten. Deshalb entscheidet sich die junge Frau auf Anraten ihrer Mutter für eine Ausbildung als Industriekauffrau.

„Ich bin dann, weil ich auch nicht den zweiten Wunsch, Technischer Zeichner wollte ich werden, auch nicht geworden bin, weil sie keine Mädchen nahmen. Das war damals also sehr auf Jungen ausgerichtet, also wenn die Männer bekamen; und das war einfach nicht möglich, so viele Ausbildungsplätze waren nicht da, und die bekamen also nur Jungens. Versicherungskaufmann oder Bankkaufmann konnte ich auch nicht werden ((lacht)), weil auch die Jungens das machten, oder eben sie nahmen Abiturientinnen, und das, und ich habe ja nur die mittlere Reife. Und dann hat Mutter gemeint, dann sollt ich doch Industriekaufmann werden, und dann bin ich das halt geworden ... mit dem Schwerpunkt Buchhaltung.“

An den Erzählungen von Frau Breuer fällt auf, dass sie die geschlechtsspezifische Diskriminierung, die ihre berufliche Planung stark beeinträchtigte, anscheinend einfach hinnimmt. Zwar erwähnt sie mehrmals, dass sie andere Berufswünsche hatte und diese aufgrund der männlichen Dominanz in diesen Bereichen nicht verwirklichen konnte, doch wird dieser Exklusionsmechanismus von ihr nicht in Frage gestellt. Das bedeutet, das Aufheben der formal-rationalen systemischen Bedingungen für Frauen zur Ausübung eines Berufes wird von ihr nicht realisiert. Vielleicht ist sie damit zufrieden, überhaupt eine Ausbildung machen und diesen Beruf später auch ausüben zu können. Zumindest richtet sie sich in ihrer Berufstätigkeit gut ein. In der Aussage von Frau Breuer „also wenn die Männer bekamen“ macht sich die Position von Frauen als Reservearmee deutlich.

Aus systemischer Perspektive kann Frau Breuers Situation in zwei Richtungen analysiert werden. Erstens zeigt sich, dass durch die bis ins Jahr 1974 bestehende Gesetzeslage, die es Frauen nicht erlaubte ohne die Einwilligung des Ehemannes einer Berufstätigkeit nachzugehen, bereits die systemischen Bedingungen für Frauen benachteiligend wirken. Frauen wurden somit in die persönliche und finanzielle Abhängigkeit von ihren Ehemännern gedrängt. Die

Abhängigkeit wurde institutionalisiert. Die systemischen Grundvoraussetzungen für Frauen und Männer zur Partizipation auf dem Arbeitsmarkt waren somit während der ersten 25 Jahre der bestehenden Bundesrepublik Deutschland divergierend; für Frauen hatten sie exkludierenden Charakter. Zweitens – und dies bekommt Frau Breuer deutlich zu spüren – findet eine solche Gesetzeslage im Alltag ihren Niederschlag. Eine rechtliche Ungleichstellung der Frauen hat Konsequenzen für die Arbeitswelt ebenso wie für die ‘private Sphäre’, den Familienverbund, die Partnerschaft. Auch im Alltag des Berufslebens, bei der Stellenvergabe, den Ausbildungsplätzen werden männliche Bewerber bevorzugt behandelt. Darüber hinaus – und dies konnte im Gespräch mit Frau Breuer festgestellt werden – nehmen sich männliche Familienmitglieder, wie der Vater Frau Breuers, das Recht, das ihnen formal auch zugesprochen wurde, über die Berufsfindung der Frauen und Töchter zu entscheiden. An dieser Stelle nun ist es unerheblich zu analysieren, ob die Gesetzeslage den Ausschlag für die männliche Inbesitznahme des öffentlichen Raumes – symbolisiert durch Erwerbsarbeit – war und ist oder ob die lebensweltliche Realität auf die Rechtssituation zurückgegriffen hat. Beides sind zwei Seiten einer patriarchalisch organisierten Gesellschaft, die den Frauen eher den reproduktiven Part zuweist.

Zurück zu Frau Breuer: Nach der Hochzeit und einer kurzen Familienphase, Frau Breuer hat, wie erwähnt zwei Söhne, beginnt sie wieder zu arbeiten. Die Zeit, die sie zu Hause verbracht hat, ohne einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, skizziert meine Informantin als eine sehr anstrengende und für sie nicht befriedigende Phase. Sie fühlt sich „nicht prädestiniert“ für das Hausfrauendasein, so beschreibt sie ihre Situation. Hinzu kommt, dass die Erwerbsarbeit ihrer großen Spaß bereitet, was deutlich wird, wenn sie über ihren leidenschaftlichen Umgang mit Zahlen spricht.

Frau Breuer beginnt in der Buchhaltung eines Ehrenfelder Kinderheims zu arbeiten, zunächst mit reduzierter Arbeitszeit, später erhöht sie jedoch auf eine Vollzeitstelle. Zur Zeit des Interviews ist Frau Breuer noch immer dort beschäftigt. Angesichts der Generation, zu der meine Gesprächspartnerin zählt, gehört diese Kontinuität eher zu den üblichen Formen der Beschäftigung. Dennoch ist auch hier zu betonen, dass diese Form der kontinuierlichen Arbeit eher männerspezifisch war. Natürlich gab und gibt es auch in der Bundesrepublik Deutschland Frauen, die kontinuierlich gearbeitet haben und dies auch noch tun. Nicht zu vergessen sind beispielsweise Arbeiterfrauen, die es sich allein aus finanziellen Mitteln nicht erlauben konnten

sich ausschließlich auf die häusliche Arbeit zu konzentrieren. Dennoch setzte sich in der Nachkriegszeit eine bürgerliche Ideologie fort, die im übrigen auch in der Zeit des Nationalsozialismus genutzt wurde, die den Ort der Frauen eher im Haus als im Berufsleben sahen. Die Arbeit von Frauen wurde lange Zeit – und wird mancherorts auch immer noch – als ein Zeichen der Armut gewertet, man denke nur an die Aussage „Meine Frau hat es nicht nötig arbeiten zu gehen.“ Hiermit wird ebenso die männliche Ernährerrolle und somit die Positionierung innerhalb des familiären Kontextes festgeschrieben.

Die Arbeitsbiografien von Frauen waren und sind wesentlich brüchiger als die der Männer. Frau Breuer bildet damit diesbezüglich eine Ausnahme. Gleichzeitig – und das wiederum teilt Frau Breuer mit vielen anderen Frauen – bürdet sie sich die Doppelbelastung von Hausfrau- und Muttersein einerseits sowie Erwerbstätigkeit andererseits auf. Das Bedürfnis arbeiten zu gehen, um somit ein Stück Freiheit zu erlangen, ist für Frau Breuer ein wichtiger Aspekt, den sie bereits durch ihre Mutter vermittelt bekommen hat. Dabei setzt sie sich über bestehende gesellschaftliche Normen hinweg, die einerseits klassenspezifisch, andererseits geschlechtsspezifisch geprägt sind.

Frau Breuer kann als eine Frau gesehen werden, die sich eine protestantische Arbeitsmoral angeeignet hat. Zielstrebig macht sie ihre Ausbildung. Für sie erweist es sich als sehr wichtig, eingegangene Verpflichtungen auch einzuhalten. Dies zeigt sich im Alltag ebenso wie auch im beruflichen Kontext.

Neben der Erwerbsarbeit ist Frau Breuer aktives ehrenamtliches Mitglied der örtlichen Kirchengemeinde. Dort ist sie zeitweise engagiert als Vertretung des Küsters, als Lektorin und als Presbyterin, ebenso gestaltet sie den Kindergottesdienst mit. Die ehrenamtliche Arbeit kann als ein Typ Arbeit gesehen werden, die auch für Frauen seit jeher akzeptiert wurde und von diesen sogar erwartet wird. Man denke in diesem Zusammenhang nur an die Diskussionen um die häusliche Pflege von Familienangehörigen. Auch im Rahmen der bereits angesprochenen Kommunitarismus-Debatte nimmt das Ehrenamt eine hervorgehobene Position ein. Auch Ulrich Beck⁵⁵ plädiert für ehrenamtliche Tätigkeiten, die er jedoch als Bürgerarbeit deklariert.

55 Ulrich Beck entwickelt in der Suche nach Alternativen zur bezahlten Erwerbsarbeit den Begriff der Bürgerarbeit beziehungsweise der Bürgergesellschaft. Hierzu formuliert er wie folgt: „Anders gesagt: Die Gegenthese zur Arbeitsgesellschaft ist nicht die Freizeit- oder Muße-Gesellschaft. Diese bleiben dem Wertimperialismus der Arbeit, negativ gewendet, verhaftet. Es ist die politisch gewendete, selbsttätige, selbstbewußte, politische Bürgergesellschaft, die Do-it-yourself-Kultur, die einen neuen, (Fortsetzung...)“

Diesbezüglich ist er jedoch zu Recht von feministischer Seite kritisiert worden. Einer der wesentlichen Aspekte der ehrenamtlichen Tätigkeiten ist, dass sie unbezahlt verrichtet werden, gerade für Frauen also ein weiterer Schritt in eine Abhängigkeit, wenn sie statt einer Erwerbsarbeit nachzugehen, sich auf ehrenamtliche Tätigkeiten konzentrieren. Weiterhin wird den Ehrenamtlichen von Seiten der Arbeitgeber eine gewisse Selbstlosigkeit bescheinigt. Diese "Selbstlosigkeit", gekoppelt mit Pflichtbewusstsein, bildet für Frau Breuer den Impuls ihrer jahrelangen Tätigkeit in der evangelischen Kirchengemeinde:

„Also, einfach nur, um auch mal zu zeigen, wat ich für n Typ bin. Auf der einen Seite, ich kann für andere alles und für mich gar nix. Da habe ich also nie den Mut. Für andere kann ich mich einsetzen, aber für mich nicht so sehr.“ (Breuer 1998:23)

Ein Großteil des Lebens von Frau Breuer ist der Arbeit gewidmet, sei es die Erwerbsarbeit, sei es die ehrenamtliche Tätigkeit in der Kirchengemeinde oder ihre Arbeit als Mutter und Hausfrau. Innerhalb ihrer Generation repräsentiert sie bezüglich ihrer Berufstätigkeit die Rolle einer fortschrittlichen, modernen Frau, die aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit zunächst Exklusionen erfahren hat. Die Kontinuität, mit der sie ihrer Erwerbstätigkeit nachgeht, entspricht ihrem zuverlässigen Charakter ("wenn ich Verpflichtungen eingehe, erfülle ich diese") einerseits und der Situation auf dem Arbeitsmarkt andererseits, die diese Kontinuität ermöglichte. Frau Breuer lebt eine 'ganz normale Arbeitsbiografie', wie sie in dieser Form, zu dieser Zeit jedoch primär von Männern bestritten wurde. In ihrer Rolle als mehrfachbelastete Frau, die in den unterschiedlichen Bereichen tätig ist, entspricht Frau Breuer den Vorstellungen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dieses Konzept gilt, wenn auch in veränderter Form, noch heute für viele berufstätige Mütter.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass es Frau Breuer trotz erfahrener geschlechtsspezifischer Diskriminierungen, die einerseits systemisch („es wurden keine Mädchen eingestellt“), andererseits lebensweltlich⁵⁶ („mein Vater wollte nicht, dass ich Abitur mache“) verortet waren, gelang, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten. Vielleicht, weil sie diese Ausgrenzungen einfach hinnimmt, nicht hinterfragt, sondern die Möglichkeiten, die ihr gegeben

55(...Fortsetzung)

dichten Begriff des Politischen entwickelt, erprobt und verwirklicht.“ Ulrich Beck (1999): *Schöne neue Arbeitswelt. Vision Weltbürgerschaft*. S.14. Frankfurt am Main.

56 Die Verortung dieser Aussage in den lebensweltlichen Kontext ist sicherlich hinterfragbar. Denn sicherlich besteht eine Wechselwirkung zwischen individuellen, lebensweltlich einzuordnenden Einstellungen und gesellschaftliche verankerten Vorstellungen. Das Verbot des Vaters, das Abitur zu machen, ist auch in einen gesellschaftlichen Kontext zu stellen, in dem die berufliche Bildung von Frauen nebensächlich war.

sind, trotz Einschränkungen für sich nutzt.

6.3.2. Camal Khaled – eine Arbeitsbiografie im Kontext von Exklusionen

Camal Khaled ist während des Interviews 22 Jahre alt. Er ist der älteste von vier Geschwistern, drei Brüdern und einer Schwester. 1976 in einer Stadt nördlich von Köln geboren, lebte er für einige Jahre in Tunesien und kehrte im Alter von zehn Jahren in die Bundesrepublik Deutschland zurück. Nach ihrer Rückkehr zog die Familie nach Köln-Ehrenfeld. Während seine Eltern im Quartier blieben, wohnte Camal Khaled für kurze Zeit gemeinsam mit seiner Freundin in einer nahe gelegenen Stadt. Zum Zeitpunkt des Gespräches lebte er wieder bei seiner Familie in einer kleinen Wohnung im Quartier.

Zwei Themen, die stark miteinander gekoppelt sind, spielen im Leben von Camal Khaled eine bedeutende Rolle; einerseits seine Aufenthaltserlaubnis, andererseits seine Berufstätigkeit, vorzugsweise in der Musikbranche.

Zur Situation: Camal Khaled erhält aufgrund mehrerer Vor- und Bewährungsstrafen lediglich eine dreimonatige Aufenthaltserlaubnis. Bisher wurde sie immer wieder verlängert, doch bleibt sein Aufenthaltsstatus sehr ungewiss, eine Abschiebung kann jederzeit drohen. Aufgrund seines Aufenthaltsstatus erhält Camal keine Arbeitserlaubnis. Diese beiden Aspekte, der ungewisse Aufenthalt und das Arbeitsverbot schränken Camal Khaled in extremem Maße ein. Er ist aus zwei grundlegenden Systemen ausgeschlossen. Zunächst wird ihm die gesellschaftliche Zugehörigkeit aberkannt, er wird, obwohl in Deutschland geboren und sich als Deutscher fühlend, als Ausländer behandelt. Anschließend wird ihm die Partizipation auf dem Arbeitsmarkt verweigert. Hierzu skizziert Camal Khaled:

„So, ja, ich habe meine Produzent, der hat ein Tonstudio, alles drum und dran, meinte zu mir, ja ich könnte dich auch einstellen, natürlich als Tontechniker. Ich hab sehr viel Ahnung mit dem Tonstudio. Dann hat er das alles ausgefüllt, die Arbeitserlaubnis. Ich bin zum Arbeitserlaubnis gegangen. Vier bis sechs Wochen muss man natürlich warten, bis dass das Arbeitserlaubnis wieder zurück kommt. (...) Ja, geh ich wieder zu dem hin. Sagen die zu mir: Nee es tut mir leid, nur der Deutsche, der einfach eine Aufenthalts- hat. Ich meine, der Deutsche oder eine Ausländer, der eine bessere Aufenthalts hat, der kommt in diesem Plätzchen rein. Dann habe ich zu dem gesagt: Ich suche nicht für eine andere. Ihr wollt ja unbedingt, dass ich arbeite. Ich will ja auch arbeiten. Oder geben Sie mir eine Arbeitserlaubnis, dann kriege ich meine automatisch, meine Aufenthalts.“ (1998:7)

Die Eigeninitiative, die Bemühungen selbstständig eine Arbeit zu finden, also das, was von den Individuen in der Postmoderne erwartet wird, ist im Falle von Camal Khaled wirkungslos. Camal sieht, dass er sich in einer fast ausweglosen Situation befindet. Er hat lediglich eine

befristete Aufenthaltsgenehmigung, die ihm jederzeit entzogen werden kann. Deshalb erhält er keine Arbeitserlaubnis, was ihn in die staatliche Abhängigkeit der Sozialhilfe beziehungsweise die familiäre Abhängigkeit drängt. Der Bezug von Sozialhilfe wiederum kann als Ausweisungsgrund gelten; der Kreislauf setzt sich so fort. Das Paradoxe an der Situation wird offensichtlich, wenn Camal Khaled durch das Sozialamt aufgefordert wird, einer Arbeit nachzugehen, auf der anderen Seite er jedoch keine Arbeitserlaubnis erhält. In diesem Kontext muss hervorgehoben werden, dass die Rechtssituation eindeutig auf die Ausweisung und somit den endgültigen Ausschluss aus der bundesrepublikanischen Gesellschaft orientiert ist. Aus systemischer Perspektive wurde dies bereits analysiert.

Camal Khaled ist sich seines Status in der gesellschaftlichen Hierarchie durchaus bewusst. Die gesetzliche Differenzierung des Aufenthaltsstatus mit der damit korrespondierenden Arbeitserlaubnis weisen ihn auf den untersten Platz dieser Hierarchie. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt gestaltet sich für Camal nicht nur aufgrund der arbeitsrechtlichen Bestimmungen und seines ungewissen Aufenthaltsstatus als sehr schwierig. Hinzu kommt seine schlechte schulische sowie berufliche Ausbildung, er verfügt weder über einen Schulabschluss noch über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Die individuellen und zugleich formalen Grundvoraussetzungen einer adäquaten Bildung sind bei ihm bereits nicht vorhanden. Jedoch auch dies steht in gewisser Weise in Verbindung mit seinem Status als Allochthone, der ihm schlechtere Teilhabemöglichkeiten und Förderungen an Bildungsprogrammen offeriert. Aus systemischer Perspektive wurde auf diese Thematik bereits eingegangen. Das bedeutet jedoch nicht, dass er nicht auf andere Kompetenzen zurückgreifen könnte, die eine Inklusion in den Arbeitsmarkt ermöglichen würden. Hierzu zählen seine musikalischen Fähigkeiten. In autodidaktischer Weise hat Camal singen gelernt und ein Gespür für Musik entwickelt. Diesbezüglich besitzt er durchaus Potentiale, die für eine Berufslaufbahn in der Musikbranche ausgebaut werden könnten. In der zitierten Interviewpassage erwähnt er das Angebot als Tontechniker, das er jedoch aus oben genannten Gründen nicht annehmen konnte.

Ohne pessimistisch verfahren zu wollen, kann festgehalten werden, dass die beruflichen Perspektiven von Camal eher negativ sind, nicht zuletzt auch aufgrund der diversen Vor- und Bewährungsstrafen des jungen Mannes. Dennoch oder gerade deshalb hat Arbeit eine große Bedeutung für Camal Khaled. Er möchte seinem Bild einer männlichen Normalbiografie gerecht werden, sowohl innerfamiliär möchte er sich aus der Abhängigkeit der Mutter lösen

als auch mit Blick auf bundesrepublikanische Gesellschaft.

„Und ich bin der 22-jährige, eigentlich bin ich der Älteste und meine Mutter sieht mich als, ich bin ihr zweiter Mann zu Hause. So. Und ich muss eigentlich irgendetwas machen. Ich muss, 22 Jahre hat meine Mutter mich, mir Essen gegeben und so. Und das ist irgendwie, irgendwie auf eine Seite, die Deutschen haben irgendwie auch Recht, weil ich kann niemals mit 22 Jahren immer noch meine Mutter, bitte, kannst du mir zehn Mark geben? Also mit 22 Jahren habe ich zehn Mark in der Tasche. Das ist auch sehr scheiße. So. Ich muss mit 22 Jahren eigentlich meine eigene Karte, meine EC-Karte, Geld rausholen, mein Auto und so, alles drum und dran, weil 22 Jahre, ich könnte jetzt heiraten und Kinder kriegen mit 22 Jahren. Aber nein, der Camal Khaled, der ist immer noch so.“ (1998:5)

Einen Ausweg aus dieser für ihn hoch belastenden und weitgehend aussichtslosen Situation bildet für ihn die Musik. Camal Khaled singt seit seiner Kindheit, er hat sich über Bücher ein musikalisches Wissen angeeignet. Meist singt er allein, hat jedoch auch für einige Zeit mit einer Gruppe gespielt. Er träumt von einer Karriere als Sänger.

„Ich will so unbedingt ein Sänger werden. Ich würde mein Herz heraus reißen und tun, hier das ist mein Vertrag, das ist mein Herz. So würde ich das geben, Tag und Nacht. Ich hab so'n Spaß darauf. Ich habe so einen verdammten Spaß. Ich würde Tag und Nacht arbeiten für eine Musik, eine schöne Musik zu machen.“ (1998:13)

Der Traum, seinen Lebensunterhalt mit Musik zu verdienen, eine Karriere als Sänger einzuschlagen, entdeckt und berühmt zu werden, bildet den Gegenpol und einen Zufluchtsort zu seiner Realität, in der er in hohem Maße marginalisiert ist und die ihm wenig Optionen auf Verbesserung in absehbarer Zeit bietet. Er träumt den Traum vieler Jugendlicher, der auch gerade für Jugendliche mit Migrationshintergrund an Bedeutung gewonnen hat, betrachtet man die gewärtige Musik- und vor allem Popbranche in der BRD, in der Musiker(innen) mit Migrationshintergrund zunehmend präsent sind. Diese Branche verfolgt Camal Khaled sehr aufmerksam und konzentriert sich dabei auf die Kölner Musikszene, zu der er Kontakte unterhält.

Eine Karriere als Musiker zu machen, seinen Lebensunterhalt mit Musik zu verdienen, würde für Camal Khaled bedeuten, einen Beruf einzuschlagen, der seinen Interessen entspricht. Zugleich würde er sich damit seinem Bild einer männlichen Normalbiografie annähern, insofern er diese Vorstellung mit gesellschaftlicher Anerkennung einerseits und finanziellen Ressourcen andererseits verbindet. Es wird deutlich, dass Camal großen Wert darauf legt, dass ihm seine Arbeit Spaß macht und er sich durch diese verwirklichen kann, so wie er es für die Musikbranche erhofft. Keinesfalls jedoch möchte er ein Arbeitsleben führen wie sein Vater. Dieser arbeitet seit Jahrzehnten beim selben Arbeitgeber. Eine solche Normalarbeitsbiografie, in der Arbeiten lediglich dem Geldverdienen dient, passt jedoch nicht in Camals Lebensentwurf. Denn jenseits seiner Marginalisierung sucht er sich *seinen* Weg in die Arbeitswelt.

Hier unterscheidet er sich kaum von anderen jungen Leuten. Camal Khaled ist in erster Linie ein Jugendlicher, der sich seine Wünsche, für die er finanzielle Ressourcen benötigt, erfüllen will; dies wenn möglich mit einer Arbeit, die ihm gefällt. Er tritt als Akteur seiner eigenen Arbeitsbiografie an und ist bereit, manche Stellenangebote auch abzulehnen, wenn sie nicht in sein Konzept passen.

Zwei Aspekte sind wesentlich für die Rekonstruktion Camal Khaleds Biografie. Sie betreffen den systemischen Kontext einerseits und die lebensweltliche Ausgestaltung andererseits. Erstens ist Camals Leben, und das betrifft nicht nur den Arbeitsbereich, geprägt von systemischen Exklusionen. Hierzu zählen der ungewisse Aufenthaltsstatus ebenso wie die Arbeitslosigkeit und die dadurch fehlenden finanziellen Aspekte. Diese Nichtteilnahme an den wohl wichtigsten gesellschaftlichen Teilsystemen, so könnte vermutet werden, führt in jedem Fall zu Veränderungen der Wünsche bezüglich der individuellen Lebensgestaltung. Doch für Camal Khaled, und hier zeigt sich ein zweiter wichtiger Aspekt, haben seine Exklusionserfahrungen nicht dazu geführt, dass seine Lebenswünsche sich verändert hätten. Diese ähneln viel eher denen anderer Jugendlicher, unabhängig davon, ob sie marginalisiert sind oder nicht. Entgegen anderen – autochthonen – Jugendlichen wird Camal Khaled – und dies ist wohl die wichtigste Quintessenz – kaum Realisierungschancen bezüglich seiner Arbeits- und Lebensbiografie haben.

6.3.3. Charlotte Lanfranchi – arbeiten, um leben zu können

Charlotte Lanfranchi wurde 1959 geboren. Ihre Familie stammt aus Süditalien, der Vater migrierte 1960 gemeinsam mit zwei Brüdern in die Bundesrepublik Deutschland, Charlotte folgte 1961; 1964 wurde Charlottes Bruder geboren. Bis zu ihrem vierzehnten Lebensjahr lebte Charlotte Lanfranchi in Köln-Ehrenfeld, bis sie 1973 alleine nach Italien zurückkehrte und dort die Schulausbildung absolvierte. Sie beendete die Schule und immatrikulierte sich an der Universität in Neapel. 1979 kehrte sie dann nach Köln zurück, bezog mit den Eltern eine gemeinsame Wohnung, wieder in Ehrenfeld und lebt seitdem immer noch gemeinsam mit ihrer Mutter.

Die Planung der Familie Lanfranchi sah es vor, dass Charlotte ihr Studium in Neapel abschließen sollte. Die Rückkehr nach Deutschland geschah aufgrund der Arbeitslosigkeit des

Vaters, die es nicht erlaubte, das Studium in Italien fortzusetzen. Dies stellte einen großen Einschnitt in Frau Lanfranchis Leben dar, nicht zuletzt deshalb, weil sie in ihrer Jugend in Italien, alles, was mit Deutschland in irgendeiner Weise zusammengehörte, aus ihrem Leben verdrängt hatte. Die Situation führte schließlich dazu, dass sie sich fremd in Deutschland fühlte, was wiederum zur Konsequenz hatte, dass sie ihre Universitätspläne verändern musste. Ihre Unsicherheit und ihr Unwille wieder in der Bundesrepublik Deutschland zu sein äußerten sich darin, dass sie kaum auf Menschen reagierte. Sie hatte sich in sich zurückgezogen und war nicht bereit, mit den Menschen in Kontakt zu treten. Selbst bei der für sie so wichtigen Studienfachinformation an der Universität wirkte sie so unsicher, dass ihr von einem Studium abgeraten wurde. Charlotte Lanfranchi skizziert ihre Situation wie folgt:

„Ich hab kein Deutsch gesprochen. Ich hab mich geweigert. Ich konnte nur ja und nein sagen. Ich verstand die Leute. Aber ich reagierte nicht drauf. Und ... dann bin ich zur Universität, ich mußte mich hier – ich wollte hier studieren – und habe da gefragt, was ich machen mußte, um mich hier anzumelden an der Universität. Und sagte die Frau irgendwas – ich muss es irgendwie ganz schlecht ausgedrückt haben – ich weiß nicht, was ich gesagt habe, und meinte die Frau zu mir: Ne, dann brauchen Sie das und das und das, und mit ihrem Diplom als Lehrerin, so Pädagogikstudium, dann können Sie sowieso nur Pädagogik studieren, Sozialwissenschaften und wenn sie Sprachen studieren wollen, dann sollten sie besser zur Fachhochschule gehen und so weiter und so weiter ...“(1998:7)

Einerseits aufgrund des Fremdheitsgefühls, andererseits aufgrund systemischer Kriterien wird Charlotte Lanfranchi der Weg an die Universität versperrt. Ihr Schulabschluss, den sie in Italien erworben hat, wird nicht als Allgemeine Hochschulreife anerkannt. Somit kann die junge Frau lediglich ein Studium an der Fachhochschule beginnen. Hierüber ist Charlotte Lanfranchi erbost, wird von ihr an der Universität doch verlangt, dass sie die bereits in Italien erworbenen Qualifikationen hier nochmals wiederholt. Gegen den eigenen inneren Widerstand, jedoch dem Vater zu Liebe, beginnt Frau Lanfranchi mit einem Sprachstudium an der Fachhochschule, für das sie mehr als zehn Jahre benötigt. Die Länge ihres Studiums begründet sie mit der eigenen Unzufriedenheit. Das Studium wird zu einer fast unerträglichen Qual, der sie sich aufgrund der Wünsche der Eltern jedoch aussetzt.

Der Vater spielt eine bedeutende Rolle in der Berufsfindung von Charlotte Lanfranchi. Frustriert darüber, dass er seinen eigenen Berufswunsch, den des Lehrers, nicht ausüben konnte, er hatte sein Studium abgebrochen und war nun – in seinen Augen ‘lediglich’ – Arbeiter wünschte er sich, dass seine Tochter seine eigenen Berufspläne realisieren würde. Wichtig ist ihm dabei, dass sie studiert und dieses angefangene Studium auch abschließt. Seine Autorität – „für mich war er Gott“, so skizziert es Charlotte Lanfranchi – lässt es für die Frau nicht zu, diesem Willen, der nicht ihrem eigenen Lebensentwurf entspricht, sich zu widerset-

zen. Psychologisch gesehen überträgt also der Vater seine eigenen Wünsche auf die der Tochter, diese scheitert jedoch, wenn man das lange Studium und die Unzufriedenheit als ein Scheitern beschreiben möchte, ebenso wie dies ihr Vater getan hat. Für beide, Vater und Tochter, ist die Berufstätigkeit mit Frustration verbunden, weil eben beide nicht das erlernen konnten, was ihnen vorschwebte. Dies zeigt jedoch, dass die Bedeutung einer ausgefüllten Arbeit für Charlotte groß ist, erlebt sie in ihrem Leben dies jedoch aufgrund der falschen Berufswahl kaum.

Während des Studiums hat Charlotte Lanfranchi immer wieder als Dolmetscherin und Übersetzerin gejobbt, so dass sie sich selbst als eine gute Dolmetscherin einschätzt, die die Sprache zur Genüge beherrscht. Nach Beendigung des Studiums bewirbt sich Charlotte Lanfranchi auf unterschiedliche Positionen im In- und Ausland, so beispielsweise im Finanzministerium, im Justizministerium sowie beim Europäischen Parlament. Für keine der Positionen, auf die sie sich bewirbt, erhält Frau Lanfranchi eine Zusage. Für die eine Stelle ist sie zu alt, ein anderes Mal fehlen ihr die nötigen Referenzen von früheren Arbeitgebern, wiederum ein weiteres Mal versäumt sie die Bewerbungsfrist. Frustriert von den Bewerbungen und den Absagen entschließt sich Charlotte, als freiberufliche Übersetzerin und Dolmetscherin tätig zu werden. Immer hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch wieder nach Italien zu ziehen und in der Bundesrepublik Deutschland zu leben, favorisiert sie (derzeit) in Köln zu bleiben, da ihre finanziellen Möglichkeiten dort besser sind als in Italien. Sie kann hier mehr als das Doppelte von dem verdienen, was sie in Italien verdienen würde. Geld ist für sie nur insoweit wichtig, als dass es unabdingbar für ein (Über-)Leben ist. Frau Lanfranchi hat dabei geringe materielle Ansprüche. So wohnt sie immer noch gemeinsam mit ihrer Mutter in einer kleinen Wohnung in Ehrenfeld. Sie löst sich nicht von ihrem Elternhaus, trotz immer wiederkehrender Konflikte, weil sie dann mehr Aufträge annehmen müsste, als dies bisher der Fall ist. Was für Charlotte jedoch zählt, ist der Spaß am Leben. Spaß und Erwerbsarbeit stellen für sie zwei unüberwindbare Gegensätze dar. Dies wird in der folgenden Textpassage deutlich:

„...Und zuerst kommt ja die Arbeit und dann der Rest. Und ich bin eher der Typ: Erst kommt der Rest, und dann die Arbeit. Ich muss manchmal lachen, ich sage es nicht offen. Ich sag, oder ich sage es so, dass die Leute denken, ich scherze, obwohl ich es ernst meine, dass wenn...Ich war beim Steuerberater und der meinte dann zu mir: Wie können wir das anstellen, dass Sie mehr verdienen können? Dann habe ich ihn angeguckt und gesagt: Am liebsten würde ich weniger verdienen und mehr Spaß haben und das machen, was mir gefällt. Sage ich: Ich will nicht mehr verdienen! Für den Mann war das irgendwie, ich war nicht normal. Und es stimmt, weil meine Mutter manchmal sagt: Arbeite! wenn ich mal wenig zu tun habe und ich genieße das richtig. Such Dir eine Arbeit. Und sage. Bin ich, ich fühle mich wohl. Warum soll ich eine Arbeit.“ (1998:9)

Hier wird deutlich, dass für Frau Lanfranchi die Arbeit lediglich ein Mittel darstellt, um überleben zu können. Von der Freude an der Arbeit kann keine Rede sein. Zumindest gilt dies für die Berufstätigkeit, der sie im Moment nachgeht. Dies zeigt sich daran, dass sie nur so viele Arbeitsaufträge annimmt, wie sie für ihren Lebensunterhalt benötigt. Hier widersetzt sie sich auch zum ersten Mal der elterlichen Autorität, vertreten durch die Mutter, die von Charlotte erwartet, dass ihre Tochter mehr arbeitet. Denn das Sprachstudium hat Charlotte lediglich den Eltern zu Liebe begonnen und dann, nach vielen Hürden auch abgeschlossen. Ein weiterer Aspekt scheint (mir) den Unwillen, den Frau Lanfranchi gegenüber Arbeit hat, zu erklären. Charlotte verrichtet ihre Arbeit als Übersetzerin in der Wohnung, in der sie auch lebt. Hierdurch ist sie, die sich selbst als einen eher lebenslustigen Menschen darstellt, für den der Kontakt zu anderen Personen wichtig ist, sehr isoliert. Außerhäusliche berufliche Kontakte sind jedoch – und diese Diskussion ist aus dem Bereich der Telearbeit bekannt – sehr bedeutsam für das berufliche Fortkommen wie für die individuelle Zufriedenheit. Arbeitet Frau Lanfranchi zwar, wie es scheint, lediglich um Geld zu verdienen, so liegt dies meines Erachtens jedoch viel eher an dem unausgefüllten Berufsleben. Ihrem Typ entsprechend ist sie eher an postmaterialistischen Werten interessiert, was durch ihre Berufstätigkeit jedoch nicht erfüllt werden kann.

Bereits seit 1979, seit ihrer Rückkehr aus Italien, ist Charlotte Lanfranchi ehrenamtlich in der katholischen, italienischen Kirchengemeinde beschäftigt. Sie betont, dass die italienische Kirchen für sie wesentlich lebendiger und dadurch attraktiver sind als die deutschen Kirchengemeinden, die sie erlebt hat. Neben dem Besuch des sonntäglichen Gottesdienstes, den sie gerade auch als soziales Ereignis genießt, weil sie dort viele bekannte Gesichter sieht, leitet Frau Lanfranchi seit zwei Jahren eine Mädchengruppe, die sich aus einer von ihr geführten Katechismusgruppe entwickelt hat. Diese Katechismusgruppen der siebenjährigen bis neunjährigen Kinder betreut sie seit 1979. Ihr Engagement in der Kirchengemeinde und speziell auch der Mädchengruppe hat für sie eine große Bedeutung. Begeistert erzählt sie von den Aktivitäten, die sie gemeinsam mit den Mädchen unternommen hat, Aktivitäten, die sie ohne die Mädchen wohl nicht erlebt hätte, wie beispielsweise den Besuch eines Back-Street-Boys-Konzertes. Die Bedeutung der Arbeit mit den Jugendlichen beschreibt sie wie folgt:

„Das ist mein Ersatz. Also diese jungen Mädchen, die sind mein Ein und Alles. Ich weiß, vielleicht meine Kinder, vielleicht meine Schwestern, vielleicht ich weiß nicht. Also, und für die bin ich auch die Tante, oder die Patentante, ich weiß nicht. Es ist eine Beziehung entstanden, die sehr schön ist, eine Ansprechperson für die Probleme, die sie zu Hause nicht besprechen können.“(1998:16)

Charlotte spricht im Zusammenhang ihrer Arbeit mit den Mädchen von einem Ersatz. Einerseits sieht sie die jungen Mädchen als eine Art ihrer Verwandtschaft, vielleicht vermisst sie eine große Familie oder sie wünscht sich eigene Kinder. Dies wird durch das Interview nicht ganz geklärt. Andererseits kann die Arbeit mit den jungen Mädchen auch als ein Ersatz für die sie eher unbefriedigende Erwerbsarbeit gesehen werden. Auch in diesem Kontext stellt sich die Frage, die auch in der Analyse von Frau Breuers Biografie eine Rolle spielte, warum die ehrenamtliche Tätigkeit so bedeutungsvoll für die Frauen ist. Darüber hinaus muss kritisch hinterfragt werden, warum für die wichtige Arbeit mit Jugendlichen kein Geld bezahlt wird, beziehungsweise warum Frau Lanfranchi kein Geld erwartet.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Arbeitsbiografie von Charlotte Lanfranchi durch zwei wesentliche Aspekte bestimmt wurde. Zunächst ist der familiäre Kontext zu sehen. Die Abhängigkeit Charlottes von ihrem Vater beziehungsweise das Autoritätsgefühl ihm gegenüber führt sie in ein Studium, unter dem sie leidet, das ihr keine Freude bereitet. Dieser innerfamiliäre Zusammenhang wird gestützt von systemischen Exklusionserfahrungen, die Frau Lanfranchi erlebt. Diesbezüglich ist zunächst die Nichtanerkennung des Schulabschlusses, den Charlotte in Italien absolviert hatte, zu nennen. Hierdurch wird ihr die freie Wahl des Studiums aufgrund ausländerrechtlicher Bestimmungen verwehrt. Aus systemischer Perspektive wurde auf die Anerkennung von Bildungsabschlüssen an anderer Stelle bereits ausführlich Bezug genommen. Zum anderen – und hier macht Charlotte die gleichen Erfahrungen wie viele andere Stellensuchende – verfügt sie nicht über Nachweise ihrer beruflichen Tätigkeiten. Die während des Studiums gesammelten Erfahrungen als Übersetzerin hat sie sich nicht in Form von Zeugnissen dokumentieren lassen, was ihre Berufschancen nun zusätzlich einschränkt. Einerseits hatte also die damals bestehende Rechtssituation für Charlotte exkludierenden Charakter. Diese Gesetzesgrundlage, die exklusiv für Ausländer im rechtlichen Sinne Anwendung findet, ist ein Merkmal der Marginalisierung von Allochthonen. Andererseits fehlen Frau Lanfranchi jedoch auch die formalen Nachweise für ihre Kompetenzen.

Charlotte Lanfranchi verfügt über keine positive Einstellung zur ihrer gegenwärtigen Arbeit. Arbeit kann nicht mit Spaß verbunden sein, so wie beispielsweise die ehrenamtliche *Arbeit* mit Mädchen. Viel eher ist für Frau Lanfranchi Arbeit ein notwendiges Übel, das so wenig wie möglich erledigt werden muss.

6.3.4. Sabine Fichte – arbeiten in einer individualisierenden Gesellschaft

Sabine Fichte ist zum Zeitpunkt des Interviews 32 Jahre alt und lebt seit zwei Jahren in Köln und seitdem auch in Ehrenfeld. Sie ist als jüngste von drei Schwestern in einer Stadt im Ruhrgebiet aufgewachsen und bis zu ihrem Umzug nach Köln immerhalb des Ruhrgebiets mehrfach umgezogen.

Nach Köln kam Sabine Fichte berufsbedingt. Nach ihrem Studium der Anglistik, Amerikanistik und Geschichte mit anschließender Promotion fand sie eine Stelle in einem kleinen Verlag und Marketingservice. Dort blieb sie jedoch aufgrund finanzieller Probleme des Verlages nur kurz, überbrückte einige Monate durch Gelegenheitsjobs und arbeitete zu dem Zeitpunkt des Interviews in einem Bonner Verlag.

Sabine Fichte weiß, was sie will, dies zeigt sich auch in ihrer Arbeitsbiografie. Zwar ist ihre berufliche Laufbahn in der Anfangsphase eher zerstückelt, doch verfolgt Sabine ihre Karriere konsequent und zielstrebig. Dies bedeutet nicht, dass sie ihre individuellen Wünsche an eine und Vorstellungen von einer Stelle zurückschraubt, sondern die Möglichkeiten, die ihr der Arbeitsmarkt bietet, nutzt. Ihr Studium hat Sabine zügig durchgezogen. Dies nicht zuletzt auch deshalb, wie sie begründet, weil sie Bafög bezogen hatte, was ein Studium länger als zehn Semester erschwerte. Im Anschluss an das Studium arbeitete sie mit Zeitverträgen an der Universität und promovierte gleichzeitig. Die Promotion schließt sie mit 29 Jahren ab und sucht sich anschließend eine Stelle jenseits der Universität. Ihr beruflicher Wunsch ist es, im Verlagswesen als Redakteurin zu arbeiten. Sie selbst beschreibt sich als „buchbesessen“, und so will sie ihren Traum in einem guten Buchverlag zu arbeiten auch irgendwann verwirklichen, sieht sie auch, dass ihre Vorstellungen von der Verlagsarbeit anders sind als die Realität in den Verlagen. Das bedeutet, dass Stellen mit der Möglichkeit, eigene literarische und künstlerische Vorstellungen zu realisieren, eher dünn gesät sind. Hierzu skizziert sie:

„Das Dumme ist einfach nur, dass ich inzwischen halt mitgekriegt hab, dass es in den Verlagen nur ganz wenig gute Stellen gibt, also wo ein Redakteur auch mal was entscheiden kann oder ein Lektor. Und nicht nur einfach Sachen abwickelt oder managt. Aber im Prinzip ist das noch der große alte Traum. Irgendwie geil, also schöner Buchverlag ... Nöö ... och... gerne würde ich auch eine Zeitschriftenredaktion oder ... oder gerne auch Radio. Dat geht alles. Aber der Traum bleibt ein Buchverlag. Aber dann nicht irgendeiner, weil ich inzwischen auch weiß, dat kann eben auch sehr unangenehm werden, da zu arbeiten. Und bevor ich zum Verlag gehe, wo ich mich zum Affen mache, gehe ich halt lieber woanders hin.“ (1998:9)

In diesem Zusammenhang erwähnt sie die schlechten Erfahrungen, die eine Freundin von ihr

in einem renommierten Kölner Verlag gemacht hat, in dem keine Möglichkeiten bestanden, individuelle Konzepte auszuführen. Neben diesen eher ideell einzuschätzenden Aspekten bezüglich der Berufstätigkeit spielen für Sabine Fichte jedoch auch finanzielle Aspekte eine Rolle. Selbstverwirklichung bedeutet für sie auch, wenn auch eher als positiver Nebeneffekt, dass sie "gut" verdienen möchte.

Ihre erste außeruniversitäre Stelle führt Sabine Fichte nach Köln. Dort arbeitet sie in einem kleinen Verlag, der jedoch bereits nach kurzer Zeit aufgrund finanzieller Schwierigkeiten geschlossen wird. Die Arbeit dort beschreibt sie als eine Qual. Nicht zuletzt deshalb, weil sie ihre Chefin für unfähig hält. Lediglich aufgrund persönlicher Vernetzungen erhält der Verlag noch Aufträge, die jedoch aufgrund der Unzuverlässigkeit der Geschäftsführerin immer weniger werden. Sabine Fichte bemerkt hierzu ganz lapidar: „... Und irgendwann wurde die tragische Wahrheit bekannt. Die kriegt das nicht auf die Kette.“ (1998:9) Nach diesen schlechten Erfahrungen arbeitet Frau Fichte zunächst für kurze Zeit als freie Texterin, ist damit jedoch auch unzufrieden und wechselt dann in den Bonner Verlag, beziehungsweise die Agentur, in der sie auch zum Zeitpunkt des Interviews beschäftigt ist. In dieser Stelle sieht sie eine große Herausforderung, einerseits da sie sich inhaltlich mit der Thematik neu auseinander setzen muss, andererseits auch, weil sie anfangs befürchtet aufgrund ihrer lebensweltlichen Einstellungen, symbolisiert durch ihr äußeres Erscheinungsbild, nicht in den Betrieb zu passen. Hierzu muss gesagt werden, dass Frau Fichte äußerlich recht unkonventionell erscheint. Sie hat einen Hang zum Nekrophilen, was sich beispielsweise auch in ihrer Kleidung, ihrem Schmuck usw. äußert. Doch stellt sie bald fest, dass hier, ebenso wie auch bei den anderen Arbeitsstellen, die sie bisher innehatte, ihre berufliche Qualifikation das entscheidende "Bewertungs"-Kriterium darstellt. Ihr Kollege in dem Bonner Verlag äußert sich auf Nachfragen, warum sich für Sabine Fichte bei der Einstellung entschieden wurde, mit zwei Argumenten. Einerseits aus betriebswirtschaftlichen Gründen – die Gehaltsforderungen von Frau Fichte waren geringer als die der in Frage kommenden Mitbewerber(innen) – und darüber hinaus gewann man von Sabine Fichte schnell den Eindruck, dass sie flexibel und schnell sei und sie sich somit auch schnell in neue Arbeitsprozesse einarbeiten könne. Für Sabine ist es für ihre berufliche Laufbahn sehr wichtig, dass sie neue Aspekte kennenlernt, die sie beruflich weiterbringen können.

Insgesamt, so lässt sich festhalten, spielt für Frau Fichte die Berufstätigkeit eine wesentli-

che Rolle in ihrem Leben. Ein Leben ohne Arbeit ist für sie indiskutabel. Dies betrifft auch ihre Lebensplanung jenseits des Berufes. Sie strebt an, die räumliche Trennung mit ihrem langjährigen Freund aufzuheben und mit ihm, soweit die beruflichen Perspektiven der beiden dies zulassen, zusammenzuziehen, eine Hochzeit ist für sie nicht ausgeschlossen, jedoch möchte sie keine Kinder.

Frau Fichte erscheint einem zunächst als sehr mobiler Mensch – sie pendelt arbeitsbedingt täglich zwischen Köln und Bonn, wöchentlich zwischen dem Ruhrgebiet und Köln hin und her, ab und zu hat sie Kontakt zu Freunden in anderen Orten der Bundesrepublik Deutschland. Es zeigt sich jedoch bei näherer Betrachtung, dass sie diese Ortsmobilität lediglich in Kauf nimmt. Sie nimmt sie in Kauf, da sie nicht in Bonn leben will, sie nimmt sie ebenso in Kauf um ihre Freunde und Familie sehen zu können. Zwar ist sie ortsmobil, doch diese Mobilität bedeutet für sie weder, wie oft behauptet wird, eine Bindungslosigkeit, noch ist sie bereit, diese Mobilität aus beruflichen Gründen immer wieder einzugehen oder zu erweitern. Beruflich ist sie zwar flexibel, sie ist bereit in unterschiedlichen Arbeitsbereichen Erfahrungen zu sammeln, jedoch ist sie keineswegs räumlich mobil, in dem Sinne, dass sie aufgrund der Arbeit NRW verlassen würde. Einen möglichen Umzug ihres Betriebes nach Berlin würde sie wahrscheinlich nicht begleiten. Zu sehr ist ihr die Nähe der Freunde/Freundinnen wichtig. Sie möchte auch weiterhin in Köln oder der Umgebung von Köln leben. Es zeigt sich, dass sie keineswegs bereit ist, für die Arbeit ihre Lebensplanung vollkommen zu verändern oder die Kontakte zu den Freund(innen) und der Familie zu vernachlässigen. Die Arbeit ist für sie zwar wichtig, aber daneben existieren noch andere Dinge, die ebenso wichtig sind.

Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass alles in allem die Biografie von Frau Fichte, und dies betrifft sowohl die Arbeitsbiografie als auch die Lebensgestaltung, als sehr individuell gestaltet bezeichnet werden kann. Sabine Fichte ist nicht nur Gestalterin eines sehr komplexen privaten Lebens, sondern kann auch als eine Planerin der eigenen Arbeitsbiografie gesehen werden. Sie macht dabei, und dies ist sicherlich ihrer Zielstrebigkeit und dem Wissen um die eigenen Kompetenzen geschuldet, kaum Exklusions*erfahrungen*. Zwar muss sie die Stelle in dem Kölner Verlag aufgeben, wird also streng genommen aus den Arbeitsprozessen exkludiert, doch begreift sie die daraus resultierende Arbeitslosigkeit keineswegs als Schicksalsschlag. Viel eher war für sie bereits vorher klar, dass dies keine Stelle “für das Leben” ist. Sabine Fichte ist weit entfernt von dem, was als Normalarbeitsbiografie verstanden werden

kann, wobei, wenn wir uns die Biografien ansehen, gefragt werden muss, was das "Normale" an den Arbeitsbiografien darstellt. Sie befindet sich immer noch in einer "Suchphase", einer Phase nach der richtigen Arbeitsstelle, die sie wirklich ausfüllt, bei der sie ihrer Selbstverwirklichung ein wenig näher rücken kann.

Sabine Fichte kann als eine Frau der Postmoderne bezeichnet werden, in der sie die eigene Biografie selbst inszenieren muss. Sie nutzt diese Möglichkeit und die Freiheit, die ihr gegeben ist, für sich und findet so einen Weg, jenseits von traditionellen Rollenvorstellungen. Denn in ein traditionelles Rollenkonzept, das die alleinige Konzentration der Frau auf ihre Berufstätigkeit als eine Ausnahme betrachtet, passt Sabine Fichte nicht hinein und das will sie auch nicht.

6.4. Vergleichende Betrachtungen

In den vorliegenden Biografien wurde der Umgang mit Arbeit im Leben der einzelnen Stadtbewohner(innen) analysiert. Eine zusammenfassende Analyse kann nochmals auf wichtige Aspekte, auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Rekonstruktion der Arbeitsbiografien eingehen. Ein bedeutender Schritt wird darin liegen, die Biografien noch einmal auf die Ausgangsfragestellung hin zu untersuchen.

Im theoretischen Rahmen dieser Arbeit wurde herausgearbeitet, dass ein enger Zusammenhang zwischen systemischen Exklusionserfahrungen, also zwischen Arbeitslosigkeit und der lebensweltlichen Ausgestaltung der Biografie existiert. Nun liegen uns vier Arbeitsbiografien vor, die unterschiedlicher nicht sein könnten:

- Frau Breuer, eine ganz 'normale Arbeitsbiografie'. Trotz erfahrener geschlechtsspezifischer Diskriminierungen, die sich sowohl auf den formalen Rahmen als auch auf die Alltagswelt beziehen, kann Frau Breuer auf ein kontinuierliches und erfülltes Arbeitsleben zurückblicken. Finanzielle Aspekte der Arbeit sind nebensächlich.
- Camal Khaleds Arbeitsbiografie ebenso wie seine Biografie basieren auf extremen Formen der Exklusion, einem unsicheren Aufenthaltsstatus sowie keiner Arbeitserlaubnis. Trotz dieser gravierenden systemischen, nationalitätenspezifischen Exklusionen versucht Camal seinen Traum einer Arbeitsbiografie verwirklichen zu können – ist dieses Unterfangen objektiv auch aussichtslos. Finanzielle Ressourcen haben einen hohen Stellenwert

für Camal Khaled.

- Charlotte Lanfranchis Zugang zur Arbeit ist aufgrund einiger Niederlagen eher pessimistisch und lustlos. Hinzu kommen ausländerrechtlichen Bestimmungen, die ihren in Italien gemachten Schulabschluss nicht anerkennen. Wirkliche Freude erlebt sie nur jenseits der Erwerbsarbeit in der ehrenamtlichen Tätigkeit mit Mädchen. Hier wählt sie einen 'typisch weiblichen' Weg der gesellschaftlichen Anerkennung. Charlotte arbeitet, um zu leben.
- Sabine Fichtes Konstruktion ihrer Biografie weist auf eine individualisierte, postmoderne Arbeitsbiografie hin. Trotz Sprüngen und mancher Unzufriedenheit weist ihre Arbeitsbiografie nicht auf 'erlebte' Exklusionen hin. Frau Fichte kann als eine Bastlerin ihrer eigenen Berufslaufbahn bezeichnet werden, in der materielle Werte ebenso Bedeutung besitzen wie ideelle.

Die Diversität der hier vorgestellten Biografien, ihre Heterogenität weist noch einmal darauf hin, dass die gesellschaftliche Formation die der Postmoderne ist, in der die ganz normale Arbeitsbiografie eine Form unter vielen Arbeitsformen ist. Lediglich bei Frau Breuer lässt sich eine Konstanz innerhalb der Arbeitsbiografie erkennen, die als Zeichen einer ganz normalen Arbeitsbiografie gedeutet werden kann. Bedenkt man das Alter von Frau Breuer – sie steht eher am Ende ihrer Berufskarriere –, so kann die normale Arbeitsbiografie ein Zeichen dafür sein, dass sich die gesellschaftlichen Prozesse in den letzten beiden Jahrzehnen bezüglich des Arbeitsmarktes sehr beschleunigt haben. Die drei anderen interviewten Ehrenfelder(innen) können viel eher auf eine zerstückelte, wenn auch in unterschiedlicher Weise zerstückelte, Arbeitsbiografie zurückgreifen. Glaubt man Ulrich Beck, dann ist dies ein Zeichen für das, was er Brasilianisierung des Westens nennt und als wesentliches Kennzeichen der neuen Arbeitsformen bezeichnet.

Wie auch an anderer Stelle bereits ausführlich diskutiert wurde, hat Ulrich Beck Recht damit, wenn er die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt mit einer neuen Vielfalt beschreibt. Dennoch greift dieses Bild zu kurz, bezieht es sich doch lediglich auf die systemische Perspektive des Arbeitsmarktes. Zudem ist in dieser Beschreibung der Realität nicht bedacht, dass die Veränderung des Arbeitsmarktes auch mit positiven Aspekten für manche verbunden ist. Die Kontinuität der Arbeitsgesellschaft konnte nur gewährleistet werden, und auch darauf wurde bereits hingewiesen, indem Frauen in weiten Teilen ausgeschlossen blieben. Hier haben

sich Veränderungen vollzogen, wenn auch von einer realen Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt noch nicht die Rede sein kann. Zurück jedoch zu den Biografien. Der Umgang mit Diskontinuitäten in der Arbeitsbiografie wird von den Individuen ganz unterschiedlich bewertet und diese Bewertung wird von Ulrich Beck nicht einbezogen. Diskontinuitäten lassen sich in allen vier Biografien feststellen, nur sind sie sehr different. Frau Breuer unterbricht ihre Berufstätigkeit während der 'Familienphase'. Diese Unterbrechung scheint für sie mehr als natürlich zu sein. Sie wird nicht hinterfragt, kann Frau Breuer sich ein Leben ohne Berufstätigkeit auch nicht vorstellen. Es kann sicherlich gesagt werden, dass diese Unterbrechung der Erwerbstätigkeit von Frau Breuer als freiwilliger Entschluss interpretiert wird, ist diese freiwillige Unterbrechung auch mit finanziellen Einbußen verbunden, was sich spätestens an den Rentenansprüchen zeigt. In Frau Breuers Biografie zeigt sich eindeutig die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. In selbstverständlicher Art – wobei dies nicht wertend gedacht ist – verzichtet Frau Breuer auf die bezahlte Tätigkeit und arbeitet zu Hause, unbezahlt. Hier muss nicht nochmals betont werden, dass diese geschlechtsspezifische Arbeitsorganisation, bei der es auch immer um die Verteilung von Machtansprüchen symbolisiert durch den Arbeitslohn geht, auch heute noch für Familienverbände die übliche Form darstellt und dem Bild der bürgerlichen Gesellschaft entspricht. Eine der wesentlichen Fragestellungen der Arbeit bezieht sich auf Exklusionen aus dem Arbeitsprozess. Präziser formuliert lautet die zu Grunde gelegte Frage, wann formale Kriterien auf dem Arbeitsmarkt außer Kraft gesetzt werden und andere, neue Regelungen zum Tragen kommen. Für Frau Breuers Arbeitsbiografie kann diesbezüglich festgehalten werden, dass die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung das Arbeitsleben einschränkend und exkludierend mitbestimmt. Hier werden die formalen Regelungen zur Partizipation ummantelt. Geschieht dies auch, ohne dass Frau Breuer dies derart rekonstruiert? Wie sieht es nun mit den Exklusionen der anderen Interviewpersonen aus? Camal Khaled ist in höchstem Maße aus den wichtigsten Teilsystemen der Gesellschaft ausgeschlossen. Dieser Ausschluss funktioniert primär aufgrund seiner Staatsangehörigkeit, ist also ethnisch bedingt. Neben den schwierigen Bedingungen, denen Camal als Unterschichtsjugendlicher ausgesetzt ist, ist seine Situation als allochthoner Jugendlicher zusätzlich noch erstens durch eine 'exakt austarierte Unterschichtung', zweitens 'durch institutionell ausgearbeitete Aufstiegschancen' und drittens 'durch eine über den politischen Diskurs erfolgreich ethnifizierte Gesamtstruktur von Gesellschaft' gekennzeichnet (Wolf-Dietrich

Bukow 1996:116). Seine gesellschaftliche Position ist durch diese Faktoren weitgehend geprägt, woran auch die Realisierung seiner biografischen Konstruktion scheitert. Diese biografischen Entwürfe, die sich primär auf den Arbeitskontext beziehen, belegen, dass an ganz bestimmten Stellen und in spezifischen Zusammenhängen die Lebensplanung ins Stocken geraten ist. Genauer betrachtet handelt es sich bei Camal Khaled um einen typischen Vertreter der Postmoderne. Erkennbar ist das beispielsweise an der starken Betonung der Individualität und der biografischen Planung und Zielsetzung. Dennoch muss an dieser Stelle gefragt werden, warum Camal Khaled seine biografischen Entwürfe nicht realisieren kann. Dies lässt sich nur so erklären, dass die postmoderne Gesellschaft im Vergleich zu vormodernen Gesellschaften trotz struktureller Vorteile kaum mehr Sicherheit für die Mitglieder bietet beziehungsweise manchen Mitgliedern ihr Mitgliedstatus (in Form der nationalen Zugehörigkeit) aberkannt wird. Wie am Beispiel von Camal zu sehen ist, wurde dieser nicht mit seiner Biografie ernst genommen, sondern – weil er Tunesier ist – von seiner Umwelt sowohl ethnisiert als auch kriminalisiert.⁵⁷ Es ist also auch in der Postmoderne durchaus möglich, bestimmte Gesellschaftsmitglieder zielgenau auszugrenzen und zu skandalisieren. Nur wird diese Ausgrenzung jetzt im Rahmen eines neuen Vergesellschaftungsmodus anders organisiert, nämlich durch die Verweigerung der strukturellen Koppelung, der systemischen Exklusion auf vielen Gebieten. Somit ist die Möglichkeit, sich innerhalb der Gesellschaft wirkungsvoll zu verankern, nicht realisierbar.

Camal Khaled ist sicherlich ein extremes Beispiel für die Verweigerung der strukturellen Koppelung aufgrund der nicht-deutschen Staatsangehörigkeit. Doch auch Charlotte Lanfranchi erfährt Exklusionen, die in direkten Zusammenhang mit ihrer Herkunft einzuordnen sind. Die Nicht-Anerkennung des italienischen Schulabschlusses hat für sie zur Folge, dass ein Universitätsstudium für sie nur in eingeschränkter Form möglich ist. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf ihren jetzigen Beruf, der nicht ihren Vorstellungen entspricht und in dem sie nur eher widerwillig arbeitet. Gleichzeitig ist jedoch ihre durchaus bewusste Entscheidung zu sehen, nur so viel zu arbeiten, wie für das Leben notwendig ist. An diesem Punkt setzt erst-

57 Vgl. Ugur Tekin/Erol Yildiz (1999): Skandalisierung allochthoner Jugendlicher durch Kriminalisierung. In: Ottersbach, Markus/Sebastian Trautmann (Hrsg.): Integration durch soziale Kontrolle. Zu Kriminalität und Kriminalisierung allochthoner Jugendlicher. Köln, S. 95-121, hier: S. 95 ff. Dieser Aufsatz beschreibt in beeindruckender Weise wie die Phänomene 'Jugend', 'Gewalt', 'Kriminalität' und 'Ausländer' in Verbindung gebracht werden und wie das Bild des "kriminellen Ausländers" in der Öffentlichkeit immer wieder produziert wird.

mals eine individuelle Entscheidung ein, wie sie ihre Arbeitsbiografie gestalten möchte. Dieser Gestaltungsfreiraum ist für sie zusehends dominant, sie wird zur Gestalterin ihrer Arbeitsbiografie. Als Selbständige ist diese Eigeninitiative noch mehr als in anderen Berufszweigen eine unabdingbare Voraussetzung. Somit bewegt sie sich ganz selbstverständlich in einer postmodernen Gesellschaft.

Als eine gelungene Arbeitsbiografie im Zeichen der Postmoderne kann die von Sabine Fichte gesehen werden. Sabine gelingt es, wie ausführlich gezeigt wurde, mit Exklusionen positiv umzugehen. Arbeitslosigkeit wird von ihr nicht als eine aussichtslose Situation gewertet, sondern die Suche nach einer neuen Arbeit ist für sie auch Chance zugleich. Dies kann ihr aber auch nur deshalb gelingen, da sie über ein hohes Maß an sozialem Kapital, symbolisiert durch eine sehr gute Bildung, verfügt. Die formalen Voraussetzungen zur mühelosen Partizipation am Arbeitsmarkt, Bildung, gute Zeugnisse und ebenso die deutsche Staatsangehörigkeit, die ja wie gezeigt wurden, auch eine wichtige Grundlage bildet, sind gegeben. Ihre lebensweltliche Orientierung wird hier nebensächlich.

7. Arbeit in politischen Diskussionen – Interventionsstrategien

Im Kontext von Arbeit und Arbeitsmarktprozessen bildet die diskursive Perspektive eine nicht zu vernachlässigende Dimension. Das bedeutet, dann, wenn es um Exklusionsprozesse auf dem Arbeitsmarkt geht, wenn also die gesellschaftliche Teilhabe in Frage gestellt wird, muss überlegt werden, wie mit diesen gravierenden Verwerfungen umgegangen werden kann. Deshalb geht es aus diskursiver Sicht um auf Richtigkeit ausgerichtete, diskursive Prozesse und Vernetzungen, die den Arbeitsmarkt betreffen, und deren Bedeutung für den lokalen Zusammenhalt und das städtische Zusammenlebens.

7.1. Zur Ausgangslage

Will man die diskursiven Prozesse, die die Exklusion auf dem Arbeitsmarkt betreffen, analysieren, ist es notwendig vor allem die strukturellen, systemischen Aspekte mit einzubeziehen, weil sie erst diskursives Verhalten provozieren beziehungsweise auslösen. Das bedeutet jedoch nicht, dass jedes strukturelle Problem auch als solches von den Beteiligten wahrgenommen wird und zum Gegenstand des Diskurses gemacht würde. Dies ist – im Kontext von Arbeit – auch dem unterschiedlichen Umgang mit dem Thema Arbeit geschuldet, so wie es im vorangegangenen Kapitel aus lebensweltlicher Sichtweise diskutiert wurde. Zudem sind neben den diskursiven Verfahren von Konfliktbearbeitung auch ganz andere Strategien denkbar wie beispielsweise Transformationsverfahren oder auch Ignoranz. Selbstverständlich sind im lokalen Zusammenhang auch Machtdiskurse zu beobachten, die die Sicherung partikularer Herrschaftsinteressen und Ausschlussmechanismen zum Ziel haben. Zu denken ist bei der hier vorliegenden Thematik beispielsweise an Stammtischparolen, die die alpbchthone Bevölkerung für die Arbeitsmarktmisere verantwortlich machen und darüber hinaus die Arbeitsplatzsicherung zunächst einmal für die Deutschen fordern. Innerhalb dieser Untersuchung habe ich mich – um mich nicht in die destruktiven Analysen der urbanen Gesellschaft mancher WissenschaftlerInnen einzureihen – in erster Linie auf verständigungsorientierte, emanzipative Diskursarten konzentriert, die zu einem demokratisch ausgehandelten Konsens geführt haben und zur Verarbeitung generalisierbarer Interessen dienen (Demokratische Diskurse). Dieses

konstruktive Verfahren scheint mir für die Bewältigung systemischer Verwerfungen sinnvoll zu sein. Im diskursiven Kontext geht es meistens um systemisch bedingte Krisen und Probleme, wie beispielsweise die Arbeitslosigkeit einer großen Anzahl von BewohnerInnen des Quartiers, die diskursiv aufgegriffen wurden, um gemeinsame Lösungen auszuhandeln. Daher standen hier diskursive Kontexte, angefangen von einfachen Alltagsdiskursen über in Institutionen eingefügte Diskurse bis hin zu Initiativen, die strukturell bedingte und auf den lokalen Arbeitsmarkt bezogene Probleme und Krisen zum Gegenstand hatten, im Vordergrund. Anknüpfend an die Ergebnisse aus den Untersuchungen der systemischen Perspektive konnte herausgearbeitet werden, welche Krisen und Konflikte auf dem Arbeitsmarkt generell zu beobachten sind, ob und wie sie von den Einzelnen im Stadtteil wahrgenommen wurden, ob sie diskursive Prozesse ausgelöst haben und welche Bearbeitungsstrategien sichtbar wurden.

Da es in diesem Rahmen nicht darum ging, alle diskursiven Prozesse und Strategien im Kontext des Themas Inklusion und Exklusion auf dem Arbeitsmarkt zu analysieren, bin ich exemplarisch vorgegangen. Auch habe ich mich dabei auf Grundkonflikte und Kerndiskurse beschränkt, die im Stadtteil allgemein als wichtig erachtet wurden. Während aus lebensweltlicher Perspektive bereits einige individuelle, biografische Aspekte des Umgangs mit Exklusionserfahrungen aufgegriffen und analysiert wurden, wird sich nun auf öffentliche, politische Diskurse eines Vereins sowie einer Initiative konzentriert. Die Ausführungen basieren auf teilnehmender Beobachtung, Feldprotokollen, Interviews, Zeitungsanalysen und Dokumentenanalysen.

Die Kernkonflikte, die sich als roter Faden durch den gesamten Arbeitsmarkt in Ehrenfeld ziehen, beziehen sich auf die aus systemischer Perspektive bereits analysierten Prozesse der Deindustrialisierung, die zu tiefgreifenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt geführt haben. Auch viele arbeitsmarktbezogene Diskurse gruppieren sich um diese Umstrukturierungsprozesse und deren Folgen für die Menschen. Diskurse um 'Ehrenfeld im Wandel', 'Ehrenfeld – vom Arbeiter- zum Schickervierviertel?' 'Stadtteil im Umbruch', die beobachtet werden konnten, markieren diese Umstrukturierungsprozesse im Quartier, die immer auch im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt stehen. Hier stellte sich dann die Frage, wie die Betroffenen mit diesen Krisen und Konflikten umgehen. Und einen Schritt vorher muss selbstverständlich darüber nachgedacht werden, wer überhaupt von den Exklusionsprozessen betroffen ist. Welche Konfliktbearbeitungsstrategien wurden anschließend entwickelt? Welche Ergeb-

nisse wurden erzielt? Oder scheitern die Diskurse? Welche Machtverhältnisse werden sichtbar? Führen die Konflikte zur Formierung sozialer Bewegungen (wie beispielsweise Arbeitslosen- oder Obdachlosenbewegung)?

Die Konflikt- und Diskursstrategien wurden in unterschiedlichen Kontexten erarbeitet. Zunächst standen der Einzelne und dessen Wahrnehmung im Mittelpunkt. Ein weiterer Schwerpunkt der Untersuchung aus dieser Perspektive lag in der Untersuchung diskursiver Prozesse in einer alten Metallfirma im Stadtteil, in der Teile der Arbeitnehmerschaft von Entlassungen bedroht sind. Die Konflikte, die systemischen Ursprungs sind, und deren Bearbeitungsformen konnten im Blick auf die 'Zivilgesellschaft im Kleinen' untersucht werden.

Ein letzter Schritt – der im weiteren Verlauf im Mittelpunkt des Interesses stehen wird – lag in der Beobachtung und der Analyse verschiedener Initiativen ('KALZ', 'EVA', 'Job-Börse'), die sich gegen die strukturellen Verwerfungen auf dem lokalen Arbeitsmarkt formierten. Auch die von diesen Initiativen ergriffenen Reparaturmaßnahmen und Aktionen standen im Fokus der Betrachtungen. Daneben wurden Initiativen herangezogen, die nicht direkt den Arbeitsmarkt zum Gegenstand haben, aber indirekte Konflikte im Zusammenhang mit der Situation auf dem Arbeitsmarkt (Gewalt, Rassismus, Minderheiten etc.) diskutieren.

Die Rekonstruktion des Themenkomplexes 'Arbeit' macht deutlich, wie eng die Verzahnungen gerade zwischen systemischer und diskursiver Ebene sind, was – so ist zu vermuten – durch die Bedeutung von Arbeit innerhalb des gesellschaftlichen Systems verursacht ist.

7.2. Fraglichwerden des Alltags

Im Kontext Arbeit bezieht sich das Fraglichwerden des Alltags primär auf Exklusionsprozesse aus dem Arbeitsmarkt, die sehr different verlaufen können. Für die meisten Menschen stellt die unfreiwillige Erwerbslosigkeit eine einschneidende Situation dar, wenn auch, wie zuvor analysiert wurde, die Menschen unterschiedliche Bearbeitungsmechanismen entwickelt haben. In aller Kürze wird in diesem Zusammenhang nochmals auf die strukturellen Rahmenbedingungen des Stadtteils Ehrenfeld eingegangen, es werden die Orte und Situationen markiert, an denen ein Fraglichwerden des Alltags erkennbar sind.

Der Stadtteil Ehrenfeld ist seit einigen Jahren durch permanente Transformationen

geprägt, seien es Deindustrialisierungsprozesse, Straßenbau- und Wohnbausanierung, U-Bahnbau, Umstrukturierungen des Handels und Gewerbes oder Gentrifizierungsprozesse, die eine Veränderung der Wohnstruktur herbeiführen. Diese Umstrukturierungen bieten für manche Chancen, für viele sind sie jedoch mit Risiken verbunden, nicht nur was die Inklusion in den Arbeitsmarkt betrifft.

Wie in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt ist auch die Arbeitsmarktlage in dem untersuchten Stadtteil als sehr angespannt zu bezeichnen; die Zahl der Arbeitsplätze sinkt kontinuierlich. Verbunden mit den betrieblichen Veränderungen im sekundären Bereich ist eine Umgestaltung der Beschäftigungsverhältnisse des Kleingewerbes, speziell des Handels festzustellen. Die vielen kleinen Geschäfte und Unternehmen Ehrenfelds resultieren teilweise aus dem Abbau von Arbeitsplätzen im sekundären Sektor. Denn ein Weg, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, kann darin liegen, sich in die Selbständigkeit zu begeben. In den vermehrten Existenzgründungen werden Transformationen deutlich, die typisch für den Strukturwandel des Arbeitsmarktes sind und als Kennzeichen einer postmodernen Stadtstruktur gewertet werden können.

Innerhalb des Quartiers wird ein weiterer Trend sichtbar, nämlich die Differenz zwischen Reichtum auf der einen und Armut auf der anderen Seite. Und so zeigt sich, dass die Transformationen auf dem Kölner Arbeitsmarkt für einige – gerade Hochausgebildete – durchaus Chancen eröffnen, und so finden wir in Ehrenfeld im Zuge der Gentrifizierung zunehmend mehr finanziell abgesicherte EinwohnerInnen – es gilt als chic hier zu wohnen. Dennoch gilt der Stadtteil innerhalb Kölns neben Chorweiler und Kalk immer noch als einer der ärmsten.

Während ich mich unter der Fragestellung der Interventionsstrategien zunächst auf die Exklusionen als Folge der Transformationen konzentriert habe, soll nun ein weiterer Aspekt zum Tragen kommen. Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt werden keineswegs nach formal gerechten Kriterien verteilt, sondern von den systemischen Exklusionen sind besonders die ohnehin schon marginalisierten Bevölkerungsgruppen betroffen. Dies kann auch, wie innerhalb dieser Arbeit gezeigt, durch die PISA-Studie belegt werden. Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit beziehungsweise einer gerechten Verteilung von Arbeit werden so beispielsweise ethnischen Kriterien untergeordnet, was dazu führt, dass Allochthone einem speziellen Armutsrisiko ausgesetzt sind. Basis für diese Ausgrenzungen sind zunächst rechtliche Barrieren, wie sie durch das Ausländergesetz, das Arbeitsförderungsgesetz und das Asylgesetz

gegeben sind. Diese sind nicht nach formalen Grundlagen konzipiert, sondern entsprechend dem *ius sanguinis* und dem Nationalitätenprinzip. Im urbanen Kontext finden diese Gesetze auf alltäglicher Ebene ihren Niederschlag. Dann wird der Arbeitssuchende zum allochthonen Arbeitssuchenden, zum 'Ausländer', zum 'Gastarbeiter', zum 'Anderen', was seine Chancen zur Partizipation am Arbeitsmarkt behindert. Darüber hinaus werden Diskussionen geführt, die von den 'Grenzen der Belastbarkeit' sprechen, um somit zu artikulieren, dass nicht etwa eine fehlgeschlagene Arbeitsmarktpolitik die Ursache für die Arbeitslosigkeit sei, sondern das 'Ausländerproblem'. Diese Argumentation lässt sich auch in anderen Bereichen, in denen systemische Defizite vorzufinden sind, wiederfinden.

7.3. Bearbeitungsstrategien

In der vorangegangenen Diskussion wurden zwei Hauptkonflikte innerhalb des Quartiers markiert. Auf der einen Seite stehen die allgemeinen Transformationen des Arbeitsmarktes, die sich unter dem Stichwort Deindustrialisierung und deren Folgen subsumiert wurden, auf der anderen Seite steht die ethnische Aufladung des Arbeitsmarktes. Für die Lösung beider Problemkonstellationen haben sich in Ehrenfeld metakommunikative Prozesse entwickelt, die an dieser Stelle diskutiert werden sollen. Zunächst gilt es, den Blick nochmals auf das 'Kölner Arbeitslosenzentrum' zu richten. Anschließend wird das Thema der Ethnisierung im Kontext Arbeit und die diskursive Bearbeitung des Problems innerhalb des Quartiers aufgegriffen.

Das 'KALZ' gilt als der etablierteste Verein innerhalb Kölns, der Interventionsmöglichkeiten gegen Erwerbslosigkeit entwickelt und realisiert. Die Angebotspalette der Einrichtung reicht von individueller Hilfestellung in Form von Bewerbungstraining, Arbeitsplatzsuche, Sozialberatung bis hin zur politischen Öffentlichkeitsarbeit.

Die Transformationsprozesse auf dem Arbeitsmarkt führten im Jahr 1983 zur Gründung des 'KALZ'. Bereits in diesen Jahren zeigten sich die Spuren der Deindustrialisierung innerhalb Kölns. In den beginnenden 80er Jahren liegt für viele Kölner Initiativen, die die Probleme von Armut beziehungsweise Arbeitslosigkeit thematisieren, die Entstehungsgeschichte. So wurde parallel zur Gründung des 'Kölner Arbeitslosenzentrums' von dem

heutigen Geschäftsführer des 'KALZ' eine Selbsthilfegruppe im rechtsrheinischen Köln ins Leben gerufen, die sich an Arbeitslose wendete. InitiatorInnen des 'KALZ' waren ebenfalls Betroffene, also arbeitlose Männer und Frauen, die das 'KALZ' in Kooperation mit dem evangelischen Stadtkirchenamt gründeten. Doch die zivilgesellschaftliche Vernetzung blieb nicht auf die Zusammenarbeit mit der Kirche beschränkt, sondern erstreckt sich seit langem über viele politische Initiativen, wie den Kölner Appell gegen Rassismus und die ÖTV-Arbeitsloseninitiative. Damit besteht in Köln ein breites zivilgesellschaftliches Netz, ohne das die Aktivitäten gegen Arbeitslosigkeit nicht mehr vorstellbar wären. Die Mitglieder dieses Netzwerkes sind in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit als Experten für Fragen rund um das Thema Arbeit beziehungsweise Arbeitslosigkeit anerkannt.

Was war nun aber die Motivation für das politische Engagement für Erwerbslose? Wie oben bereits erläutert, begann Ende der 70er Jahre die Deindustrialisierung weiter Teile Kölns. Das Ziel, mit dem das 'KALZ' angetreten war und das sich in der heutigen Arbeit der Initiative weiter fortsetzt, ist eine Neuverteilung der Arbeit, um auch für diejenigen Arbeitsmöglichkeiten zu finden, die 'traditioneller Weise' keine Chance haben, auf dem ersten oder zweiten Arbeitsmarkt eine Stelle zu finden, wie beispielsweise Obdachlose und andere Marginalisierte. Es geht ihnen demnach – systemisch gesprochen – um die Inklusion von Exkludierten.

Wird von einer Umverteilung der Arbeit gesprochen, so gilt als erstes, sich von der Vorstellung einer Vollbeschäftigung für alle zu verabschieden, denn eine solche ist, wie gezeigt wurde, unter den derzeitigen ökonomischen Gegebenheiten nicht mehr realisierbar. Gleichzeitig muss ein neuer Arbeitsbegriff geschaffen werden und die Arbeit darf nicht weiterhin als Arbeitsgesellschaft dargestellt werden. Für das Leben der Einzelnen bedeutet das, dass es nicht mehr, wie bisher ausschließlich auf Erwerbsarbeit aufgebaut werden kann, beginnend mit der Schule, Ausbildung, Beruf und Rentenalter, sondern dass neue Wege gefunden werden müssen, was teilweise bereits geschieht. Ulrich Beck (1999) plädiert dafür, dass der gesellschaftlichen Realität und der nicht mehr einlösbaren Vollbeschäftigung mit einer Regelarbeitszeit von 40 Stunden in der Woche für alle durch die Entwicklung einer politischen Bürgergesellschaft Rechnung getragen werden wird. Die finanzielle Absicherung des Einzelnen kann nicht für alle über die traditionelle Erwerbsarbeit realisiert werden, ebenso wie die Arbeit im westlichen Kulturkreis nicht als einzig relevant für die 'Wertschätzung' des Men-

schen und seiner Tätigkeit erklärt werden kann.

Im Zuge einer Umverteilung von Arbeit, die ein neues Denken über Arbeit voraussetzt, können durchaus Autonomieräume entstehen, Möglichkeiten des politischen Engagements oder eines veränderten Freizeitverhaltens. Auf Grundlage eines solchen Modells wäre eine individuelle Ausgestaltung der Lebensstile – die kulturelle Demokratisierung – für alle möglich. In diesem politischen Sinne kann auch die Arbeit des ‘KALZ’ verstanden werden.

Die politische Orientierung des Arbeitslosenzentrums hat ihren Ursprung – so betont es der Geschäftsführer des Projektes, in den sozialen Bewegungen der 80er Jahre und bezieht sich zugleich auf die Tradition der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaft sowie auf die Geschichte des Stadtteils als Arbeiterviertel. Im Rahmen der politischen Öffentlichkeitsarbeit werden vom ‘KALZ’, in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, beispielsweise auch Veranstaltungen gegen die Ausgabenpolitik des Kölner Arbeitsamtes durchgeführt. So war bereits im Juni 1999 der Jahresetat für ABM-Stellen ausgeschöpft, was zur Konsequenz hatte, dass ca. 2.000 ABM-Stellen in Köln und die Arbeit zahlreicher Vereine gefährdet war. Von den Sparmaßnahmen waren insbesondere die Vereine betroffen, deren Arbeit gesellschaftspolitischer Art ist. In einer Erklärung an das Arbeitsamt, die von mehr als 30 Vereinen und Organisationen in Köln unterzeichnet wurde, heißt es deshalb:

„Daher ist der Verwaltungsausschuss des Kölner Arbeitsamtes aufgefordert, die widersinnige Ausgabenpolitik zu stoppen. Es ist die Aufgabe von Verwaltungsausschuss und Leitung des Kölner Arbeitsamtes, transparente und nachvollziehbare Kriterien und Qualitätsstandards für die Arbeitsmarktpolitik in Köln zu entwickeln und ABM auch weiterhin als einen wichtigen Baustein für Köln zu fördern.“ (Juli 1999)

Für die Arbeit des Kölner Arbeitslosenzentrums gilt, dass sie nicht auf die lokale Ebene beschränkt bleibt. Dies verdeutlichen beispielsweise auch die Aktionen, die gemeinsam mit verschiedenen Initiativen im Sommer 1999 veranstaltet wurden. Diese reichen von Protesten vor dem Bonner Arbeitsministerium über Aktionen anlässlich eines Besuches des Arbeitsministers Walter Riester in Köln bis hin zu der Veranstaltung von bundesweiten Arbeitsmarktkonferenzen. Diese Formen der politischen Partizipation können als eine notwendige Alltagspolitik verstanden werden, eine Politik, die dann ansetzt, wenn gesellschaftliche Probleme ungelöst bleiben. Dabei zeigt sich, wie wichtig die Vernetzung mit unterschiedlichen Initiativen ist. Durch diese zivilgesellschaftliche Kooperation lässt sich der Erfolg des ‘KALZ’ erklären. Um es mit den Worten des Geschäftsführers des ‘KALZ’ zu sagen: „Es ist notwendig, den Stummen eine Stimme zugeben.“ Je mehr Stimmen hörbar sind, um so mehr Gewicht

werden sie in Öffentlichkeit und Politik erlangen. Die politische Botschaft, die hier zum Ausdruck gebracht wird, ist ein klares Plädoyer für eine basisorientierte Zivilgesellschaft und eine flächendeckende politische Partizipation.

Mit seiner Arbeit leistet das 'KALZ' sicherlich einen positiven Beitrag zu den Diskussionen, die um die Verteilung von Arbeit und die Existenzsicherung aller Individuen geführt werden. Denn wie das „Bündnis für Arbeit“ zeigt, reicht es nicht aus, sich bei einer gerechteren Verteilung von Arbeit, die zugleich nach formalen Kriterien ausgerichtet sein muss, auf die parlamentarische Politik zu verlassen. Obwohl – und dies gilt es zu betonen – in der Politik und in den Unternehmen die Orte sind, an denen strukturelle Veränderungen veranlasst werden können.⁵⁸ Hierzu sind jedoch die politischen Diskurse, wie sie im 'KALZ' und in anderen Vereinen geführt werden, unabdingbar.

Während mit dem Kölner Arbeitslosenzentrum ein Verein vorgestellt wurde, der sich das Thema Exklusionsprozesse aus dem Arbeitsmarkt auf die Fahnen geschrieben hat und inzwischen als eine anerkannte politische Formation innerhalb Kölns angesehen werden kann, existieren innerhalb des Quartiers auch andere Diskussionsstrategien zur Bewältigung von Arbeitslosigkeit. Dies gilt insbesondere auch für die Benachteiligung Allochthoner auf dem Arbeitsmarkt. Neben formalen Exklusionen aus dem Arbeitsmarkt, die beispielsweise durch die Gesetzgebungen festgelegt sind, sind MigrantInnen ebenso von alltäglichen, in Institutionen eingebetteten Ausgrenzungsmechanismen betroffen. Innerhalb Kölns finden sich diese Diskriminierungen beispielsweise in der Drogenhilfe oder in der Arbeit mit Straffälligen. In diesen Bereichen sind Allochthone als MitarbeiterInnen kaum eingestellt; hierzu ein Mitarbeiter des 'Kölner Appell gegen Rassismus'.

„Es gibt ja im Bereich der Drogenhilfe Köln keine einzige Migrantin bei über 200 Arbeitsplätzen. Im Bereich der Straffälligenhilfe bei über 200 Arbeitsplätzen gibt es zwei türkische Sozialarbeiterinnen, die bei der Gerichtshilfe arbeiten. Und bei der Stadt Köln sieht es genauso aus. Das ist ein Skandal.“ (Klaus Jünschke 1998:7)

Der 'Kölner Appell' ist eine der Initiativen, die sich gegen diesen „Skandal“ durch politisches Engagement zur Wehr setzen. Initiiert durch die MitarbeiterInnen des 'Kölner Appell' wurden die Stadt Köln und die Wohlfahrtsverbände, die für die Einstellung des Personals in den angegebenen Bereichen zuständig sind, aufgefordert, eine Quotierung für die Stellenbesetzung einzuführen. Auch in diesem Kontext spielte die Vernetzung der Initiative mit Verbänden des

58 Wie diese strukturellen Veränderungen aussehen können, wird im Schlusskapitel dieser Arbeit diskutiert.

‘Runden Tisches gegen Rassismus’ und prominenten KölnerInnen eine wesentliche Rolle im diskursiven Prozess. Die Netzworkebildung – wie sie bereits im Kontext des Arbeitslosenzentrums diskutiert wurde – scheint eine erfolgsversprechende Methode innerhalb zivilgesellschaftlichen Handelns zu sein. Netzwerke, die aus Initiativen, Einzelpersonen, Vereinen und auch kommunalpolitisch Aktiven bestehen – wenn auch letztere aufgrund ihrer parteipolitischen Position nicht zur Zivilgesellschaft zählen – stellen eine Bündelung aller diskursiven Ressourcen dar, die auch entsprechend konzentriert genutzt werden können. Der politische Diskurs basiert auf einer Vielfalt von Meinungen und Akteurinnen. Deshalb gestaltet sich das Arbeiten innerhalb von Netzwerken als sehr effektiv, da sie die Krisen von unterschiedlichen Positionen her beleuchten und somit einen breiten Austauschprozess zu Wege bringen können.

Zivilgesellschaftliches Handeln, so hat sich innerhalb Ehrenfelds gezeigt, führt in Bezug auf Ethnisierungsprozesse innerhalb des Arbeitsmarktes primär dann zum Erfolg, wenn alltägliche oder in Institutionen eingebundene Formen der Ausgrenzung und keine rechtlich manifestierten betroffen sind. Dennoch gibt es innerhalb des Quartiers auch metakommunikative Auseinandersetzungen, die gerade diese rechtlichen Aspekte der Exklusion aus dem Arbeitsmarkt in den Mittelpunkt der Arbeit stellen. Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang beispielsweise auf den ‘Rechtshilfeverein’, der sich mit allen Fragen des Rechtsstatus von MigrantInnen und Asylsuchenden beschäftigt. Zu den Aufgaben dieses Vereins zählt auch die juristische Beratung bei Fragen zur Inklusion in den Arbeitsmarkt. Diese juristische Beratung, die insbesondere für Asylsuchende von eminenter Bedeutung ist – sie verfügen kaum über die finanziellen Mittel, einen Rechtsanwalt zahlen zu können –, ist zwischenzeitlich in eine heftige Diskussion geraten. Diese endete in einem Prozess zwischen einem Wohlfahrtsverband und der Rechtsanwaltsvereinigung. Letztere hat gegen die Beratung von Asylsuchenden geklagt, da eine juristische Beratung nur durch Rechtsanwälte geleistet werden dürfe. Diesen Prozess hat die Rechtsanwaltsvereinigung verloren. Die Arbeit des Rechtshilfevereins bewegt sich immer auch innerhalb dieser rechtlichen Voraussetzungen, die in der Bundesrepublik Deutschland gegeben sind. Die rechtliche Beratung wird damit innerhalb eines Rahmens geführt, der bereits ausgrenzenden Charakter hat und in dem Exklusionen immanent vorhanden sind. Aushandlungsprozesse – wie sie in anderen Bereichen möglich sind – gestalten sich aufgrund der rechtlichen Grenzen als eine langwierige Strategie.

Dass die rechtlichen Grundlagen zur Integration in die Gesellschaft dennoch transformier-

bar sind und die zivilgesellschaftlichen Momente in diesem Kontext eine bedeutende Rolle spielen, wurde jüngst an der Einführung der Ehe für Homosexuelle oder auch an dem veränderten Staatsbürgerschaftsrecht deutlich.⁵⁹ Kann über die inhaltliche Reichweite dieser Gesetze auch gestritten werden, so bleibt dennoch festzuhalten, dass die Gesetzesänderungen ohne zivilgesellschaftliches Engagement kaum zustande gekommen wären.

Diese Ausführungen weisen auf einen anderen Aspekt der Arbeit des Vereins für Rechts-
hilfe hin. Letztendlich ist das Ziel dieser Arbeit eine Veränderung des rechtlichen Status von
Asylsuchenden, angefangen vom Aufenthaltsrecht über die gesetzlichen Grundlagen zur
Integration in den Arbeitsmarkt bis hin zu den staatsbürgerlichen Rechten. Die Beratung kann
lediglich als ein kleiner Schritt innerhalb dieser Aufgabe gewertet werden, der Aufgabe der
Demokratisierung der Demokratie. Hiermit ist dann auch das umrissen, was hinter allen
diskursiven, zivilgesellschaftlichen Prozessen steht, nämlich der Gedanke einer Demokratie,
die auf Inklusion und nicht auf Exklusion basiert.

59 Sicherlich sind beide Gesetze mit Skepsis zu genießen. Darüber hinaus ist daran zu zweifeln, inwieweit diese Gesetze in der Lage sind, die Diskriminierungen und Vorbehalte gegenüber Homosexuellen einerseits und MigrantInnen andererseits aufzuheben. Dennoch stellen sie m.E. einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar.

Kapitel IV**Resümee**

1. Was hält die postmoderne Gesellschaft zusammen?
– Eine systemische Antwort 253
2. Ausblick 261

1. Was hält die postmoderne Gesellschaft zusammen? – Eine systemische Antwort

Innerhalb dieses Resümees geht es nun darum, die Pointe der Arbeit noch einmal deutlich zu machen. Das Ausgangsproblem der vorliegenden Dissertation ist die Frage danach, was die Postmoderne noch zusammen hält angesichts von Differenzierung und Individualisierung. Dabei wird sich innerhalb einer der wichtigsten soziologischen Diskussionen bewegt, die auf der einen Seite von Kommunitaristen geführt wird, andererseits von VertreterInnen der deliberativen Demokratie wie Jürgen Habermas (1996:277ff). Meine Antwort auf diese Grundsatzfrage bezieht sich auf die Funktion der Systeme und deren Inklusionspotential. Diese Position zur Inklusionsfähigkeit postmoderner Gesellschaften werde ich im Folgenden nochmals kurz in den aktuellen Diskussionszusammenhang stellen.

Um die Ergebnisse der Dissertation zu resümieren, ist es sinnvoll noch einmal einen Blick zurück auf die zwei Hauptfragen der Untersuchung zu werfen. Die beiden Leitfrage der Dissertation waren:

- Nach welche Kriterien geschieht die gesellschaftliche Inklusion?
- Inwiefern ist die postmoderne Gesellschaft eine halbierte Gesellschaft?

Zunächst einmal werde ich mich auf die Inklusionsfähigkeit der Gesellschaft beziehen.

Konstitutiv für die Inklusion in die Gesellschaft, so hat sich gezeigt, ist eine funktionierende systemische Infrastruktur, in die die Gesellschaftsmitglieder nach formal-rationalen Kriterien eingebunden werden. Dies konnte anhand der empirischen Untersuchungen innerhalb eines Stadtquartiers verdeutlicht werden. Die Inklusion geschieht also durch Systeme und nicht durch Werte. Eine funktionierende Infrastruktur zu gewährleisten ist die große gesellschaftliche Aufgabe, vor der vor allem PolitikerInnen immer wieder stehen, die aber auch zur Aufgabe eines zivilgesellschaftlichen Engagements werden kann.

Die Frage der gesellschaftlichen Inklusionsfähigkeit wird innerhalb der vorliegenden Dissertation zunächst einmal aus gesellschaftstheoretischer Perspektive diskutiert. Vorausgesetzt wird dabei die Gesellschaft als postmoderne Gesellschaft. Diese Gesellschaftsformation zeigt sich als urbane Gesellschaft. Daran anschließend wird die Frage nach den

Inklusionskriterien der Gesellschaft anhand des Arbeitsmarktes konkretisiert und mit Blick auf diesen analysiert.

Aus theoretischer Perspektive stellte sich heraus, dass innerhalb postmoderner Gesellschaften der Zusammenhalt der Gesellschaft – das, was in den meisten wissenschaftlichen Publikationen als *Integration* bezeichnet wird – nicht über kulturelle Einheit geschieht, sondern mittels formaler Prozesse. Eine kulturelle Einheit, ein gemeinsames Wertedach liegt in der postmodernen Gesellschaft jenseits aller Möglichkeiten und darüber hinaus wäre eine solche Gleichheit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt belanglos. Die Konstitution der Gesellschaft geschieht – und hierin liegt der radikale Unterschied zu den Gesellschaftsanalysen von Kommunitaristen und Verfechtern homogener Gesellschaften – über funktionierende, formal ausgestattete Systeme. Dass der Standpunkt der Kommunitaristen für eine heutige Gesellschaftsanalyse nicht mehr angebracht ist, wurde hinreichend diskutiert.

Da uns der Ansatz der ‘homogenen Kultur’ in Bezug auf die Inklusionsdebatte nicht weiterbringt, komme ich nun ein letztes Mal auf den systemtheoretischen Rahmen zurück und dessen Leistung in Bezug auf die Fragestellung. Zunächst einmal zu den Begriffen Integration versus Inklusion. Ich argumentiere in diesem Rahmen eindeutig mit Armin Nassehi, wenn ich den Integrationsbegriff nicht als geeignet ansehe, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer pluralen Gesellschaft zu erklären:

„In einer Gesellschaft, deren Teilsysteme nicht per se integriert und vorgängig aufeinander abgestimmt sind, kann Inklusion keineswegs als Integration gedacht werden (Luhmann 1994a, 20). Inklusion in der modernen Gesellschaft kann vielmehr ausschließlich als *Multiinklusion* gedacht werden, d.h. als gleichzeitige und unvermittelte Teilhabe von Menschen an unterschiedlichen Funktionszusammenhängen. Die Folgen dieses neuen Vergesellschaftungsmodus für Individuen sind bekannt: Individualität bleibt im Vergleich zu früheren Sozialformen gesellschaftlich unterbestimmt – und wird gerade deshalb zu einem hohen Wert. Ferner geraten Individuen letztlich in eine Querlage zur gesellschaftlichen Differenzierungsform.“ (Armin Nassehi 1999c:136)

Wichtig in diesem Zusammenhang ist erstens, dass die *Inklusion* die Anschlussfähigkeit der Gesellschaftsmitglieder regelt, zweitens, dass die Inklusion eine Teilinklusion und somit zugleich eine Multiinklusion ist und drittens, dass die Individualität in den ‘privaten Bereich’ gerückt wird.

Aus diesen theoretischen Vorgaben folgt nun der empirische Befund, dass der Anschluss der einzelnen Gesellschaftsmitglieder über Systeme gewährleistet wird. Innerhalb einer postmodernen Gesellschaft, wie sie die Bundesrepublik Deutschland darstellt, ist die Bereit-

stellung einer nach formal-rationalen Kriterien ausgerichteten Infrastruktur, gegeben durch ökonomische Systeme, Bildungssysteme, Arbeitsmarkt etc. eine unbedingte und zumeist auch selbstverständliche Voraussetzung.

Warum ist die Bereitstellung einer systemischen Infrastruktur eine unbedingte Voraussetzung? Werfen wir noch einmal einen Blick zurück auf die Merkmale der Postmoderne, die wie folgt beschrieben werden: Das Ende der großen Erzählungen kann als *das* wesentlichste Merkmal der Postmoderne gesehen werden, alle anderen Prozesse der Postmoderne sind erst durch die Auflösung eines gemeinsamen ideologischen Daches ermöglicht worden. Was entstanden ist und immer wieder neu entsteht, ist eine neue Form der Vielfalt, sowohl in systemischer wie auch in lebensweltlicher Hinsicht, Individualisierung und Heterogenität. Mit dem Ende der 'letzten' großen Erzählungen ist dann auch spätestens der Punkt erreicht, an dem es nicht mehr möglich ist, die Idee der gleichen Werte als konstitutives Element aufrechtzuerhalten.

Im Rahmen einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft aber wird es nun unabdingbar, formale Inklusionskriterien zu schaffen, die die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Formal-rationale Kriterien sind in einer postmodernen Gesellschaft absolut notwendig, damit die Vielfalt an individuellen Möglichkeiten nicht zu einer gesellschaftlichen 'Beliebigkeit' wird. Der Ort der 'Beliebigkeit' kann nur die Lebenswelt sein. Die Lebenswelt aber ist der Ort, an dem es um die soziale Integration, um die Bildung von Wir-Gruppen, um kleine Milieus, und nicht um die Inklusion geht. Lebensweltliche Komponenten sind für die Frage nach dem, was die Gesellschaft zusammenhält, nicht etwa nebensächlich, sie sind vielmehr bedeutungslos. Und mehr noch: Sie können sogar problematisch werden, wenn sie in einer Einwanderungsgesellschaft Bedingungen zu stellen beginnen. Zu denken sei beispielsweise an die kürzlich geführte Leitkulturdebatte, deren Tenor es war, 'gemeinsame, kulturelle, deutsche Traditionen, Tugenden und Werte' als verpflichtende Elemente für die Inklusion in die Gesellschaft zu markieren.

Die einzelnen Individuen benötigen, um sich in einer ausdifferenzierten Gesellschaft zurecht zu finden, Strukturen und Systeme, die nach 'gerechten', nämlich formalen Aspekten ausgerichtet sind. Es muss ein beidseitiges Agreement bestehen, *was* – 'systemisch gesprochen' – Relevanz besitzt. Übertragen auf den hier vorliegenden Kontext bedeutet dies: Der Arbeitnehmer, die Arbeitnehmerin muss wissen, dass er/sie an seinem/ihrem Arbeitsplatz als

Arbeitnehmende(r) gefragt ist, und eben nicht in der Rolle als Frau oder Mann, als Homo- oder Heterosexuelle, als Türke oder Deutscher. Für den Arbeitsmarkt wurde gezeigt, wie wichtig zunächst die systemische Inklusion überhaupt ist, darüber hinaus aber auch die Notwendigkeit der Inklusion nach *formalen* Aspekten. Von dort aus können in der hier vorliegenden Dissertation zwei große Defizite des Arbeitsmarktes festgehalten werden, die genau mit diesen beiden Aspekten in Verbindung stehen:

- Erstens die Nicht-Bereitstellung einer systemisch ausreichenden Arbeitsmarktstruktur und
- zweitens die Ummantelung formal-rationaler Kriterien auf dem Arbeitsmarkt.

Und so kommt es in der Arbeitsgesellschaft – ebenso wie auch in anderen gesellschaftlichen Systemen – zumeist dann zu Schwierigkeiten, wenn es zumindest an einem der beiden Punkte hakt. Der zweite Aspekt besitzt erst deshalb Relevanz, weil der erste Aspekt in der Bundesrepublik nicht erfüllt ist. Da es zu wenige Arbeitsplätze gibt, ist es erst notwendig, Auswahlkriterien zu treffen. Normalerweise wird diesbezüglich nach formalen Aspekten gehandelt. Dies wurde innerhalb der Dissertation immer wieder deutlich (bsp. Firma ‘Lohhaus’, ‘Tarkan Market’, Sabine Fichte). Problematisch wird es jedoch dann, wenn das, was normalerweise gilt, nicht mehr gilt. Wenn also nicht mehr die fachlichen Kompetenzen, die Zeugnisse usw. die entscheidenden Kriterien für die Stellenbesetzung bieten, sondern andere, lebensweltlich zuzurechnende Aspekte. Als Beispiele der Untersuchung sei nur an die Biografie von Frau Breuer oder Frau Lanfranchi zu denken. Bei der einen wurden ‘sexistische’, bei der anderen ‘ethnische’ Motive als Ausschließungsverfahren eingebracht.

Geht es darum, die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zusammenzufassen, so stellt man alsbald fest, dass es kein – im wörtlichen Sinne – ‘eindeutiges’ Ergebnis gibt. Es gibt nicht *das* Ergebnis, es existiert nicht nur *ein* Deutungsmuster. Doch auch das kann bereits sowohl aus empirischer als auch aus gesellschaftstheoretischer Sicht als ein Ergebnis formuliert werden: Die postmoderne Gesellschaft zeigt sich als eine höchst individuelle, heterogene Gesellschaft. Und tatsächlich belegen die empirischen Untersuchungen, dass das, was zuvor gesellschaftstheoretisch erarbeitet wurde, nämlich das Verschwinden von übergreifenden Werten als konstitutives Element der Gesellschaft, Geltung besitzt. Was bedeutet das nun im Kontext von Arbeit?

Der Begriff der Arbeit ist sicherlich immer noch einer der elementarsten, wenn es um

Fragen der gesellschaftlichen Gerechtigkeit und der Demokratie geht. Die Untersuchung zeigt, dass sich die Bedeutung von Arbeit in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert hat. Auf der einen Seite ist die Möglichkeit der Inklusion in den Arbeitsmarkt eine wichtige gesellschaftliche Forderung. Das heißt, jedes Individuum muss die Möglichkeit haben, bei Bedarf am Arbeitsmarkt teilhaben zu können. Hierzu müssen die systemischen Voraussetzungen geschaffen werden.

In der postmodernen (Arbeits-)gesellschaft zeigt sich jedoch noch ein weiteres Phänomen. Was für die Gesellschaft insgesamt gilt, nämlich eine zunehmende Ausdifferenzierung, gilt in weitem Maße auch für die Prozesse des Arbeitsmarktes. Diese systemische Ausdifferenzierung ermöglicht immer neue Optionen für den Einzelnen sich an den Arbeitsmarkt anzukoppeln. Dies ist Chance und Risiko zugleich (vgl. Armin Nassehi 1999c:30ff). Das Individuum ist in einer solchen Gesellschaft immer wieder gezwungen, neue Umgangsformen zu entwickeln. Es muss sich auf jede Situation neu einstellen. Das verlangt ein Höchstmaß an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, um den Anschluss an den Arbeitsmarkt – und darüber hinaus auch an alle anderen gesellschaftlichen Prozesse – bewahren zu können.

Doch selbst unter der Voraussetzung, dass die systemische Inklusion (in den Arbeitsmarkt) für ausgewählte Teile der Bevölkerung möglich ist, ist damit nur die eine Seite – nämlich die systemische – skizziert. Als positiv für die vorliegende Untersuchung hat sich jedoch die mehrdimensionale Sichtweise erwiesen. Würden ausschließlich Fragen der systemischen Inklusion und Exklusion im Mittelpunkt stehen, so würden mit Blick auf das Thema wesentlich undifferenziertere Ergebnisse erreicht werden. Aus der systemischen Perspektive geht es lediglich um formale Aspekte der Inklusion in den Arbeitsmarkt – sowie deren Umarmung – und der Exklusion aus demselben.

Allerdings ist die Arbeit bei weitem nicht das einzige formale System, das wir brauchen. Nicht zu vernachlässigen sind gerade dann, wenn es um Fragen der Demokratie und der Inklusionsfähigkeit der Gesellschaft geht, selbstverständlich auch das Rechtssystem oder auch das Bildungssystem. Entsprechend des systemtheoretischen Ansatzes kann immer nur von Teilinklusionen gesprochen werden und zu einer solchen gehört auch die Inklusion in den Kontext Arbeit. Nun kann gefragt werden, warum sich gerade auf den Kontext Arbeit bezogen wird, gerade auch dann, wenn sich der Begriff der Arbeit nicht nur gewandelt hat, sondern die Arbeitsgesellschaft im traditionellen Sinne an Bedeutung verliert. Trotz des Bedeutungs-

wandels von Arbeit ist die inkludierende Wirkung von Arbeit im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang unübersehbar. Dies geht so weit, dass nicht nur das ganze Sozialsystem mit seinen Leistungen in Korrelation zum Arbeitssystem steht, sondern für Teile der allochthonen Bevölkerung sogar eine Koppelung zur Aufenthaltserlaubnis besteht.

Dass eine Einbindung in den Arbeitsmarkt eine unbedingte Voraussetzung ist um am gesellschaftlichen Prozess teilhaben zu können, darauf wurde innerhalb dieser Dissertation eingegangen. Das setzt natürlich voraus, dass der Arbeitsmarkt erstens über genügend Kapazität verfügt, um einem Großteil der Gesellschaft Arbeit zur Verfügung zu stellen. Dass dies nicht der Fall ist, braucht an dieser Stelle nicht weiter diskutiert zu werden. Was aber überlegt werden kann, ist, wie Alternativen zu einer nicht mehr existenten Vollbeschäftigungsgesellschaft entwickelt werden können. Dies zielt in Richtung einer Umverteilung der Arbeit, die durch Flexibilisierung der Arbeitszeiten und insbesondere kürzere Arbeitszeiten erreicht werden kann. Ulrich Beck schlägt vor, dass es zu einer Erneuerung der sozialen Rechte jenseits der Arbeitsgesellschaft kommen muss. Nur so könne eine gesellschaftliche Transformation, die Arbeit mit einschließt, bedacht werden. Wie kann nun eine Veränderung auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden? Eine Veränderung im Beckschen Sinne sollte folgende drei Kreise beachten:

„Der erste Kreis schließt universelle soziale Rechte ein; gemeint sind damit Rechte, die jedem Bürger, jeder Bürgerin zustehen, unabhängig von dem Engagement in jeglicher Tätigkeit. Diese ‘universellen Ansprüche’ beziehen sich heute schon im wesentlichen auf Leistungen für Familienangehörige, wie dies insbesondere für Versicherung im Krankheitsfall gilt. Ein generelles Recht auf (Aus-)Bildung würde dies wesentlich erweitern.

- Der zweite Kreis schließt die Rechte ein, die aus unbezahlter Tätigkeiten erwachsen – Sorge für andere Menschen, Weiterbildung, ehrenamtliche Tätigkeit usw. Derartige Tätigkeitsfelder wären in der Tat neu in den Kreis der sozialen Rechte, die sie stiften, aufzunehmen.

- Der dritte Kreis zeichnet die Tätigkeitsfelder aus, die gesetzlich durch Bürgerrechte und politische Freiheiten garantiert werden, also das Recht der öffentlichen Rede, der freien Versammlung, der Freiheit der Organisation usw.; hier handelt es sich dann um die Anerkennung und soziale Absicherung der Bürgerarbeit als einen Ort und Raum schöpferischen, bürgerlichen Ungehorsams.“⁶⁰

Beck plädiert für eine grundlegende Transformation nicht nur des Arbeitsbegriffs, sondern auch der ganzen Gesellschaft. Sicherlich würden hiermit einige der genannten Problemkonstellationen wegfallen. Die Aufgabe der vorliegenden Dissertation ist es jedoch nicht, neue Arbeitsmodelle zu präzisieren, sondern hier kann nur kurz notiert werden.

60 Ulrich Beck (2000): Wohin führt der Weg, der mit dem Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft beginnt? In ders. (Hrsg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt am Main.

Doch – und hier zeigt sich dann die Notwendigkeit der Einbeziehung anderer Perspektiven sozialen Handelns – reicht es eben in einer individualisierten und pluralisierten Gesellschaft nicht mehr aus, sich lediglich auf die systemische Inklusion zu beziehen.

Erinnern wir uns noch einmal an Camal Khaled: Der junge Mann ist einerseits aufgrund seines ausländerrechtlichen Status, andererseits aufgrund seiner fehlenden beruflichen Qualifikation nicht nur aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen, sondern ihm droht auch die gesellschaftliche Ausgrenzung, symbolisiert durch die Ausweisung aus der BRD. Aus systemischer Sicht ist die Situation klar: Camal Khaled ist ausgegrenzt. Dies hindert ihn jedoch nicht daran, sich als Jugendlicher mit all seinen Wünschen und Hoffnungen zu definieren und eben nicht als ausschließlich Marginalisierter. Und diese lebensweltlich zuzuordnende Positionierung ist es, die dann das Spektrum der Möglichkeiten, auch in politischer Hinsicht, für Camal Khaled erweitern lässt. Nur so kann Camal auch als Akteur, als Handelnder und schließlich als Subjekt wahrgenommen werden. Camal bleibt somit nicht nur der Marginalisierte, sondern jemand, der sich in einer postmodernen Stadt trotz Diskriminierung positioniert. Diese Sichtweise wird erst durch die Einbeziehung der lebensweltlichen Perspektive eröffnet. Gerade auch in den unterschiedlichen Umgangsformen mit erfahrener Exklusion zeigt sich die Notwendigkeit der Erweiterung der Perspektive.

Aus diesen Überlegungen heraus kann gesagt werden, dass sich das theoretische Modell, der von Wolf-Dietrich Bukow präzierte dreidimensionale Untersuchungsansatz, der grundlegend für die Ehrenfeldstudie war, durchaus bewährt hat. Dieser Ansatz hat den Blick auf das soziale Handeln in seiner Unterschiedlichkeit präsentiert. Zugleich ist dieses theoretische Modell mit Blick auf die Vielfalt der Gesellschaft eine der wenigen Möglichkeiten diese Vielfalt dezidiert zu erfassen.

Nun zu einem weiteren Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit: Innerhalb der empirischen Untersuchung wurde der Fokus insbesondere auf den Ausschluss zweier sozialer Kategorien geworfen: Zum einen auf geschlechtsspezifische Aspekte und zum anderen auf 'ethnien-spezifische' Elemente. Aus empirischer Perspektive sind in Bezug auf die Bedeutung des Geschlechts für die Inklusion in den Arbeitsmarkt Ergebnisse erzielt worden, die sich insbesondere aus den biografischen Interviews ableiten lassen. Diese lassen jedoch ebenfalls Rückschlüsse auf die systemische Inklusion in den Arbeitsmarkt zu: Frauen erfahren trotz Frauenförder-

plänen, Mentoringprogrammen und Gender Mainstreaming usw. immer noch Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt. Zwar ist der Ruf nach einer Gleichberechtigung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt groß, doch finden sich Frauen dennoch nur selten in höheren Positionen. Während autochthone Frauen zumindest noch als Gesellschaftsmitglieder anerkannt werden, wird mit Allochthonen – Frauen und Männern – anders verfahren. Ihnen wird zum Teil die gesellschaftliche Mitgliedschaft aberkannt, indem ihnen der Status des Bürgers, der Bürgerin verweigert wird. Dass diese systemische Exklusion Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat, wurde hinreichend erläutert. In Bezug auf die Kategorien Geschlecht und Ethnie lassen sich strukturelle Parallelen der Ummantelung formaler Kriterien feststellen. Zu erinnern sei beispielsweise an die Nutzung sowohl von Frauen als auch von Minderheitenangehörigen als sogenannte ‘stille Reservearmee’. Ohne jedoch die eine Form der Ausgrenzung gegen die andere ausspielen zu wollen, sei jedoch eine Bemerkung erlaubt: So wurde beispielsweise in den öffentlichen Diskussionen um die Greencard für die IT-Branche das Potential von autochthonen Frauen vernachlässigt. Dies nicht ohne Grund, denn hochqualifizierte autochthone Frauen bieten eine potentielle Gefahr für autochthone Männer auf dem Arbeitsmarkt und innerhalb der geschlechtshierarchisch organisierten Gesellschaft. Bereits in anderen Zusammenhängen ist auf die Verflechtungen von sexistischen und rassistischen Ausgrenzungsmechanismen hingewiesen worden.

Immer wieder ist deutlich geworden, dass sexistische und rassistische Merkmale bei der Arbeitsplatzvergabe eine nicht zu vernachlässigende Bedeutung besitzen. Rassistische und sexistische Kriterien werden dabei bei Bedarf miteinander verknüpft, ineinander verschränkt.

In diesem Zusammenhang hat sich der Begriff der ‘halbierten Gesellschaft’ bewährt. Elisabeth Beck-Gernsheim hat die Moderne als eine ‘halbierte’ betrachtet, an der Frauen nicht uneingeschränkt partizipieren können. Dabei bezieht sie sich ebenso, wie dies hier ausgeführt wurde, insbesondere auf die Position der Frau auf dem Arbeitsmarkt bei gleichzeitiger familiärer Belastung. Erol Yildiz argumentiert in vergleichbarer Weise in Bezug auf eine Halbierung, die entlang des Konstrukts des ‘Ethnischen’ verläuft. Entsprechend den Ergebnissen der Dissertation ist es angebracht diese beiden Argumentationslinien miteinander zu verbinden. Sie basieren auf den gleichen strukturellen Ausgrenzungsmechanismen.

Zum Schluss ist noch zu fragen, was die Diskussionen der deliberativen Demokratie für die

Inklusionsdebatte leisten kann? Zur Erinnerung noch einmal eine Begriffsbestimmung:

“Das Modell der deliberativen Demokratie basiert auf der Grundannahme, dass Vertreter unterschiedlicher, ja konkurrierender Wertvorstellungen sich im Rahmen eines Beratungsprozesses über moralisch relevante Dilemmas auf gemeinsame Entscheidungen bzw. Verfahrenswesen (wie z.B. Reziprozität, Fairness, gegenseitigen Respekt) einigen können, ohne den Dissens in ihren Wertvorstellungen preiszugeben. Nach diesem Modell wird die soziale Integration durch die Institutionalisierung dieses Beratungsprozesses (*der deliberation*) gewährleistet, ohne dabei das Phänomen der soziokulturellen Differenz zu ignorieren bzw. zu hintergehen.” (Krassimir Stojanov 2001:135)

Im Rahmen der deliberativen Demokratie geschieht die Inklusion also mittels Diskursen, die nach einem ausgehandelten Verfahren vollzogen werden. Dass diskursives Handeln gerade auch situativ und in kleinräumigen Zusammenhängen durchaus wirkungsvoll sein kann, darauf wurde innerhalb der Arbeit bereits verwiesen. Und auch der gewählte dreidimensionale Ansatz ist ein Zeichen für die Bedeutung von diskursivem Handeln gerade auch in der Zivilgesellschaft. Dennoch muss mehreres beachtet werden: Eine deliberative Demokratie setzt gleichberechtigte VerhandlungspartnerInnen voraus. Diese sind beispielsweise bereits in Anbetracht des verweigerten Wahlrechts für Allochthone nicht gegeben. Ein Beispiel aus der Dissertation verdeutlicht dies. Nehmen wir Camal Khaled: Zwar kann er an deliberativen Verfahren zum Thema Arbeitsmarkt teilnehmen, doch angesichts der fehlenden Wahlmöglichkeiten und des ungewissen Aufenthaltstatus bleiben seine Möglichkeiten doch eingeschränkt. Was ihm fehlt, ist eine systemische Einbindung in fundamental wichtige Systeme. Zudem ist es fraglich, inwieweit allein durch politische Diskurse defizitäre Systeme, wie beispielsweise das des Arbeitsmarktes, ‘repariert’ werden können. Und so bleibt an dem Modell der deliberativen Demokratie als alleiniges Instrument zur Inklusion in eine pluralisierte Gesellschaft kritisch anzumerken, dass eine solche Form der Politik Gefahr läuft, zu einem Selbstzweck zu werden. Dennoch, deliberative Verfahren können natürlich auch positiv wirken. Ein Ausblick für die Einbeziehung von Diskursen kann deshalb darin gesehen werden, dass sie zur Qualifizierung der Systeme einen Beitrag leisten können.

2. Ausblick

Im Anschluss an das Resümee kann nun in knapper Form ein Ausblick gegeben werden. Innerhalb aller gesellschaftlicher Diskussionen muss anerkannt werden, dass die Gesellschaft durch Inklusion in Systeme zusammengehalten wird. Jedes Gesellschaftsmitglied hat ein Recht

auf Inklusion in die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Systeme, wobei weder eine Vollinklusion angestrebt wird noch Arbeit nur eines dieser Systeme darstellt. Und hier ist dann nicht nur die Politik gefragt, sondern auch die Pädagogik. Sie muss sich positionieren und in 'ihren' Systemen – wie Kindergarten, Schule, außerschulische Jugendarbeit, Universität – dafür sorgen, dass die Qualität dieser Systeme gesichert ist. Die Systeme müssen (bsp. von PädagogInnen) in die Lage gebracht werden, dass in ihnen der Anschluss trotz lebensweltlicher Differenzen formal gewährleistet wird. Diesbezüglich ist die Anerkennung von lebensweltlichen Differenzen ein wesentliches Element. Gleichzeitig kann auch die Gleichheit der Werte nicht mehr als konstitutiv für die gesellschaftliche Inklusion gesehen werden. Hierzu bemerkt Helmut Dubiel richtig:

„Es sind nicht mehr Ähnlichkeiten des religiösen Bekenntnisses, ethnischer Merkmale oder nationaler Traditionen, die die modernen Gesellschaften integrieren, sondern einzig ihr historisches Kapital ertragener Divergenz.“ (1994:114)

Wenn man die Ergebnisse noch einmal Revue passieren lässt, so wird deutlich, dass der dreidimensionale Ansatz, mit dem gesellschaftliches Handeln konstruiert wird, ein wesentliches Merkmal der Gesellschaft darstellt: der dreidimensionale Ansatz mit der Priorität des systemischen Blickwinkels.

Worum es also zukünftig gehen wird, ist die Anerkennung der Gesellschaft als Postmoderne. Die Postmoderne, die im Großen postuliert wird, ist stets auch im Kleinen sichtbar. Sie zeigt sich als urbane Gesellschaft. Deshalb ist auch der Ort, an dem Veränderungen vollzogen werden können, die Stadt als ein Prototyp der 'metropolitanen Gesellschaft' (Wolf-Dietrich Bukow 2002b:25).

Literatur

- Ahrendt, Hannah (1997): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München.
- Albrow, Martin (1998): *Abschied vom Nationalstaat*. Frankfurt am Main.
- Apitzsch, Ursula (2001): *Modernisierungsvorsprung der allochthonen Bevölkerung*. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Claudia Nikodem/Erika Schulze/Erol Yildiz (Hrsg.): *Auf dem Weg zur Stadtgesellschaft. Die multikulturelle Gesellschaft zwischen globaler Neuorientierung und Restauration*. Opladen. S. 44-55.
- Asylrecht und Asylverfahren. Rechtsstellung der Flüchtlinge, Anerkennungsverfahren, Rechtsschutz. München. 2001
- Attia, Iman/Helga Marburger (1998): *Keine Chance für Nilgün? Junge Migrantinnen auf Ausbildungsplatzsuche*. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Auernheimer, Georg (1999): *Interkulturelle Bildung als politische Bildung*. In: *Politisches Lernen* 3-4, S. 57-72.
- Backes, Otto/Rainer Dollase/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.) (1998): *Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben*. Frankfurt am Main.
- Bade, Klaus J. (Hrsg.) (1994): *Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung*. München.
- Bade, Klaus J. (1994): *Tabu Migration: Belastungen und Herausforderungen in Deutschland*. In: Bade, Klaus J. (Hrsg.): *Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung*. München. S. 66-85.
- Bauman, Zygmunt (1996): *Glokalisierung oder Was für die einen Globalisierung ist, ist für die anderen Lokalisierung*. In: *Das Argument* 217, Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. Neoliberalismus als Globalisierung. Hamburg. S. 653-664.
- Bauman, Zygmunt (1997): *Ein Wiedersehen mit dem Fremden*. In: *Flaneure, Spieler und Touristen. Essays zu postmodernen Lebensformen*. Hamburg. S. 205- 225.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft*. Frankfurt am Main.
- Beck, Ulrich (1994): *Bindungsverlust und Zukunftsangst. Leben in der Risikogesellschaft*. In: Hartwich, Hans-Hermann (Hrsg.) (1994): *Bindungsverlust und Zukunftsangst. Leben in der Risikogesellschaft. Eine Disputation*. Opladen.
- Beck, Ulrich (1997a): *Was ist Globalisierung?* Frankfurt am Main.

- Beck, Ulrich (Hrsg.) (1997b): *Kinder der Freiheit*. Frankfurt am Main.
- Beck, Ulrich (1997c): Was hält die moderne, individualisierte Gesellschaft zusammen? Politische Freiheit als Sinnquelle der Moderne. In: Voß, Günther G./Hans J. Pongratz (Hrsg.): *Subjektorientierte Soziologie*. Opladen. S. 223-243.
- Beck, Ulrich (1999a): *Schöne neue Arbeitswelt. Vision Weltbürgerschaft*. Frankfurt am Main. New York.
- Beck, Ulrich (1999b): Weltrisikogesellschaft, ökologische Krise und Technologiepolitik. In: Beck, Ulrich/Maarten Hajer/Sven Kesselring (Hrsg.) (1999): *Der unscharfe Ort der Politik. Empirische Studien zur reflexiven Modernisierung*. Opladen. S. 307-333.
- Beck, Ulrich (Hrsg.) (2000): *Die Zukunft der Arbeit und Demokratie*. Frankfurt am Main.
- Beck, Ulrich/Anthony Giddens/Scott Lash (1996): *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*. Frankfurt am Main.
- Beck, Ulrich/Elisabeth Beck-Gernsheim (1994a): *Riskante Freiheiten*. Frankfurt am Main.
- Beck Ulrich/Elisabeth Beck-Gernsheim (1994b): Individualisierung in modernen Gesellschaften – Perspektiven und Kontroversen einer subjektorientierten Soziologie. In: Beck, Ulrich/Elisabeth Beck-Gernsheim (Hrsg.) (1994a): *Riskante Freiheiten*. Frankfurt am Main. S. 10-43.
- Beck, Ulrich/Peter Sopp (Hrsg.) (1997): *Individualisierung und Integration. Neue Konflikte und neuer Integrationsmodus?* Opladen.
- Beck, Ulrich/Maarten Hajer/Sven Kesselring (Hrsg.) (1999): *Der unscharfe Ort der Politik. Empirische Studien zur reflexiven Modernisierung*. Opladen.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1994): Auf dem Weg in die postfamiliale Familie – Von der Notgemeinschaft zur Wahlverwandtschaft. In: Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim: *Riskante Freiheiten*. Frankfurt am Main. S. 115-138.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1998): *Was kommt nach der Familie. Einblicke in neue Lebensformen*. München.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1999): *Juden, Deutsche und andere Erinnerungslandschaften*. Frankfurt am Main.
- Becker-Jaki, Barbara (1993): *Ich habe Köln doch so geliebt. Lebensgeschichten von Könninnen und Könnern*. Köln.
- beiträge zur feministischen theorie und praxis (1983): *Neue Verhältnisse in Technopatria*. Heft 9/10. Köln.

- beiträge zur feministischen theorie und praxis (1996): Ent-Fremdung. Migration und Dominanzgesellschaft. Heft 42. Köln.
- Benhabib, Seyla (1999): Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung. Frankfurt am Main.
- Berger, Peter A. /Thomas Luckmann (1998): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main.
- Berger, Peter A. (1995): Individualisierung. Statusunsicherheit und Erfahrungsvielfalt. Opladen.
- Berger, Peter A./Stefan Hradil (Hrsg.) (1990): Lebenslagen. Lebensläufe, Lebensstile. Sonderband 7 der Sozialen Welt, Göttingen.
- Blaschke, Jochen (1995): Berliner Arbeitsmärkte: Zuwanderung und Diskriminierung. In: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.): Migration und Arbeitsmarkt. Berlin. S. 24-26.
- Blasius, Jörg/Jens S. Dangschat (1994): Lebensstile in den Städten. Opladen.
- Bonß, Wolfgang: Was wird aus der Erwerbsgesellschaft? In: Ulrich Beck (Hrsg.) (2000): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt am Main. S. 327-415.
- Brose, Hanns-Georg/Bruno Hildenbrand (Hrsg.): Vom Ende des Individuums zur Individualität ohne Ende. Opladen.
- Bude, Heinz (2000): Was kommt nach der Arbeitnehmergeellschaft. In: Ulrich Beck (Hrsg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt am Main.
- Bukow, Wolf-Dietrich/Roberto Llaryora (1989): Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minderheiten. Opladen.
- Bukow, Wolf-Dietrich (1993): Leben in der multikulturellen Gesellschaft. Die Entstehung kleiner Unternehmer und der Umgang mit ethnischen Minderheiten. Opladen.
- Bukow, Wolf-Dietrich (1996): Feindbild: Minderheit. Zur Funktion von Ethnisierung. Opladen.
- Bukow, Wolf-Dietrich (2001): Die gesellschaftliche Konstruktion der Postmoderne als metropolitane Gesellschaft in: Bukow, Wolf-Dietrich/Claudia Nikodem/Erika Schulze/Erol Yildiz (Hrsg.): Auf dem Weg zur Stadtgesellschaft. Opladen. S. 25-43.
- Bukow, Wolf-Dietrich (2002a): Plädoyer für eine Neubestimmung von kulturellen Diskursen innerhalb der postmodernen Entwicklung. In: Stefan Neubert/Hans-Joachim Roth/Erol Yildiz (Hrsg.): Multikulturalität in der Diskussion. Neuere Beiträge zu einem umstrittenen Konzept. Opladen. S. 121-141.

- Bukow, Wolf-Dietrich (2002b): Zur Dynamik der metropolitanen Stadtgesellschaft. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Erol Yildiz (Hrsg.): Der Umgang mit der Stadtgesellschaft. Opladen. S. 27-47.
- Bukow, Wolf-Dietrich/Claudia Nikodem/Erika Schulze/Erol Yildiz (2001a): Die multikulturelle Stadt. Von der Selbstverständlichkeit im städtischen Alltag. Opladen.
- Bukow, Wolf-Dietrich/Claudia Nikodem/Erika Schulze/Erol Yildiz (2001c): Die multikulturelle Stadt. Aneignungsprozesse zwischen globaler Neuorientierung und Restauration. In: dies. (Hrsg.) (2001b): Auf dem Weg zur Stadtgesellschaft. Opladen. S. 9-23.
- Bukow, Wolf-Dietrich/Claudia Nikodem/Erika Schulze/Erol Yildiz (Hrsg.) (2001b): Auf dem Weg zur Stadtgesellschaft. Opladen.
- Bukow, Wolf-Dietrich/Markus Ottersbach (Hrsg.) (1999): Die Zivilgesellschaft in der Zerreißprobe. Wie reagieren Gesellschaft und Wissenschaft auf die postmoderne Herausforderung? Opladen.
- Bündnis 90/Die Grünen (1995): Migration und Arbeitsmarkt. Berlin.
- Butterwegge, Christoph (1999): Fundamentalismus und Gewalt als Grundmuster der Weltpolitik? Zur Kritik an Samuel P. Huntingtons These vom 'Kampf der Kulturen'. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Markus Ottersbach (Hrsg.): Der Fundamentalismusverdacht. Plädoyer für eine Neuorientierung der Forschung im Umgang mit allochthonen Jugendlichen. Opladen. S. 36-49.
- Butterwegge, Christoph (2001): „Globalisierung, Standortsicherung und Sozialstaat“ als Thema der politischen Bildung. In: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.): Politische Bildung und Globalisierung. Opladen. S. 73-108.
- Clermont, Christoph/Johannes Goebel (1999): Die Tugend der Orientierungslosigkeit. Reinbek bei Hamburg.
- Daheim, Hansjürgen (1993): Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft. Eine soziologisch-historische Skizze. In: Daheim, Hansjürgen/Helmut Heid/Karl Krahn (Hrsg.) (1993): Soziale Chancen – Forschungen zum Wandel der Arbeitsgesellschaft. Frankfurt am Main. New York. S. 13-33.
- Dangschat, Jens S. (1999): Modernisierte Stadt. Gespaltene Gesellschaft. Ursachen von Armut und Ausgrenzung. Opladen.
- Deutsches Ausländerrecht. Textausgabe mit ausführlichem Sachverzeichnis und einer Einführung von Helmut Rittstiegl. (2001) München.

- Die tageszeitung: Unterricht? Nicht mit deinem Kopftuch. 14. 7.1998. Berlin.
- Diezinger, Angelika (1991): Frauen: Arbeit und Individualisierung. Chancen und Risiken. Eine empirische Untersuchung anhand von Fallgeschichten. Opladen.
- direkte Aktion (1997): Wer sind die glücklichen Arbeitslosen? Berlin.
- Dubiel, Helmut (1994): Metamorphosen der Zivilgesellschaft II. In: ders.: Ungewißheit und Politik. S 106 ff. Frankfurt am Main.
- Duden. Das Fremdwörterbuch. Mannheim. Wien. Zürich. 1984.
- Durkheim, Emile (1996): Über die Teilung der sozialen Arbeit. Frankfurt am Main
- Eifler, Günther/Otto Saame (Hrsg.)(1989): Postmoderne. Anbruch einer neuen Epoche? Eine interdisziplinäre Erörterung. Düsseldorf.
- Etzioni, Amiata (1995): Die Entdeckung des Gemeinwesens. Stuttgart.
- Flick, Uwe (1996): Qualitative Sozialforschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften. Reinbek bei Hamburg.
- Forrester, Viviane (1997): Der Terror der Ökonomie. Wien.
- Fraser, Nancy (2001): Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaates. Frankfurt am Main.
- Fuchs, Peter (1992): Die Erreichbarkeit der Gesellschaft. Zur Konstruktion und Imagination gesellschaftlicher Einheit. Frankfurt am Main.
- Fuchs, Gotthard/Bernhard Moltmann/Walter Prigge (Hrsg.) (1995): Mythos Metropole. Frankfurt am Main.
- Gelbin, Cathy/Kader Konuk/Peggy Piesche (Hrsg.) (1999): Auf-Brüche. Kulturelle Produktionen von Migrantinnen, Schwarzen und jüdischen Frauen in Deutschland. Königstein.
- Gerstenkamp, Thomas/Dieter Schnack (1996): Hauptsache Arbeit? Männer zwischen Beruf und Familie. Reinbek bei Hamburg.
- Giddens, Anthony (1993): Tradition in der post-nationalen Gesellschaft. In: Soziale Welt 4. München. S. 445-460.
- Giddens, Anthony (1995): Konsequenzen der Moderne. Frankfurt am Main.
- Giddens, Anthony (1996): Leben in einer posttraditionalen Gesellschaft. In: Beck, Ulrich/Anthony Giddens/Scott Lash (1996): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt am Main. S. 113-194.
- Giddens, Anthony (1996): Risiko, Vertrauen und Reflexivität. In: Beck, Ulrich/Anthony Giddens/Scott Lash (1996): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt am

Main. S. 316-337.

Giddens, Anthony (1997): *Jenseits von Links und Rechts*. Frankfurt am Main.

Giegel, Hans-Joachim (Hrsg.) (1998): *Konflikt in modernen Gesellschaften*. Frankfurt am Main.

Ginsheim, Gabriele von/Dorit Meyer (Hrsg.) (2001): *Gender Mainstreaming. Neue Perspektiven für die Jugendhilfe*. Berlin.

Goffman, Erving (1994): *Interaktion und Geschlecht*. Frankfurt am Main. New York.

Goffmann, Erving (1994): *Das Arrangement der Geschlechter*. In: ders. (Hrsg.): *Interaktion und Geschlecht*. Frankfurt am Main. New York. S. 105-158.

Gomolla, Mechthild/Frank-Olaf Radtke (2002): *Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule*. Opladen.

Gorz, André (2000): *Arbeit zwischen Misere und Utopie. Edition Zweite Moderne*. (Hrsg.): Ulrich Beck. Frankfurt am Main.

Granato, Mona (1998): *Ausbildungs- und Berufschancen junger Frauen mit ausländischem Pass*. Unveröffentlichtes Manuskript.

Gross, Peter (1994): *Die Multioptionsgesellschaft*. Frankfurt am Main.

Gümen, Sedef (1996): *Die sozialpolitische Konstruktion „kultureller“ Differenzen in der bundesdeutschen Frauen- und Migrationsforschung*. In: *beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Entfremdung. Migration und Dominanzgesellschaft*. Heft 42. Köln. S. 77-89.

Habermas, Jürgen (1994): *Individuierung durch Vergesellschaftung*. In: Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim (Hrsg.): *Risikante Freiheiten*. Frankfurt am Main. S. 437-446.

Habermas, Jürgen (1996): *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*. Frankfurt am Main.

Hailbronner, Kay/Günter Renner (1998): *Staatsangehörigkeitsrecht – Ein Kommentar*. München.

Hall, Stuart (1994): *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2*. Hamburg.

Hamm, Bernd/Ingo Neumann (1996): *Umwelt- und Planungssoziologie*. Opladen.

Hartwich, Hans-Hermann (Hrsg.) (1994): *Bindungsverlust und Zukunftsangst. Leben in der Risikogesellschaft. Eine Disputation*. Opladen.

Hausen Karin (2000): *Arbeit und Geschlecht*. In: Kocka, Jürgen/Claus Offe (Hrsg.): *Geschichte und Zukunft der Arbeit*. Frankfurt am Main. S. 343-361.

-
- Häußermann, Hartmut/Walter Siebel (1987): *Neue Urbanität*. Frankfurt am Main.
- Hegemann, Dirk (1996): *Rheinpiraten*. Wuppertal.
- Hillmann, Felicitas (2000): *Ethnisierung oder Internationalisierung. Ethnische Ökonomien als Schnittpunkte von Migrationssystem und Arbeitsmarkt in Berlin*. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Ethnisierung und Ökonomie. Münster. S. 415-432.
- Hradil, Stefan: *Die Single-Gesellschaft*. München 1995
- Huntington, Samuel P. (1993): *Der Kampf der Kulturen. The clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. München/Wien.
- Inglehard, Ronald (2000): *Die postmoderne Gesellschaft*. In: Armin Pongs: *In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?* München. S. 126-148.
- Karpe, Helmut/Markus Ottersbach/Erol Yildiz (Hrsg.) (2001): *Urbane Quartiere zwischen Zerfall und Erneuerung. Werkstattberichte der Forschungsstelle für interkulturelle Studien*. Köln.
- Kaschuba, Wolfgang (1999): *Einführung in die europäische Ethnologie*. München.
- Kaufmann, Jean-Claude (1999): *Das verstehende Interview. Theorie und Praxis*. Konstanz.
- Keller, Ursula (Hrsg.) (2000): *Perspektiven metropolitaner Kultur*. Frankfurt am Main.
- Kippele, Flavia (1998): *Was heißt Individualisierung?* Opladen, Wiesbaden.
- Kiss, Gábor (1990): *Grundzüge und Entwicklung der Luhmannschen Systemtheorie*. Stuttgart.
- Kocka, Jürgen/Claus Offe (Hrsg.) (2000): *Geschichte und Zukunft der Arbeit*. Frankfurt am Main.
- Kocka, Jürgen (1999): *Wider die Idealisierung der historischen Stadt*. In: Mönninger, Michael (Hrsg.): *Stadtgesellschaft*. Frankfurt am Main. S. 97-100.
- Kohli, Martin (1988): *Normalbiografie und Individualität: Zur institutionellen Dynamik des gegenwärtigen Lebenslaufregimes*. In: Hanns-Georg Brose/Bruno Hildenbrand (Hrsg.): *Vom Ende des Individuums zur Individualität ohne Ende*. Opladen. S. 33-54.
- Kohli, Martin: *Arbeit im Lebenslauf: Alte und neue Paradoxien*. In: Jürgen Claus Offe (Hrsg.) (2000): *Geschichte und Zukunft der Arbeit*. Frankfurt am Main. S. 362-382.
- Kropp, Cordula (1999): *Jugendliche in der Zweiten Moderne – politische Privatiers?* In: Ulrich Beck/Maarten Hajer/Sven Kesselring (Hrsg.): *Der unscharfe Ort der Politik. Empirische Studien zur reflexiven Modernisierung*. Opladen. S. 63-87.
- Krause, Detlef (1999): *Luhmann-Lexikon. Eine Einführung in das Gesamtwerk von Niklas Luhmann*. Stuttgart.

-
- Kronauer, Martin (1999): Ausgrenzungen am Arbeitsmarkt. In: Thomas Mirbach (Hrsg.): Entwürfe für eine soziale Stadt. Amsterdam. S. 43-54.
- Landesentwicklungsgesellschaft NRW (Hrsg.) (1995): Sanierung Ehrenfeld Ost – Bilanz 1995. Sach- und Erfahrungsbericht zur Durchführung der Sanierung. Köln.
- Liessmann, Konrad Paul (2000): Im Schweiße deines Angesichtes. Zum Begriff der Arbeit in den anthropologischen Konzepten der Moderne. In: Beck, Ulrich (Hrsg.): Die Zukunft der Arbeit und Demokratie. Frankfurt am Main. S. 85-107.
- Luckmann, Thomas/Alfred Schütz (1990): Strukturen der Lebenswelt. Band I und II. Frankfurt am Main.
- Luhmann, Niklas (1975): Konfliktpotentiale in sozialen Systemen. In: Landeszentrum für politische Bildung des Landes NRW (Hrsg.): Der Mensch in den Konfliktfeldern der Gegenwart. Düsseldorf. S. 67-73.
- Luhmann, Niklas (1987): Soziologische Aufklärung 4. Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft. Opladen.
- Luhmann, Niklas (1987): Die Differenzierung von Politik und Wirtschaft und ihre gesellschaftlichen Grundlagen. In: ders.: Soziologische Aufklärung 4. Beiträge zur funktionalen Ausdifferenzierung der Gesellschaft. Opladen. S. 32-48.
- Luhmann, Niklas (1989): Legitimation durch Verfahren. Frankfurt am Main.
- Luhmann, Niklas (1991): Soziologische Aufklärung 2. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft. Opladen.
- Luhmann, Niklas (1995): Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch. Opladen.
- Luhmann, Niklas (1996): Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main.
- Luhmann, Niklas (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main.
- Lützel, Paul Michael (1998): Nomaden und Arbeitslose. Über Identität. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken. Heft 9/10 (1998): Postmoderne – eine Bilanz. Stuttgart. S. 908-918.
- Lutz, Helma (1990): Welten verbinden. Türkische Sozialarbeiterinnen in den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main.
- Lutz, Helma (2001): In fremden Diensten. Die neue Dienstmädchenfrage als Herausforderung für die Migrations- und Genderforschung. www.hgdoe.de/pol./lutz06-01.htm

-
- Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken. Heft 9/10 (1998) : Postmoderne – eine Bilanz. Stuttgart.
- Meynen, Henriette/Hans Peter Neuheuser (1987): Im Zeichen des Zahnrades – Köln-Ehrenfeld in denkmalpflegerischer Sicht. In: Rheinische Heimatpflege. Köln.
- Mies, Maria (1983): Subsistenzproduktion, Hausfrauisierung, Kolonisierung. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis. Zukunft der Frauenarbeit. Neue Verhältnisse in Technopatria. Heft 9/10. Köln. S. 115-124.
- Mirbach Thomas (Hrsg.) (1999): Entwürfe für eine soziale Stadt. Amsterdam.
- Mönninger, Michael (Hrsg.) (1999): Stadtgesellschaft. Frankfurt am Main.
- Münz, Rainer (1994): Bevölkerung und Wanderung in Europa. In: Bade, Klaus J. (Hrsg.): Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung. München. S. 102-117.
- Nassehi, Armin (1997): Inklusion, Exklusion – Integration, Desintegration. Die Theorie funktionaler Differenzierung und die Desintegrationsthese. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt am Main. S. 113-148.
- Nassehi, Armin (1999a): Differenzierungsfolgen. Beiträge zur Soziologie der Moderne. Opladen.
- Nassehi, Armin (1999b): Fremde unter sich. Zur Urbanität der Moderne. In: ders.: Differenzierungsfolgen. Beiträge zur Soziologie der Moderne. Opladen. S. 229-240.
- Nasshi, Armin (1999c): Inklusion. Organisationssoziologische Ergänzungen der Inklusions-/Exklusionsdebatte. In: ders.: Differenzierungsfolgen. Beiträge zur Soziologie der Moderne. Opladen. S. 133-150.
- Nassehi, Armin: Endlich die Menschen entdeckt? Über einige Unschärfe im Diskurs um ‚Inklusion und Exklusion‘. Vortrag auf dem Workshop „Inklusion und Exklusion“ an der Universität Mannheim am 6. Juli 2000.
- Nassehi, Armin: Die Leitkulturdebatte: Eine Herausforderung für interkulturelle Studien? Festvortrag auf der Veranstaltung „Fünf Jahre Forschungsstelle für interkulturelle Studien“ an der Universität Köln, 25. Januar 2001.
- Neckel, Sighard (1993): Die Macht der Unterscheidung. Beutezüge durch den modernen Alltag. Frankfurt am Main.
- Nikodem, Claudia/Gudrun Hoffmanns (1998): Die Folgen der Globalisierung für die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis. Heft 47/48. Köln.

- Nikodem, Claudia/Erika Schulze/Erol Yildiz (2001): Die soziale Grammatik urbanen Zusammenlebens. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Claudia Nikodem/Erika Schulze/Erol Yildiz (Hrsg.): Auf dem Weg zur Stadtgesellschaft. Opladen. S. 209-226.
- Offe, Claus (1984): Arbeitsgesellschaft: Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven. Frankfurt am Main.
- Opitz, Peter J. (1994): Weltbevölkerung und Weltwanderung. In: Bade, Klaus J. (Hrsg.): Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung. München. S. 86-101.
- Ostner, Ilona (1995): Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 36-37/1995. Bonn.
- Ottersbach, Markus (1997): Gesellschaftliche Konstruktion von Minderheiten. Bevölkerungswissenschaftlicher Diskurs und politische Instrumentalisierung. Opladen.
- Ottersbach, Markus Sebastian Trautmann (Hrsg.) (1999): Integration durch soziale Kontrolle. Zu Kriminalität und Kriminalisierung allochtho ner Jugendlicher. Köln
- Padberg, Stefan (1995): Köln Ehrenfeld – Rezenter Wandel und Wahrnehmung durch die Bevölkerung. Schriftliche Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt für die Sekundarstufe II, Bonn. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Pinn, Irmgard (1995): Europhantasien. Die muslimische Frau aus westlicher Sicht. Duisburg.
- Pongs, Armin (1999): In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Band 1, München.
- Pongs, Armin (1999): In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Band 2, München.
- Postman, Neil: Wir amüsieren uns zu Tode. Frankfurt am Main. 1985.
- Prokla 120 (2000): Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Ethnisierung und Ökonomie. Münster.
- Radtke, Frank-Olaf (1996): Fremde und Allzufremde – Der Prozess der Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte. In: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte. Bonn. S. 7-18.
- Räthzel, Nora Ülkü Sarica (1994): Migration und Diskriminierung in der Arbeit: Das Beispiel Hamburg. Hamburg.
- Rawls, John (1988): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main.
- Reese-Schäfer, Walter (1999): Die seltsame Konvergenz der Zeitdiagnosen: Versuch einer Zwischenbilanz. In: Soziale Welt, Heft 4/99. Göttingen. S. 433-499.
- Reich, Kersten (2002): Fragen zur Bestimmung des Fremden im Konstruktivismus. In: Neu-

-
- bert, Stefan/Hans-Joachim Roth/Erol Yildiz (Hrsg.): Multikulturalität in der Diskussion. Neue Beiträge zu einem umstrittenen Konzept. Opladen. S. 173-194.
- Ritter, Claudia (1997): Lebensstile und Politik. Zivilisierung. Politisierung. Vergleichsgültigung. Opladen.
- Robertson, Roland (1998): Glokalisierung: Homogenität und Heterogenität in Raum und Zeit. In: Ulrich Beck (Hrsg.): Perspektiven der Weltgesellschaft. Frankfurt am Main. S. 192-221.
- Rommelspacher, Birgit (1995): Dominanzkultur. Texte zur Fremdheit. Berlin.
- Ronneberger, Klaus/Stephan Lanz/Walther Jahn (1999): Die Stadt als Beute. Bonn.
- Sander, Uwe (1998): Die Bindung der Unverbindlichkeit. Frankfurt am Main.
- Sassen, Saskia (1996): Migranten, Siedler, Flüchtlinge. Von der Massenauswanderung zur Festung Europas. Frankfurt am Main.
- Schäfers, Bernhard/Göttrick Wewer (Hrsg.) (1996): Die Stadt in Deutschland. Soziale, politische und kulturelle Lebenswelt. Opladen.
- Scherr, Albert (2000): Ethnisierung als Ressource und Praxis. In: PROKLA 120. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Ethnisierung und Ökonomie. Münster. S. 399-414.
- Scherr, Albert (2001): Gender Mainstreaming – Chance und Herausforderung für die Jugendhilfe. In: Gabriele von Ginsheim/Dorit Meyer (Hrsg.) (2001): Gender Mainstreaming. Berlin. S. 17-24.
- Schimank, Uwe/Volkmann, Ute (Hrsg.) (2000): Soziologische Gegenwartsdiagnosen I. Opladen.
- Schimank, Uwe (1999): Theorien gesellschaftlicher Differenzierung. Opladen.
- Schmals, Klaus M. (Hrsg.) (2000) : Migration und Stadt. Entwicklungen, Defizite, Potentiale. Opladen.
- Schmidt, Dorothea (2000): Unternehmertum und Ethnizität – ein seltsames Paar. In: PROKLA 120. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Ethnisierung und Ökonomie. Münster. S. 352-362.
- Schmidt, Siegfried J. (1987): Der radikale Konstruktivismus. Ein neues Paradigma im interdisziplinären Diskurs. In: ders. (Hrsg.): Der Diskurs des Radikalen Konstruktivismus. Frankfurt am Main. S.11-88.
- Schmidt, Siegfried J. (1987): Der Diskurs des Radikalen Konstruktivismus. Frankfurt am Main.

- Schöler-Macher, Bärbel (1994): Die Fremdheit der Politik. Frankfurt am Main.
- Schroeder, Paul M. (1999): Arbeitssuchende, Arbeitslose, Erwerbslose, verdeckte Arbeitslosigkeit, Stille Reserve, Arbeitsplatzlücke. Erläuterungen zur Statistik der Arbeitslosigkeit. In: *Widersprüche*. Glücklose Arbeit – Arbeitsloses Glück? Zum gesellschaftlichen Diskurs über Arbeit und Arbeitslosigkeit. Heft 72. Bielefeld. S. 31-40.
- Schroer, Markus (2001): Die im Dunkeln sieht man doch. Inklusion, Exklusion und die Entdeckung der Überflüssigen. In: *Mittelweg* 36. Hamburg. S. 33-49.
- Schütz, Alfred (1971): Das Problem der Relevanz. Einleitung von Thomas Luckmann. Frankfurt am Main.
- Siegenthaler, Hansjörg (2000): Arbeitsmarkt zwischen Gleichgewicht und Ungleichgewicht im Zeitalter des modernen Wirtschaftswachstums. In: Jürgen Kocka/Claus Offe (Hrsg.): *Geschichte und Zukunft der Arbeit*. Frankfurt am Main. S. 88-109.
- Soja, Edward W. (1995): Postmoderne Urbanisierung. Die sechs Restrukturierungen von Los Angeles. In: Gotthard Fuchs/Bernhard Moltmann/Walter Prigge (Hrsg.) (1995): *Mythos Metropole*. Frankfurt am Main. S. 143-164.
- Stojanow, Krassimir (2001): Bildung in multikulturellen Kontexten zwischen kulturinvarianter Deliberation und Differenz Erfahrung. In: Dieter Kramer/Elke Tschernokoshewa (Hrsg.): *Hybride Welten 2. Der alltägliche Umgang mit der Differenz*. Münster. S. 135-142.
- Strasser, Johano (1999): Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht. München. Zürich.
- Tekin, Ugur/Erol Yildiz (1999): Skandalisierung allochthoner Jugendlicher durch Kriminalisierung. In: Ottersbach, Markus/Sebastian Trautmann (Hrsg.): *Integration durch soziale Kontrolle. Zu Kriminalität und Kriminalisierung allochthoner Jugendlicher*. Köln. S. 95-121.
- Teufel, Erwin (Hrsg.) (1996): Was hält die moderne Gesellschaft zusammen? Frankfurt am Main.
- Theilen, Fritz (1984): *Edelweißpiraten*, herausgegeben und mit einer Dokumentation von Matthias von Hellfeld. Frankfurt am Main.
- Vinken, Barbara (2001): *Die deutsche Mutter*. München.
- Vobruda, Georg (2000): *Alternativen zur Vollbeschäftigung*. Frankfurt am Main.
- Vogel, Berthold (2001): Überflüssige in der Überflussgesellschaft? Sechs Anmerkungen zur Empirie sozialer Ausgrenzung. In: *Mittelweg* 36. Februar/März 2001. Hamburg. S. 57-62.
- Weber, Max (1984): *Soziologische Grundbegriffe*. Tübingen.

- Weber, Max (1976): *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen
- Welsch, Wolfgang (1989): *Postmoderne oder Ästhetisches Denken – gegen seine Mißverständnisse verteidigt*. In: Eifler, Günther/Otto Saame (Hrsg.): *Postmoderne Anbruch einer neuen Epoche? Eine interdisziplinäre Erörterung*. Düsseldorf.
- Widersprüche. *Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*. Heft 72. (1999): *Glücklose Arbeit – Arbeitsloses Glück? Zum gesellschaftlichen Diskurs über Arbeit und Arbeitslosigkeit*. Bielefeld.
- Wilkinson, Helen (1997): *Entsteht eine neue Ethik individueller Verantwortung?* In: Beck, Ulrich (Hrsg.): *Kinder der Freiheit*. Frankfurt am Main. S. 85-123.
- Willke, Gerhard (1998): *Die Zukunft unserer Arbeit*. Bonn.
- Willke, Helmut (1993): *Systemtheorie*. Stuttgart, Jena.
- Yildiz, Erol (1997): *Die halbierte Gesellschaft der Postmoderne. Probleme des Minderheitendiskurses unter Berücksichtigung alternativer Ansätze in den Niederlanden*. Opladen.
- Yildiz, Erol (1999a): *Was hält die Gesellschaft zusammen? Die zunehmende Bedeutung zivilgesellschaftlicher Infrastruktur*. In: Wolf-Dietrich Bukow/Markus Ottersbach (Hrsg.): *Die Zivilgesellschaft in der Zerreißprobe. Wie reagieren Gesellschaft und Wissenschaft auf die postmoderne Herausforderung*. Opladen. S. 41-59.
- Yildiz, Erol (1999b): *Fremdheit und Integration*. Bergisch-Gladbach.
- Ziegler, Matthias (1995): *Rechtliche Diskriminierung und Möglichkeiten ihrer Bekämpfung. Brauchen wir ein neues Anti-Diskriminierungsgesetz?* In: Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.): *Migration und Arbeitsmarkt*. Berlin. S. 27-38.
- Zoll, Rainer (1993): *Alltagssolidarität und Individualismus. Zum soziokulturellen Wandel*. Frankfurt am Main.

